Stand: 15.07.2025 02:17:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 15/6308

"Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 15/6308 vom 02.10.2006
2. Plenarprotokoll Nr. 76 vom 17.10.2006
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/7051 des HA vom 07.12.2006
4. Beschluss des Plenums 15/7111 vom 14.12.2006
5. Plenarprotokoll Nr. 84 vom 14.12.2006
6. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 28.12.2006

Gesetzentwurf

der Staatsregierung

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007)

A) Problem

Das Finanzausgleichsgesetz bedarf der Anpassung. Umzusetzen sind die im Doppelhaushalt 2007/2008 für den kommunalen Finanzausgleich vorgesehenen Änderungen. Außerdem sind strukturelle Verbesserungen zur Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs vorzunehmen.

Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden ist an Änderungen im Finanzausgleichsgesetz anzupassen.

B) Lösung

- a) Anhebung des Anteils der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund.
- b) Einbeziehung der nicht kasernierten Mitglieder der alliierten Streitkräfte und deren Angehöriger in den im Jahr 2006 eingeführten „Demographiefaktor“ bei den Schlüsselzuweisungen.
- c) Berücksichtigung der Nettoaufwendungen der Kommunen für die Grundversicherung für Arbeitsuchende im Rahmen des Sozialhilfeansatzes der Schlüsselzuweisungen und des Ausgleichs nach Art. 15 FAG.
- d) Fortführung des Vorwegbetrags der Kommunen bei der Aufbringung der Mittel für die Krankenhausfinanzierung.
- e) Anhebung der Mindestinvestitionspauschale.
- f) Erhöhung der Kilometerpauschalen nach Art. 13b FAG.
- g) Anpassung der Masse nach Art. 13c FAG.
- h) Erhöhung des in Art. 13d festgelegten Betrags für Finanzhilfen nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr.

Weitere Änderungen dienen der redaktionellen Bereinigung und Verbesserung des Gesetzestextes.

C) Alternativen

Keine

D) Kosten

1. Staat und Kommunen

Zur Stärkung der Investitionskraft der Kommunen werden die Zuweisungen für Investitionen um 102 Mio. € angehoben. Davon entfallen auf den Schulhausbau nach Art. 10 FAG 25 Mio. €, auf die Investitionspauschale 20 Mio. €, auf Straßenbau und -unterhalt 33 Mio. € und auf die ÖPNV-Investitionen 24 Mio. €.

Außerdem sollen die Schlüsselzuweisungsmasse um 86 Mio. €¹, die Zuweisungen zu den Kosten der Schülerbeförderung um 10 Mio. €, die Bedarfszuweisungen um 5 Mio. €, der Sozialhilfeausgleich an die Bezirke um 25 Mio. € und die Mittel für Finanzhilfen nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr um 4 Mio. € steigen. Um 28 Mio. € angehoben werden sollen die Mittel für den Ausgleich von Belastungen im Jahr 2006 durch das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“-Reform) sowie durch den im Fünften Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches geregelten Wechsel von Zuständigkeiten für Leistungen nach SGB II und SGB XII. Von der „Solidarumlage netto“, die sich 2007 auf voraussichtlich 140 Mio. € belaufen wird, übernimmt der Freistaat Bayern im Jahr 2007 50 v. H.

Insgesamt sollen die reinen Landesleistungen des Freistaates im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs (Ausgaben abzüglich des Kommunalanteils an der Krankenhausfinanzierung, des Kommunalanteils an der Solidarumlage netto sowie der Bundesmittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und für Hochwasserhilfen) im Jahr 2007 gegenüber 2006 um 319,2 Mio. € auf 5 446,8 Mio. € steigen.

2. Bürger und Wirtschaft

nicht betroffen

¹ Vorbehaltlich der endgültigen Entwicklung des allgemeinen Steuerverbunds im maßgeblichen Verbundzeitraum

Gesetzentwurf

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007)

§ 1

Das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz – FAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Oktober 2005 (GVBl S. 530, BayRS 605-1-F), geändert durch § 1 des Gesetzes vom 9. Mai 2006 (GVBl S. 191), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 1 Abs. 1 Satz 1 wird der Wert „11,60 v. H.“ durch den Wert „11,70 v. H.“ ersetzt.
2. Art. 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Der einleitende Satzteil erhält folgende Fassung:

„Die Ausgangsmesszahl wird gefunden, indem die folgenden Ansätze nach der Einwohnerzahl zusammengerechnet und mit dem nach Art. 2 Abs. 3 festgesetzten Grundbetrag vervielfältigt werden; hierbei werden für die Ermittlung der Ausgangsmesszahl und des Hauptansatzes nach Nr. 1 die Personen mit Nebenwohnung sowie drei Viertel der Zahl der nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungstreitkräfte und deren Angehöriger in der Gemeinde der Einwohnerzahl der Gemeinde zugerechnet.“
 - bb) Nr. 3 Satz 7 erhält folgende Fassung:

„⁷Als durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen wird der Jahresdurchschnitt der „Arbeitslosen nach Gemeinden, Kreisen, Regierungsbezirken und Ländern“ der Statistik der Arbeitslosen und Arbeitsuchenden der Bundesagentur für Arbeit für das vorvorhergehende Jahr herangezogen.“
 - cc) Nr. 4 erhält folgende Fassung:

„4. Ein Ansatz für Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende

¹Kreisfreie Gemeinden erhalten einen Ergänzungsansatz für ihre Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für

Arbeitsuchende. ²Die Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende ergibt sich aus dem Verhältnis der Aufwendungen einer kreisfreien Gemeinde nach Satz 3 zu ihren Umlagegrundlagen (Art. 21 Abs. 3). ³Als Aufwendungen werden berücksichtigt

- die reinen Ausgaben nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) in der jeweils geltenden Fassung abzüglich der Erstattungsleistungen nach Art. 17 Abs. 4 des Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (AGSGB) in der jeweils geltenden Fassung und
- die reinen Ausgaben der kommunalen Träger nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) in der jeweils geltenden Fassung abzüglich der Erstattungsleistungen nach Art. 8 AGSGB

und abzüglich der Zuweisungen nach Art. 8a Abs. 1 Satz 1 und Art. 8b Abs. 1 Satz 1 AGSGB. ⁴Der Ergänzungsansatz beträgt das Zweieinhalbfache der Summe der Prozentpunkte, die sich aus 75 v. H. der über dem landesdurchschnittlichen Belastungssatz der kreisfreien Gemeinden und Landkreise liegenden Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende und 25 v. H. der dem Landesdurchschnitt entsprechenden oder darunter liegenden Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende ergibt. ⁵Er wird dem Vomhundertsatz des Hauptansatzes hinzugerechnet.“

- b) Es wird folgender neuer Abs. 2 eingefügt:

„(2) ¹Bei Gemeinden, deren durchschnittliche Einwohnerzahl der dem maßgeblichen Stichtag entsprechenden Stichtage der fünf vorangegangenen Jahre über der Einwohnerzahl am maßgeblichen Stichtag liegt, wird für die Ermittlung der Ausgangsmesszahl nach Abs. 1 und des Hauptansatzes nach Abs. 1 Nr. 1 die durchschnittliche Einwohnerzahl angesetzt. ²Satz 1 gilt für die zu berücksichtigende Zahl der nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungstreitkräfte und deren Angehöriger entsprechend.“
- c) Der bisherige Abs. 2 wird Abs. 3.

3. Art. 5 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) Der einleitende Satzteil erhält folgende Fassung:

„Die Ausgangsmesszahl wird gefunden, indem die folgenden Ansätze nach der Einwohnerzahl zusammengerechnet und mit einem Grundbetrag vervielfältigt werden; hierbei wird als Einwohnerzahl die Summe der nach Art. 3 Abs. 1 und 2 maßgeblichen Einwohnerzahlen, jedoch ohne Zurechnungen, der Gemeinden im Landkreis angesetzt und wird die Summe der nach Art. 3 Abs. 1 und 2 maßgeblichen Teile der Zahlen der nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungstreitkräfte und deren Angehöriger der Gemeinden im Landkreis zugeordnet.“

b) Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„2. Ein Ansatz für Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende

¹Die Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende ergibt sich aus dem Verhältnis der Aufwendungen eines Landkreises nach Satz 2 zu seinen Umlagegrundlagen (Art. 21 Abs. 3). ²Als Aufwendungen werden berücksichtigt

- die reinen Ausgaben nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) in der jeweils geltenden Fassung abzüglich der Erstattungsleistungen nach Art. 17 Abs. 4 AGSGB und
- die reinen Ausgaben der kommunalen Träger nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB II abzüglich der Erstattungsleistungen nach Art. 8 AGSGB

und abzüglich der Zuweisungen nach Art. 8a Abs. 1 Satz 1 und Art. 8b Abs. 1 Satz 1 AGSGB. ³Der Ergänzungsansatz beträgt das Zweieinhalbfache der Summe der Prozentpunkte, die sich aus 75 v. H. der über dem landesdurchschnittlichen Belastungssatz der kreisfreien Gemeinden und Landkreise liegenden Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende und 25 v. H. der dem Landesdurchschnitt entsprechenden oder darunter liegenden Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende ergibt. ⁴Er wird dem Vmhundertersatz des Hauptansatzes hinzugerechnet.“

4. In Art. 10a Abs. 2 Satz 3 werden die Worte „und für die Abgeltung der Belastungen der Aufgabenträger durch Art. 3 Abs. 2 des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulwegs“ gestrichen.

5. Art. 10b Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Gemeinden und Gemeindeverbände tragen als Kommunalanteil an den Kosten des Bayerischen Krankenhausgesetzes (BayKrG) in der jeweils geltenden

Fassung zunächst einen Vorwegbetrag von 25 000 000 € und von den dann noch verbleibenden Kosten die Hälfte.“

6. In Art. 12 Abs. 1 Satz 3 werden vor dem Wort „Haushaltsmitteln“ die Worte „vorweg entnommenen“ eingefügt und wird der Betrag „15 000 €“ durch den Betrag „20 000 €“ ersetzt.

7. Art. 13b wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 wird der Betrag „510 €“ durch den Betrag „590 €“, in Nr. 2 der Betrag „2 270 €“ durch den Betrag „2 610 €“, in Nr. 3 der Betrag „3 040 €“ durch den Betrag „3 500 €“ und in Nr. 4 der Betrag „4 290 €“ durch den Betrag „4 930 €“ ersetzt.

b) In Abs. 2 Satz 1 wird der Betrag „940 €“ durch den Betrag „1 080 €“ ersetzt.

8. In Art. 13c Abs. 1 Satz 1 wird der Wert „7,46 v. H.“ durch den Wert „9,15 v. H.“ ersetzt.

9. In Art. 13d wird der Betrag „47 300 000 €“ durch den Betrag „51 300 000 €“ ersetzt.

10. In Art. 15 Abs. 2 Nr. 4 Satz 3 werden nach dem Wort „Sozialhilfe“ ein Komma und die Worte „abzüglich von Erstattungsleistungen nach Art. 17 Abs. 4 AGSGB, der Grundsicherung für Arbeitsuchende, abzüglich von Erstattungsleistungen nach Art. 8 AGSGB,“ eingefügt.

11. Art. 23 Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nr. 1 werden die Worte „nach Art. 3 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 2 berechnet wird“ durch die Worte „nach Art. 3 Abs. 2 Satz 1 und die zu berücksichtigende Zahl der nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungstreitkräfte und deren Angehöriger des entsprechenden Zeitraums nach Art. 3 Abs. 2 Satz 2 berechnet werden“ ersetzt.

b) In Nr. 2 wird das Wort „Sozialhilfebelastung“ durch die Worte „Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende“ ersetzt.

§ 2

Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (FAGDV 2002) vom 19. Juli 2002 (GVBl S. 418, BayRS 605-10-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 9. Mai 2006 (GVBl S. 191), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „Art. 3 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 2 FAG“ durch die Worte „Art. 3 Abs. 2 FAG“ ersetzt.

b) Abs. 3 wird wie folgt geändert:

aa) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

bb) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„Für die Ermittlung des Durchschnitts der Zahl der nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungsstreitkräfte und deren Angehöriger der vorangegangenen Jahre gilt Abs. 1 Satz 2 entsprechend.“

2. § 5 erhält folgende Fassung:

„§ 5

Ansatz für Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende bei den Schlüsselzuweisungen

¹Bei der Berechnung des Ansatzes für Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende nach Art. 3 Abs. 1 Nr. 4 und Art. 5 Abs. 2 Nr. 2 FAG ist von den reinen Ausgaben, Erstattungsleistungen und Zuweisungen im vorvorhergehenden Jahr sowie den Umlagegrundlagen für das vorvorhergehende Jahr auszugehen. ²Dabei sind die reinen Ausgaben nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) in der jeweils geltenden Fassung der Sozialhilfestatistik gemäß § 121 SGB XII zu entnehmen. ³Die reinen Ausgaben der kommunalen Träger nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) in der jeweils geltenden Fassung sind aus den Daten der Vierteljahresstatistik für die bayerischen Kommunen nach § 1 Nr. 1, § 2 Abs. 1 Nr. 3 und § 3 Abs. 2 Nr. 2a des Finanz- und Personalstatistikgesetzes (FPStatG) in der jeweils geltenden Fassung zu ermitteln; soweit Ausgaben für delegierte Aufgaben enthalten sind, sind diese um Einnahmen aus den Delegationsabrechnungen zu vermindern. ⁴Für die Erstattungsleistungen und Zuweisungen ist maßgebend die Auszahlung durch oder ggf. Rückzahlung an staatliche Stellen. ⁵Der landesdurchschnittliche Belastungssatz ergibt sich aus dem Verhältnis der Summe der zu berücksichtigenden Aufwendungen nach Art. 3 Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 und Art. 5 Abs. 2 Nr. 2 Satz 2 FAG aller Landkreise und kreisfreien Gemeinden zur Summe der Umlagegrundlagen nach Art. 21 Abs. 3 FAG.“

3. In § 16 Abs. 2 Satz 2 werden die Worte „§ 10 Abs. 3 Satz 2 des Bundessozialhilfegesetzes in der jeweils geltenden Fassung“ durch die Worte „§ 5 Abs. 3 Satz 2 SGB XII“ ersetzt.

§ 3

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2007 in Kraft.

(2) Abweichend von Art. 13 FAG können in den Jahren 2007 und 2008 aus dem ungekürzten Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer, das jeweils im Zeitraum vom 1. Oktober des vorvorhergehenden Jahres bis zum 30. September des vorhergehenden Jahres angefallen ist, jeweils 182 100 000 € zur Verstärkung des Ausgleichs an die Bezirke nach Art. 15 FAG verwendet werden.

(3) ¹Dem Kommunalanteil des nach Art. 13 Abs. 2 FAG bestimmten Aufkommens an Kraftfahrzeugsteuer können in den Jahren 2007 und 2008 jeweils bis zu 17 900 000 € für den Bau von in gemeindlicher Sonderbaulast stehenden Ortsumfahrungen im Zug von Staatsstraßen entnommen werden. ²Die Förderbestimmungen für den kommunalen Straßenbau gelten entsprechend.

(4) Abweichend von Art. 13 Abs. 2 FAG errechnet sich die Finanzmasse für die Aufteilung der Leistungen nach Art. 13a bis 13e FAG für die Jahre 2007 und 2008 aus dem um 425 169 273,87 € gekürzten Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer, das jeweils im Zeitraum vom 1. Oktober des vorvorhergehenden Jahres bis zum 30. September des vorhergehenden Jahres angefallen ist.

(5) Abweichend von Art. 13a FAG ist für die Jahre 2007 und 2008 zur Errechnung des Gemeindeanteils das jeweils im Zeitraum vom 1. Oktober des vorvorhergehenden Jahres bis zum 30. September des vorhergehenden Jahres angefallene örtliche Aufkommen der Gemeinden an Kraftfahrzeugsteuer für das Jahr 2007 um 27,57 v. H. und für das Jahr 2008 um 28,03 v. H. zu kürzen.

(6) Abweichend von Art. 13c Abs. 1 Satz 1 FAG tritt im Jahr 2007 an die Stelle des Werts 9,15 v. H. der Wert 9,66 v. H.

Begründung:

A. Allgemein

Die Leistungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs sollen deutlich angehoben werden. Ziel ist eine weitere Stärkung der kommunalen Finanzkraft, insbesondere der Investitionskraft der Kommunen. Dies soll durch finanzielle und strukturelle Verbesserungen erreicht werden.

An strukturellen Maßnahmen sind vorgesehen

- die Erhöhung des Anteils der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund ab dem Jahr 2007,
- die Einbeziehung der nicht kasernierten Mitglieder der alliierten Streitkräfte und deren Angehörige in den im Jahr 2006 eingeführten „Demographiefaktor“,
- die Berücksichtigung der Aufwendungen der Kommunen im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende bei der Berechnung der Sozialhilfeansatzes bei den Schlüsselzuweisungen sowie des Sozialhilfeausgleichs.

Außerdem sind die im Doppelhaushalt 2007/2008 geplanten finanziellen Änderungen umzusetzen.

Insgesamt soll das Volumen des kommunalen Finanzausgleichs im Jahr 2007 gegenüber 2006 um 301,3 Mio. € auf 6 011,5 Mio. €² steigen.

Hinsichtlich der in dem Gesetzentwurf enthaltenen inhaltlichen Änderungen wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden Einvernehmen erzielt.

² Die reinen Landesleistungen steigen um 319,2 Mio. € auf 5 446,8 Mio. €.

B. Zwingende Notwendigkeit einer normativen Regelung

Das Finanzausgleichsgesetz regelt die Finanzbeziehungen zwischen Staat und Kommunen und den Kommunen untereinander im kommunalen Finanzausgleich. Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden enthält notwendige Ausführungsregelungen.

Die Regelungen sind erforderlich, um die für die Kommunen vorgesehenen Zuweisungen auf die einzelnen Kommunen aufteilen und auszahlen sowie die notwendigen Umlagen erheben zu können. Die vorgesehenen finanziellen und strukturellen Änderungen bezwecken eine Verbesserung der kommunalen Finanzsituation und eine erhöhte, an geänderte Verhältnisse angepasste Zielgenauigkeit bei der Verteilung der Mittel auf die einzelnen Kommunen.

C. Einzelbegründung

Zu § 1 Nr. 1 des Gesetzentwurfs (Art. 1 Abs. 1 FAG)

Die Kommunen sind nach Art. 1 Abs. 1 FAG an den Einnahmen des Landes aus den Gemeinschaftsteuern sowie den Einnahmen aus dem bzw. den Ausgaben für den Länderfinanzausgleich beteiligt. Als weiterer Schritt zu einer dauerhaften Stärkung der allgemeinen, frei verfügbaren Deckungsmittel der Kommunen soll der Verbundsatz von 11,60 v. H. auf 11,70 v. H. angehoben werden.

Zu § 1 Nr. 2 Buchst. a des Gesetzentwurfs (Art. 3 Abs. 1 FAG)

Zu aa)

Die Streichung des so genannten „Demographiefaktors“ bei der Ermittlung der Einwohnerzahlen in Art. 3 Abs. 1 FAG ist Folge der Aufnahme dieser Regelung in Art. 3 Abs. 2 (neu) FAG (siehe Begründung zu § 1 Nr. 2 Buchst. b). Die Aufnahme des Demographiefaktors, der nunmehr auch auf die nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungstreitkräfte und deren Angehörige ausgedehnt werden soll, in einen eigenen Absatz erfolgt um der besseren Lesbarkeit willen. Im Übrigen wird eine sprachliche Verbesserung ohne materiellen Änderungsgehalt vorgenommen.

Zu bb)

Bei der Berechnung des Ansatzes für Strukturschwäche wird die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen bisher aus einem Viertel der Summe der vierteljährlichen „Arbeitslosenbestandszahlen nach Gemeinden, Landkreisen und Regierungsbezirken“ der Bundesagentur für Arbeit für das vorvorhergehende Jahr errechnet. Die Vierteljahresergebnisse werden von der Bundesagentur für Arbeit nicht mehr veröffentlicht. Die Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht jedoch mittlerweile Jahresdurchschnittszahlen. Enthalten sind auch die Arbeitslosenzahlen nach Gemeinden in den so genannten Optionskommunen nach § 6a SGB II, die auch die Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit als Träger der Leistung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB II wahrnehmen.

Die Berechnung des Ansatzes für Strukturschwäche ist auf die geänderte Datenbasis umzustellen. Damit ist eine Vereinfachung verbunden, da bei der Berechnung des Ansatzes ein Zwischenschritt entfällt. Für die Gemeinden ergeben sich im Ergebnis keine Änderungen, da die Jahrsdurchschnittszahlen dem Durchschnitt der Vierteljahresergebnisse entsprechen.

Zu cc)

Bei der Berechnung der Gemeinde- und Landkreisschlüsselzuweisungen werden die Aufwendungen der örtlichen Sozialhilfeträger im Rahmen des Sozialhilfensatzes nach Art. 3 Abs. 1 Nr. 4 und

Art. 5 Abs. 2 Nr. 2 FAG berücksichtigt. Angesetzt werden die reinen Sozialhilfeausgaben, wie sie in der Sozialhilfestatistik erfasst sind. Abgesetzt werden die Erstattungsleistungen des Bundes nach § 34 Abs. 2 des Wohngeldgesetzes zu den Aufwendungen der örtlichen Träger für die ab dem Jahr 2005 in das SGB XII eingegliederte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit. Maßgebend sind die zu berücksichtigenden Aufwendungen im vorvorhergehenden Jahr.

Zum 1. Januar 2005 wurden durch das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger und ihre Familien aus der Sozialhilfe, die Arbeitslosenhilfebezieher aus dem SGB III ausgegliedert und gemeinsam in das SGB II überführt. Dieser Personenkreis erhält nunmehr die Grundsicherung für Arbeitsuchende. Die Arbeitsagenturen sind zuständig für die Regelleistungen sowie für die Eingliederungsleistungen (Vermittlung der Hilfebedürftigen in Arbeit). Die Kommunen sind zuständig für Unterkunft und Heizung sowie ergänzende soziale Leistungen (Kinderbetreuung, Schuldnerberatung etc.).

Durch diese Systemänderung ist die Sozialhilfe für Erwerbsfähige, das sind rund 90 % der früheren Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, entfallen. Entsprechend sind die Sozialhilfeaufwendungen der örtlichen Träger zurückgegangen. Im Gegenzug sind jedoch die Leistungen der örtlichen Träger im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende hinzugekommen. Diese unterliegen zwar anderen Regeln als die Sozialhilfe. Verändert haben sich der Empfängerkreis, zu den erwerbsfähigen ehemaligen Sozialhilfeempfängern sind die ehemaligen Arbeitslosenhilfebezieher hinzugekommen, und das Leistungsspektrum, die örtlichen Träger tragen nicht mehr Unterhalt und Wohnungskosten insgesamt, sondern nunmehr die Kosten der Unterkunft und Heizung sowie die ergänzenden sozialen Leistungen. Dennoch kann von einer ähnlichen Zielsetzung wie bei der Sozialhilfe ausgegangen werden, denn Kommunen tragen mit den Leistungen für Unterkunft und Heizung zur Sicherung der Lebensunterhalts bei. Aus finanzpolitischer Sicht hat für die örtlichen Träger lediglich der Tausch einer sozialen Belastung durch eine andere soziale Belastung stattgefunden. Es ist daher folgerichtig, die Nettoaufwendungen der Landkreise und kreisfreien Gemeinden für die Grundsicherung für Arbeitsuchende in die Berechnung des Sozialhilfensatzes einzubeziehen.

Zu erfassen sind ausschließlich diejenigen Ausgaben, die den Kommunen als kommunale Träger nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB II erwachsen. Nicht zu erfassen sind hingegen Ausgaben, die den Kommunen als zugelassene Träger nach § 6a und 6b SGB II erwachsen; denn insoweit handelt es sich um Aufgaben, die anstelle der Bundesagentur für Arbeit wahrgenommen werden und die nach § 46 Abs. 1 SGB II vollständig vom Bund erstattet werden.

Berücksichtigt werden sollen bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende ebenso wie bereits bisher bei der Sozialhilfe die reinen Ausgaben, d. h. von den geleisteten Auszahlungen sind etwaige Rückerstattungen der Leistungsempfänger oder Zahlungen Dritter abzusetzen. Insoweit erfolgt im Gesetzestext durch die Streichung des Wortes „tatsächlichen“ vor dem Begriff „reine Ausgaben“ eine Anpassung des Gesetzestextes an die übliche Formulierung; eine materielle Änderung ist damit nicht verbunden. Diese Nettoaufwendungen sind weiter um die Erstattungsleistungen des Bundes zu kürzen, da die örtlichen Träger insoweit nicht belastet sind. Von den Sozialhilfeaufwendungen abzuziehen sind die Erstattungsleistungen des Bundes nach § 34 Abs. 2 des Wohngeldgesetzes zu der ab dem Jahr 2005 in das SGB XII eingegliederten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit, die nach Art. 17 Abs. 4 AGSGB an die örtlichen Träger weitergeleitet

werden. Von der Grundsicherung für Arbeitsuchende abzuziehen sind die Erstattungsleistungen des Bundes nach § 46 Abs. 5 SGB II, die nach Art. 8 AGSGB an die örtlichen Träger weitergeleitet werden.

Zu berücksichtigen ist zudem der ab dem Jahr 2006 gewährte Belastungsausgleich. Dieser wird den Landkreisen und kreisfreien Gemeinden nach Art. 8a AGSB im Jahr 2006 zu den Aufwendungen durch Hartz IV im Jahr 2005 gewährt. Im Jahr 2007 erfolgt der Belastungsausgleich nach Art. 8b AGSB zu den Aufwendungen, die im Jahr 2006 den Landkreisen und kreisfreien Gemeinden durch Hartz IV und wegen des Wechsels in der Zuständigkeit für Leistungen nach SGB II und SGB XII an Ausländer, Aussiedler und Spätaussiedler erwachsen sind. Dieser, bisher nur für das Jahr 2007 geregelte kombinierte Belastungsausgleich wird nicht ersatzlos entfallen, sondern soll fortgeführt werden. Durch den Belastungsausgleich mindert sich die finanzielle Belastung der örtlichen Träger. Deshalb ist dieser von den Aufwendungen abzusetzen. Nicht abgesetzt werden soll dagegen die im Rahmen des Belastungsausgleichs nach Art. 8a und 8b AGSGB zu berücksichtigende Minderausgabe der örtlichen Träger bei der Bezirksumlage, da es sich hierbei nicht um tatsächlich gezahlte Zuweisung, sondern um eine ersparte Ausgabe handelt. Es erschiene unbillig, die Minderausgaben bei der Bezirksumlage in Abzug zu bringen.

**Zu § 1 Nr. 2 Buchst. b des Gesetzentwurfs
(Art. 3 Abs. 2 neu FAG)**

Der „Demographiefaktor“ bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen ist mit dem Finanzausgleichsänderungsgesetz 2006 eingeführt worden. Berücksichtigt wird danach die durchschnittliche Einwohnerzahl fünf vorangegangener Jahre, wenn sie die aktuelle Einwohnerzahl überschreitet. Ein Referenzzeitraum von fünf Jahren wurde gewählt, da er hinreichend lange erscheint, um die erforderliche Anpassung an aktuelle Kapazitätsbedürfnisse zeitlich abzufedern. Andererseits erscheint er jedoch nicht zu lange um die Gefahr der Verzögerung notwendiger Umstrukturierungsmaßnahmen entstehen zu lassen. Da bisher keine Erkenntnisse vorliegen, die gegen diese Annahmen sprechen, soll an dem Fünfjahreszeitraum festgehalten werden.

Auf die nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungsstreitkräfte und deren Angehörige findet der „Demographiefaktor“ bisher keine Anwendung. Durch den Abzug der US-Stationierungsstreitkräfte können jedoch die davon betroffenen Gemeinden und Landkreise vor ähnlichen Problemen wie die von einem Rückgang der Einwohnerzahl betroffenen Kommunen stehen. Eine sachliche Ausweitung des „Demographiefaktors“ auf die nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungsstreitkräfte und deren Angehörige ist daher gerechtfertigt.

In den neuen Art. 3 Abs. 2 werden die Regelungen für den seit dem Jahr 2006 anzuwendenden „Demographiefaktor“ auf die Einwohnerzahl und den ab dem Jahr 2007 hinzukommenden „Demographiefaktor“ betreffend die Zahl der nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungsstreitkräfte und deren Angehöriger zusammengefasst. Dabei wird die bisherige Formulierung präzisiert. Es ist systemgerecht, die Ermittlung einer rückläufigen Zahl nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungsstreitkräfte und deren Angehöriger entsprechend der Ermittlung einer rückläufigen Einwohnerzahl vorzunehmen und damit auch auf einen fünfjährigen Durchschnitt abzustellen.

**Zu § 1 Nr. 2 Buchst. c des Gesetzentwurfs
(Art. 3 Abs. 3 neu FAG)**

Folgeänderung

Zu § 1 Nr. 3 Buchst. a des Gesetzentwurfs (Art. 5 Abs. 2 FAG)

Die Einbeziehung der nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungsstreitkräfte und deren Angehöriger in den „Demographiefaktor“ soll auch für die Berechnung der Landkreisschlüsselzuweisungen gelten. Auf die Begründung zu § 1 Nr. 2 Buchst. b wird verwiesen.

Wie bei der Einwohnerzahl soll auch bei den nicht kasernierten Mitgliedern der Stationierungsstreitkräfte und deren Angehörigen die Summe der für die Gemeinden im Landkreis ermittelten Ergebnisse herangezogen werden. Im Übrigen wird die Formulierung an die Änderungen in Art. 3 FAG angepasst.

**Zu § 1 Nr. 3 Buchst. b des Gesetzentwurfs
(Art. 5 Abs. 2 Nr. 2 FAG)**

Siehe Begründung zu § 1 Nr. 2 Buchst. a Doppelbuchst. cc des Gesetzentwurfs.

Zu § 1 Nr. 4 des Gesetzentwurfs (Art. 10a Abs. 2 FAG)

Die Kosten der Aufgabenträger im Rahmen der Schülerbeförderung an Schüler ohne Beförderungsanspruch jedoch mit Kostenerstattungsanspruch werden bereits im Rahmen der pauschalen Zuweisungen berücksichtigt. Deshalb ist eine Vorwegentnahme für diesen Kostenbereich nicht erforderlich. Die Streichung dient der Rechtsbereinigung.

Zu § 1 Nr. 5 des Gesetzentwurfs (Art. 10b Abs. 1 FAG)

Im Jahr 2004 wurden zur Stützung der Schlüsselzuweisungen u. a. auch 25 Mio. € aus Mitteln für die Krankenhausfinanzierung umgeschichtet. Da im Krankenhausbereich grundsätzlich eine hälftige Mitfinanzierung der Kommunen besteht und der Kommunalanteil nicht für andere Zwecke als für die Krankenhausfinanzierung verwendet werden darf, hätten die Krankenhausmittel eigentlich um 50 Mio. € gekürzt werden müssen, um 25 Mio. € für die Umschichtung zu gewinnen. Um dies zu vermeiden, wurde von der paritätischen Finanzierung insoweit eine Ausnahme gemacht, als die Kommunen im Jahr 2004 eine Vorausleistung in Höhe von 25 Mio. € erbrachten.

In den Jahren 2005 und 2006 wurde von einer Rückführung dieser Vorausleistung abgesehen, um weder den Haushaltsansatz für die Krankenhausfinanzierung kürzen noch eine entsprechende Absetzung von den Schlüsselzuweisungen vornehmen zu müssen. Die Vorausleistung der Kommunen wurde bisher zeitlich begrenzt geregelt.

Da nicht absehbar ist, ob und wann die Vorausleistung der Kommunen zulasten des Haushaltsansatzes für die Krankenhausfinanzierung oder der Schlüsselzuweisungen zurückgeführt werden wird, soll die bisher zeitlich befristete Regelung in die Dauerregelung in Art. 10b Abs. 1 FAG überführt werden.

Zu § 1 Nr. 6 (Art. 12 Abs. 1 FAG)

Zur Stärkung der freien Investitionsmittel ist eine Anhebung der Investitionspauschale um 20 Mio. € auf 155 Mio. € vorgesehen. Damit wird auch ein Beitrag zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung geleistet, da die Kommunen über die Verwendung der Mittel im investiven Bereich eigenständig entscheiden können und keinen Verwendungsnachweis führen müssen.

Gleichzeitig soll die Mindestinvestitionspauschale für kreisangehörige Gemeinden als gezielte Unterstützung kleinerer Gemeinden

auf 20 000 € angehoben werden. Diese Maßnahme dient auch einer Stärkung des ländlichen Raums.

Die Einfügung der Worte „vorweg entnommenen“ dient der Klarstellung, dass vor Aufteilung der zur Verfügung stehenden Mittel auf kreisangehörige Gemeinden, kreisfreie Gemeinden und Landkreise die Mindestinvestitionspauschale zu bedienen ist.

Zu § 1 Nr. 7 Buchst. a und b des Gesetzentwurfs (Art. 13b FAG)

Durch den Anstieg des Kraftfahrzeugsteueraufkommens können bei einem unverändertem Anteil der Kommunen am Kraftfahrzeugsteueraufkommen (Verbandsatz 42,83 v. H.) die pauschalen, kilometerbezogenen Zuweisungen erneut deutlich angehoben werden. Die Pauschalen werden entsprechend der Aufkommensentwicklung im Verbundzeitraum angepasst und geglättet. Die Zuweisungen an die Landkreise zum Bau, Ausbau und zur Unterhaltung der Kreisstraßen nach Art. 13b Abs. 1 Satz 1 FAG sollen für den ersten Kilometer je 1 000 Einwohner von 510 € auf 590 €, für den zweiten Kilometer von 2 270 € auf 2 610 €, für den dritten Kilometer von 3 040 € auf 3 500 € und für jeden weiteren Kilometer von 4 290 € auf 4 930 € erhöht werden. Außerdem sollen die Zuweisungen nach Art. 13b Abs. 2 Satz 1 FAG an die kreisangehörigen Gemeinden, die nicht am örtlichen Aufkommen an der Kraftfahrzeugsteuer beteiligt sind, von 940 € je vollem Kilometer Gemeindestraße auf 1 080 € angehoben werden.

Zu § 1 Nr. 8 des Gesetzentwurfs (Art. 13c Abs. 1 FAG)

Durch den Anstieg des Kraftfahrzeugsteueraufkommens steigen auch die Mittel für den Härtefonds, da dieser mit einem Vomhundertsatz am Aufkommen beteiligt ist. Diese Mittel wären jedoch nicht ausreichend, um den hohen Fördermittelbedarf für begonnene und anstehende Investitionsvorhaben, insbesondere im ÖPNV-Bereich, abdecken zu können. Deshalb soll der Anteil des Härtefonds am Kraftfahrzeugsteueraufkommen von 7,46 v. H. auf 9,15 v. H. angehoben werden (wegen eines im Jahr 2007 übergangsweise geltenden Anteilsatzes von 9,66 v. H. siehe Begründung zu § 3 Abs. 6). Davon entfallen – wie bisher – bis zu zwei Drittel (6,1 v. H.) auf die Förderung von ÖPNV-Investitionen und mindestens ein Drittel (3,05 v. H.) auf die Förderung von Straßenbaumaßnahmen.

Zu § 1 Nr. 9 des Gesetzentwurfs (Art. 13d FAG)

Für Finanzhilfen nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern (BayÖPNVG) ist ein Festbetrag vorgesehen. Dieser beläuft sich seit dem Jahr 2004 auf 47,3 Mio. €. Nunmehr ist eine maßvolle Anhebung vorgesehen. Der Festbetrag soll um 4 Mio. € auf 51,3 Mio. € angehoben werden. Damit kann u. a. die Zuweisung für die Verlängerung der U-Bahn zum Forschungsgelände in Garching geleistet werden.

Zu § 1 Nr. 10 des Gesetzentwurfs (Art. 15 Abs. 2 Nr. 4 FAG)

Seit dem Jahr 2005 werden auch die Bezirke an den Erstattungsleistungen des Bundes nach § 34 Abs. 2 des Wohngeldgesetzes zu der ab dem Jahr 2005 in das SGB XII eingegliederten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit beteiligt. Wie bei den örtlichen Trägern sind die Erstattungsleistungen von den Aufwendungen abzusetzen. Eine entsprechende Regelung war bereits in der Übergangsvorschrift für die Jahre 2005 und 2006 enthalten.

Auch die Bezirke als überörtliche Sozialhilfeträger waren von den Systemänderungen durch das Vierte Gesetz für moderne Dienst-

leistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) betroffen. Im Jahr 2005 waren die Bezirke für Leistungen nach SGB II an Ausländer, Aussiedler und Spätaussiedler zuständig. Die entsprechenden Aufwendungen der Bezirke, wobei die Erstattungsleistungen des Bundes abzusetzen sind, sollen bei der Berechnung des Sozialhilfeausgleichs nach Art. 15 FAG berücksichtigt werden. Ab dem Jahr 2006 wurde diese Zuständigkeit den örtlichen Trägern, die die Aufgabe bereits bisher im Rahmen der Delegation erledigt haben, übertragen. Es können jedoch nach dem Jahr 2005 noch Nachzahlungen anfallen. Auch diese Zahlungen sollen in den Folgejahren berücksichtigt werden. Nicht berücksichtigt werden sollen allerdings die persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten im Zusammenhang mit Leistungen nach dem SGB II, da im Bereich der Delegationsaufgaben allenfalls ein geringer Aufwand entstehen dürfte und dieser bei der Bemessung der Verwaltungskostenpauschale bereits bisher nicht berücksichtigt wird.

Weitere Änderungen des Art. 15 FAG durch die ab 1. Januar 2006 geänderte Zuständigkeit für Leistungen nach SGB II an Ausländer, Aussiedler und Spätaussiedler sind im Hinblick auf die zeitliche Abgrenzung der Berechnungsgrundlagen des Art. 15 FAG, dem Ausgleich 2007 liegen die Daten des Jahres 2005 zugrunde, erst für den Ausgleich 2008 veranlasst. So können die im Rahmen der Umsetzung des Zuständigkeitswechsels gewonnenen Erfahrungen in die ab dem Jahr 2008 erforderliche Änderung der Berechnungsmodalitäten eingebracht werden.

Zu § 1 Nr. 11 Buchst. a des Gesetzentwurfs (Art. 23 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 FAG)

Folgeänderung aus der Streichung des „Demographiefaktors“ in Art. 3 Abs. 1 FAG und Regelung in dem neu eingefügten Art. 3 Abs. 2 FAG. In die Verordnungsermächtigung einbezogen wird auch die Regelung der näheren Bestimmungen für die Ermittlung der maßgeblichen Zahl der nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungstreitkräfte und deren Angehöriger.

Für die Landkreisschlüsselzuweisungen wird auf die Einwohnerzahlen der Gemeinden zurückgegriffen; insoweit ist eine eigene Regelung nicht erforderlich.

Zu § 1 Nr. 11 Buchst. b des Gesetzentwurfs (Art. 23 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 FAG)

Folgeänderung aus der Umgestaltung des Sozialhilfeansatzes in einen Ansatz für Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Zu § 2 Nr. 1 Buchst. a des Gesetzentwurfs (§ 1 Abs. 1 FAGDV)

Folgeänderung aus der Streichung des „Demographiefaktors“ in Art. 3 Abs. 1 FAG und Regelung in dem neu eingefügten Art. 3 Abs. 2 FAG. Für die Landkreisschlüsselzuweisungen wird auf die Einwohnerzahlen der Gemeinden zurückgegriffen; insoweit ist eine eigene Regelung nicht erforderlich.

Zu § 2 Nr. 1 Buchst. b des Gesetzentwurfs (§ 1 Abs. 3 FAGDV)

Der „Demographiefaktor“ bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und Landkreise wird künftig auf die nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungstreitkräfte und deren Angehörige ausgedehnt (siehe Begründung zu § 1 Nr. 2 Buchst. b). Die Ermittlung einer rückläufigen Zahl der nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungstreitkräfte und deren Angehöriger soll entsprechend dem für eine rückläufige Einwoh-

nerzahl gewählten Verfahren erfolgen. Danach ist der maßgebende Ausgangswert die zuletzt von den Streitkräften mitgeteilte Zahl. In der Regel wird diese zum Stichtag 30. Juni des vorhergehenden Jahres gemeldet (für die Schlüsselzuweisungen 2007 wäre dies der 30. Juni 2006). Die Durchschnittszahl der vorangegangenen Jahre wird aus den Meldungen für die fünf vor dem Stichtag der maßgeblichen Meldung liegenden Jahre ermittelt. Hierzu wird die Summe der gemeldeten Zahlen der vorangegangenen Jahre durch die Zahl der Jahre, also durch fünf, geteilt. Für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen 2007 wären dies die Meldungen zum Stichtag 30. Juni 2000, 30. Juni 2001, 30. Juni 2002, 30. Juni 2004 und 30. Juni 2005.

Zu § 2 Nr. 2 des Gesetzentwurfs (§ 5 FAGDV)

Die Einbeziehung der Grundsicherung für Arbeitsuchende in den Sozialhilfearbeit bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen an Landkreise und kreisfreie Gemeinden macht eine Anpassung des § 5 FAGDV, der die näheren Bestimmungen zur Berechnung des Ergänzungsansatzes enthält, erforderlich.

Bei der Berechnung des Ergänzungsansatzes werden bisher die Daten des vorvorhergehenden Jahres herangezogen. Diese Systematik soll aus Gründen der Vergleichbarkeit und der Datenverfügbarkeit auch für die Grundsicherung für Arbeitsuchende gelten. Die im Jahr 2005 angefallenen Aufwendungen die Grundsicherung für Arbeitsuchende sind somit bei der Berechnung des Sozialhilfearbeit 2007 zu berücksichtigen, die Aufwendungen 2006 bei der Berechnung des Sozialhilfearbeit 2008 usw.

Wie bereits bei den Sozialhilfearbeit aufwendungen soll auch bei den Aufwendungen für die Grundsicherung für Arbeitssuchende auf eine verfügbare Datenbasis abgestellt werden. Die Statistik nach § 53 SGB II kann nicht verwendet werden, da sie hinsichtlich der Daten der Kommunen, die nach § 6a SGB II optiert haben, in der Praxis noch unvollständig ist. Deshalb soll zunächst einheitlich für alle Kommunen auf die Daten der vierteljährlichen Kassenstatistik zurückgegriffen werden. Da die Ausgaben der örtlichen Träger der Grundsicherung für Erwerbsfähige in der vierteljährlichen Kassenstatistik (aber auch in der Fachstatistik) unbereinigt auch die Ausgaben für den Bereich der von den Bezirken delegierten Aufgaben enthalten, ist eine Bereinigung zwingend erforderlich, um die tatsächliche Belastung auf Kreisebene darzustellen. Dies geschieht am zweckmäßigsten durch eine Absetzung der Einnahmen aus den Delegationsabrechnungen.-

Zu § 2 Nr. 3 des Gesetzentwurfs (§ 16 Abs. 2 Satz 2 FAGDV)

Redaktionelle Änderung aufgrund des Übergangs des Bundessozialhilfegesetzes in das SGB XII.

Zu § 3 Abs. 1 des Gesetzentwurfs

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten der verschiedenen Regelungen.

Zu § 3 Abs. 2 des Gesetzentwurfs

Bereits in den letzten Jahren wurden aus dem Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer im Verbundzeitraum Mittel zur Verstärkung des Sozialhilfeausgleichs an die Bezirke nach Art. 15 FAG eingesetzt. Im Hinblick auf die Belastung der bayerischen Bezirke im Bereich der Sozialhilfe soll an dieser Übung festgehalten und ein gegenüber dem Vorjahr unveränderter Verstärkungsbetrag von 182,1 Mio. € bereitgestellt werden.

Zu § 3 Abs. 3 des Gesetzentwurfs

Vielfach wünschen Gemeinden dringend den Bau von Ortsumfahrungen im Zug von Staatsstraßen, die jedoch entsprechend dem Ausbauplan für Staatsstraßen in den nächsten Jahren noch nicht realisiert werden. Sofern Gemeinden solche Ortsumfahrungen im überwiegend kommunalen Interesse im Wege der Sonderbaulast selbst vorzeitig errichten, können sie hierfür seit 1999 Fördermittel aus der nach Art. 13 Abs. 2 FAG maßgeblichen Finanzmasse erhalten. In den Jahren 2007 und 2008 werden für diesen Zweck jeweils bis zu 17,9 Mio. € bereitgestellt. Förderhöhe und -verfahren richten sich nach den für den kommunalen Straßenbau geltenden Bestimmungen.

Zu § 3 Abs. 4 des Gesetzentwurfs

Zur Bereitstellung der Mittel für Art. 15 FAG (vgl. Begründung zu § 3 Abs. 2) ist das Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer im Verbundzeitraum, aus dem sich die Finanzmasse nach Art. 13 Abs. 1 Satz 1 FAG errechnet, in den Jahren 2007 und 2008 um jeweils 425 169 273,87 € zu kürzen.

Zu § 3 Abs. 5 des Gesetzentwurfs

§ 3 Abs. 4 bestimmt u. a. das maßgebende örtliche Aufkommen für die Berechnung der Zuweisungen an die Gemeinden, die an der Kraftfahrzeugsteuer nach Art. 13a FAG beteiligt sind. Die Kürzung des Aufkommens an Kraftfahrzeugsteuer nach § 3 Abs. 4 kann nicht einem örtlichen Ausfall an Kraftfahrzeugsteuern in einzelnen Gemeinden zugeordnet werden. Daher werden die Zuwendungen gem. Art. 13a FAG an Gemeinden, die am örtlichen Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer beteiligt sind, 2007 und 2008 jeweils um den Anteil gekürzt, der dem Verhältnis des Kürzungsbetrages nach § 3 Abs. 4 zu dem Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer im Verbundzeitraum insgesamt entspricht.

Zu § 3 Abs. 6 des Gesetzentwurfs

Der Anteil des Härtefonds bemisst sich nach einem Vomhundertsatz am Kraftfahrzeugsteueraufkommen. Dieser soll ab dem Jahr 2008 entsprechend dem Mittelbedarf für die Förderung von Investitionen auf 9,15 v. H. angehoben werden. Die Bemessung des Vomhundertsatzes berücksichtigt sowohl das zu erwartende Kraftfahrzeugsteueraufkommen als auch den Mittelbedarf in anderen Förderbereichen, insbesondere der Pauschalen für den Straßenbau und -unterhalt. Da im Jahr 2007 mit einem Kraftfahrzeugsteuerverbund gerechnet wird, der über dem in den Folgejahren zu erwartenden Ergebnissen liegt, besteht finanzieller Spielraum, um für den Härtefonds im Jahr 2007 – einmalig – 9,66 v. H. bereitzustellen.

76. Sitzung

am Dienstag, dem 17. Oktober 2006, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	5853	Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (Bayerisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – BayGVFG) (Drs. 15/6409) – Erste Lesung –
Geburtstagswünsche für den Abgeordneten Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard	5853	Staatssekretär Georg Schmid 5878 Dr. Thomas Beyer (SPD) 5878 Eberhard Rotter (CSU) 5880 Dr. Christian Magerl (GRÜNE) 5880
Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007) (Drs. 15/6308) – Erste Lesung –		Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 5881
und		Abstimmung über Anträge etc. , die gemäß § 59 Abs. 7 GeschO nicht einzeln beraten werden (siehe Anlage)
Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 (Haushaltsgesetz – HG – 2007/2008) (Drs. 15/6309) – Erste Lesung –		Beschlüsse 5881
Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser	5853, 5874	Bestellung von Mitgliedern des Landtags für den Landesdenkmalrat
Jürgen Dupper (SPD)	5860	Beschluss 5882
Engelbert Kupka (CSU)	5865	Bestätigung eines Mitglieds für den Landesgesundheitsrat
Thomas Mütze (GRÜNE)	5869, 5876, 5877	Beschluss 5882
Verweisung gem. § 148 GeschO in den Haushaltsausschuss	5877	Eingaben betreffend geplante jahrgangsübergreifende Klasse im Schuljahr 2006/2007 an der Grundschule Ebrach (Bl.0722.15)
Gesetzentwurf der Staatsregierung über Zuwendungen des Freistaates Bayern zur		und

Bildung jahrgangsübergreifender Grundschulklas-
sen zum Schuljahr 2006/2007 an der Volksschule
Aurachgrund in Walsdorf (Bl.0732.15)

Mitteilung betreffend Nichtbehandlung der Eingabe Bl.0732.15 im Plenum	5882
Simone Tolle (GRÜNE)	5882
Reinhard Pachner (CSU)	5884
Susann Biedefeld (SPD)	5884
Staatsminister Siegfried Schneider	5886
 Beschluss	 5887

Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des
Bayerischen Landtags

Beschlussempfehlung des Verfassungsausschus-
ses (Drs. 15/6423)

Beschluss	5887
 Schluss der Sitzung	 5887

(Beginn: 15.05 Uhr)

Präsident Alois Glück: Ich eröffne die 76. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie ist erteilt worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich mitteilen, dass Herr Staatssekretär Dr. Bernhard am 6. Oktober seinen 60. Geburtstag gefeiert hat. Im Namen des Hohen Hauses gratuliere ich Ihnen, Herr Staatssekretär. Als altgedientem Parlamentarier danke ich Ihnen sehr für die Mitarbeit im Hause in den verschiedensten Funktionen. Wir wünschen Ihnen alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 1 a und 1 b zur gemeinsamen Beratung auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007) (Drs. 15/6308) – Erste Lesung –

Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 (Haushaltsgesetz – HG – 2007/2008) (Drs. 15/6309) – Erste Lesung –

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile zunächst Herrn Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser das Wort.

(Prof. Dr. Falthäuser humpelt an Krücken ans Rednerpult – Franz Maget (SPD): Das ist schon eine mühsame Geschichte!)

Staatsminister Prof. Dr. Kurt Falthäuser (Finanzministerium): Der Haushalt geht besser.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Das war besser als der Haushalt! Eine größere Leistung!)

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die finanzpolitische Landkarte in Deutschland könnte gegenwärtig nicht unterschiedlicher sein. Bayern schafft mit dem von mir vorzulegenden Gesetzentwurf des Doppelhaushaltes 2007 und 2008 zum zweiten Mal in Folge aus eigener Kraft einen ausgeglichenen Haushalt. Dagegen halten Berlin, Bremen und das Saarland die Hand auf und warten auf weitere Ergänzungszuweisungen des Bundes. Man darf gespannt sein, meine Damen und Herren, wie das Bundesverfassungsgericht übermorgen über die Klage dieser Länder entscheiden wird.

Ganz gleich wie dieses Urteil im Einzelnen aussehen wird, eines ist klar: So wie in der Vergangenheit kann es in Deutschlands öffentlichen Kassen nicht weitergehen. Sie in diesem Haus wissen, dass Bund, Länder und Gemeinden inzwischen täglich 200 Millionen Euro an Zinsen zahlen. Das entspricht ziemlich genau dem Betrag, den die beiden Münchner Eliteuniversitäten in den nächsten vier Jahren im Rahmen der Exzellenzinitiative erhalten. Ich möchte gerne hinzusagen: Diesen Universitäten – die eine ist auch die meine – herzliche Gratulation! Das ist ein unglaublicher Erfolg nicht nur der Universitäten, sondern auch der Reformanstrengungen des Freistaates Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Im Jahr 2005 mussten Bund, Länder und Gemeinden trotz des historisch niedrigen Zinsniveaus jeden siebten Euro der Steuereinnahmen für Zinsen ausgeben. Bayern wird daher im Rahmen der zweiten Stufe der Föderalismusreform darauf drängen, dass die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern bundesweit wieder zu soliden öffentlichen Haushalten führen wird.

Ich sage bei dieser Gelegenheit ganz deutlich: Ein nationaler Entschuldungsfonds ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Es kann nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen in diesem bayerischen Parlament, dass hochverschuldete Länder über einen Entschuldungsfonds ihre angehäuften Altlasten den anderen, solide wirtschaftenden Ländern zuschieben.

(Zuruf von der CSU: Sehr richtig!)

Bayern müsste dann für Schulden aufkommen, die andere Länder in 30 Jahren aufgebaut haben, als Strafe gewissermaßen für seine nachhaltige sparsame Haushaltspolitik. Ich kann nur sagen: mit uns nicht!

(Beifall bei der CSU)

Wir stehen – das muss ich auch sagen, weil wir das jeden Tag immer wieder vorgehalten bekommen – zu unserer solidarischen Verantwortung. Bayern war letztes Jahr mit 2,2 Milliarden Euro im Länderfinanzausgleich und 1,7 Milliarden Euro im Umsatzsteuerausgleich in absoluten Beträgen der größte Nettozahler. Wir geben also – das muss man sich einmal klarmachen, liebe Kolleginnen und Kollegen – mehr als 10 % unseres jährlichen Haushaltsvolumens an andere Länder ab. Noch mehr ist dem bayerischen Steuerzahler nicht zuzumuten.

(Beifall bei der CSU)

Es wird immer gesagt: Ihr Bayern solltet doch daran denken, dass ihr in der Nachkriegsgeschichte hochgepöppelt worden seid. Seit 1950 – richtig – hat Bayern aus dem Länderfinanzausgleich insgesamt 3,4 Milliarden Euro

erhalten, inzwischen aber 20,5 Milliarden Euro, also das Sechsfache, wieder zurückbezahlt.

Das zeigt: Bayern hat den anderen gegenüber mittlerweile genug Solidarität bewiesen.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen: Ich stelle den gegenwärtigen, schwierig errungenen Kompromiss des jetzigen Länderfinanzausgleichs nicht infrage, wie es andere tun. Aber das ist es dann auch! Wie gesagt, ein Schuldentopf kommt nicht infrage.

Wir meinen aber, dass alle Gebietskörperschaften disziplinierter an die Haushaltslage herangehen sollten. Wir werden daher die Einführung eines Frühwarnsystems zur Vermeidung von Haushaltskrisen verlangen. Ein solches Frühwarnsystem soll helfen, die inzwischen bedrohlich angewachsene Neuverschuldung in Deutschlands öffentlichen Haushalten nachhaltig einzudämmen.

Meine Damen und Herren, dieses Land Bayern ist bundesweit mittlerweile in der Haushaltsführung Vorbild geworden. Im bayerischen Staatshaushalt haben wir die mit Abstand geringste Pro-Kopf-Verschuldung – Sie wissen das: 1852 Euro –, die niedrigste Zinslastquote und – verglichen mit anderen westlichen Flächenländern – gleichzeitig auch die höchste Investitionsquote – bei allen Problemen, auf die ich noch zu sprechen kommen werde.

Mit seinem ausgeglichenen Haushalt 2006 ist Bayern der Vorreiter einer neuen Stabilitätskultur in Deutschland. Mit dem vorgelegten Regierungsentwurf des Doppelhaushalts 2007/2008 setzt die Bayerische Staatsregierung ihren finanzpolitischen Erfolgskurs fort. Wir werden also im Jahre 2008 zum dritten Mal in Folge einen ausgeglichenen Haushalt ohne einen Cent Nettoneuverschuldung haben. Bayerns Zinslastquote, meine Damen und Herren, wird in dieser Zeit, also bis 2008, auf 2,8 % sinken. Bei anderen steigt sie radikal. Ich kann mit Blick auf den SPD-Vorsitzenden nicht verschweigen: Die Zinslastquote in Rheinland-Pfalz steigt im Jahr 2008 auf 9,7 %. Man sollte also erst einmal seine Hausaufgaben machen, bevor man laute Bemerkungen macht.

Inzwischen sind sieben Länder dem Beispiel Bayerns gefolgt und haben sich auf einen Zeitpunkt festgelegt, bis zu dem sie einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung vorlegen wollen. Ich kommentiere nicht, wie wahrscheinlich das in dem einen oder anderen Land ist; das werden wir sehen. Der Weg Bayerns – meine Damen und Herren, das wissen Sie besser als andere – zum ausgeglichenen Haushalt 2006 war und – ich unterstreiche das – ist steinig. Von der Einnahmeseite aus gesehen kommen wir aus einem Tal der Tränen: Bis einschließlich Mai letzten Jahres endeten die Steuerschätzungen neunmal in Folge im Minus. Das ist eine Kaskade des Steuerverfalls. Die Einnahmeausfälle von Bund, Ländern und Gemeinden in den Jahren 2001 bis 2005 summieren sich alles in allem auf 475 Milliarden Euro. Das entspricht dem gesamten Steueraufkommen eines ganzen Jahres. Das ist das Tal seit 2001.

Von einem derartigen Einnahmeausfall blieb in Deutschland kein öffentlicher Haushalt verschont. Nur wenige haben in diesem Land dann Kurs gehalten. Viele haben die Augen verschlossen. Die Folge war ein Anstieg der entsprechenden Neuverschuldung. Wir haben uns nicht von diesem Steuerrückgang beeindrucken lassen. Wir haben unser Ausgabeverhalten den sinkenden Einnahmen angepasst. So schlicht es klingt: Deutlich sinkende Einnahmen ist gleich deutlich heruntergedrückte Ausgaben.

In einer beispiellosen Kraftanstrengung, für die ich mich immer noch und noch einmal auch bei dieser Fraktion bedanke, haben wir uns vor allem im Nachtragshaushalt 2004 ein Einsparvolumen von über 2 Milliarden Euro erarbeitet, das fortwirkt. Dieser Sparkurs, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ist für uns, für dieses Land ohne Alternative.

Hätten wir entsprechend den Wünschen der SPD-Landtagsfraktion auf Einsparungen verzichtet, hätten wir – das kann man sich präzise ausrechnen – in den Jahren 2006 und 2007 eine Neuverschuldung von 2 1/2 Milliarden Euro pro Jahr mehr. Der ausgeglichene Haushalt ohne Neuverschuldung wäre damit in weite Ferne gerückt. Stattdessen wäre durch die zusätzliche Verschuldung die Zinslast um jährlich 100 Millionen Euro gestiegen; schon im Jahr 2007 hätten wir eine zusätzliche Zinslast von 300 Millionen Euro gehabt.

Das ist die Realität! Deswegen wundert es mich, dass ich jetzt in den Zeitungen lese, auch heute, dass Kollege Maget sagt: Na, jetzt kommen mehr Steuern herein – heraus damit! Geben wir's doch aus! – Ich glaube, er hätte doch aus der Vergangenheit lernen sollen, dass man so keine solide Haushaltspolitik machen kann.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt, wo sich die Einnahmen wieder positiv entwickeln, beginnt aber – das sehen Sie schon an der Einlassung des Kollegen Maget – die schwierigste Phase für eine nachhaltige Haushaltspolitik.

(Zuruf von der SPD: Sie!)

Denn mancher Fachpolitiker – to whom it may concern – und die Öffentlichkeit sehen die günstige Einnahmeentwicklung bei den monatlichen Steuereinnahmen, die nach wie vor sehr volatil, also sehr schwankend ist, und meinen, jetzt könne man den strengen Winter vergessen und auf Frühling setzen, sprich: auf Ausgaben.

Meine Damen und Herren, vergessen wir dabei nicht, dass diese Mehreinnahmen allenfalls helfen, die Nachwirkungen der vorhergehenden Steuerausfälle abzumildern. Wir haben in diesem Jahr noch nicht die Einnahmesituation des Jahres 2000 wieder erreicht. Das ist die Realität! Schauen Sie sich die Zahlen an, die ich Ihnen ausgereicht habe; da können Sie es nachvollziehen.

Bei der Veranschlagung der Steuereinnahmen im Doppelhaushalt 2007/2008 haben wir die günstige Ist-Entwicklung bereits berücksichtigt:

Ausgehend von der Mai-Steuerschätzung und unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Steueränderungsgesetzes 2007, der ab 2008 geplanten Unternehmenssteuerreform und der bisherigen Ist-Entwicklung sieht der Regierungsentwurf Steuereinnahmen in Höhe von 28,4 Milliarden Euro in 2007 und 29 Milliarden Euro in 2008 vor. Verglichen mit den jeweiligen Ansätzen der Vorjahre ist dies eine Steigerung von 8,7 % im Jahre 2007 und 2,2 % im Jahre 2008. Das ist insbesondere in 2007 auf die Erhöhung der Umsatzsteuer zurückzuführen. Die für 2007 veranschlagte Steigerung bei den Steuereinnahmen um 2,3 Milliarden Euro bzw. 8,7 % hat eine solide Grundlage, aber das ist auch die oberste Grenze des Veranschlagbaren. Also denjenigen, die sagen, da gehen wir in der Schätzung noch ein klein wenig höher, dann wird es schon, dann haben wir mehr Spielraum für schöne Ausgaben, antworte ich: Das ist nicht vertretbar, das ist nicht seriös!

Dieser Regierungsentwurf hat politisch gesehen drei Kernelemente, meine Damen und Herren:

Erstens: Wir führen den ausgeglichenen Haushalt fort, beenden das also nicht mit einer Punktlandung in 2006, sondern dieses Prinzip gilt für 2007 und 2008 genauso.

Zweitens: Wir investieren gezielt in Bayerns Zukunft mit entsprechenden Schwerpunkten. Politik heißt Schwerpunktbildung, und Schwerpunktbildung heißt: Das will ich, und das andere muss dann zurückstehen. Das bedeutet auch, dass man politischen Mut haben muss.

Drittens: Wir stärken unsere Kommunen über einen Finanzausgleich, der weit stärker wächst als der Staatshaushalt insgesamt.

Zum ersten Kernelement: Unser Haushalt wird, wie ich bereits gesagt habe, bis zum Jahre 2008 ohne eine Kreditemächtigung auskommen. Es sieht schön aus, wenn man die Nullen in den folgenden Jahren sieht; das ist zumindest ein optisches Vergnügen für den Finanzminister.

Keine neuen Schulden, keine zusätzlichen Zinslasten, keine Verschiebungen zulasten künftiger Generationen! Der ausgeglichene Haushalt ist keine Eintagsfliege, sondern Programm und Verpflichtung für die Zukunft.

Die zweite Kernbotschaft dieses Doppelhaushaltes lautet: Wir investieren. Wir setzen den Dreiklang der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 6. November 2003 konsequent um: Wir sparen, um den ausgeglichenen Haushalt sicherzustellen; wir reformieren und reformieren, um so die Grundlagen für ausgeglichene Haushalte in der Zukunft zu legen; und wir investieren gezielt in die Zukunft Bayerns.

Dabei fällt mir auf – diese Bemerkung erlaube ich mir –, dass sich die Oppositionsparteien in ihrer eigenen Strategie nicht so ganz einig sind. Die GRÜNEN monieren in ihrem Papier, das mir aus ihrer Pressekonferenz vorliegt, Falthäuser gebe zu viel aus und gehe über die vom Finanzplanungsrat vorgesehene Ein-Prozent-Begrenzung hinaus, er müsste eigentlich mehr sparen. – Herr Maget

von der SPD sagt: Der gibt viel zu wenig aus, raus mit dem Geld! – Also, eine geschlossene Opposition ist das nicht.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Hauptsache, die Regierung ist geschlossen! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Die Opposition muss sich nicht absprechen!)

– Wenn ich mit Ihrer Genehmigung fortsetzen darf: Ich möchte den GRÜNEN Folgendes sagen: Dieses eine Prozent vom Finanzplanungsrat, das Sie anmahnen, ist für den bayerischen Finanzminister in der Praxis irrelevant. Es gibt eine Ein-Prozent-Begrenzung bei den Ausgaben. Warum? – Weil man die Nettoneuverschuldung herunterdrücken will. Damit sollen die Länder gemahnt werden, nicht zu viel auszugeben, damit sie ihre Schulden verringern. Wer aber einen ausgeglichenen Haushalt hat, der kann bei den Ausgaben auch ein Wachstum von 10 % haben, wenn er es verträgt. Das ist das, was wir mit unserer Sparpolitik errungen haben. Wer das nicht versteht, hat die Philosophie des ganzen Vorgangs nicht kapiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das ist doch der Punkt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Mir ist bei diesem Punkt gar nicht so lustig zumute, Herr Fraktionsvorsitzender. Das, was ich hier sage, belegt zum Beispiel auch das aktuelle Ranking zur Wirtschaftskraft und zu den Perspektiven der Bundesländer, das die „Wirtschaftswoche“ Mitte September 2006 veröffentlicht hat. Ich will das zitieren:

Der Freistaat Bayern punktet mit Lebensqualität, hohem Wohlstand und einer formidablen Wirtschaftsstruktur, hier sind die Schulden niedrig und die Chancen auf einen Job hoch.

Meine Damen und Herren, das ist, in einem Satz zusammengefasst, unsere Philosophie. Wir können nicht auf der einen Seite im Haushalt großzügig sein und andererseits auf eine schöne Lebensqualität oder auf eine formidabile Wirtschaftsstruktur hoffen. Das gehört alles zusammen. Wir haben in Zukunft keine formidabile Wirtschaftsstruktur, wenn wir in diesem Land nicht dauerhaft solide wirtschaften.

Nach der in der „Wirtschaftswoche“ abgedruckten Studie steht Bayern mit seiner Wirtschafts- und Leistungskraft im Ländervergleich auch bei der Dynamik an erster Stelle. Ich sage das, weil das immer wieder so hervorgehoben wird. Ich habe gelesen, dass das Saarland plötzlich das dynamischste Land sein soll. Aber die gehen dann zum Kadi und wollen Geld von uns. Also, ich nehme das nicht so sehr ernst.

Ich glaube, der Befund in der „Wirtschaftswoche“ zeigt, dass Bayern Zukunftspotenzial wie kein anderes Land in

der Bundesrepublik Deutschland hat. Hier setzen wir im Doppelhaushalt 2007/2008 mit unserem Programm „Investieren in Bayerns Zukunft“ an. Unser Programm hat einen Umfang von 758 Millionen Euro, also einer Dreiviertelmilliarde. Es wird gespeist – das sage ich den GRÜNEN – aus zusätzlichen Haushaltsmitteln – man könnte auch etwas anderes mit diesen Mitteln anfangen, aber wir setzen sie für unsere Schwerpunkte ein – und zusätzlichen 303 Millionen Euro aus Privatisierungserlösen.

Von diesem Gesamtbetrag werden 291 Millionen Euro für Hochschulen, Bildung und Wissenschaft verwendet. Das ist ein Schwerpunkt in diesem Land, eine tragende Säule dessen, was wir auch in der Zukunft gestalten wollen. Der Erfolg vom Freitag hat uns gezeigt, wohin wir mit einer solchen Politik kommen: Wir sind an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland.

Der zweite Schwerpunkt sind Kinder und Familien mit einem Volumen von insgesamt 46 Millionen Euro. Für die innere Sicherheit, die in Bayern unter meinem Kollegen Beckstein besonders gut aufgehoben ist, wenden wir ein Volumen von 198 Millionen Euro auf und für den ländlichen Raum mit seinen Ausgabeschwerpunkten 183 Millionen Euro.

Lassen Sie mich auf diese Schwerpunkte etwas näher eingehen.

Das Programm „Investieren in Bayerns Zukunft“ heißt vor allem: Bildung hat in Bayern oberste Priorität! – Das ist so, weil wir wissen, dass eine gute Schulbildung und eine gute Ausbildung für die persönlichen Chancen jedes Einzelnen, aber eben auch für die Zukunft unseres Landes insgesamt von entscheidender Bedeutung sind.

Aus diesem Grund schaffen wir für die bayerischen Schulen in den Jahren 2007 und 2008 insgesamt 784 – ich wiederhole: 784 – zusätzliche Lehrerstellen in allen Bereichen, in Gymnasien, Realschulen, Förderschulen und beruflichen Schulen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wo bleiben die Hauptschulen?)

Darüber hinaus werden auch die in den letzten Jahren zusätzlich bereitgestellten Haushaltsmittel für insgesamt 700 Lehrkräfte in voller Höhe weitergewährt. Insgesamt geht es also um 1484 Lehrkräfte.

Im Papier der GRÜNEN lese ich nun: Um Gottes willen, die schichten ja um, Welch ein Verbrechen! – Es stimmt, es werden Lehrerstellen von der Volksschule in die weiterführenden Schulen umgeschichtet. Wir tun dies, weil zu unserem Bedauern die Zahl der Kinder immer geringer wird. Wollen Sie denn, dass in der Volksschule die Zahl der Lehrer gleichbleibt, obwohl wir die Lehrer anderswo besser gebrauchen könnten? Politik heißt, Prioritäten zu setzen. Wir setzen die Prioritäten so, dass wir die knappen Mittel, die wir haben, dort einsetzen, wo wir sie wirklich brauchen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb nehmen wir diese Umschichtung vor.

Wir haben in den Jahren seit 2001, also in der Phase, in der wir drastisch abnehmende Steuereinnahmen hatten, gleichwohl 6000 Lehrerkapazitäten zusätzlich geschaffen. Ich höre große Meldungen aus anderen Ländern. Meine Damen und Herren, diese 6000 zusätzlichen Lehrerkapazitäten in den letzten sechs Jahren gibt es in keinem einzigen anderen Land. Deshalb sind wir auch in diesem Bereich Spitze.

Spitze sind wir auch in den Unis, wie wir schon gehört haben.

(Abgeordneter Markus Sackmann (CSU) humpelt an zwei Krücken durch den Plenarsaal und nimmt seinen Abgeordnetenplatz ein – Allgemeine Heiterkeit und Unruhe)

– Willkommen, Herr Kollege.

(Franz Maget (SPD): Jetzt wird es langsam Zeit!)

– Wir sollten gemeinsam der Opposition sagen, dass wir zwar einen Beinbruch hinter uns haben, aber nicht auf den Kopf gefallen sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Damit sich Bayerns Universitäten in der Exzellenzinitiative ein Fördervolumen von insgesamt 164 Millionen Euro sichern können, haben wir im Regierungsentwurf insgesamt 41 Millionen Euro an zusätzlichen Landesmitteln vorgesehen. Außerdem finanzieren wir 150 zusätzliche Stellen; das Hochschulbauprogramm wird mit insgesamt 140 Millionen Euro aus Privatisierungserlösen fortgesetzt. Ich glaube, das ist ein guter Beitrag. 50 Millionen Euro setzen wir zur Modernisierung der Unikliniken zusätzlich ein, und zusätzlich 10 Millionen Euro investieren wir in die Beschaffung von Großgeräten an den Universitäten, die auch als grundstockskonform gelten.

Ein entscheidender Beitrag für zusätzliche Verbesserungen an Bayerns Hochschulen kommt künftig auch von den Studierenden selbst.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die erstmals im Doppelhaushalt 2007/2008 veranschlagten Einnahmen aus den ab dem Sommersemester zu entrichtenden Studienbeiträgen belaufen sich auf jährlich 150 Millionen Euro – so ist es im Haushalt ausgewiesen – und kommen der Verbesserung der Studienbedingungen zugute. Mir ist also nicht nur die Förderung von Exzellenz und Elite wichtig, sondern durch diese Mittel haben wir zusätzliche Möglichkeiten der Studienbetreuung gewissermaßen für den „intellektuellen Breitensport“, der, wie ich weiß, an den Universitäten teilweise etwas unterentwickelt ist. In dieser Richtung setzen wir wirklich gute Akzente. Ich sage Ihnen voraus, dass es künftig kein Land mehr geben wird, das keine Studiengebühren erhebt.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden Kinder und Familien. Mir ist dabei eine Zahl besonders wichtig. Sie wissen, dass die CSU-Fraktion aufgrund des gesellschaftlichen Wandels einen weiten Weg in der Kinderbetreuung gegangen ist. Auch das ist ein Zeichen politischer Kraft. Wir haben für das Jahr 2008 in diesem Doppelhaushalt einen Betrag von 585 Millionen Euro für die Kinderbetreuung stehen. Mehr als eine halbe Milliarde! Ein Vergleich mit dem sehr geringen Betrag, den wir früher hierfür aufgebracht haben, zeigt die Handlungsfähigkeit und die Schwerpunktsetzungsfähigkeit dieser Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion.

Traditionell ist die innere Sicherheit in Bayern ein besonderer Schwerpunkt. Mit fast 200 Millionen Euro für die Sicherheitsstruktur unseres Landes haben wir einen besonders notwendigen Schwerpunkt geschaffen. Dabei finanzieren wir die Einführung des BOS-Digitalfunks mit 75 Millionen jährlich, das heißt, zweimal 75 Millionen, und stärken die Sachmittel der Polizei mit zusätzlich 40 Millionen Euro. Das ist ein Betrag, der sich wirklich sehen lassen kann.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ein weiterer Schwerpunkt ist das, was wir in den letzten zwei Jahren zunehmend thematisiert haben, nämlich die Förderung des ländlichen Raumes. Ministerpräsident Edmund Stoiber hat es klar und deutlich vorgegeben – ich zitiere: „Politik für ein starkes Bayern in allen Landesteilen – das ist unser gemeinsames Ziel.“

Daraus muss man natürlich auch die erforderlichen Schlussfolgerungen ziehen, und deshalb investieren wir in den ländlichen Raum als dem vierten Zukunftsfeld eine ganze Menge Geld. Mit zusätzlichen 42 Millionen Euro in beiden Jahren setzen wir unser Hochwasserschutzaktionsprogramm um, sodass wir bis zum Jahr 2020 – es handelt sich hier schließlich um eine langfristig angelegte Angelegenheit – Gesamtinvestitionen in Höhe von insgesamt 2,3 Milliarden Euro haben werden. Bezogen auf die Jahre 2006 bis 2008 sind das immerhin durchschnittlich 150 Millionen Euro jährlich. Damit haben Sie eine Vorstellung von der Größenordnung, die wir hier bewegen.

Für den Staatsstraßen- und Brückenbau sieht der Regierungsentwurf in den Jahren 2007 und 2008 zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 66 Millionen Euro vor.

(Zuruf von der SPD)

Damit sind für den Staatsstraßenbau jährlich jeweils 160 Millionen Euro veranschlagt, Herr Kollege. Darin ist nicht enthalten – das muss ich hinzufügen – das Sonderprogramm für den Brückenbau, das sogenannte Public-Private-Partnership-Programm, um zusätzlich schnelle Umsetzungsmaßnahmen zu ermöglichen.

Wenn es um die Förderung des ländlichen Raumes geht, Herr Kollege Brunner, ist natürlich auch die Landwirtschaft angesprochen. Faktum ist, dass die Europäische Union ihre Mittel für Bayerns Landwirte in der zweiten Säule der kommenden EU-Förderperiode für die Jahre 2007 bis 2013 erheblich kürzen wird. Es handelt sich

dabei im Jahre 2007 um eine Kürzung um 80 Millionen Euro und im Jahre 2008 um 85 Millionen Euro gegenüber 2006.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Da haben Sie zugestimmt!)

– Wie immer es sei.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es geht um die Kürzung von EU-Mitteln in großem Umfang aufgrund der Entwicklung der Europäischen Union, und es steht mir nicht zu, einzelne politische Entscheidungen der Europäischen Union zu beurteilen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Ich will hier nur darlegen, welche Schlussfolgerungen wir daraus zu ziehen haben. Eine erste Schlussfolgerung könnte durchaus sein zu sagen, wenn die Kofinanzierung von der Europäischen Union nicht mehr kommt, kann ich meine Kofinanzierung auf Landesebene auch nicht mehr zur Verfügung stellen; denn die Geschäftsgrundlage ist die gemeinsame Finanzierung. Aber dies haben wir genau in diesem Haushalt nicht gemacht. Wir haben unsere Kofinanzierung beibehalten und die Landesmittel ungekürzt in den Haushaltsentwurf eingestellt.

Allerdings will ich Folgendes hinzufügen: Einen von dem einen oder anderen Landwirtschaftsvertreter geforderten vollen Ersatz der europäischen Mittel kann es nicht geben – das ist undenkbar, und zwar aus grundsätzlichen Erwägungen und auch aus Gründen der Größenordnung. Wir können doch nicht das, was andere einsparen, unsererseits ganz selbstverständlich mit den bescheidenen Mitteln eines Landeshaushalts auffangen. Das gilt übrigens auch für den Bund. Wer dies erwartet, hat völlig falsche Vorstellungen von den finanziellen Möglichkeiten dieses Landes. Im Übrigen erzogen wir dann die anderen Ebenen nur dazu zu sagen: Wir können ruhig kürzen; denn die Bayern machen das schon selbst. So kann das nicht laufen, meine Damen und Herren, das ist keine seriöse Politik, und deshalb können wir das auch nicht voll ersetzen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Hört, hört!)

Wir haben jedoch im Regierungsentwurf zusätzlich 20 Millionen Euro pro Jahr für die einzelbetriebliche Investitionsförderung zukunftsorientiert eingestellt, Herr Kollege, und zusätzlich noch einmal 5 Millionen pro Jahr für die Dorferneuerung. Schauen wir mal, dann sehen wir es schon, Herr Kollege.

Das dritte Kernelement dieses Doppelhaushalts besteht aus der Stärkung unserer Kommunen. Entsprechend der Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden am 27. Juli 2006 werden die Leistungen aus dem kommunalen Finanzausgleich im Jahre 2007 erstmals die 6-Milliarden-Euro-Grenze überschreiten. 6 Milliarden für den kommunalen Finanzausgleich!

Die reinen Landesleistungen des kommunalen Finanzausgleichs werden sich um über 300 Millionen Euro bzw. 6,2 % auf über 5,4 Milliarden Euro erhöhen. Damit – das ist die eigentliche Nachricht, liebe Kolleginnen und Kollegen – liegt das Wachstum des kommunalen Finanzausgleichs im nächsten Jahr um mehr als vier Prozentpunkte über dem angestrebten Wachstum des Staatshaushalts. Das ist eine wirkliche großzügige und breit angelegte finanzielle Förderung der Kommunen. Ich darf noch etwas hinzufügen: Wir haben mittlerweile eine weitere Steuerentwicklung. Die Steuerverbünde sind noch etwas besser ausgestattet; wir werden in den Schlussabrechnungen noch etwas höher liegen und dabei nahezu an eine siebenprozentige Steigerung der Landesleistungen herankommen.

Der kommunale Finanzausgleich im kommenden Jahr enthält dabei vor allem strukturelle Punkte und Veränderungen.

Der Freistaat übernimmt 2007 die Hälfte der von den bayerischen Kommunen aufzubringenden Solidarumlage netto; ab dem Jahre 2008 entlasten wir die Kommunen voll von der Solidarumlage. Das muss ich nicht tun. Das haben wir vereinbart. Damit habe ich die Grenzziehung zwischen der finanziellen Verantwortlichkeit des Landes und der Kommunen nachhaltig und dauerhaft zugunsten der Kommunen verschoben.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Nicht so sehr!)

Das Gleiche gilt bei der Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund von ehemals 11,6 % auf jetzt 11,7 %. Das sieht so aus, als wäre das lediglich eine kleine Verschiebung, aber das ist auf die Dauer sehr viel Geld, auf das die Kommunen garantiert setzen können. Damit haben die Kommunen mehr freie Deckungsmittel zur Verfügung als je zuvor.

Hinzu kommen 5 Millionen zusätzliche Mittel für die Bedarfszuweisungen in Höhe von insgesamt 20 Millionen Euro. Das kommt zusätzlich zu den Schlüsselzuweisungen. Mir ist es deshalb wichtig, diese Mittel zur Verfügung zu haben, weil es Kommunen gibt, die kaum leben können und die sich nur sehr schwer bewegen können. Da wirkt sich die Erhöhung der Bedarfszuweisungen wirklich segensreich aus.

Zugunsten der Bezirke wird erneut der Sozialhilfeausgleich um 25 Millionen auf jetzt 565 Millionen Euro angehoben.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Stärkung der Investitionen mit zusätzlich 102 Millionen Euro. Meine Damen und Herren, das ist insgesamt ein Paket, das sich nicht nur sehen lassen kann, sondern das für die Kommunen auch sensationell ist.

(Zuruf von der SPD: Na, na!)

Das haben die Kommunen auch gesagt. Dazu habe ich lediglich von der Opposition kritische Anmerkungen gehört. Das ist natürlich verständlich. Aber die kommunalen Spitzenverbände haben schriftlich und mündlich in

außergewöhnlicher Weise betont, dass es ein fairer und guter Finanzausgleich sei. Ich glaube, das zeigt den Schulterchluss dieser Bayerischen Staatsregierung mit ihren Kommunen.

(Beifall bei der CSU)

Das, was Sie hier verbreiten, wird durch die Zahlen widerlegt. Das ist mir wichtig festzustellen.

Ich will noch hinzufügen – weil mir die Zahlen gerade vorliegen –, dass die Kommunen in den Jahren 2003 bis 2005 bei ihren Steuereinnahmen eine Steigerung von insgesamt 20 % verzeichnen konnten. Beim Freistaat Bayern betrug der Zuwachs lediglich 3,6 %. 20 % einerseits und 3,6 % andererseits, das zeigt deutlich die erfreuliche Entwicklung bei den kommunalen Finanzen. Bei der Gewerbesteuer netto übrigens stieg in Bayern der Ertrag zwischen 2003 und 2005 um 65 %. Von dieser Grundlage gehen die Kommunen aus, und hier haben wir mit unseren Entscheidungen für den kommunalen Finanzausgleich unsere kommunalfreundliche Haltung obendrein gezeigt.

Ich will nun noch ein Wort zum Finanzplan sagen. Hier geht es um die mittelfristige Entwicklung. Die Steuereinnahmen des Freistaates Bayern werden nicht zuletzt aufgrund der Erhöhung der Umsatzsteuer in den nächsten Jahren zwar steigen, doch wenn Sie den Finanzplan bis zum Jahre 2010 genau ansehen, werden Sie feststellen, dass wir uns in den nächsten Jahren unter keinen Umständen zurücklehnen können, sondern dauerhaft und nachhaltig an einem strukturell ausgeglichenen Haushalt arbeiten müssen.

Die Steuerdeckungsquote, eine wichtige Kennzahl, wird voraussichtlich auch noch im Jahre 2010 unterhalb der des Jahres 2000 liegen. Das Tal ist so groß, dass wir nur schwer wieder aufholen. Nach der aktuellen Finanzplanung wird die Einnahmeentwicklung zeigen, dass wir in den Jahren 2009 und 2010 noch einen erklecklichen Konsolidierungsbedarf haben.

Das bedeutet: Wer langfristige seriöse Haushaltspolitik betreiben will, muss auch jetzt, in Zeiten steigender Steuereinnahmen, auf die nächsten Jahre blicken. Die Hochrechnungen, die wir Ihnen vorgelegt haben, zeigen, dass wir zusätzliche Einnahmen zur Konsolidierung verwenden müssen und nicht gleich wieder Ideen entwickeln dürfen, wie wir das Geld ausgeben wollen. Das können die anderen Länder tun. Wir sollten es, bitte schön, nicht so machen.

Abschließend eine Bemerkung zu den Äußerungen der GRÜNEN zur mittelfristigen Finanzplanung: In der mittelfristigen Finanzplanung stehe nicht, wie wir die dritte Startbahn des Münchener Flughafens finanzieren. – Ja, halten zu Gnaden! Diese dritte Startbahn muss die GmbH selbst zahlen.

(Franz Maget (SPD): So ist es!)

Dies ist die Erwartung des Staats, des Bundes und auch des bayerischen Finanzministers, der dem Aufsichtsrat vorsitzt. Mittel hierfür sind im Haushalt nicht vorzusehen.

Und wollen Sie etwa jetzt schon etwas zur Finanzierung des Transrapid hineinschreiben, wo sich doch der Bund noch mit keinem einzigen Wort dazu geäußert hat, ob er Zusagen über die genannten 550 Millionen Euro hinaus geben wird?

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Sie können erst eine Haushaltsplanung machen, wenn Sie feste Grundlagen haben. Märchenbuchplanungen mache ich nicht. Deswegen steht davon noch nichts im Haushalt.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Wir werden uns anstrengen müssen, aber ich glaube, wir werden das bewältigen können.

Die Steuerdeckungsquote steigt, wie gesagt, Gott sei Dank wieder, wird aber im Jahr 2010 in der mittelfristigen Finanzplanung immer noch unterhalb des Jahres 2000 liegen.

Nun komme ich das dritte Mal in meiner Rede an diese Stelle. Ab 2001 sind die Steuern so stark nach unten gegangen, dass wir trotz aller Erholungen noch immer nicht – auch nicht im Jahr 2010 – die Steuerdeckungsquote des Jahres 2000 erreichen werden. So groß war der Einbruch. Ich verzichte auf irgendeine Polemik gegenüber der vergangenen Bundesregierung; aber das lag nicht in der Verantwortlichkeit der vorhergehenden Bundesregierung.

Meine Damen und Herren, natürlich verwenden wir mittelfristig für den Ausgleich des Haushalts auch Privatisierungserlöse – wie im Übrigen alle anderen auch. Sie kritisieren das immer sehr. Aber in der letzten Bundesregierung von SPD und GRÜNEN wurden regelmäßig zweistellige Privatisierungserlöse dazu verwendet, den Haushalt einigermaßen auszugleichen.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Auch Herr Beck macht das mit Freude und Pfälzer Frohsinn. Unser Ergeiz – ich wiederhole mich – muss darin liegen, dass wir die Verwendung von Privatisierungserlösen möglichst gering halten, um auf diese Weise langfristig, für die Zukunft dieses Landes, Reserven zu haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich resümierend sagen:

Erstens wird dieser Haushalt auf Mehreinnahmen aus der Anhebung der Mehrwertsteuer nicht verzichten können. Das ist Meinung aller Finanzminister, dies ist Auffassung der Bundesregierung, dies ist Auffassung des Bundesfinanzministers. Wir haben diese Mehrwertsteuererhöhung nicht aus Jux und Tollerei beschlossen, sondern zur Kon-

solidierung der Haushalte. Dies gilt auch für den bayerischen Haushalt.

Zweitens. Wir bedürfen weiterhin aller Konsolidierungsanstrengungen, damit wir im Dreiklang aus Sparen, Reformieren und Investieren Kurs halten können.

Gleichzeitig ist es unsere Zielsetzung, die Investitionsquote wieder zu erhöhen. Eine Investitionsquote von 12,5 % im Jahre 2007 ist zwar mit Abstand die beste in allen westlichen Flächenländern – der Bund liegt bei nur 8,8 % –, aber das ist kein Vorbild. Wir wollen wieder nach oben.

Das heißt aber gleichzeitig, dass bei jeder einzelnen Entscheidung für konsumtive Zwecke, seien es Lehrer oder seien es Sachausgaben, gut überlegt wird: Das beschädigt unter Umständen die Investitionsquote.

Meine Damen und Herren, die Dynamik der Personalausgaben beschäftigt mich sehr. Mittelfristig, ab 2009, werden wir bei 44 % angelangt sein. Dies simpel mit anderen Ländern zu vergleichen, ist im Übrigen völlig unsinnig. Bei einer Zinsausgabenquote von 10 % ist logischerweise auch die Personalausgabenquote niedriger. Bei einer Zinsausgabenquote von 2,8 % wird im Jahr 2008 die Personalausgabenquote statistisch höher sein. Aber im Vergleich und in der Entwicklung ist dies eine beachtliche Größenordnung, die mir und dem Haushaltsausschuss mittel- und langfristig Sorge macht.

Meine Damen und Herren, unser haushaltspolitisches Programm für die Zukunft lautet daher:

Erstens. Wir sichern einen ausgeglichenen Haushalt. Zweitens. Wir stärken die Investitionen. Drittens. Wir setzen Schwerpunkte, insbesondere in der Bildung.

Wir haben – lassen Sie mich das zum Schluss sagen – in den Jahren der drastischen Steuereinbrüche gespart, schmerzlich gespart, unter Protesten gespart, und wir haben staatliches Handeln neu organisiert. Derjenige, der dies vor allem organisiert hat, Erwin Huber, ist dafür viel kritisiert worden. Die Früchte sehen wir heute in allen Bereichen.

Wir stärken mit dem Doppelhaushalt 2007/2008 die bei uns wichtigen politischen Bereiche. Das ist ein Ergebnis der Sparbemühungen der vergangenen Jahre. Jetzt wollen und müssen wir auf offensiveres Gestalten umschalten, weil sich die Steuereinnahmen wieder erhöhen und stabiler werden. Aber genau in diesem Moment müssen wir Kurs halten, damit nicht in kürzester Zeit die Grundlage unserer nachhaltigen Haushaltspolitik wieder verspielt wird.

Im Namen der Bayerischen Staatsregierung bitte ich Sie daher um Unterstützung dieses Kurses für ein finanzpolitisch gesundes, wirtschaftlich starkes Bayern, das seine Vorreiterstellung in Deutschland, nicht zuletzt auch in der Haushaltspolitik, wieder einmal unter Beweis stellt.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Vielen Dank, Herr Finanzminister. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat ist eine Redezeit von 45 Minuten pro Fraktion vereinbart worden. – Erste Wortmeldung: Herr Kollege Dupper.

Jürgen Dupper (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzter Herr Finanzminister, gute Besserung von dieser Stelle aus.

(Beifall bei der CSU)

Die deutsche Konjunktur wächst so stark wie seit fünf Jahren nicht mehr, wobei die Robustheit dieses Aufschwungs bemerkenswert ist. Endlich, so möchte man sagen, zeigt die Entwicklung die Anzeichen einer klassischen Konjunkturbewegung. Neben den Wachstumsimpulsen aus dem Ausland zeigen nun auch die Indikatoren bei der Baukonjunktur und bei den Ausrüstungsinvestitionen nach oben. Im letzten Quartal stieg der Output des produzierenden Gewerbes, schaffte das Bauhauptgewerbe einen ordentlichen Zuwachs und zogen die Aufträge auf hohem Niveau an. Erstmals seit langer Zeit entwickeln sich auch die Direktinvestitionen in nennenswertem Umfang. Ganz allmählich scheint sich auch die Binnennachfrage zu erholen. Der Abwärtstrend beim Konsumklima scheint gestoppt.

Alles in allem wird das Bruttosozialprodukt in diesem Jahr satt über 2 % wachsen und mit ihm die Steuereinnahmen des Staates. Das Bundesfinanzministerium jedenfalls geht nach den letzten „Wasserstandsmeldungen“ von Mehreinnahmen zwischen 8 Milliarden und 10 Milliarden Euro aus, was natürlich die Einhaltung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts erleichtert.

Auf breiter Front steigen die Einnahmen bei der Körperschaft-, Einkommen- und Umsatzsteuer, und was uns alle freut: Die erhofften Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt stellen sich ein. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse wächst, wenn auch recht bescheiden.

Selbstverständlich ist das alles noch kein Anlass zur Euphorie oder zur umfassenden Entwarnung, zumal wir angesichts der zum 1. Januar 2007 geplanten Steueränderungen nichts über die Nachhaltigkeit der konjunkturellen Erholung sagen können.

Überdies deuten die Frühindikatoren der OECD auf eine Eintrübung der weltwirtschaftlichen Perspektiven hin.

Dennoch darf festgestellt werden, dass die Versuche der Bundesregierung, über gezielte Impulse die Konjunktur zu stützen, zu dem erfreulichen Ergebnis beigetragen haben. Im dritten Quartal 2006 werden die DAX-Unternehmen das beste dritte Quartal aller Zeiten erleben. Nicht weniger als 12 Milliarden Euro werden die DAX-Firmen zwischen Juli und September an Gewinnen erwirtschaften. Die Experten gehen davon aus, dass im Jahre 2007 trotz erwarteter Konjunkturerinbrüche das vierte Rekordgewinnjahr in Folge ins Haus steht. Diese Prognosen stammen von Factset, einem Spezialisten, bei dem alle Prognosen, alle Analysen von großen Investmenthäusern zusammenlaufen, und sind heute im „Han-

delsblatt“ nachzulesen. Für einen Anteilseigner der großen Koalition stellt sich angesichts dieser Zahlen die Frage, ob wir tatsächlich nichts Besseres zu tun haben, als über eine Entlastung der Kapitalgesellschaften via Unternehmensteuerreform zu räsonieren.

(Beifall bei der SPD)

Reicht denn vielleicht auch eine stetige und verlässliche Finanzpolitik, um dem Standort Gutes zu tun? Stetigkeit und Verlässlichkeit: Es wäre schön, wenn dieses Begriffspaar im guten Sinne die Brücke zu den Betrachtungen über den vorliegenden Entwurf des Doppelhaushalts 2007/2008 bauen würde. Aber allzu sehr ist die Haushaltspolitik von einer gewissen Sprunghaftigkeit bayerischer Landespolitik geprägt, vielleicht auch von erratischen Vorgaben: atemloses Geldausgeben in den Jahren 1993 bis 2003, finanziert durch Privatisierungserlöse und Rekordschulden, dann von 2004 bis 2006 Kürzungen, begründet mit der Sorge um die Zukunft, und nun für die Jahre 2008 und folgende die Ankündigung umfassender Ausgabenprogramme, silberglänzend am Horizont, formuliert als „Bayern 2020“ und verteilt von den besten Köpfen Bayerns. Nein, nach stetiger und verlässlicher Politik hört sich das nicht an.

(Beifall bei der SPD)

Auch am nachhaltigen ökonomischen und fiskalischen Nutzen dieser stetigen Kehrtwende lässt sich zweifeln. Letztendlich zeigt der vorliegende Haushaltsentwurf in allen Einzelheiten die Folgen dieser Politik. So steigen im Jahre 2007 die Steuereinnahmen um fast 2,3 Milliarden Euro oder um nahezu 9 % an. Das ist eine Entwicklung, die angesichts der oben geschilderten bundesrepublikanischen Rahmendaten und aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung nicht verwundert. Diese positive Tendenz bei den Steuereinnahmen kennzeichnet auch schon das ganze Jahr 2006; die bayerischen Finanzämter erfreuen sich fast durchweg steigender Einnahmen, vor allem bei den Gemeinschaftsteuern. Somit wird das Finanzministerium wohl am Jahresende für das Jahr 2006 weniger Privatisierungserlöse einsetzen müssen als ursprünglich geplant. In der Folge stehen diese Erlöse in den kommenden Jahren zur Verfügung.

Der entscheidende Punkt aber ist, dass diese hohen Steuermehreinnahmen nicht zu einem adäquaten Anstieg der Investitionen in Bayern führen. Ganz im Gegenteil: Die Staatsausgaben wachsen zwar an, nämlich um knappe 2 %, aber die Investitionsquote sinkt gegenüber dem Jahr 2006 um 0,4 %. Noch einmal zusammengefasst: Steuermehreinnahmen von 9 % führen zur Senkung der Investitionsquote um 0,4 %. Über diese bedauerliche Gleichung kann das IZB II mit seinen 380 Millionen Euro pro Haushaltsjahr an angeblich zusätzlichen Impulsen nicht hinwegtäuschen. Die entscheidende Frage bleibt: Wohin sickern die restlichen 2 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen?

Die Antwort ist denkbar einfach: Der bayerische Staatshaushalt weist ein erschreckend hohes strukturelles Defizit aus. Jahr für Jahr klafft eine veritable Lücke zwischen den ordentlichen Einnahmen und den Ausgaben.

Jahr für Jahr wird diese Lücke mehr recht als schlecht gestopft: im Jahr 2005 – wir erinnern uns – durch eine Rekordneuverschuldung von 1,8 Milliarden Euro, im Jahr 2006 durch einen Mix aus rückzahlbaren Ablieferungen des Grundstocks, Rückforderung von Darlehen und Rücklagenentnahmen. Heuer nun soll die Lücke mit den sprudelnden Steuereinnahmen und weiteren Privatisierungserlösen geschlossen werden. Kein Wunder, dass für zusätzliche Impulse oder Investitionen kaum Spielraum vorhanden ist. Der vorliegende Entwurf ist insofern das nüchterne Resultat jüngerer Haushaltsgeschichte; denn seit 1994 werden in Bayern im großen Stil staatliche Beteiligungen – wir haben es heute gehört – veräußert. Mit Ablauf des Haushaltsjahres 2007 werden sich diese Privatisierungserlöse auf über 7 Milliarden Euro summiert haben, das heißt 7 Milliarden Euro zusätzlich zu den regulären Haushaltsmitteln, 7 Milliarden Euro Volksvermögen, aus dem bis dato nennenswerte laufende Einnahmen erzielt wurden.

Diese Erlöse wurden in Programmen mit schicken Namen ausgegeben: Offensive Zukunft, Hightech-Offensive, dritte Tranche oder neuerdings IZB. All diese Etiketten suggerierten doch, dass zusätzliches Geld investiert werden sollte. Aber weit gefehlt! Die objektiven Haushaltsdaten zeigen die Schattenseiten der bunten Kulissen aus der Staatskanzlei: Seit dem Jahr 1994, dem Beginn der Veräußerungen, sank die Investitionsquote im bayerischen Staatshaushalt stetig. Betrogen die Investitionen im Jahr 1994 noch über 21 % an den gesamten Ausgaben, so erreichten sie in der letzten vorliegenden Haushaltsrechnung 2005 nur noch 11,4 %. Anders formuliert: Der zusätzliche Einsatz von bis dato 5 Milliarden Euro an Privatisierungserlösen hat die Investitionsquote in Bayern fast halbiert.

Eigentlich sollten die Erlöse wieder dem Grundstock zugeführt werden; also Verwendung für neue Grundstücke, neue Beteiligungen oder neue staatliche Baumaßnahmen. Aber zunehmend wurden die Privatisierungserlöse zur Finanzierung bereits im Haushalt eingeplanter Maßnahmen verwendet. Der technische Kniff war die sogenannte Umfinanzierung. In der Praxis war das ganz einfach: Eine Baumaßnahme, die im Haushalt ohnedies geplant war, wurde durch Privatisierungserlöse grundstockskonform finanziert, die eingeplanten ordentlichen Haushaltsmittel flossen in eine Sonderrücklage „ersparte Haushaltsmittel“. Aus dieser Sonderrücklage wurde das Geld dann dem Haushalt für alle möglichen Zwecke zugeführt.

Diese Umfinanzierungen nahmen immer mehr zu. Der Oberste Rechnungshof stellt in seinem Jahresbericht 2004 zutreffend fest, dass sich der „Anteil an Umfinanzierungen... bei den verschiedenen Tranchen ... sukzessiv auf 100 % erhöht“ hat. Ganz problematisch war die Verwendung dieser umfinanzierten Mittel; denn die durch den Einsatz von Privatisierungserlösen ersparten Haushaltsmittel wurden immer weniger für Investitionen ausgegeben. Der ORH weist in besagtem Jahresbericht nach, dass schon bei der Offensive Zukunft Bayern III etwa 40 % der freigesetzten Mittel für konsumtive Ausgaben verwendet wurden. Im Übrigen: Die diversen Sonderrücklagen „ersparte Haushaltsmittel“ der verschiedenen Offensiven sind mit dem vorliegenden Doppel-

haushalt so gut wie aufgebraucht. Nur noch die Sonderrücklage „Folgekosten“ wird in sehr moderatem Umfang weitergeführt. Das Gros von einst 1,5 Millionen Euro ist weg.

Ich musste diese historischen Betrachtungen anstellen, weil sie der Grund für das vorher beschriebene strukturelle Haushaltsdefizit der Gegenwart sind: Auf Umwegen flossen die Privatisierungserlöse in den Aufbau von Apparaten und Strukturen, die heutige Haushalte belasten, die uns heute niedrige Investitionsquoten bescheren, die uns heute in die kuriose Situation bringen, dass der weitaus größte Teil von Steuermehreinnahmen nicht für zusätzliche Impulse in Bayern zur Verfügung steht.

Diese Entwicklung der Vergangenheit führt dazu, dass die letzten Reste des bayerischen Tafelsilbers zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet werden. Offensichtlich ist die Staatsregierung den Verlockungen der vielen Milliarden erlegen, offensichtlich ist sie vom Pfad der Tugend abgewichen. Statt nachhaltiger Effekte, auch auf die Handlungsfähigkeit des Freistaats, verursachte diese Praxis eine strukturelle Schiefelage des Staatshaushalts. In den eigentlich fetten Neunzigerjahren wurde der Grundstock für die Folgekosten geschaffen, mit denen wir heute zu kämpfen haben. Das ist Generationengerechtigkeit der ganz anderen Art.

Anstatt die virtuellen Zinsbelastungen von SPD-Anträgen zu etatisieren, sollten wir uns mit den realen Lasten von realer CSU-Politik beschäftigen.

(Beifall bei der SPD)

So kommt es, dass in einem für sich betrachteten guten Haushaltsjahr 2007 kaum mehr Spielräume vorhanden sind; denn trotz der üppig sprudelnden Steuern müssen erneut 461 Millionen Euro aus Eon-Erlösen zur Deckung des Finanzierungssaldos herhalten. Auch 2008 summieren sich Steuermehreinnahmen und Privatisierungserlöse auf stolze 1,4 Milliarden Euro, ohne dass nennenswerte neue Impulse auf der Ausgabeseite erkennbar werden. Der Doppelhaushalt gleicht mehr einem schwarzen Loch als einer schwarzen Null.

Dabei will ich den vorgelegten Doppelhaushalt gar nicht in Bausch und Bogen verwerfen.

(Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser: Na, Gott sei Dank!)

Er enthält sinnvolle Ansätze und bildet in manchen Bereichen unsere langjährigen Forderungen ab. Aber das Programm „Investieren in Bayerns Zukunft II“ – IZB II –, es wurde in aller Breite vorgestellt, unterstreicht doch die Richtigkeit meiner vorherigen Ausführungen: Da wird unter „Ländlicher Raum“ die Stärkung der Dorferneuerung mit 10 Millionen Euro in zwei Jahren als Erfolg gefeiert.

(Susann Biedefeld (SPD): Das ist ein Witz!)

Nun weiß doch ein jeder, dass damit noch nicht einmal die Kürzungen vergangener Haushaltsjahre wettgemacht sind. Gleiches gilt für die Regionalförderung.

(Beifall bei der SPD)

Im Bereich der inneren Sicherheit werden 150 Millionen Euro für den Aufbau des Digitalfunks angesetzt. Allerdings war es doch schon immer erklärter Wille aller Beteiligten, aller Fraktionen, dass mit dem Aufbau begonnen werden soll. Darum gab es die Verpflichtungsermächtigung in den bisherigen Haushalten. Was ist dann daran neu? – Noch einmal zur inneren Sicherheit: Als „gezielter Einsatz zusätzlicher Haushaltsmittel“ wird die Erstaussstattung der neuen Justizvollzugsanstalten in Landshut und München gefeiert. Möchten Sie uns denn ernsthaft glauben machen, dass die beiden Anstalten ohne das „tolle“ Programm IZB II ohne Möbel und ohne Computer geblieben wäre?

An diesen Stellen wird deutlich, dass es für die anstehenden Haushaltsberatungen jede Menge Stoff gibt.

Lassen Sie mich abrundend zur Bewertung des Entwurfs noch drei Punkte ansprechen. Da wäre der auch heute wieder erwähnte Vergleich mit anderen Bundesländern. – Eine nette Übung und leider ohne Relevanz für die heutigen Beratungen. Offen gestanden – wenn schon die Belastungen Bayerns beim Länderfinanzausgleich als zu hoch eingeschätzt werden – wäre es mir lieber, dass der Ministerpräsident bessere Bedingungen aushandelt. Wenn wir nicht mit 2,3 Milliarden Euro dabei wären, wäre das eine Leistung und würde uns heute weiterhelfen.

Im Übrigen – wenn schon Vergleiche gezogen werden – empfehle ich einen Blick auf den Haushalt der bayerischen Landeshauptstadt. Sie werden nämlich feststellen, dass die Münchner nicht nur keine Neuverschuldung planen, sondern sogar den Abbau von Schulden realisieren.

(Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser: Zweitwohnungssteuer!)

Sie setzen die satten Steuereinnahmen in eine Investitionsquote von 18 % um. Die Landeshauptstadt – einschlägig regiert – setzt die Benchmark. Das Beste kommt noch: München besitzt sein Vermögen noch! So viel zum Thema Vergleiche und Best Practice.

(Beifall bei der SPD)

Public Private Partnership – PPP – ist eines der vielen Instrumente, das unbedingt dem Echtttest unterzogen werden muss. Wir sind aufgeschlossen, wenn auch mit einer gehörigen Portion Skepsis. Immerhin sagen uns die Kammern, dass der Mittelstand von dem zwangsläufigen Generalunternehmertum nicht begeistert ist. Außerdem gibt es noch keine griffigen Nachweise, dass Kosten vermieden werden können. Dennoch haben wir zugestimmt, dass anhand von zwei Maßnahmen, nämlich für die Mainbrücke bei Miltenberg und für die JVA in München, PPP ausprobiert wird, die Erfahrungen evaluiert werden und dann über den weiteren Einsatz dieses Finanzierungsins-

trumentes entschieden wird. Immerhin sollte dann klar sein, ob tatsächlich Effizienzreserven gehoben werden können und die Bau- und Ausführungsqualitäten stimmen. Das ist ein klar definierter Ablauf, der im Übrigen im Haushaltsausschuss Konsens war.

Und nun, noch ehe diese Erfahrungen vorliegen, konfrontieren Sie uns mit einer ganzen Reihe von neuen PPP-Vorhaben, die ein Volumen von 230 Millionen Euro haben. Die Gründe liegen auf der Hand. Sie gehen davon aus, dass Sie auf Dauer kein Geld haben werden, um diese Vorhaben im ordentlichen Haushalt zu finanzieren. Aber Geldnot ist bei der Implementierung neuer Instrumente immer ein schlechter Ratgeber. Deshalb wollte der Haushaltsausschuss erst die einschlägigen Erfahrungen abwarten.

Mich treibt „Bayern 2020“ um: Wir sind einiges gewohnt, wenn es um schöne Titel oder schillernde Programme geht. Dass wir nun aber seit einigen Tagen wissen dürfen, wen der Ministerpräsident nicht zu den besten Köpfen Bayerns zählt, freut uns doch – lässt es doch tiefe Rückschlüsse zu auf innige Beziehungen. Ich maße mir nicht an, die einzelnen Mitglieder der „Beste-Köpfe-Kommission“ zu kommentieren. Ich frage mich nur, was das soll – eine Kommission fürs Geldausgeben? Wofür diskutieren wir hier seit Jahren? Wofür diskutiert die Zukunftskommission der CSU-Fraktion? Wofür legt der Finanzminister einen Haushalt vor, wenn angeblich die Ermittlung des richtigen Ausgebens bisher nur unzureichend erfolgte? – Da lässt der Ministerpräsident seine Leute ganz schön im Regen stehen.

Und noch eines: Wir Parlamentarier müssen uns in regelmäßigen Abständen den demokratischen Voten stellen. Wir werden wegen des richtigen Umgangs mit dem anvertrauten Steuergeld periodisch beurteilt. Wir haben die Legitimation zum Haushalten, die Lizenz zum Budget. Mit diesem Recht begann einmal der moderne Parlamentarismus: „No taxation without representation“ war der Schlachtruf. Dieses vornehmste Recht sollte sich dieses Hohe Haus nicht aus der Hand nehmen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich mit diesem Appell zu den Vorstellungen der SPD, zu den Schwerpunkten, die wir im Doppelhaushalt 2007/2008 verankert wissen wollen, überleiten. Vorneweg möchte ich klarstellen: Es gibt ökonomische Situationen, in denen eine expansive staatliche Ausgabenpolitik zwingend gefordert ist. Diese Situationen rechtfertigen die Verschuldung des Staates. Für das Jahr 2007, und soweit wir das jetzt beurteilen können, auch für das Jahr 2008, sehen wir diese Notwendigkeit nicht. Vielmehr erlauben die üppigen Steuereinnahmen die Finanzierung unserer Vorschläge im Rahmen des jetzigen Haushaltsvolumens. Dazu ist eine andere Schwerpunktsetzung erforderlich. Im Rahmen der Haushaltsberatungen werden wir dies verdeutlichen. Wir sehen genügend Spielraum im vorliegenden Entwurf, und wir glauben, dass 2,3 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen und nennenswerte Privatisierungserlöse nicht einfach im Haushalt versickern dürfen.

Herr Kollege Maget muss richtig interpretiert werden. Er sagt nicht „mehr ausgeben“, sondern „anders ausgeben“.

(Beifall bei der SPD)

So werden wir beispielsweise auf einen sparsameren Mitteleinsatz bei den obersten Dienststellen drängen. Nach dem „munteren Ämterabbau“ in der Fläche ist eine effizientere Mittelverwendung in den Ministerien angesagt. Es hätte gutgetan, wenn beispielsweise die Staatskanzlei mit gutem Beispiel vorangegangen wäre. Aber weit gefehlt! Die Staatskanzlei gönnt sich einen kräftigen Schluck. Die im Haushaltsplan ausgewiesene Minderung der Ausgaben kann uns nicht täuschen.

(Ludwig Wörner (SPD): Sie müssen ihren Wahlkampf finanzieren!)

Der neue Wirtschaftsminister Huber hat nämlich einen Teil der Medienförderung in sein neues Ministerium und somit auch die Summe von 500 000 Euro mitgenommen. Folgerichtig müsste der Ansatz bei seiner früheren Dienststelle, der Staatskanzlei, um eben jene 500 000 Euro sinken. Tut er aber nicht. Er sinkt bloß um 100 000 Euro. Im strengen Vergleich zu 2006 erhöht sich also der Ausgabeansatz der Staatskanzlei um 400 000 Euro. – Wahrscheinlich kein gutes Beispiel im Zeitalter der Abschaffung der Förderung von Altenheimen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Erhöhung verwundert aber nicht; denn seit 2004 haben sich im Etat der Staatskanzlei die Kosten für die Erforschung der öffentlichen Meinung fast verdoppelt. Die Ergebnisse müssen erschreckend gewesen sein;

(Franz Maget (SPD): Sind sie auch!)

denn sie haben im selben Zeitraum zu einer Versechsfachung der Informationsausgaben der Staatskanzlei geführt.

Natürlich – das wissen wir alle – kann mit dem Einzelplan 02 kein Staatshaushalt saniert werden, aber an den kleinen Beispielen sehen Sie, was noch alles möglich ist. Lassen Sie uns dies bei den Beratungen der Einzelpläne in aller Ruhe diskutieren.

Noch eines zu den Einnahmen: Mit Befremden nehmen wir zur Kenntnis, dass in puncto Verbesserung der Personalausstattung der Finanzverwaltung wenig bis gar nichts geschieht. Das ist keine Antwort auf die eindeutigen Feststellungen des Obersten Rechnungshofes, der Defizite bei der Umsatzsteuerprüfung, bei der Betriebsprüfung und im Innendienst ausmacht. Die neuesten Aussagen des Bundesrechnungshofes weisen in dieselbe Richtung. Ohne Zweifel: Kollege Schieder hat recht, wenn er immer wieder einen konsequenteren Steuervollzug anmahnt. Zum einen würde dies die Einnahmesituation des Staates schlagartig bessern; zum anderen wäre es ein Stück Steuergerechtigkeit; und zu guter Letzt wären wir dann nicht auf die Irrungen und Wirrungen Brüsseler Politik

angewiesen, die in gewohnter Arroganz dem Umsatzsteuerbetrug Vorschub leistet und nicht willens ist, den deutschen Antrag auf die Erprobung des Reverse-Charge-Verfahrens zu genehmigen.

(Beifall bei der SPD)

Die Mahnungen der Kollegen Schieder und Wolfrum stehen durchaus im Einklang mit den Äußerungen versierter Praktiker. So beklagt ein Finanzamtsvorsteher öffentlich, dass die chronische Unterbesetzung zwangsläufig zu Qualitätseinbußen führen muss.

In einem Volumen von circa 400 Millionen Euro wollen wir andere Schwerpunkte setzen. Mittelfristig muss eine Investitionsquote von 15% erreicht werden. Diese Quote beten wir nicht um ihrer selbst willen an, sondern weil allenthalben im schönen Bayern Investitionsbedarf besteht: beim Schienenverkehr und beim Straßenbau, bei den Unterhaltsmaßnahmen im Tief- und im Hochbau, bei den Schulen, Universitäten und auf zahlreichen anderen Gebieten. Wir müssen die Relation Investitionen versus konsumtive Ausgaben deutlich zugunsten ersterer verändern. Wenn uns das nicht gelingt, wenn wir so weitermachen wir bislang, wird uns bald jeglicher Spielraum abhanden kommen; denn nur über gezielte Investitionen wird es uns gelingen, auf Dauer Standortqualität zu schaffen, zu erhalten und damit auch Steuerkraft zu sichern.

Die Zukunft werden wir nur gewinnen, wenn wir unseren Kindern die beste individuelle Förderung angedeihen lassen, von der Kita bis zur Universität, in der Hauptschule und am Gymnasium, in der beruflichen Fortbildung und in der offenen Jugendarbeit. Ich stimme mit Ihnen überein, Herr Minister: Im strengen Sinne sind Ausgaben für Lehrer keine Investitionen. Aber für die zentrale Aufgabe unserer Zeit, für die Nejustierung unseres Bildungsangebots ist eine ausreichende Versorgung mit pädagogischem Personal unabdingbar.

(Beifall bei der SPD)

Wir dürfen und wir können uns die Entwicklung der letzten Jahre nicht mehr länger leisten. Diese Stagnation bzw. leichte Regression bei den Ausgaben zum Beispiel für Schulen ist kontraproduktiv. Mit Sorge sehen wir, dass der Ausgabeanteil für die Schulen von heuer 17,45% über 17,30% im nächsten Jahr auf schließlich 17,06% im Jahr 2008 absinkt. Wir benötigen an dieser Stelle mehr Geld.

Weil vor Kurzem eine vogelwilde Pressemitteilung durch die Gegend irisierte, in der diese Zahlen angezweifelt wurden, noch ein Satz: Wer die Ausgaben für die Versorgung und die Beihilfe ehemaliger Lehrer zum Maßstab aktueller Schulpolitik machen möchte, muss sich zu Recht nach seinen Maßstäben fragen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Neben dem Personal gilt unser Augenmerk den Ganztagschulen. Diese Schulform bietet weitaus mehr als nur neue Öffnungszeiten. Sie bietet Raum für individuelle Förderung und für innovative pädagogische Konzepte.

Ganztagsschulen stehen auch für die Anforderungen einer modernen Gesellschaft im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb wollen wir die Einführung der Ganztagsschule überall dort, wo sie gewünscht wird, wobei die Zielmarke sein soll, dass in fünf Jahren 30% der Schülerinnen und Schüler in Bayern ein Ganztagsangebot wahrnehmen können. In diesem Zusammenhang muss natürlich das mit Bundesmitteln hervorragend begonnene Ganztagsprogramm fortgeführt werden. Es kann nicht sein, dass ausgerechnet die Hauptschulen nunmehr keine Förderung bekommen sollen. Es gibt hier – und Sie haben sie auch – böse Briefe vieler Bürgermeister.

Auf die Agenda muss auch die Entlastung der Familien. Weg mit dem Büchergeld!

(Beifall bei der SPD)

Wir können uns keine Auslese über die Höhe des Kontos leisten. Wir können auch auf kein Talent verzichten. Die bildungspolitischen Akzente, die eine ganze Reihe von Maßnahmen umfassen, beschränken sich keineswegs nur auf den Bereich der Schulen. Vielmehr betreiben wir Bildungspolitik aus einem Guss. Deshalb setzen wir in diesem Zusammenhang auch auf das kostenfreie letzte Kindergartenjahr – das tun auch unwesentliche Teile Ihrer Fraktion – und verstärkte Anstrengungen für Bayerns Universitäten.

(Beifall bei der SPD)

Wissen Sie, Exzellenzförderung ist gut und schön, aber die Formel „Exzellenz fördert der Staat, der Rest finanziert sich selbst“ ist kein Weg, den wir in der Wissenschaftslandschaft mitzugehen bereit sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen Erhöhungen bei den einschlägigen Sammelansätzen für Ausstattung, für Lehre und Forschung, um auch hier endlich Planungssicherheit herzustellen. Keine Frage: Die Einführung von Studiengebühren darf nicht das letzte große Unterfangen in der bayerischen Wissenschaftslandschaft gewesen sein. Ohne die im Entwurf vorhandenen Einnahmen aus Studiengebühren fallen die Steigerungen für die Universitäten nämlich bescheiden genug aus.

Dem Vernehmen nach – wir haben es heute wieder gehört – erfreut sich das Thema „Ländlicher Raum“ einer gewissen Konjunktur innerhalb von CSU und Staatsregierung.

(Susann Biedefeld (SPD): In Sonntagsreden! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Auf dem Papier!)

Sonderbar genug, weil im Zuge der Neufassung des jüngsten Landesentwicklungsprogramms davon wenig zu spüren war. Diese Meinung äußerte zumindest der regionale Planungsverband Donau/Wald, eine Hochburg des ländlichen Raums, der in einem Schreiben klipp und klar feststellt: „In der Neufassung des Landesentwick-

lungsprogramms wird der ländliche Raum teilweise schlechter gestellt als 2003.“ – Nicht nur deshalb wird es allerhöchste Zeit, dass dem Thema des ländlichen Raums bzw. der Förderung strukturschwacher Räume die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die Abwanderungsgelüste mancher oberfränkischer Gemeinden sollten die Letzten überzeugt haben. Die strukturschwachen Gebiete Bayerns brauchen eine klare Perspektive. Sie brauchen zuallererst eine zielgenaue und umfassende Wirtschaftsförderung, ganz egal, ob im Wege einer Sonderwirtschaftszone oder als Sonderprogramm. Zudem benötigen sie gesonderte Ansätze für Infrastrukturmaßnahmen. Ein ganzes Bündel an Maßnahmen muss diese Förderwege unterstützen: Erhalt der wohnortnahen Schulen, Ganztagsangebote auch im ländlichen Raum, Nachbesserungen beim Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, integrierte medizinische Versorgung, Pflegenetzwerke und vieles mehr. Die Förderung des ländlichen Raumes muss eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe werden. Natürlich gehören auch die harten Infrastrukturmaßnahmen dazu: Schienenanbindungen und Straßen, moderne Telekommunikation und Technologietransfereinrichtungen. Keine Frage: Kongresse zum Thema sind gut, Haushaltsansätze sind besser.

(Beifall bei der SPD)

Gar nichts bringen dagegen Sätze wie dieser: „Natürlich werden große Wünsche für den ländlichen Raum formuliert, aber man muss sehen: Was passiert in der Welt?“ – Ich weiß jetzt nicht genau, was uns der Ministerpräsident damit sagen wollte.

(Heiterkeit bei der SPD)

Auf alle Fälle sollte ihm klar sein, dass der größte Teil Bayerns ländlicher Raum ist und dass dieser die nötigen Freiheiten und Mittel braucht.

(Susann Biedefeld (SPD): Das Geld für Ihre Showveranstaltungen – wie die in Amberg – können Sie auch gleich einsparen!)

Bürokratieabbau sollte Daueraufgabe sein. Offenbar ist aber mit der flächendeckenden Liquidation von dezentralen Ämtern und Behörden dieses Thema vergessen.

Den nächsten Schritt, die Reform der obersten Dienstbehörden, traut sich keiner zu machen. Den wichtigsten Schritt, den Abbau von Vorschriften, überlässt man ganz irgendwelchen Kommissionen. So verwundert es nicht, dass die Weisheit von Verwaltungsreformen massiv bezweifelt wird.

Ein Beispiel dafür ist die Polizeireform. Mittlerweile ist wenigstens ein Teil der Kosten bekannt. An den Standorten der neuen Präsidien erfolgen umfangreiche Neubauten, Umbauten und Sanierungen. Davon war bei Verabschiedung der Reform nicht die Rede. Obendrein wird das Herzstück der Reform, mehr Polizisten auf die Straße zu bringen, zur Makulatur. Es ist wie immer: Die Indianer haben keine Chance gegen die Häuptlinge. Erst heute

haben wir wieder erfahren, in wie vielen Städten schon private Sicherheitsdienste unterwegs sind, weil der Polizei anscheinend die Leute ausgehen. So wird umgebaut, im Bereich der B-Besoldung wird munter befördert, und Kritiker werden munter mit einem Maulkorb bedacht. Eine Verwaltungsreform ist das nicht.

Kosten werden nur dann in nennenswertem Umfang gespart, wenn Vorschriften fallen gelassen oder gar nicht erst erlassen werden. Kollegin Weinberger ist hier. In einer kleinen Bayerwaldgemeinde kann man die Regulierungswut gleichsam am lebendigen Objekt verfolgen. Die Gemeinde benötigt ein neues Feuerwehrfahrzeug. Sie hat sich als Ersatz für ihr 28 Jahre altes Fahrzeug ein zweckdienliches Tragkraftspritzenfahrzeug ausgesucht, das immerhin 100 000 Euro kostet – eine Menge Geld für die kleine Gemeinde. Die Staatsregierung aber schreibt der Gemeinde vor, dass sie ein Fahrzeug für 270 000 Euro kaufen soll. Natürlich bleibt der Zuschuss der gleiche. Diese Vorfälle veranlassen Ihre Bürgermeister nur zu einem müden Lächeln, wenn sie von Bürokratieabbau hören.

(Beifall bei der SPD – Susann Biedefeld (SPD): Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit werden sogar noch bestraft!)

Diese Vorfälle lassen Bayern im Ländervergleich ziemlich weit hinten stehen. Die Staatsregierung liebt diese Rankings. Sie haben ein solches Ranking heute auch schon zitiert. Jüngst hat die „Wirtschaftswoche“ wieder ein Ranking der Wirtschaftskraft der Länder veröffentlicht. Bayern – wir hörten es aus Ihrem Munde – schneidet dabei sehr passabel ab,

(Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser: Spitze! – Zurufe von der SPD: Zuhören!)

aber nicht in jeder Kategorie, Herr Minister. Bei der Kategorie „Dieses Land vermeidet Bürokratie“ landet Bayern auf Platz 14 von 16 Plätzen. Das ist wahrlich kein Spitzenplatz.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Zuhören!)

Mit diesem Doppelhaushalt sollten wir der Entbürokratisierung neuen Schwung geben.

Beim kommunalen Finanzausgleich sind wir dieses Jahr ein gutes Stück weitergekommen. Allerdings bleiben Themen wie die vollständige Übernahme der G-8-Kosten auf der Tagesordnung. Ebenfalls müssen wir uns mittelfristig eine Anpassung des Finanzausgleichs an die demografischen Gegebenheiten überlegen. Zu guter Letzt sollten die überlangen Wartezeiten bei Zuschüssen der Vergangenheit angehören. Bei den oft gelobten Investitionen auf vielen Gebieten – auch auf dem Gebiet des FAG – haben wir noch längst nicht das Niveau von 2003 erreicht. Mit dem Investitionsniveau von 2007 liegen wir um 200 Millionen unter dem Niveau von 2003. Es besteht also reichlich Nachholbedarf.

Für alle diese Aufgaben benötigt der Staat natürlich eine adäquate Finanzausstattung. So sehr wir gewillt sind, bei den obersten Dienstbehörden einzusparen, so sehr werden wir uns um eine ausreichende personelle Ausstattung an den Schulen, in der Justiz, bei den Lebensmittelkontrollen, in den Finanzämtern und natürlich bei der Polizei bemühen. Wir wollen den privaten Sicherheitsdienst in unseren Städten nicht als Regelinstrument haben. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf guten Service, auf garantierte Sicherheit und Zukunftschancen. Mit diesen ambitionierten Zielsetzungen freuen wir uns auf die Etatberatungen. Wir halten vom Kurshalten sehr viel. Es kommt allerdings darauf an, wohin der Kurs geht – ob mit Captain Jack Sparrow auf der Black Pearl oder auf der Titanic, das werden wir sehen. Wir sehen es in den Haushaltsberatungen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Kupka.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Jetzt kommt die heile Welt in Unterhaching!)

Engelbert Kupka (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Doppelhaushalt 2007/2008 ist wohl der letzte Haushalt, den Finanzminister Prof. Dr. Faltlhauser nicht nur einzubringen, sondern inklusive eines Nachtragshaushalts auch zu vollziehen hat.

(Franz Maget (SPD): Wieso? Tritt er zurück?)

Dieser Haushalt ist auch der Doppelhaushalt, der wie kaum ein anderer zuvor die Finanzpolitik Bayerns weit in die Zukunft hinein ausrichten und bestimmen wird.

(Zurufe von der SPD: Es ist Ihr allerletzter Haushalt! – Franz Maget (SPD): 2008 ist Schluss!)

– Hören Sie doch auf, Sie haben es in der Zeitung doch schon gelesen.

(Franz Maget (SPD): Sie bestätigen es ja auch noch!)

Deshalb möchte ich nicht die Haushaltsdaten wiederholen, die der Finanzminister hier umfassend dargelegt hat. Seinen Ausführungen schließe ich mich vollinhaltlich an. Herr Kollege Maget, es hat sich auch gezeigt, wie schwer sich Herr Dupper mit einer substanziellen Kritik am Haushalt getan hat.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich möchte in gebotener Kürze begründen, warum ich diesen Doppelhaushalt für richtungsweisend in die Zukunft halte. Ich glaube, das ist für dieses Haus wichtiger als mancher einzelne Punkt, der hier vorgetragen worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Für diese Einschätzung sprechen vor allen Dingen sieben Gründe.

Erstens. Mit der Verabschiedung dieses Doppelhaushalts wird der in Bayern eingeschlagene Konsolidierungskurs unumkehrbar. Im März 2005 haben wir im Landtag den Beschluss gefasst, ab 2006 einen Haushalt ohne Netto-neuverschuldung aufzustellen. Dieser Beschluss wurde relativ unbeschwert, vielleicht sogar sehr positiv aufgenommen. Manche verlangten sogar eine Verankerung dieses Grundsatzes in der Verfassung. Der Finanzminister hat aber von Anfang an nicht nur auf die Notwendigkeit dieses Beschlusses hingewiesen, sondern er hat auch deutlich betont, dass ein steiniger Weg vor uns liegt, dass schmerzhaft Einschnitte notwendig sind und dass die Stunde der Wahrheit, Herr Kollege Dupper, im Doppelhaushalt 2007/2008 schlägt.

Heute hat der Finanzminister nach dem Nachtragshaushalt 2006 zum zweiten Mal in Folge einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Dabei sei darauf hingewiesen, dass wir einen Ausgleich im Ist bereits beim Doppelhaushalt 1999/2000 hatten. Es kommt aber darauf an, dass ein Ausgleich ohne Nettoneuverschuldung schon im Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglich ist. Das ist nun der Fall. Schon zum zweiten Mal wird jetzt diesem Haus ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt. Wir, die CSU-Fraktion, werden deshalb den Finanzminister bei den Beratungen im Haushaltsausschuss und im Plenum darin unterstützen, dass dieser Haushalt auch ohne Nettoneuverschuldung verabschiedet wird, selbst wenn Sie, Herr Kollege Dupper, ein so schönes Programm vorgelegt haben.

Mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2007/2008 wird hinsichtlich einer erneuten Nettoneuverschuldung der „Point of no return“ erreicht. Wer jetzt ein Millionen- oder gar Milliardenprogramm vorlegt, wie Sie es getan haben, muss auch offen sagen, dass er wieder den Weg in die Verschuldung einschlagen will, oder er muss erklären, wo noch stärker gekürzt werden soll. Ich bin sehr gespannt darauf, was Sie uns, Herr Kollege Dupper, im Haushaltsausschuss vorschlagen werden. Wer lediglich, wie Sie es bisher getan haben, auf die Finanzplanung bis 2010 verweist oder für den Haushalt 2007/2008 als erste Tranche 350 bis 400 Millionen fordert, dazu aber lediglich sagt, dieses Geld sei in den Haushalt einzustellen, der entfernt sich von einer wirklich verantwortungsvollen Haushaltspolitik und von einer ernst zu nehmenden Finanzpolitik.

Wenn ich die Aussagen Ihrer Pressekonferenz richtig verstanden habe, steht als Deckungsvorschlag lediglich drin: „... ist einzustellen“, „... ist einzustellen“, „... ist einzustellen“. Sie fordern nur und arbeiten nach dem Motto: Oppositionspolitik besteht darin, von der Regierung das zu fordern, was zu erfüllen sie nicht in der Lage ist. Das kann aber nicht Sinn dieser Haushaltsberatung sein.

(Christa Naaß (SPD): Welche Pressekonferenz?
– Jürgen Dupper (SPD): Ich habe keine Pressekonferenz gegeben, Herr Kollege!)

– Ihre Pressemitteilung liegt mir vor.

Zweitens. Dieser Doppelhaushalt und der Ausblick auf 2009/2010 zeigen deutlich, dass es das nächste Ziel bayerischer Finanzpolitik sein muss, die Ausgaben den laufenden Einnahmen gegenüberzustellen und nur so viel auszugeben, wie wir auch einnehmen, das heißt ohne den Einsatz von Privatisierungsmitteln zu arbeiten. Denn diese sind „endlich“, wie der Finanzminister auch ganz deutlich gesagt hat. Trotz der harten Sparmaßnahmen – da gebe ich Ihnen recht –, trotz der bereits erreichten Haushaltskonsolidierung und trotz der erwarteten höheren Steuereinnahmen besteht ein strukturelles Defizit, das ohne die 303 Millionen Euro aus den Privatisierungserlösen im zweiten Teil des Programms „Investieren in Bayerns Zukunft“ den Einsatz von Grundstockmitteln im Umfang von rund 770 Millionen Euro erforderlich macht. Auch 2009/2010 wird noch ein strukturelles Defizit in Höhe von 700 Millionen bestehen, das ausgeglichen werden muss.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Schieder (SPD))

Wer heute also einen Wechsel auf die Zukunft zieht, muss auch sagen, wie dieses strukturelle Defizit im nächsten Doppelhaushalt beglichen werden soll. Die Vertreter von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben dies in ihrer Pressekonferenz zwar sehr genau analysiert, aber gleichzeitig die falschen Schlüsse gezogen; denn es macht doch keinen Sinn, zuerst festzustellen, dass dem Haushalt wegen des Anstiegs der Ausgaben Grundstockkapital zugeführt werden muss, und gleichzeitig Millionenbeträge für zusätzliche Bildungs-, Sozial- und Ökologieaufgaben zu fordern. Das Doppelmotto dieses Haushalts heißt: Kurs halten und Maß halten. Nur so lässt sich der eingeschlagene Erfolgskurs, den der Finanzminister vorgestellt hat und den wir über Jahre verfolgen, einhalten. Es macht aber keinen Sinn, einfach Wünsche zu äußern, die nur über Schulden zu finanzieren sind. Die Zeiten einer Kängurupolitik – große Sprünge mit leerem Beutel – sind vorbei. Das muss jeder wissen.

(Beifall bei der CSU)

Der Verweis auf die Steuereinnahmen ist vollkommen unzulässig, wenn man sieht, welche Haushaltsstrukturdefizite wir nach wie vor haben.

Drittens. Wenn wir auf Dauer einen Haushalt ohne Neuverschuldung wollen, ist es notwendig, die Personalkosten zu senken und den Staat von Versorgungsausgaben zu entlasten, wie es dieser Doppelhaushalt meines Erachtens unzweifelhaft aufzeigt. Trotz der erreichten Ausgabenreduzierungen und der steigenden Steuereinnahmen, die ich schon erwähnt habe – es sind immerhin 16 % von 2006 bis 2010, Herr Kollege Dupper, ich gebe Ihnen recht: das ist nicht wenig –, wird die Personalkostenquote bis 2010 auf über 44 % ansteigen. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, wenn man hier irgendwelche Anträge und Forderungen stellt.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Schieder (SPD))

Nochmals: Trotz einer enormen Steigerung der Steuereinnahmen werden die Personalkosten bis zum Jahr 2010 auf 44 % ansteigen. Wenn die Steuermehreinnahmen nicht so, wie wir es hoffen, kommen, werden wir über ganz andere Zahlen reden müssen.

(Werner Schieder (SPD): Ihr werdet euch noch anschauen!)

In der Reduzierung dieser Kosten wird deshalb der Schlüssel für den Gestaltungsrahmen künftiger Landtage liegen. Wer wie die SPD viele Tausend Stellen allein im pädagogischen Bereich fordert, muss sich im Klaren darüber sein, welche Zukunftslasten er dem Staat und damit allen Bürgern auflädt.

(Susann Biedefeld (SPD): Uns geht es um die Kinder!)

Kollege Dupper, es geht nicht nur um diesen Doppelhaushalt, nur um die Ausweisung irgendwelcher Planstellen. Sie bringen diese Stellen doch nicht mehr weg! Ich nenne Ihnen einmal folgendes Beispiel: Eine Lehrer- oder Lehrerinnenstelle, ausgerichtet auf die Lebensarbeitszeit, kostet 1,5 Millionen Euro. Hinzu kommt eine weitere Million Euro für die Pension und die Witwenrente. Ich beklage das nicht, aber wenn Sie Tausende von neuen Stellen fordern, müssen Sie diese Zahlen im Hinterkopf haben. Wer gleichzeitig die Umschichtung von Stellen im Bildungsbereich ablehnt und sagt, Stellen dürfen nicht von der Schule an die Universität oder von der Volksschule ans Gymnasium umgeschichtet werden, handelt nicht zukunftsorientiert. So kann man nicht mit den Steuern umgehen, die uns zur Verfügung stehen, in einer Zeit, in der eine sparsame Haushaltsführung notwendig ist.

Um die Pensionskosten zu senken, hat das Kabinett am 18. Juli 2006 einen Pensionsfonds beschlossen. Die Zuführungen sollen ab 2009 beginnen. Eine nachhaltige Senkung der Personalkosten lässt sich aber nur dann erreichen, wenn der Staat bereit ist, sich auf den Kern seiner Aufgaben zu beschränken. Das wird für uns eine Daueraufgabe sein. Wir wissen, dass in der Verwaltung natürlich ein gewisses Beharrungsvermögen besteht, wenn irgendwelche Vorschläge auch aus dem Parlament gemacht werden. Aber wenn wir gemeinsam dieses Problem anpacken, wird es uns gelingen, hier wirkliche Kosteneinsparungen herbeizuführen.

Dass wir dennoch im Bildungsbereich erstrangig für die Zukunft investieren wollen, hat der Finanzminister eingehend dargelegt. Bildung hat in Bayern oberste Priorität. Es zeichnet unsere Politik aus, dass zwei bayerische Universitäten den Exzellenz-Wettbewerb gewinnen konnten. Mit der Universität Würzburg war eine dritte bayerische Hochschule in der Endrunde. Bayern konnte nichts Besseres passieren, als dass die Wissenschaft alleine, ohne Zutun der Politik, wie die „Süddeutsche Zeitung“ heute schrieb, den Sieger bestimmte. Wir werden auch weiterhin dafür Sorge tragen, dass trotz der notwendigen Reduzierung der Personalkosten überall dort, wo es erforderlich ist, wie in den Bereichen Bildung, Wissen-

schaft, innere Sicherheit und Justiz, die erforderlichen Stellen zur Verfügung gestellt werden.

Viertens, sparen – reformieren – investieren. Seit dem Nachtragshaushalt 2004 haben wir ein Einsparvolumen von mehreren Milliarden Euro erarbeitet. Beim jetzt vorliegenden Doppelhaushalt sehen wir zum ersten Mal deutlich die Früchte dieser Anstrengungen. Wir haben uns allein für dieses und das nächste Jahr neue Schulden in Höhe von jeweils 2,5 Milliarden Euro erspart. Damit stehen uns wegen eingesparter Zinsen jährlich 100 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Zinslast hätte auch anders aussehen können, nämlich zusätzliche 300 Millionen Euro, wenn wir all Ihren Anträgen in den vergangenen Jahren gefolgt wären. Diesen Investitionsvorsprung dürfen wir nicht einfach verkonsumieren. Aber schon legt die Opposition Anträge vor, die künftige Haushalte blockieren würden. Der Finanzminister hat es auf eine kurze und prägnante Formel gebracht: Haushaltspolitik ist Zukunftspolitik. Ich darf an dieser Stelle auf die vier vom Finanzminister genannten Zukunftsfelder verweisen: Hochschule, Bildung und Wissenschaft, Kinder und Familie, innere Sicherheit und die Stärkung des ländlichen Raumes. 758 Millionen Euro werden wir in den Jahren 2007 und 2008 in Bayerns Zukunft investieren. Das heißt in der Tat: sparen, reformieren und investieren.

Fünftens, Erhöhung der Investitionsquote.

(Joachim Herrmann (CSU): Sehr richtig!)

Eine geringe Pro-Kopf-Verschuldung und eine niedrige Zinslastquote streben wir nicht nur deshalb an, Herr Kollege Dupper, um im Ländervergleich besonders gut dazustehen. Sinn machen diese Anstrengungen doch nur, wenn davon auch die Investitionen profitieren. Ich nenne den Straßenbau, die Universitätskliniken, die Hochschulen, die Fachhochschulen und den öffentlichen Personennahverkehr, nicht zuletzt auch die Landwirtschaft.

(Werner Schieder (SPD): Es wird doch überall weniger!)

Herr Dupper, Sie haben beklagt, die Investitionsquote sei zu niedrig; sie läge weit unter 10 %, wenn wir in der Vergangenheit Ihren Anträgen zu den jeweiligen Doppelhaushalten gefolgt wären. 12 % sind uns zu niedrig; wir wollen sie steigern.

(Werner Schieder (SPD): Sie sinkt doch!)

15 % sollen wieder erreicht werden. Dazu gehört aber, dass wir das Geld nicht verkonsumieren, sondern wirklich investieren.

(Werner Schieder (SPD): Das stimmt doch gar nicht! Lesen Sie doch den Haushalt!)

Sechstens. Bayern ist mit diesem Doppelhaushalt zum Vorreiter einer neuen Stabilitätskultur geworden. Zwischenzeitlich hat sich jedes zweite Bundesland zeitlich auf einen ausgeglichenen Haushalt festgelegt. Dies ist enorm wichtig, wenn man den Länderfinanzausgleich im

Augen hat; denn es kann letztlich auf Dauer nur allen schaden, wenn eine solide Haushaltsführung denen schadet, die sich mit großen Anstrengungen in ihren Länderparlamenten durchsetzen, und gleichzeitig diejenigen begünstigt werden, die relativ sorglos Schulden machen. Wir müssen lernen, zwischen notwendiger Solidarität und organisierter Unverantwortlichkeit zu unterscheiden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf Dauer hilft es uns nichts, zu sparen und Schulden zu vermeiden, wenn wir über den Länderfinanzausgleich und über den Umsatzsteuerausgleich um die Früchte unserer Arbeit gebracht werden. Mit diesem schuldenfreien Doppelhaushalt verstärken wir im Rahmen der zweiten Stufe der Föderalismusreform den Druck für die Erreichung einer Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern.

Siebtens, der enge Schulterschluss mit den bayerischen Kommunen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Tatsache allein, dass die Leistungen aus dem kommunalen Finanzausgleich erstmals die Sechs-Milliarden-Grenze überschreiten, ist nicht wichtig. Wenn aber das Wachstum des kommunalen Finanzausgleichs um mehr als vier Prozentpunkte über dem Wachstum des Haushalts liegt – und zwar mit dauerhaft substantziellen Verbesserungen für die Kommunen –, dann zeigt dies unsere Haltung, dass ein starker Staat auch starke Kommunen braucht. Dabei will ich gar nicht auf die vom Finanzminister detailliert vorgetragenen Themen wie Solidarumlage, Steuerverbund, Bedarfzuweisung, Sozialhilfeausgleich, Schülerbeförderung und ÖPNV-Ausgaben eingehen. Wir werden den kommunalen Finanzausgleich mit diesem Doppelhaushalt für die Zukunft substantziell und dauerhaft verstärken. Das haben auch die kommunalen Vertreter und die Spitzenverbände so gesehen und honoriert.

Lassen Sie mich noch kurz drei Bereiche streifen, nämlich IZBB, die Kürzungen der EU bei der Landwirtschaft und IZB II. Zunächst zum Thema IZBB: In den Jahren 2003 bis 2005 wurden insgesamt 839 Anträge von Grundschulen, Hauptschulen, Förderschulen, Realschulen und Gymnasien positiv verbeschieden. Dabei gingen 33 % der Mittel an die Volksschulen und circa 58 % an die Gymnasien. Soweit bei den Gymnasien noch Ansprüche aufgrund der Konnexität bestehen, werden diese erfüllt werden. Nachdem die gesamte Verteilung der IZBB-Mittel in Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden erfolgt ist, werden wir mit den kommunalen Spitzenverbänden darüber sprechen, inwieweit wir über das FAG weitere Förderungen durchführen können und durchführen müssen.

Wir werden auch darüber zu diskutieren haben, inwieweit wir die Hunderttausend-Euro-Grenze in Artikel 10 FAG im Einzelfall aussetzen können, damit die kleinen Kommunen nicht zweimal benachteiligt werden. Diese Gemeinden sind nämlich aus der IZBB-Förderung ausgeschieden und würden dann auch noch der Bagatellgrenze zum Opfer fallen. Wir wollen jedoch keine Mogelpackung, wie sie in anderen Ländern in Form eines Milliarden-Nachfolgeprogramms vorgelegt worden ist. Die Fakten sehen dort bei näherem Hinsehen anders aus. Dort haben die

Kommunen die eigentliche Hauptlast dieser Finanzierung zu tragen.

Nun zu den Mittelkürzungen der EU bei der Landwirtschaft: Aufgrund der Einsparungen der EU in der zweiten Säule fehlen der Landwirtschaft 80 Millionen Euro. Der Finanzminister hat bereits dargelegt, dass es eine große Leistung in diesem Doppelhaushalt darstellt, dass wir die Komplementärmittel trotz des Wegfalls der europäischen Förderung beibehalten haben. Wir haben auf diese 80 Millionen Euro noch 20 Millionen Euro für Investitionen und 5 Millionen Euro für Dorferneuerungsprogramme draufgelegt.

(Werner Schieder (SPD): Sind das jetzt mehr oder weniger Mittel?)

– Die Landesmittel erhöhen sich um 20 Millionen und 5 Millionen Euro. Die EU-Mittel werden weniger. Herr Kollege Schieder, Sie wissen das ganz genau. Wir können uns nachher noch einmal darüber unterhalten.

Wir werden aber auf Dauer nicht alle ausfallenden EU-Gelder durch Landesmittel ersetzen können. Die CSU-Fraktion ist gerade dabei, über den bevorstehenden Strukturwandel in der Landwirtschaft zu diskutieren und die notwendigen Folgerungen zu ziehen; denn für uns ist es wichtig, dass die bäuerliche Landwirtschaft in der heutigen Struktur erhalten werden kann.

Herr Kollege Dupper, Sie haben die weiteren Investitionen über IZB II in Höhe von 40 Millionen Euro – verteilt auf beide Haushalte – angesprochen. Wir werden dazu noch Vorschläge unterbreiten. Sie werden das sicherlich auch noch tun. Wir werden bei den Haushaltsberatungen Gelegenheit haben, über diese Vorschläge zu diskutieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Mit diesem Doppelhaushalt kehren wir zu unserer früheren Verfahrensweise zurück. Wir werden ihn zügig, aber doch gründlich durchberaten und noch in diesem Jahr abschließend im Plenum behandeln. Ich glaube, das trifft auch bei den übrigen Fraktionen dieses Hohen Hauses auf Zustimmung. Vor den Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss liegen anstrengende Wochen. Ich bin aber sicher, dass wir in unserer gewohnten konstruktiven Arbeitsweise diese Herausforderung bewältigen werden. Im Dezember-Plenum vor Weihnachten werden wir alle Einzelpläne und damit den Haushalt verabschieden können.

Lassen Sie mich zum Schluss dem Finanzminister ein Dankeschön sagen.

(Beifall bei der CSU – Jürgen Dupper (SPD): Jetzt wird es pathetisch!)

Er ist zwar mit einem gebrochenen Fuß, aber nicht mit einem gebrochenen Herzen hierher gekommen. Der Finanzminister steht wie kein anderer für diesen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung. Es war bei Gott nicht einfach. Herr Kollege Dupper, nicht nur bei Ihnen oder bei den GRÜNEN, auch bei uns wird sehr heftig diskutiert, wenn es darum geht, Einschränkungen vorzunehmen.

Der Finanzminister hat sich nicht beirren lassen. Wir können jetzt die ersten Früchte dieser harten Arbeit ernten.

Lieber Herr Finanzminister, herzlichen Dank für diese Leistung, die in Deutschland beispielhaft ist und die die anderen Länder animiert hat, diesem Beispiel zu folgen. Vielleicht wird sich dies auch auf den Länderfinanzausgleich auswirken, für den wir sehr hohe Zahlungen zu leisten haben.

In diesem Sinne wünsche ich uns im Haushaltsausschuss gute Beratungen. Herr Kollege Dupper, ich bin sicher, dass wir diese Beratungen relativ unaufgeregt zu Ende bringen werden.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich darf jetzt Herrn Kollegen Mütze das Wort für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erteilen. Herr Kollege Mütze, was bringen Sie da mit?

(Thomas Mütze (GRÜNE): Ich habe nur eine Tasche für meine Rede dabei! – Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Früher waren Jutetaschen notwendig!)

Herr Kollege Mütze, ich hoffe, dass Sie mit der Tasche nicht mehr vorhaben.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Vielleicht muss er sich übergeben!)

– Herr Kollege Dr. Spaenle, ich muss doch bitten.

Thomas Mütze (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Dr. Spaenle, auf diesen Zwischenruf fiele mir etwas sehr Nettes ein, wenn ich in Ihre Richtung sehe. Das werde ich jedoch jetzt nicht sagen.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Wenn Sie meine Ästhetik stört, kann ich mich umdrehen!)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Kupka, ich finde es sehr erstaunlich, dass Sie den Herrn Finanzminister in einem Zusammenhang mit Maradona und seiner „Hand Gottes“ nennen. Herr Finanzminister Prof. Dr. Falthäuser, Respekt. Ich bin einmal gespannt, ob das die Sportpresse auch so weitergeben wird.

(Engelbert Kupka (CSU): Was wollen Sie damit sagen?)

– Sie haben doch dem Herrn Finanzminister gedankt, dass er dank Gottes einen so tollen Haushalt vorgelegt hat. Als Fußballpräsident müssten Sie eigentlich über Maradona und die „Hand Gottes“ Bescheid wissen.

Ich möchte einen Zusammenhang herstellen zwischen dieser Tüte und der Haushaltsrede. Ich wollte damit nicht die Präsidentin oder das Parlament missachten. Sie erinnern sich wahrscheinlich daran, als der Finanzminister

seinen Haushalt vor der Presse vorgestellt hat. Damals kam er ganz stolz mit der originalen Tasche des Finanzministers Graf Montgelas. Herr Finanzminister, Sie waren sicher erfreut, dass Sie dieses feine Stück mitnehmen durften.

Sie selbst haben das bestimmt als guten Scherz aufgefasst, denn Sie sehen sich in der Tradition des Grafen Montgelas; von daher passt das auch. Wir nicht, wir sind in dieser Frage etwas humorlos. Für uns steht diese Tasche nämlich für eine Finanzpolitik nach Gutsherrenart, bei der der Finanzminister entscheidet und das Volk – der Landtag – abnickt.

Ich habe nur aus diesem Grunde diese Tüte mitgebracht. Diese Tüte steht nämlich für die Realität in Bayern, eine Realität, vor der Sie, Herr Finanzminister, anscheinend gern die Augen verschließen, wenn Sie von „Ihren“ Gymnasiasten reden und von den tollen Entscheidungen, die für die Universitäten getroffen wurden. Im Freistaat wächst nämlich die Armut, trotz – oder vielleicht sollte man besser sagen: wegen – Ihrer angeblich so guten Politik für Bayern. Ein Anhaltspunkt dafür ist die inzwischen auch in Bayern angekommene Armut. 8,2 % aller bayerischen Kinder – Herr Finanzminister, ich kann verstehen, dass Sie das nicht interessiert –, das sind mehr als 157 000, leben in Bayern in Armut. Lassen Sie sich diese Zahl im Munde zergehen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Prekariat!)

– Prekariat nennt man das heutzutage, ein neuer Begriff wurde dafür geprägt. Es breitet sich ein recht bitterer Geschmack aus, doch Sie haben nichts Besseres zu tun, als mit einer elitären Geste auf sich aufmerksam zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf die verfehlte Sozialpolitik, die sich in diesem Haushalt manifestiert, komme ich später noch zu sprechen.

Wie sehen die allgemeinen Zahlen aus? – Sie haben gesagt: Erstens, wir führen den ausgeglichenen Haushalt fort; zweitens, wir investieren gezielt in Bayerns Zukunft, mit den genannten Schwerpunkten; drittens, wir stärken unsere Kommunen. Zu allen drei Punkten möchte ich Ihnen etwas sagen. Erstens, wir führen den ausgeglichenen Haushalt fort. Wie gesagt, das ist eine Punktlandung, vielleicht nicht 2006, aber ganz sicher 2008. Außerdem haben Sie selbst, Herr Finanzminister, darauf hingewiesen, dass wir, so wie es aussieht, danach Schulden werden machen müssen. Zumindest haben Sie diese Möglichkeit offengelassen. Wiederum setzen Sie Privatisierungserlöse ein, um den laufenden Haushalt zu finanzieren. Das haben Sie selbst angesprochen. Sie sagen, das sei normal. Vor nicht allzu langer Zeit haben Sie das noch als falsche Finanzpolitik kritisiert.

Was aber machen wir, wenn die Privatisierungserlöse ausgegeben sind? Das scheint bald der Fall zu sein, nämlich nach dem Jahr 2008. Das ist dann aber nicht mehr Ihre Sache, sondern die Sache Ihres Nachfolgers oder

Ihrer Nachfolgerin, aber es ist interessant, darüber nachzudenken.

Ein Weiteres: Ihr Haushalt steigt. Das sind die steigenden Steuereinnahmen, und es ist die Konjunktur, die Ihnen unter die Arme greift. Und da ist die höchste Steuererhöhung, die es jemals in Deutschland gegeben hat. Dabei muss ich diese ganze Seite des Landtags mit der SPD und der CSU ansehen; denn es waren Ihre Schwestern und Brüder im Bundestag, die sie beschlossen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Pfui! – Zuruf von der SPD: Gott sei Dank!)

Es gibt ein gutes bayerisches Sprichwort, das heißt: Mit vollen Hosen ist gut stinken. Genau so kann ich mir den Stolz auf Ihren Haushalt vorstellen.

(Unruhe bei der CSU)

Welche Auswirkungen die Mehrwertsteuererhöhung wirklich hat, werden wir spätestens bei der Haushaltsaufstellung im Oktober 2008 wissen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich mir den hier vorgelegten Haushaltsentwurf ansehe, dann fällt mir ein Film ein, der den Titel trägt: „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Vielleicht kennen Sie diesen Film. Es ist ein Hollywood-Streifen, und ich weiß nicht, ob Sie sich auf dieses Niveau herablassen, Herr Finanzminister.

(Peter Welnhöfer (CSU): Normalerweise nicht!)

– Eben, deshalb erkläre ich den Film. Ich kann ihn nur empfehlen. Der Inhalt dieses Films, mit Bill Murray, passt auf Ihre Finanzpolitik wie die Faust aufs Auge. Es wiederholt sich alles, alles kommt immer wieder. Im Film wird aber irgendwann alles besser, bei Ihnen hingegen nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie kennen den Film? – Ja. Sehen wir uns die Schwankungen im Haushalt der letzten Jahre genauer an. Es fällt eines auf: In den Wahljahren wird der Geldbeutel immer weit geöffnet. Es werden Programme aus dem Boden gestampft, es werden Gelder verteilt.

(Maria Scharfenberg (GRÜNEN): Immer das-selbe!)

So war das bisher, bei der Bundestagswahl 2002, bei der Landtagswahl 2003. Die 5-Milliarden-Offensive aus den Privatisierungserlösen ist inzwischen fast weg. Wir dachten nach den Sparhaushalten der letzten Jahre, dass es damit vorbei sei. Aber Sie probieren es schon wieder. Ein neues Programm muss her, um die Wahl 2008 propagandistisch vorzubereiten. Von Reformen ist nicht die Rede – Entschuldigung, dass ich dieses Wort überhaupt in den Mund nehme; denn „Reformer“ ist in Bayern inzwischen zu einem Schimpfwort geworden. „Reformer“ ist inzwischen fast so schlimm wie „Depp“.

Es geht darum, die gebeutelten Menschen wieder aufzurichten, ihnen wieder den Glauben an diese Staatsregierung zurückzugeben. Das neue Programm heißt: „Investieren in Bayerns Zukunft“. Dabei fällt als Erstes auf, dass es nicht mehr so hoch dotiert ist wie die, die wir schon kennen. „Zusätzliche Haushaltsmittel“ sollen „gezielt“ eingesetzt werden, und zwar in Höhe von 758 Millionen Euro. Herr Finanzminister, das mit den zusätzlichen Haushaltsmitteln müssen Sie uns noch einmal erklären. Entweder diese Mittel stehen im Haushalt, oder sie stehen nicht im Haushalt. Zusätzliche Mittel, die wären aber neu. Ich hoffe außerdem, dass die restlichen 35 Milliarden Euro, die auch im Haushalt stehen, nicht ungezielt ausgegeben werden, was man aus Ihren Worten fast schließen könnte.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Nun zu den einzelnen Schwerpunkten. Die Hochschule, in Ordnung. Aber waren Sie es nicht selbst, die das G8 einführen und den Studentenberg damit selbst produzierten, der im Jahr 2011 auf uns zukommen wird? Haben Sie diesen Berg nicht selbst verursacht? – Jetzt müssen wir eben dafür sorgen, dass genügend Personal da ist und die Hochschulen gut ausgestattet sind, damit sie die Unterrichtsbedingungen erfüllen können. Selbst schuld, könnte man da sagen. Bei einem Mittelbedarf von zwei Milliarden sind 140 Millionen Euro für Investitionen ein Anfang, mehr aber auch nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

„Hochwasser-Aktionsprogramm“: Sie haben den Hochwasserschutz unter „Ländlicher Raum“ zusammengefasst. Herr Minister, dieses Programm haben Sie in den letzten Jahren durch den Landtag gepeitscht. Nach jedem Hochwasser war es wieder soweit, Sie haben sich mit Ihrem Hochwasserprogramm gebrüstet. Jetzt wird dieses Programm schon wieder durchs Dorf gejagt. Da frage ich mich schon: Was ist daran neu?

(Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser: Was toll ist, ist toll!)

150 Millionen Euro stehen im Doppelhaushalt für den Digitalfunk. Herr Finanzminister, diese Digitalfunk-Entscheidung ist doch über lange Jahre hinweg diskutiert worden. Wir verfolgen das im Finanzausschuss. Dort geben Sie uns jedes Jahr einen Bericht. Was ist daran neu? Was ist daran innovativ? – Neu ist daran nur, dass Sie das auf Ihre Fahnen schreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist eine Entscheidung, die bundesweit gefallen ist und die alle Länder und der Bund gemeinsam tragen. Das ist schön, und es ist eine Investition, natürlich, aber muss man sich deshalb damit brüsten?

(Margarete Bause (GRÜNE): Er muss sich mit allem brüsten, er hat ja sonst nichts!)

– Eben. Was wir hier haben, ist kein Investitionsprogramm für Bayerns Zukunft, sondern ein Programm: „Ich mache endlich meine Hausaufgaben“. Doch auch diese Hausaufgaben machen Sie nur zum Teil. Dafür würden Sie in der Schule eine schlechte Note bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Setzen, fünf!)

Beginnen wir von vorn. Sehen wir in den Haushalt. Es ist nur eine Petitesse, doch es ist immer wieder schön, wenn man erfährt, wofür die Haushaltsmittel ausgegeben werden, bevor irgendetwas Offizielles von Ihrem Ministerium auf dem Tisch liegt. So durfte ich kürzlich aus dem Magazin des Filmförderfonds Bayern erfahren, dass die Filmförderung um eine Million Euro aufgestockt wird. Dass diese Förderung noch zu beraten ist, darüber steht da kein Wort. Die Maßnahme an sich halte ich zwar für sinnvoll, kein Thema. Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier wird aber exemplarisch deutlich, wer diesen Haushalt wirklich beschließt. Wer hat denn das Budgetrecht? Der Landtag, oder – –?

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Genau! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist Haushalt auf Gutsherrenart!)

Schauen wir uns doch einmal einen Schwerpunkt an, den Sie gebildet haben. Nach Ihrer Meinung ist die Bildung ein Schwerpunkt. Schauen wir uns das an. Am letzten Wochenende, auf Ihrem Parteitag in Augsburg, haben Sie es wieder einmal beschworen:

(Zuruf von der CSU)

– Genau, die Stärkung der Hauptschule. Die Hauptschule braucht ein neues Profil. – Jawohl, das muss besser werden. Man muss sich auf die schwierige Klientel einlassen. – Auch das unterstreiche ich sofort. Die Delegierten kannten aber den Haushaltsentwurf nicht. Denn was steht dort? Was passiert an der Hauptschule? – Der Hauptschule werden 1650 Lehrerstellen entzogen. Das passiert mit der Hauptschule. Das ist die Realität, lieber Herr Finanzminister, nichts anderes!

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Sie müssen genau hinschauen, Sie haben an der Hauptschule die geringste Klassenfrequenz!)

– Genau hinschauen? – Ich habe zehn Jahre lang genau hingeschaut, Herr Kollege Waschler.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das ist doch Themaverfehlung! – Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

– Nein, das ist es nicht, tut mir leid. Eigentlich haben Sie, Herr Minister, das genau erfasst. Ich zitiere Sie aus der „Süddeutschen Zeitung“:

Wissen wird von Menschen vermittelt. In der Schule ist nicht die schwarze Tafel entscheidend,

sondern die Qualität und die Zahl der Lehrkräfte.

Warum nehmen Sie dann der Hauptschule die Lehrerinnen und Lehrer weg, wenn diese für den Bildungserfolg dieser Gruppe von Schülern entscheidend sind?

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Schon wieder Themaverfehlung! Beachten Sie die Konstellation!)

Wenn Sie es mit der Stärkung der Hauptschule ernst meinen würden, dann beließen Sie zumindest die 1000 Lehrkräfte an der Hauptschule, die dort nötig sind. Von den 650, die Sie einziehen, rede ich schon gar nicht mehr. Wir brauchen kleinere Klassen, wir brauchen ein niedrigeres Lehrer-Schüler-Verhältnis, um wenigstens die Chance zu haben, diese Kinder besser zu fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wären einmal konkrete Taten, die auch von anderer Seite gefordert werden. Der Bayerische Städtetag in der Person von Herrn Schaidinger hat Ihnen beim nächsten Punkt, beim Ganztagsschulprogramm, die Leviten gelesen.

Man stelle sich vor: In den letzten vier Jahren flossen über das von Rot-Grün – man darf es noch erwähnen – im Bund verabschiedete IZBB-Programm 600 Millionen Euro für die Ganztagsbetreuung nach Bayern. Kollege Dupper hat darauf hingewiesen: Das war eigentlich gar nicht so gedacht. Man hat es aber ermöglicht. Bayern war froh, dass es das Geld einsetzen konnte. Wiederum war das G8 der Grund, dass Finanznot herrschte. Jetzt stellen Sie sich hin und sagen: „Wir wollen Ganztagschulen weiter ausbauen.“ Mutig! Was bringen Sie dafür ein? Ein Plus von 5 Millionen Euro im Jahr. Wir reden dann von 35 Millionen Euro pro Jahr.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das ist lächerlich!)

Vergleichen Sie das miteinander, und dann sagen Sie mir, was daran mutig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Finanzminister, Sie haben vorhin aus der „Wirtschaftswoche“ zitiert. Ich könnte ganz andere Quellen zitieren: aus sozialen Zeitschriften, aus Zuschriften von sozialen Initiativen, wie die Ihre Politik kommentieren.

Sie haben die „Wirtschaftswoche“ hergenommen. Es ist Ihr gutes Recht, positive Nachrichten herzuziehen, um Ihre Politik in einem besseren Licht erscheinen zu lassen. Aber es ist auch unser Recht – das werden Sie verzeihen –, Zitate zu nehmen, die nicht so fein mit Ihrer Politik umgehen.

Kein Wunder, dass der schon angesprochene Herr Schaidinger meinte:

Die Verbesserung des Bildungssystems in Sonntagsreden zu fordern,

– so wie Sie es in Augsburg getan haben –

reicht nicht. Wir brauchen dazu konkrete Taten, und die kosten nun einmal Geld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Recht hat er.

Den Mut für echte Bildungsinitiativen haben Sie nicht. Wir fordern Sie auf: Belassen Sie die 1000 Lehrerstellen in der Hauptschule und schaffen Sie trotzdem die Entlastung für die Kolleginnen und Kollegen an Realschule und Gymnasien. Das wäre mutige Bildungspolitik in diesen Zeiten.

Kommen wir zum Thema „Ländlicher Raum“. Sie haben in Ihrem Skript den ländlichen Raum extra noch einmal aufgeteilt. Ich nenne die Punkte. Unter „Ländlicher Raum“ subsumieren Sie: Hochwasserschutz, die Ski-WM in Garmisch-Partenkirchen und Staatsstraßen- und Brückenbau. Das ist bei Ihnen Stärkung des ländlichen Raums.

(Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser: Alles nicht in München!)

– Das liegt alles nicht in München, kann ja sein. Aber das Einzige, was wirklich Stärkung des ländlichen Raums an sich, der Strukturen ist, wird mit 18 Millionen Euro verstärkt. Eine Ski-WM im ländlichen Raum ist zwar ganz schön. Aber Sie müssen uns schon erklären, wo da Schwerpunkte für den ländlichen Raum liegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die „Abendzeitung“ brachte heute einen Kommentar zum Thema „Arm und Reich“, der mir gut gefallen hat. Dort steht unter anderem:

Es reicht nicht, immer nur Werte und Bildung zu fordern, wie das Politiker

– hier ergänze ich: vor allem Politiker der CSU –

gerne tun. Man muss die Vermittlung dieser Werte und dieser Bildung auch bezahlen wollen. Das wäre Aufgabe des Staates.

Das wäre also Aufgabe von uns allen als Vertreter dieses Staates. Sie verweigern sich hierbei, weil Sie falsche Prioritäten setzen, weil Sie nur die Eliten im Blick haben und die anderen Ihnen eigentlich recht egal sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit kommen wir zu Ihren schwachen Seiten. Kultur und Natur Bayerns interessieren Sie offensichtlich nicht mehr. Den landesweiten Denkmalschutz wollen Sie in Ihrem Reformwahn völlig aushebeln – der Gesetzentwurf liegt vor. Die Schlagzeile dazu heute war: „Denkmalschutz zum Abbruch freigegeben“. Kollege Spaenle – ist er noch da? – könnte das auch kommentieren. Der Verfall der kulturell wertvollen Bausubstanz in Bayern wird die Folge sein.

In der Landwirtschaft ist es dasselbe. Sie kürzen denen die Mittel, die die Kulturlandschaft pflegen, wogegen Wachstumsbetriebe gefördert werden sollen. Na, vielen Dank! Zum Glück ist der weiß-blaue Himmel über Bayern nicht von Ihnen und der Finanzierung abhängig, sonst würde er sich wahrscheinlich grau in grau präsentieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weiß-blauen Himmel braucht man doch nicht – wofür denn?

Die nächste schwache Seite ist der Sozialhaushalt. Ich habe den Bildungshaushalt und den Sozialhaushalt extra ein bisschen deutlicher kommentiert; denn das sind unsere Schwerpunkte in diesen beiden Haushaltsjahren. Ich denke, wir sind uns einig, dass Sozialleistungen mit ihrem zumeist präventiven Charakter eine gesamtgesellschaftliche und auch volkswirtschaftliche Funktion erfüllen. Defizite werden frühzeitig erkannt und behoben. Damit werden Folgekosten für den Staatshaushalt reduziert. Der Entwurf des Doppelhaushalts zeugt dagegen an vielen Stellen nicht nur von sozialer Blindheit, sondern auch von volkswirtschaftlicher Kurzsichtigkeit.

Im Unterschied zu CSU und Staatsregierung erkennen wir den vielfachen wirtschaftlichen Wert der Sozialpolitik als Produktivfaktor für Bayern an und wollen deswegen Sozialpolitik entsprechend ausbauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da ist zuerst die Jugendsozialarbeit an Schulen zu nennen. Wenn rund 10 % der Jugendlichen die Schule ohne Abschluss verlassen und wir das so hinnehmen und ihnen damit ein prekärer Weg droht, ist das eine gefährliche Entwicklung für unser Gemeinwesen. Dies erfordert frühzeitige Investitionen nicht nur in Bildungspolitik im Allgemeinen, sondern insbesondere auch in die Schul- und Sozialarbeit für Haupt- und Berufsschüler.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was tun Sie? – Sie haben ein Programm aufgelegt, in ferner Zukunft 350 Stellen für ganz Bayern zu schaffen, was Sie noch nicht geleistet haben. In diesen beiden Jahren stellen Sie jeweils 800 000 Euro für diesen Posten ein. Das würde dann für 40 Stellen mehr pro Jahr reichen. Darauf können Sie richtig stolz sein.

Wir halten rund 1000 Stellen für ganz Bayern in den nächsten vier Jahren für nötig. Das kann sehr wohl

zusammen mit den Kommunen finanziert werden. Das würde diesen Schülern auch wirklich eine Hilfe sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, ob Ihnen das gefällt, Herr Finanzminister. Aber aus diesem Haushalt kann man ablesen, dass die Schwächsten der Gesellschaft die geringste Lobby bei der Staatsregierung haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Hierzu zählen neben Menschen in existenzgefährdenden Problemlagen und Ausländern auch Menschen mit Behinderungen und alte Menschen, die unserer Hilfe eigentlich bedürften. Die Staatsregierung nimmt ihren Auftrag, für ein menschenwürdiges Leben aller zu sorgen, nicht ernst genug.

Am Beispiel des Blindengeldes kann man dies gut erklären. Blinde haben zur Bewältigung ihres Lebens ständig einen Mehrbedarf aufzubringen. Das Blindengeld hat die Zielsetzung, diesen Mehrbedarf aufzufangen. Deshalb ist das kein staatliches Almosen, sondern es soll Blinde und Sehbehinderte in die Lage versetzen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Bringschuld!)

Dazu reicht das seit dem Nachtragshaushalt 2004 gekürzte Blindengeld nicht aus. Wir setzen uns dafür ein, dass es wieder auf das alte Niveau steigt, damit diesen Menschen ein lebenswürdiges Leben möglich wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein Beispiel: Mit einem Federstrich, sozusagen in einem Nebensatz im Haushaltsausschuss, erfuhren wir, dass die Mittel für Investitionszuschüsse und Darlehen für Investitionen in der Altenhilfe einfach so gestrichen werden. Anders als bei Neubauten finden sich für die notwendige Renovierung, Modernisierung und den Substanzerhalt nur schwer Privatinvestoren, denen Sie das überlassen wollen. Zudem fiel mit dem Ende der staatlichen Unterstützung auch die kommunale Kofinanzierung weg. Es ist unserer Meinung nach sozialpolitisch unverantwortbar, diesen baulichen Verfallsperspektiven der bayerischen Altenheime durch den Rückzug staatlicher Mitfinanzierung Vorschub zu leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD) – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Auch der Minister wird alt!)

– Auch der Minister wird mal alt. Da darf man ihm wünschen, dass er nicht in einer solchen nicht renovierten Anlage landet.

(Zuruf von den GRÜNEN: In einem Schloss!)

– Vielleicht findet er noch Verwendung für das Montgelas-Schloss, das er noch nicht gekauft hat.

In den letzten Wochen gab es in der CSU Diskussionen, ob man das Landeserziehungsgeld möglicherweise zugunsten der Kinderbetreuung vielleicht – – aber halt! Da wurde die Diskussion schon unterbunden. Dabei kostet das Landeserziehungsgeld nicht nur sehr viel Geld, sondern es erreicht weder sein Ziel einer erhöhten Geburtenrate noch leistet es einen Beitrag zur dringenden Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Zudem fördert es faktisch eine Lebensplanung von Frauen am Herd, was in keiner Weise unserem Frauenbild entspricht; ich weiß nicht, ob es Ihrem Frauenbild entspricht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und Sie wollten sich doch – Kollegin Görlitz, ich schaue auf Sie – ein modernes Frauenbild anschaffen, gerade um in den Städten punkten zu können. Ich weiß nicht, ob Sie das damit erreichen werden. Wenn Sie es ernst meinen mit Ihrer Politik für die Bürgerinnen und Bürger, müsste hier mehr geschehen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Gabsteiger (CSU))

– Es tut mir leid, Kollege, aber ich habe so lange gewartet, jetzt dürfen Sie auch ein bisschen warten.

Viele Dinge harren in Bayern der Erfüllung, viele Dinge warten darauf, dass sie finanziert werden: Universitäten, Schulen, Krankenhäuser. Das sind Dinge, die allen zugute kommen. Es kann nicht angehen – damit spreche ich jetzt etwas an, was heute auch schon Thema war –, dass Sie unter anderem den Traum vom schnellen Fahren zum Flughafen träumen oder von tiefer gelegten Schiffen, die die Donau befahren können, oder von einer zweiten Stammstrecke in München und gleichzeitig die Kommunen oder andere Träger von Schulen sechs Jahre lang ihre Baumaßnahmen vorfinanzieren dürfen, schauen können, wie sie das irgendwie schultern, die Seniorenheime – wie ich es schon angesprochen habe – sehen können, von wem sie die Sanierung bezuschusst bekommen. Das kann nicht sein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich lasse einmal die dritte Startbahn weg; ich bin ja lernfähig. Wenn Sie sagen, Sie erwarten, dass die Flughafen GmbH diese finanziert, dann gehen wir davon aus, dass das so passieren wird, wobei wir den Bau selbstverständlich ablehnen. Es bleiben die angemahnten drei Dinge: Stammstrecke, Donauausbau und Transrapid. Hier wird locker mit Milliarden herumjongliert in Ihren Häusern, in den Häusern Ihrer Kolleginnen und Kollegen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wobei Sie mit noch keinem Wort – –

(Zurufe des Staatsministers Prof. Dr. Kurt Fallthäuser und des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Natürlich haben Sie gesagt, wir reden erst darüber, wenn es ordentlich finanziert ist. Dann verbieten Sie gefälligst Ihren Kollegen und auch dem Ministerpräsidenten das Wort!

(Lachen und Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Jawohl!)

Herr Finanzminister, nur eine Frage: Hat Sie der Herr Huber gefragt, bevor er gesagt hat, er werde die Mittel Bayerns für den Transrapid verdoppeln? Hat er Sie gefragt oder nicht, bevor er das gesagt hat? Ja oder nein?

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das hat er nämlich nicht getan. Und wenn er das kann, dann können wir sehr wohl, Herr Finanzminister, genauso für Schulen, für Lehrer und für soziale Projekte Gelder fordern

(Beifall bei den GRÜNEN)

und müssen uns nicht um die Gegenfinanzierung kümmern; denn Ihr Kollege macht genau dasselbe.

(Zuruf von der CSU)

Die angesprochenen Projekte sind ökologisch und verkehrspolitisch – das haben wir Ihnen hinreichend erklärt – überflüssig und zudem – das dürfte Ihnen auch langsam aufgehen – völlig unfinanzierbar.

Die Finanzplanung haben Sie selber angesprochen. Da steht kein Euro drin. Sie wissen nur jetzt schon – ich hatte es am Anfang bereits gesagt –, dass das strukturelle Defizit erhalten bleibt, die Mittel aus OZB und IZB auslaufen, und Privatisierungserlöse gibt es nicht mehr.

Was machen Sie dann? Sie persönlich werden sich interessiert aus der Urlaubsperspektive anschauen, wie Ihr Nachfolger oder Ihre Nachfolgerin versucht, einen Haushalt aufzustellen. Wir aber sind dann immer noch da, und wir wollen auch dann noch verantwortbare Finanzpolitik betreiben.

(Zuruf von der CSU)

Daher: Finger weg von Großprojekten, die uns in unbeherrschbare finanzielle Schwierigkeiten bringen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein Wort zu Ihrem Fazit zum Finanzausgleich mit den Kommunen. Sie sagen, die Kommunen fühlen sich fair von Ihnen behandelt. Gilt das auch für die 24 % der Kommunen, die keinen Zuführungsbeitrag im Jahr 2006 erwirtschaften konnten? Sind auch die fair behandelt worden? Betrifft das auch die 20 % Kommunen, die ihren Haushalt nur unter rechtsaufsichtlicher Genehmigung erstellen konnten? Betrifft das auch die vielen Kommunen, kreisangehörigen Gemeinden, die Kassenkredite in schwindelerregender Höhe in den letzten Jahren aufgenommen haben? Betrifft das auch, Herr Finanzmi-

nister? – Solange das so ist, kann ich diese Befriedigung, der da Ausdruck gegeben wird, überhaupt nicht verstehen.

Es kann schon sein, dass es auf Städte wie Aschaffenburg – das gebe ich gerne zu – zutrifft. Wir haben dieses Jahr eine Gewerbesteuererinnahme so hoch wie noch niemals zuvor. Aber Aschaffenburg ist doch eine Ausnahme, das muss klar sein. Nicht alle Kommunen schwimmen so in der Gewerbesteuer und haben solche hervorragenden Haushalte: zehn Jahre mit null Neuverschuldung – ein gutes Beispiel für den Freistaat – wie Aschaffenburg. Solange das so ist, Herr Finanzminister, wäre ich vorsichtig mit dem Eigenlob.

Sorgen Sie bitte für einen Haushalt, der wirklich finanz-, bildungs- und sozialpolitisch nachhaltig ist, der die Kommunen in Not wirklich unterstützt! Wir werden in den kommenden Haushaltsberatungen unsere Anträge dazu stellen; einige habe ich schon skizziert. Wir freuen uns auf die rege Diskussion darüber. Wir freuen uns auch über Sinneswandel auf Ihrer Seite und Zustimmung.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Zu Wort hat sich für die Staatsregierung Herr Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser gemeldet.

Staatsminister Prof. Dr. Kurt Falthäuser (Finanzministerium): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich für diese erste Aussprache zu unserem Doppelhaushalt.

Ihnen, Herr Dupper, möchte ich sagen: Respekt vor Ihrer Rede. Sie haben ohne Schaum vor dem Mund Ihre Auffassung dargelegt, gut strukturiert – inhaltlich falsch.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Aber ich habe mit Respekt zur Kenntnis genommen, was Sie vorgetragen haben und wie Sie es vorgetragen haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das war der Ritterschlag! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie werden verstehen, dass der Finanzminister dem, was Sie dargelegt haben, nicht zustimmt. An einer Stelle haben Sie etwas völlig Falsches gesagt. Darf ich das korrigieren, ohne oberlehrerhaft zu wirken?

(Lachen bei den GRÜNEN)

Ich bin nicht derjenige, der Klarsichthüllen hin- und hergeschoben hat.

Sie haben gesagt, dass die Finanzausgleichsleistungen 2007 das Niveau von 2003 noch nicht einmal erreicht hätten. Herr Kollege, das ist falsch. Die Landesleistungen betragen im Jahre 2003 4,8 Milliarden Euro,

(Anhaltendes Lachen bei den GRÜNEN)

und im Jahre 2007 liegen die reinen Landesleistungen bei 5,4 Milliarden Euro. Das ist eine erhebliche Steigerung.

(Lachen bei den GRÜNEN – Unruhe)

– Ist das heute eine fröhliche Mädchenrunde, oder was?

Das ist eine Steigerung von 12 %. Das darf ich doch sagen. Das heißt, die massiven Steigerungen beim Finanzausgleich kommen auch an dieser Stelle eindeutig zum Ausdruck.

Zur Investitionsquote, die Sie in besonderer Weise noch einmal herausgestellt haben: Ich halte es für angemessen, wenn Sie die Investitionsquote – gemeinsam mit uns – mit Sorge betrachten. Es ist dies meiner Ansicht nach eine Entwicklung in den Landeshaushalten insgesamt, die Verwaltungshaushalte sind, und Verwaltung schlägt sich auch in Personal nieder. Bei uns schlägt es sich nicht in Zinszahlungen nieder, weil wir seriös wirtschaften. Aber diese Entwicklung stellen wir überall fest.

Warum wir in diesem Doppelhaushalt nun einen Rückgang haben, beruht allerdings – das muss ich erläutern – vor allem auf einem einmaligen Sondereffekt. Wir haben im laufenden Haushalt die Leistungen, das Kapital für die Landesbank und für die Messe München aufgestockt, und diese Aufstockungen gelten definitionsgemäß als Investitionen. Das ist ein einmaliger Vorgang, der im nächsten Jahr nicht mehr entsprechend zählt. Dementsprechend kommen wir von diesem einmalig nach oben gefahrenen Niveau wieder herunter.

Allerdings muss ich doch fragen, wenn Sie, Herr Dupper, fordern, wir müssten 15 % – das ist im Übrigen, wie Sie wissen, auch das erklärte Ziel des Haushaltsausschussvorsitzenden Ach und von mir – wieder erreichen. – Man braucht Ziele, um sie wirklich heftig anstreben zu können. – Ich frage: Wie wollen Sie das erreichen, wenn Sie gleichzeitig, im gleichen Atemzug 400 Millionen Euro für die Bildung, insbesondere im konsumtiven Bereich, sprich: Lehrer usw., ausgeben wollen?

Sie werden, wenn Sie einen derartigen Brocken, wie Sie es gefordert haben, in Angriff nehmen, keine Chance mehr haben, tatsächlich die Investitionsquote zu erhöhen. Das ist eine grundsätzliche Fragestellung, über die wir uns permanent unterhalten müssen.

Sie sollten sich aus dieser Fragestellung, die uns im gemeinsamen Ringen betrifft, jedoch nicht durch eine Neudefinition der Investitionsquote herausreden. Wenn ich die Investitionen in Bildung, in Lehrer usw. auch zur Investitionsquote rechne, dann habe ich keine Schwierigkeit, nicht nur 15 %, sondern sehr schnell wesentlich höhere Prozentsätze zu erreichen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Eben!)

Lassen Sie uns in den Beratungen und auch in den zukünftigen Aussprachen immer wieder die Frage stellen:

Was bedeutet das für die Investitionsquote? Ich fürchte für Sie, dass Sie oftmals dabei erwisch werden, dass Sie durch Ihre Forderung die Investitionsquote reduzieren und nicht der von Ihnen vorgetragenen Zielsetzung, 15 % zu erreichen, dienen werden. Das ist ein schwieriger Vorgang.

Kollege Mütze, Sie haben rhetorisch gefragt, wo die zusätzlichen Mittel sind. Sie würden erwarten, dass ich Ihnen das erkläre. Auch ich stehe da mit Fragezeichen vor Ihnen. Das sind auf der einen Seite zusätzliche Haushaltsmittel aufgrund der entsprechenden Sparvorschläge und zusätzlich Steuereinnahmen über das Niveau des Jahres 2006 hinaus. Da uns das nicht gereicht hat und da wir der Meinung waren, vor allen Dingen im investiven Bereich noch etwas unternehmen zu müssen, haben wir noch 303 Millionen Euro aus Privatisierungserlösen für diese Investition zur Verfügung gestellt. Das sind zwei verschiedene Quellen für ein Gesamtkonzept unter einem Dach. Es sind also von zwei Seiten zusätzliche Mittel: zusätzliche Privatisierungserlöse und zusätzliche Haushaltsmittel, die wir unsererseits entsprechend unseren programmatischen Vorgaben zielbewusst eingesetzt haben.

Politik ist Richtungsentscheidung. Ich glaube, die Zahlen, die wir Ihnen mit diesem Investitionsprogramm, mit diesem Zukunftsprogramm vorlegen, zeigen, dass wir Richtungsentscheidungen mutig vornehmen.

Dabei muss man auch – ich wiederhole das, weil dazu so vorwurfsvoll gesprochen wurde – Umschichtungen innerhalb einzelner Haushalte vornehmen. Deshalb halte ich es für richtig – ich wiederhole das ausdrücklich, und die Schulpolitiker werden das bestätigen –, dass Grund- und Hauptschullehrer, weil die Zahl der Kinder in diesen Schularten sinkt, versetzt bzw. haushaltspolitisch gewissermaßen in andere Schulen umgesetzt werden. Alles andere wäre doch glatter Unsinn.

(Zurufe von der SPD und von der CSU)

Unserer Politik würde kein Mensch mehr Glauben schenken, wenn wir das nicht machen würden.

Herr Mütze, zum Thema ländlicher Raum haben Sie etwas herausgegriffen, was mich wirklich erstaunt. Sie haben gefragt, was die Investition in die Skiweltmeisterschaft in Garmisch mit ländlichem Raum zu tun habe. Es erstaunt mich doch sehr, dass Sie die Zusammenhänge hier nicht wahrnehmen. Was wollen wir denn tun, um im ländlichen Raum zu fördern und anzustoßen?

(Zuruf von den GRÜNEN: Die Schulen fördern!)

Wollen wir aus der Gießkanne Geld verstreuen? Das dürfen wir nicht, und das wäre auch sinnlos, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CSU: Die vorhandenen Strukturen stärken! – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

– Das Einzige, was wir tun können, ist, vorhandene Strukturen zu stärken und dort, wo Chancen bestehen, diese Chancen zu fördern. Wenn ein Fremdenverkehrsort wie Garmisch glücklicherweise durch den vehementen Einsatz einer Reihe von Persönlichkeiten, nicht zuletzt auch des Ministerpräsidenten, tatsächlich den Zuschlag bekommt, dann müssen Sie erkennen, dass das eine Chance ist. Dafür müssen Sie dann freiwillige Mittel zur Verfügung stellen – man wäre dazu nicht verpflichtet –, um die Weltmeisterschaft möglichst glanzvoll auszurichten und auf diese Weise diesen Ort auch langfristig wieder attraktiv zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist doch das Problem aller unserer Alpengemeinden. Von Partenkirchen bis Oberstdorf haben wir das Problem, dass dieser ländliche Raum spezifischer Art im Fremdenverkehr hinter der Schweiz und Österreich hinterherhinkt. Das ist nicht auf politisches Versagen zurückzuführen, sondern darauf – ich darf das hier sagen –, dass etliche Verantwortliche in der Gastronomie usw. die letzten 20 oder 30 Jahre verschlafen haben. Wenn Sie dort politisch etwas machen wollen, können Sie das nur mit zusätzlichen Maßnahmen tun, indem Sie am Tegernsee neue Schiffe ins Wasser setzen, um die Attraktivität des Tales zu erhöhen, indem Sie dafür sorgen, dass beispielsweise in Berchtesgaden ein ordentliches Hotel und eine ordentliche Dokumentationsstelle gebaut werden, indem Sie Oberstdorf und Garmisch bei der Skiweltmeisterschaft helfen. Mehr Möglichkeiten haben Sie nicht. Aber das ist ein klassischer Fall von Förderung punktueller Art im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU)

Wenn das nicht mehr geht, verstehe ich nichts mehr.

Meine Damen und Herren, Herr Mütze hat gesagt, dass wir unbedingt 1000 Stellen für die Schulsozialarbeit brauchen würden. Ich nehme an, das haben Sie mittel- und langfristig gemeint.

(Margarete Bause (GRÜNE): Vier Jahre, hat er gesagt!)

– Wer ruft denn da immer dazwischen? – Ich weise darauf hin, dass in diesem Doppelhaushalt Mittel für 71 Stellen vorgesehen sind. Ich verstehe Sie überhaupt nicht – ich mache Sie nur auf Ihre Widersprüche in Ihren Aussagen zum Haushalt aufmerksam –, wenn Sie auf der einen Seite vor der Presse mit Tremolo in der Stimme sagen, die Staatsregierung gebe im Gegensatz zu den Beschlüssen im Finanzplanungsrat mehr als 1 % aus, gleichzeitig aber hier im Haus auf den Putz hauen und 1000 Stellen allein für die Schulsozialarbeit fordern. Ich frage Sie: Was wollen Sie eigentlich? Wollen Sie sparen und die Ausgaben begrenzen, oder wollen Sie 1000 Stellen allein in einem Spezialbereich?

Ich verstehe auch nicht, wie Sie sagen können, wir seien so unglaublich unsozial, weil wir bei den Altenheimen sparen. Darf ich Sie auf die Marktlage hinweisen? Die pri-

vaten Altenheime schießen überall aus dem Boden. Wir haben ein massives Überangebot.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ach, das ist doch Schmallern! – Gegenruf des Abgeordneten Markus Sackmann (CSU))

– Also, Sie versuchen im Sozialausschuss sicherlich das Gegenteil zu beweisen. Aber das ist die Realität, die uns mit Daten und Fakten flächendeckend auf dem Tisch liegt. Sie müssen in der Haushaltspolitik dann Prioritäten festlegen, indem Sie sagen, dass in diesem Bereich staatlicher Zuschuss offenbar nicht mehr notwendig ist, weil die privaten Kräfte, auf die ich auch nicht immer vertraue, weiß Gott nicht, in diesem Markt eine große Rolle spielen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mütze?

Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (Finanzministerium): Aber selbstverständlich.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Mütze (GRÜNE): Danke schön, Herr Finanzminister. – Ich weiß, Sie sind nicht *der* Bildungspolitiker. Aber ich frage Sie: Halten Sie angesichts von fast 4000 Schulen in Bayern die Zahl von 350 Schulsozialarbeitern für ausreichend?

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (Finanzministerium): Da ich kein Bildungspolitiker bin, wage ich hier nicht die Aussage, die ich machen möchte. Ich bin der Ansicht, dass die Spezialisierung von Schulsozialarbeitern ein hochproblematischer Vorgang ist. Aber das ist meine sehr persönliche Auffassung. Das Kümmern um die sozialen Belange ist nämlich in vorrangiger Weise auch eine Aufgabe des Lehrers.

(Beifall bei der CSU)

Es darf nicht sein, dass sich der Lehrer nur noch so definiert, dass er sagt: Ich bin derjenige, der für die Wissensvermittlung gegenüber dem Kind zuständig ist, aber die sozialen Belange, wie das zu Hause aussieht, wie der Schüler betreut wird oder ob er gefrühstückt in die Schule kommt, das interessiert mich nicht. – Diese Trennung der Aufgaben sehe ich in der Bildungspolitik nicht. Aber ich bin nur Laie. Insofern haben Sie recht. Es ist meine persönliche Auffassung.

(Beifall bei der CSU)

Ich wollte noch etwas zu dem sagen, was Sie zum Transrapid gesagt haben. Wir wissen ganz genau, dass wir den

Transrapid in diesem Land unter industriepolitischen Zielvorstellungen brauchen. Das ist eine Aufgabenstellung der Bundesrepublik Deutschland vorrangig unter industriepolitischer Zielsetzung. Wir sollten uns glücklich schätzen, dass diese Zielsetzung in Bayern und nur noch in Bayern realisiert werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Wir stellen fest, dass alle möglichen technischen Entwicklungen, die in der Bundesrepublik Deutschland ihren Ausgangspunkt hatten, ausnahmslos nicht mehr in Deutschland produziert werden, weil wir das verschlafen haben. Wir sollten dies nicht verschlafen. Das ist meine tiefe Überzeugung.

(Beifall bei der CSU)

Dass die 185 Millionen Euro, die wir bisher zur Verfügung gestellt haben, Herr Mütze, bei einer Gesamtsumme von 1,85 Milliarden Euro nicht ausreichen, ist mir auch klar. Dazu finden die Gespräche mit dem Bund, der vorrangig finanziell verpflichtet ist, noch statt. Aber selbstverständlich habe ich mit Erwin Huber den Spielraum diskutiert.

Der Spielraum nach oben ist da. Wenn man dieses Projekt will, muss der Freistaat Bayern zusätzliche Mittel in die Hand nehmen, und das werden wir auch tun. Das ist mit Erwin Huber abgesprochen; denn wenn man etwas will, muss man es meiner Ansicht nach auch durchsetzen können.

Ich möchte jetzt kurz etwas zum FAG sagen. Sie halten das für völlig unzureichend und sagen, soundso viele Kommunen seien nicht zufrieden. Ich meine, die Entwicklung der kommunalen Finanzen ist vor dem Hintergrund des wachsenden Steueraufkommens und aufgrund des Finanzausgleichs zufriedenstellend. Mir ist – das sage ich in aller Deutlichkeit; Sie können es als Polemik bezeichnen – die Zustimmung der kommunalen Spitzenverbände zum kommunalen Finanzausgleich wichtiger als Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Zum Schluss will ich etwas ansprechen, Herr Mütze, das mich sehr geschmerzt hat. Sie stellen darauf ab, dass der hier sprechende Finanzminister nach der nächsten Landtagswahl nicht mehr Mitglied in diesem Hohen Hause ist.

(Zuruf von der CSU)

Das ist erklärtermaßen meine Absicht und nichts Neues. Wenn Sie aber daraus die Schlussfolgerung ziehen, das, was der hier handelnde Finanzminister tut, habe den Charakter „nach mir die Sintflut“, dann will ich nur unterstreichen: Genau das Gegenteil ist der Fall. Was ich in den Haushaltsverhandlungen in allen Einzelgesprächen im Ringen um einen soliden Haushalt auch dieses Mal wieder gemacht habe, ist nicht nur auf die nächsten zwei Jahre gerichtet. Das wäre relativ leicht gewesen. Es ist

vielmehr sehr langfristig angelegt, damit auch mein Nachfolger eine vernünftige Grundlage für seine Arbeit hat.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Mütze, Sie haben noch Redezeit. Bitte sehr!

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Finanzminister, ich wollte eigentlich nichts mehr sagen, aber ich muss mich jetzt doch noch einmal zu Wort melden, weil Sie mir zum Schluss unter der Hand unterstellten, ich stritte Ihnen die Ernsthaftigkeit ab, die Ihrem Beruf zukommt. Sie selber haben in der Pressekonferenz gesagt, dass die Gefahren im Finanzplan 2009/2010 klar auf dem Tisch liegen: Unterfinanzierung insgesamt 770 Millionen Euro, so sagten Sie. Und Sie meinten – auch das habe ich vorhin in meiner Rede erwähnt –, dass man eventuell über Schulden nachdenken müsse. Auch das ist nicht falsch zitiert, denke ich.

(Zurufe von der CSU)

– Also, dann lese ich vielleicht die falschen Zeitungen, aber gut, das mag sein.

Das alles aber heißt für mich, Sie zeigten, dass es unter Ihrer Ägide bis zum Jahre 2008 relativ gut läuft, aber zu dem, was dann kommt – ich will es nicht so formulieren „nach mir die Sintflut“, wie Sie es getan haben –, fragen wir schon, wie die Finanzpolitik nach 2009 in Bayern aussehen wird; denn all diese Dinge, die Sie und der Herr Ministerpräsident bisher zur Verfügung hatten, fallen dann weg. Unsere Sorge sind dann – so war auch unsere Pressekonferenz überschrieben – die schwarzen Löcher der Zukunft. Wir werden sehen, wer von uns beiden im Endeffekt recht behält.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Nach § 148 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 c auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
über Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden
(Bayerisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – BayGVFG) (Drs. 15/6409)
– Erste Lesung –**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Herr Staatssekretär Schmid hat sich bereit erklärt, den Gesetzentwurf für die Staatsregierung zu begründen, obwohl sein Ressort nicht zuständig ist.

Vielen Dank dafür, Herr Staatssekretär, dass wir reibungslos fortfahren können.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Staatssekretär Georg Schmid (Innenministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf nur ganz wenige Bemerkungen machen, zumal dieser Gesetzentwurf heute erst eingebracht wird und wir noch umfassende Möglichkeiten haben, im Parlament miteinander zu diskutieren.

Dieses Bayerische Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ist letztlich der erste Ausfluss der Föderalismusreform. Zum ersten Mal diskutieren wir heute ganz konkret ein Gesetz, das letztlich durch die Veränderung der Kompetenzen im Grundgesetz bedingt ist. Wir haben viele Jahre um diese Föderalismusreform gekämpft und miteinander darüber diskutiert. Bayern war federführend. Herr Ministerpräsident Edmund Stoiber hat sich hier in ganz besonderer Weise eingebracht.

Ich glaube, jetzt geht es insgesamt darum, die Föderalismusreform mit Leben zu erfüllen und sie umzusetzen. Heute setzen wir mit dem Gesetzentwurf einen ersten wichtigen Mosaikstein, zumal wir nach der aktuellen gesetzlichen Grundlage davon auszugehen haben, dass am 31.12.2006 entsprechend der Regelung des Artikels 125 c des Grundgesetzes dieses bundesrechtliche Gesetz außer Kraft tritt und wir sozusagen dringend eine bayerische Regelung brauchen. Wir brauchen diese Regelung zum 1. Januar des kommenden Jahres. Deswegen müssen wir dieses Gesetz in den kommenden Wochen miteinander diskutieren, um es dann rechtzeitig in Kraft treten lassen zu können.

Mit diesem Gesetz und der damit einhergehenden Umsetzung der Föderalismusreform wird das Prinzip der Subsidiarität gestärkt. Gleichzeitig gewinnt der Bund mehr Handlungsfähigkeit, und die Länder gewinnen mehr Gestaltungsmöglichkeit. Es werden die Kompetenzen zwischen Bund und Land entflochten und damit klare Verantwortlichkeiten festgelegt. Im Sinne dieser Verantwortlichkeiten sind wir jetzt gefordert, dieses neue Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zu beraten und zum 1. Januar 2007 in Kraft zu setzen.

Dieses Gesetz war immer sehr hilfreich, wenn es darum ging, auf der einen Seite im Straßenbau die kommunale Seite zu begleiten und es zu ermöglichen, dass bestimmte Straßenbauprojekte überhaupt realisiert werden. Auf der anderen Seite haben wir auch für den öffentlichen Nahverkehr diese Mittel dringend gebraucht, um unsere Infrastruktur in einen optimalen Zustand zu bringen

Vom 01.01.2007 bis zum 31.12.2013 werden die jährlichen Beträge weiterhin an die Länder fließen. Ab dem Jahre 2013 bzw. 2014 bis zum Jahre 2019 werden noch erforderliche und angemessene Mittel zugewiesen, aber die Zweckbindung wird dann entfallen. Es besteht dann nur noch eine allgemeine Zweckbindung für Investitionen. So ist das mit dem Bund fixiert; ich halte das für eine gute und vernünftige Lösung, weil wir dann auch selbst fest-

legen können, wie wir diese Mittel gemeinsam einsetzen wollen für den öffentlichen Nahverkehr auf der einen Seite und für den Straßenbau auf der anderen Seite.

Wir schaffen mit diesem Gesetz auch Planungssicherheit, indem wir den Kommunen dokumentieren können: Ja, wir wollen fortfahren – im Prinzip die bundesrechtlichen Regelungen übernehmend –, was die Frage des Förderverfahrens angeht, der förderfähigen Vorhaben und der Fördervoraussetzungen. Damit ist ein wichtiger Beitrag dazu geleistet, eine feste rechtliche Grundlage zu haben und damit Sicherheit für die kommunale Familie geben zu können.

Wir haben dabei gewisse Akzente gesetzt. Ich will nur zwei Beispiele nennen. Zum einen war im Bereich des Straßenbaus bei der Förderung von kommunalen Verbindungsstraßen eine gewisse Restriktion vorhanden, dass nämlich nur in bestimmten benachteiligten Gebieten diese Förderung stattfinden konnte. Das wird jetzt geöffnet. Die Förderung gilt generell, wenn es um wichtige gemeinsame Verbindungsstraßen geht.

Zum ändern wurde der Förderhöchstsatz auf 80 % angehoben. Das ist dann wichtig, wenn sich Kommunen in einer überaus angespannten finanziellen Situation befinden.

Wir haben in den vergangenen Jahren erlebt, dass Kommunen, selbst wenn ein Fördersatz von 60 % oder 70 % gegeben wurde, nicht in der Lage waren, ihren Eigenanteil zu erbringen. Deswegen ist es, so denke ich, ein richtiger Ansatz, gerade die finanzschwachen Kommunen in dieser Situation zu begleiten, und deswegen ist der Höchstsatz für diese schwachen Kommunen auf 80 % angehoben worden.

Ich bin der Überzeugung, dass damit ein wichtiger Meilenstein in der Umsetzung der Föderalismusreform gesetzt wird, aber auch ein wichtiger Mosaikstein in der weiteren Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs und auch hinsichtlich der Frage der weiteren Förderung kommunaler Straßen.

Ich bitte um zügige Beratung dieses Gesetzentwurfs und anschließend um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Ich eröffne die allgemeine Aussprache, fünf Minuten pro Fraktion. Herr Kollege Dr. Beyer, bitte sehr.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Frau Präsidentin, meine Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist auch Herr Staatsminister Huber anwesend. Aber, Herr Huber, Herr Schmid hat es richtig gut gemacht. Es war auch nicht allzu viel dazu zu sagen. Und, Frau Präsidentin, ohne dass ich Sie korrigieren will: Er ist durchaus ebenfalls zuständig, weil auch das Innenministerium einer der Beteiligten, die die Programme aufstellen, sein soll.

Im Grunde könnte man es fast schon dabei belassen. Aber Herr Rotter hat sich sehr gut vorbereitet, sicherlich hat sich auch Kollege Magerl vorbereitet, ich habe mich vorbereitet. Sprechen wir also noch einmal darüber.

Eine Bemerkung zur Föderalismusreform: Wenn der große Zugewinn jetzt darin bestünde, dass wir Bundesgesetz wortgetreu noch einmal verabschieden, dann wäre diese Veranstaltung – ich glaube, darin sind wir uns einig – nicht besonders zielführend gewesen. Hier ist es nun der Fall, weil Sie sich darauf beschränken, lediglich eine Ausreichungsgrundlage für die weiterhin vom Bund gegebenen Mittel sicherstellen zu wollen.

Sie haben die beiden wesentlichen Änderungen – auch im Wortlaut – genannt: Die Beschränkung der Förderfähigkeit der verkehrswichtigen Gemeindeverbindungsstraßen auf die zurückgebliebenen Gebiete fällt weg. Die Begründung in dem Gesetzentwurf hierzu fällt für die Bayerische Staatsregierung überraschend offen und ehrlich aus: Sie wollen damit kompensieren, was Sie im Finanzausgleichsgesetz – FAG – seit 2004 gestrichen haben. Sie haben also in Aussicht genommen, dass Sie die Situation mithilfe der Spendierhosen des Bundes wieder verbessern. Auch die Anhebung des Förderhöchstsatzes fällt natürlich mit dem Geld fremder Institutionen leichter als mit dem eigenen Geld. Ich denke, solche Dinge muss man der Ehrlichkeit halber sagen. Wie gesagt: Der Gesetzentwurf tut dies in seiner Begründung.

Sie sagen, das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – GVFG – des Bundes habe sich im Kern bewährt. Das ist ein Lob aus Bayern für ein Bundesgesetz. Ich halte das fest.

(Eberhard Rotter (CSU): Das ist schon ein älteres Bundesgesetz!)

Ich halte fest: Sie sehen keine Befristung vor.

(Zuruf des Staatssekretärs Georg Schmid)

– Nein. Herr Schmid, Sie haben doch in Augsburg wieder Ihren großen Vorsitzenden zum Thema des Verhältnisses zwischen Land und Bund gehört. Daran wollte ich nur erinnern. Herr Rotter, das hat mit der Farbenlehre überhaupt nichts zu tun.

Keine Befristung, sagen Sie also, obwohl auch Sie davon ausgehen, dass über das Jahr 2013 hinaus der ÖPNV und der kommunale Verkehrswegebau wichtige Themen bleiben. Insofern gestehe ich Ihnen zu, dass Sie recht haben. Meine Frage ist an dieser Stelle, ob es dann nicht sinnvoll gewesen wäre, Mut zu fassen und ein umfassendes ÖPNV-Gesetz für Bayern zu schaffen, anstatt diese Fraktionierung in verschiedene Rechtsgrundlagen beizubehalten.

Wir werden über diese Fragen im Ausschuss reden können, wenngleich ich auch sehe, dass man das alles

unter Umständen bis zum Jahresende nicht mehr schaffen wird.

(Eberhard Rotter (CSU): Genau das ist der Punkt! Es eilt!)

– Man wird es möglicherweise jetzt nicht mehr schaffen, Herr Rotter; man hätte es vorbereiten können. – In den Diskussionen im Ausschuss können wir auch über die anderen Fragen reden. Darauf freue ich mich sehr. Letzte Woche hatten wir schon einen kleinen Aufgalopp.

Zu fragen ist: Wie hält es die CSU allgemein mit dem öffentlichen Nahverkehr im Land? Wie sieht es mit den sonstigen Themen, mit der Investitionskostenförderung, mit der Fahrzeugförderung, der Förderung von Bus und Bahn aus? Herr Rotter, das hätte man durchaus mit hineinnehmen und verbinden können. Das wäre genau das Thema gewesen.

Wir werden, im Vorgriff auf die Haushaltsberatungen, auch schon darüber reden können, dass Sie es fertigbringen, im Haushaltsentwurf 2007/2008 bei den Förderungen für Bus- und Schienenfahrzeuge noch mehr zu kürzen, als Ihnen die Regionalisierungsmittel durch den Bund gekürzt werden, was Sie als Ausrede hierfür heranziehen, und wir werden zu guter Letzt auch miteinander darüber reden müssen, wie Sie es angesichts der Tatsache, dass Sie ausschließlich Bundesgelder verteilen, mit den eigenen Geldern und den Geldern des Bundes im Bereich der Regionalisierungsmittel halten.

Die erste Runde ging an uns. Ich bin gespannt, was Sie sich bis zur nächsten Woche überlegen werden.

Herr Huber war nicht anwesend. Er konnte es nicht hören. Der Finanzminister hat soeben zum Thema Transrapid wieder angekündigt: Wenn man ihn denn will, dann wird man ihn finanzieren können. Ich weise auch heute darauf hin, dass der einzige Anhaltspunkt für eine Finanzierung des Transrapids im Haushaltsentwurf 2007/2008 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 185 Millionen Euro ist. Diese geht, wie es dort heißt, einseitig deckungsfähig zulasten des Kapitels 07 07, und das ist überschrieben mit „Schienenpersonennahverkehr“ und wird auf der Einnahmeseite ausschließlich durch die Regionalisierungsmittel des Bundes gespeist.

Auch hierüber werden wir im Gesamtkomplex ÖPNV und im Rahmen des Komplexes des Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, wie Sie es jetzt genannt haben, reden müssen. Ich denke, diese Beratungen werden wir mit großer Ernsthaftigkeit hinter uns bringen und ein Inkrafttreten des Gesetzes zum Jahresende sicherlich auch gewährleisten können.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Beyer. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Rotter, bitte.

Eberhard Rotter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie meine Vorredner bereits dargelegt haben, ist der vorliegende Gesetzentwurf eine Frucht der Föderalismusreform, mit der bestimmte Mischfinanzierungen abgeschafft werden. Davon ist auch das bisherige GVFG – Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – des Bundes betroffen, mit dem Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden gefördert werden.

Nach Artikel 125 c des Grundgesetzes gelten die bisherigen Regelungen nur bis zum 31. Dezember dieses Jahres. Von daher war es sinnvoll, rasch einen Gesetzentwurf, der sich natürlich eng an die bisherigen und durchaus sehr erfolgreichen und segensreichen Regelungen des Bundesgesetzes anlehnt, vorzulegen und all die anderen Dinge, die im Zusammenhang mit dem ÖPNV zu regeln sind, einer späteren Beratung vorzubehalten.

Wichtig ist mir, dass der Bund vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2013 weiterhin Beiträge aus dem Bundeshaushalt für die entfallenden Landesprogramme nach GVFG an die Länder erbringt. Es ist sehr erfreulich und sinnvoll, dass diese Leistungen, die aus dem Durchschnitt der Finanzierungsanteile des Bundes aus den Jahren 2000 bis 2008 ermittelt werden, von den Ländern zweckgebunden für den Aufgabenbereich des bisherigen GVFG verwendet werden müssen. Dies begrüßen sicherlich die Verkehrspolitiker quer durch alle Fraktionen dieses Hohen Hauses ausdrücklich. Es erspart uns nämlich Diskussionen wie bei der Verteilung der Mehrwertsteuermehreinnahmen, die ja auch zur Kompensation für wegfallende Regionalisierungsmittel des Bundes dienen sollten, aber nun natürlich in Konkurrenz mit vielen anderen Aufgaben des Landeshaushalts stehen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Offen ist, wie es mit diesen Mitteln ab 2014 weitergehen wird, da Bund und Länder bis Ende 2013 überprüfen werden, in welcher Höhe die jährlich zugewiesenen Beträge von 2014 bis 2019 noch erforderlich und angemessen sind. Allerdings – das ist aus meiner Sicht bedauerlich – entfällt ab dem 1. Januar 2014 die Zweckbindung an den Aufgabenbereich der bisherigen Mischfinanzierung. Zumindest gilt ab diesem Zeitpunkt noch eine allgemeine Zweckbindung für Investitionen.

Wie bisher werden unter anderem der Bau oder Ausbau in kommunaler Baulast stehender verkehrswichtiger innerörtlicher Straßen, verkehrswichtiger Zubringerstraßen zum überörtlichen Verkehrsnetz und verkehrswichtiger zwischenörtlicher Straßen förderwürdig sein. Bezüglich der Fördervoraussetzungen möchte ich nur darauf verweisen, dass auch die Belange behinderter Menschen berücksichtigt und die Anforderungen der Barrierefreiheit möglichst weitgehend erfüllt sein müssen. Dies gilt insbesondere für den anderen Förderbereich, was schienengebundene Verkehrsmittel, Massenverkehrsmittel in Ballungsräumen angeht.

Erfreulich ist – darauf ist schon hingewiesen worden, aber es ist mir wichtig; deswegen möchte ich es wiederholen –, dass die Förderung von bisher 75 % auf 80 % ange-

hoben wird und dass die Fördermittel in Ausnahmefällen, bei besonders finanzschwachen Kommunen, durch eine Komplementärförderung nach dem Härtefonds sogar auf maximal 90 % der zuwendungsfähigen Kosten angehoben werden können. Dies ist notwendig und sinnvoll, um beispielsweise sicherzustellen, dass Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen – diese werden häufig zur Beseitigung von bisher höhengleichen Bahnübergängen durchgeführt, und das dient nun wirklich der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer – auch in finanzschwachen Gemeinden durchgeführt werden können.

Zusammenfassend möchte ich darauf hinweisen, dass das GVFG des Bundes viele dringend notwendige Maßnahmen der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse überhaupt erst ermöglicht hat. Dies gilt für wichtige Straßenbaumaßnahmen, gerade auch im ländlichen Raum, ebenso wie für schienengebundene Massenverkehrsmittel in unseren Ballungsräumen. Um diese segensreiche Wirkung der Fördermittel auch in Zukunft sicherzustellen und um den Städten und Gemeinden sowie den Verkehrsunternehmen Planungssicherheit zu geben, ist es nötig, den vorliegenden Gesetzentwurf zügig zu beraten und zu verabschieden.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Magerl.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich halte es für konsequent, dass hier der für den Straßenbau zuständige Staatssekretär gesprochen hat; denn wenn ich mir die vom Wirtschaftsministerium vorgelegten Zahlen ansehe, stelle ich fest, dass der überwiegende Anteil in den letzten Jahren in den kommunalen Straßenbau geflossen ist und nicht – so wie wir es wünschen – in den öffentlichen Personennahverkehr.

Herr Staatssekretär, Sie haben gesagt, durch diesen Gesetzentwurf, der aus der Föderalismusreform resultiert, werde die Subsidiarität gestärkt und man solle Handlungsspielräume nutzen. Im Abschnitt B unter „Lösungen“ wird dagegen die enge Anlehnung an das bisherige GVFG des Bundes betont. Ich muss sagen: Bei diesem Gesetzentwurf sehe ich keine Nutzung von Handlungsspielräumen und keine großen Änderungen. Ich kündige jetzt schon an, dass wir Änderungsanträge einbringen werden; denn wir wollen die vorhandenen Handlungsspielräume stärker nutzen, als dies durch Sie in den zwei Punkten geschehen ist, wodurch Sie aber den Gesetzentwurf nicht verbessern, sondern verschlechtern.

Wenn ich in Artikel 2 Absatz 1 „Verkehrswichtige zwischenörtliche Straßen“ herausgreife, muss ich feststellen, dass im Bundesgesetz von „zurückgebliebenen Gegenden“ gesprochen wird. Man muss nun nicht unbedingt von „zurückgebliebenen“ Gegenden sprechen, aber wir wollen gerade in strukturschwachen Gebieten den ländlichen Raum mehr gestärkt wissen. Wenn Sie diese Regelung aufmachen, fließt das Geld im Prinzip in alle

Regionen. Ich meine nicht, dass das ein richtiges Zeichen wäre.

Auch die Anhebung von bisher 75 % auf 80 % sehen wir nicht als wegweisend. Es mag sein, dass es Kommunen gibt, bei denen darüber hinausgegangen werden muss. Es ist aber falsch, von Haus aus von 75 % auf 80 % zu steigern, da die Geldmittel nicht so üppig vorhanden sind.

(Zuruf von der CSU)

– Wenn Sie es hineinschreiben, wollen Sie es doch auch in dieser Richtung machen. Wir haben dabei so unsere Bedenken.

Für uns erschließt sich nicht, warum man verschiedene Punkte im Gesetzentwurf belässt, zum Beispiel was den Bau und den Ausbau von Verkehrswegen, der Straßenbahnen etc. betrifft, die mit dem Kriterium „auf besonderem Bahnkörper geführt“ verknüpft werden. Gerade bei Straßenbahnen geht es zum Teil auch ohne. Insofern könnte man das Ganze etwas öffnen, aber deswegen, um auf diese Weise billigere Lösungen zu finanzieren. Über dieses Thema müssen wir uns unterhalten und uns Gedanken machen.

Meines Erachtens müssen wir uns auch über die Barrierefreiheit Gedanken machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben in den Gesetzentwurf hineingeschrieben, dass den Anforderungen der Barrierefreiheit möglichst weitreichend entsprochen werden soll. Das ist uns ein bisschen zu wenig. Auch über diese Frage müssen wir uns unterhalten.

Insgesamt ist der Gesetzentwurf noch nicht der große Wurf. Wir werden in der bald folgenden Ausschussdebatte unsere Anträge einbringen und uns ausführlich dazu äußern. Man hätte in einigen Punkten etwas weiter gehen können, als Sie von der Staatsregierung gegangen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung über Anträge etc., die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Vorweg lasse ich über die Listennummer 1, betreffend die Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 22. Oktober 2002,

einzelnen abstimmen. Wer dem Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen auf Drucksache 15/6424 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dann ist das so beschlossen.

Einzelnen abgestimmt werden muss auch über die Listennummer 17. Das ist der Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Jürgen Dupper, Monica Lochner-Fischer und anderer, SPD, betreffend Beamtenversorgung des Freistaates Bayern – Versorgungsbericht, Maßnahmen zur Finanzierung, Drucksache 15/5722.

Die Fraktionen von CSU und SPD haben beantragt, abweichend von der Geschäftsordnung der Abstimmung nicht das Votum des Haushaltsausschusses, sondern das Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes bei der zweiten Beratung zugrunde zu legen. Inhaltlich verweise ich insoweit auf die Drucksache 15/6403.

Wer dem Antrag unter Berücksichtigung der Empfehlung des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, Drucksache 15/6403, bei der Zweitberatung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD sowie die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zur weiteren Verfassungsstreitigkeit und den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen des Hauses. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Bestellung von Mitgliedern des Landtags für den Landesdenkmalrat

Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat darum gebeten, statt ihres bisherigen Mitglieds im Landesdenkmalrat, Frau Kamm, Frau Kollegin Gote als neues Mitglied des Landesdenkmalrates zu bestellen. Die SPD-Fraktion möchte künftig statt ihres bisherigen Mitglieds, Frau Rupp, Herrn Dr. Rabenstein in den Landesdenkmalrat entsenden.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen damit zur Abstimmung. Besteht damit Einverständnis, dass ich über die Vorschläge gemeinsam

abstimmen lasse? – Das ist der Fall. Wer mit der Bestellung der benannten Persönlichkeiten zu Mitgliedern des Landesdenkmalrates einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Es besteht Übereinstimmung im ganzen Hause. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Bestätigung eines Mitglieds für den Landesgesundheitsrat

Der Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz hat mitgeteilt, dass der bisherige Vertreter der Bayerischen Landesapothekerkammer im Landesgesundheitsrat, Herr Johannes Metzger, aus dem aktiven Dienst ausgeschieden ist. An seiner Stelle wurde von der Bayerischen Landesapothekerkammer Herr Dr. Ulrich Krötsch – Präsident der Bayerischen Landesapothekerkammer – als Vertreter im Landesgesundheitsrat benannt.

Herr Staatsminister Dr. Schnappauf hat gebeten, die nach dem Gesetz über den Landesgesundheitsrat notwendige Bestätigung durch den Bayerischen Landtag herbeizuführen. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer mit der Entsendung von Herrn Dr. Krötsch in den Landesgesundheitsrat einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine.

Der Landtag bestätigt damit Herrn Dr. Krötsch als neues Mitglied des Landesgesundheitsrates.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Eingaben betreffend geplante jahrgangsübergreifende Klasse im Schuljahr 2006/2007 an der Grundschule Ebrach (BI.0722.15)

Bildung jahrgangsübergreifender Grundschulklassen zum Schuljahr 2006/2007 an der Volksschule Aurachgrund in Walsdorf (BI.0732.15)

Vorweg gebe ich bekannt, dass die Eingabe betreffend „Bildung jahrgangsübergreifender Grundschulklassen im Schuljahr 2006/2007 an der Volksschule Aurachgrund in Walsdorf“ im Einvernehmen der Fraktionen von der Tagesordnung abgesetzt wird. Nachdem die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf eine Behandlung im Plenum verzichtet hat, verbleibt es insoweit bei dem Votum des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport.

Mit der Eingabe betreffend „Geplante jahrgangsübergreifende Klasse im Schuljahr 2006/2007 an der Grundschule Ebrach“ hat sich der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport in seiner Sitzung am 19. Juli 2006 befasst und beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären, allerdings mit der Maßgabe, dass „zusätzlich zu den zwei MSD-Stunden

wie bei anderen jahrgangsübergreifenden Klassen fünf Differenzierungsstunden gewährt werden.“

Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen. Ich eröffne nun hierzu die Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vereinbart. Wortmeldungen? – Ich darf zunächst Frau Kollegin Tolle bitten, an das Rednerpult zu kommen.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe bereits im Juli 2006 die Behandlung der Petition im Plenum beantragt, weil es sich um eine besonders schlimme Angelegenheit im Rahmen Ihrer Sparmaßnahmen handelt. Der Kultusminister – er kommt gerade – preist Kombiklassen als ein besonders gutes pädagogisches Modell an. Allerdings, Herr Kultusminister, ist nichts davon zu spüren, dass Sie die jahresgangskombinierten Klassen einführen, weil Sie sie pädagogisch für gut halten. Sie führen Sie ein, weil Sie sie zum Sparen missbrauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Falle ist es besonders übel, weil sich das Sparen folgendermaßen auswirkt: Die jahresgangskombinierte Klasse hat in der ersten und zweiten Jahrgangsstufe 27 Kinder, von denen zwei besonderer Aufmerksamkeit bedürfen. Dieser Fall eignet sich sehr gut, um das Vorgehen klarzumachen. Bereits im zweiten Jahr endet es in einer Katastrophe. Die Tatsache, dass sich die Vorgänge jährlich wiederholen und jedes Mal enormen Vertrauensschaden bei Eltern und Kindern hinterlassen, beweist nur eines: Die Zweidrittelmehrheit ist nicht lernfähig und darüber hinaus auch unbelehrbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Motto ist nicht „Auf den Anfang kommt es an“, sondern Sie sind – wir haben den Finanzminister gehört – Sklaven und Sklavinnen eines ausgeglichenen Haushalts. Die Kinder sind Ihnen unter dieser Prämisse vollkommen egal;

(Beifall bei den GRÜNEN)

denn sonst würde es keine jahresgangskombinierten Klassen mit 27 Kindern geben. Dass es Ihnen nicht auf die Kinder ankommt, beweist auch die Tatsache, dass wir dieses Hohe Haus schon vor einem Jahr gebeten haben, sich mit diesem Problem, das im Übrigen „demografischer Wandel“ heißt, zu befassen, Sie dies aber zweimal abgelehnt haben. Ihre Unbeweglichkeit ist das Grundübel. Sie weigern sich, die Herausforderung des demografischen Wandels anzunehmen und aktiv zu gestalten. Stattdessen kommt es stets über Sie wie eine Naturgewalt. Das wäre mir persönlich egal. Aber es kommt auch über die Eltern und Kinder wie eine Naturgewalt. Ich möchte nicht, dass das Gleiche Ende dieses Schuljahres im Jahre 2007 wieder passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit Ihrer beharrlichen Weigerung riskieren Sie einen wichtigen Standortfaktor der Kommunen, nämlich die Schulen. Mit Ihrem Verhalten schicken Sie alle Beteiligten, auch das beteiligte Schulamt, auf dünnes Eis und verspielen das Wichtigste in einem Bildungssystem, nämlich das Vertrauen. Ursache ist das Budget, das alle über einen Kamm schert – die Schüler und Schülerinnen, die Lehrer und Lehrerinnen und die Schule auf dem Land. Ich sage Ihnen eines: Es gibt keine Durchschnittsschüler, es gibt keine Durchschnittslehrkräfte, und es gibt keine Durchschnittsschule. Es gibt nur durchschnittliche Abgeordnete.

Sie reden so laut, dass wir – so meine ich – die Glocke bräuchten, Herr Präsident. Ich fühle mich gestört.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Können Sie das konkretisieren, oder handelt es sich um eine allgemeine Unruhe?

Simone Tolle (GRÜNE): Mich stören die lauten Hintergrundgeräusche.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie um mehr Aufmerksamkeit. Gespräche können im Wandelgang geführt werden. Ich bitte, der Rednerin die ihr zustehende Aufmerksamkeit zu gewähren.

Simone Tolle (GRÜNE): Ich glaube, dass uns das Budget noch lange beschäftigen wird, wenn Sie sich nicht endlich entschließen, die Probleme zu lösen, um die Schule auf dem Lande zu erhalten. Das Budget ist dazu nicht geeignet. Für die Schulen auf dem Land – das gilt insbesondere für die Grundschulen – ist es eine Fessel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit ihm wird der Grundsatz „Auf den Anfang kommt es an“ missachtet.

Ich habe an der Aktion „Rollentausch“ teilgenommen und mit Kindern der ersten und zweiten Klassen Hausaufgaben gemacht. Dabei ist mir verstärkt klar geworden, wie wichtig es ist, dass man diesen Kindern besondere Aufmerksamkeit schenkt. Dazu braucht man keine wissenschaftliche Untersuchung, das sagt der gesunde Menschenverstand. Herr Kollege Strehle, malen Sie doch mal mit Kindern eine Zeile die Ziffer drei, was Sie dann sagen werden. Der gesunde Menschenverstand muss uns sagen, dass wir in der Grundschule nicht mit derart großen Klassen weitermachen dürfen. Vorige Woche wurde im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport über drei Klassen einer Grundschule in Ansbach mit oder über 30 Kindern gesprochen. Das geht nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

27 Kinder in jahresgangskombinierten Klassen geht schon gar nicht. Wenn Sie so weitermachen, negieren Sie Ihre Erkenntnis aus Ihrem Bildungsbericht. Dort werden unterschiedliche Bildungserfolge in Stadt und Land festgestellt. Wenn Sie mit der Budgetlösung so weiterma-

chen, die die Kinder auf dem Land in so große Klassen zwingt, verschärfen Sie diesen Unterschied zusätzlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie nehmen, Herr Minister Schneider, bewusst in Kauf, dass die Disparitäten fortgesetzt werden. Wie immer geht es nach dem gleichen Muster: Das Schuljahr geht zu Ende. Die Eltern werden ziemlich spät informiert. In Walsdorf war es am 10. Juli 2006, in Ebrach immerhin schon im Juni 2006, was aber für Eltern und Kinder, die sich auf die Schule vorbereiten, ziemlich spät ist. In Untersteinbach, der Nachbargemeinde, wurden die Eltern eine Woche vor Ferienbeginn informiert.

Die Ursache der Bildung von jahrgangskombinierten Klassen ist auch nicht – das möchte ich betonen –, dass hier ein richtiges pädagogisches Modell praktiziert wird, wie Sie immer sagen, sonst hätten Sie nämlich bei mir zu Hause die jahrgangskombinierte Klasse nicht dichtgemacht. Wenn das so ein toller Erfolg wäre, hätten Sie das nicht getan. Die Ursache ist das Budget, das bei einer Schülerzahl von 32 oder 33 überhaupt nicht ausreicht, die Klasse zu teilen. Wir waren einmal bei einer Obergrenze von 30 Schülern, die sich mittlerweile auf 32 verschiebt, nur weil Sie kein Geld mehr haben und weil in diesem Haushalt der Finanzminister den Hauptschulen schon wieder 1600 Stellen nimmt. Da schwant mir nichts Gutes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch wenn Sie sich jetzt mit der Grund- und der Hauptschule beschäftigen, schwant mir nichts Gutes; denn immer wenn Sie sich mit einer Schulart besonders beschäftigen, dann endet das in einer Katastrophe. Für mich ist das Budget falsch konzipiert; denn es benachteiligt kleine Schulen auf dem Lande. Wenn Sie konsequent wären, dann müssten Sie den Teiler ändern, aber dafür sind Sie zu feige. Da stellen Sie sich lieber unter die Knute von Kurt Falthäuser. Die Straßenbauer erhalten auch etwas, nur Ihnen nimmt man Stellen in den Hauptschulen und den Grundschulen weg, wo sie doch so wichtig wären.

Ihr Argument ist ein Scheinargument, weil Sie die Kombiklassen zum Einsparen von Lehrkräften missbrauchen. Sie zerstören damit Vertrauen. Sie zerstören das Vertrauen von Eltern, Lehrern und Schülerinnen und Schülern. Die Eltern haben mich ausdrücklich gebeten – obwohl sie noch zwei Förderstunden erhalten haben –, diese Petition zu behandeln, weil sie bei einer Schülerzahl im nächsten Jahr von 17 und 13 befürchten, dass die gleichen Zustände wieder auf sie zukommen, und weil sie nicht möchten, dass diese Umstände noch einmal wie eine Naturgewalt über sie kommen.

Die Mütter haben mir berichtet, die Kinder in der zweiten Jahrgangsstufe sind verstört, weil sie aus einer Klasse mit 14 Kindern in eine jahrgangskombinierte Klasse mit 27 Kindern gekommen sind. Sie sagen, es sei sehr schwierig, mit dieser Situation zurechtzukommen. Die Furcht vor schrecklichen Zuständen im nächsten Jahr habe ich schon genannt. Das gilt es zu verhindern. Ich fordere Sie

deshalb auf: Machen Sie Kombiklassen, aber aus pädagogischen Gründen. Ändern Sie das Budget, erhalten Sie die Schule auf dem Land. Wenn Sie Kombiklassen bilden, dann mit 20 Schülerinnen und Schülern maximal. Die Eltern müssen einverstanden sein, die Lehrer sind vorbereitet, und – das ist wichtig – es gibt genug Förderstunden, um dem Prinzip der individuellen Förderung gerecht zu werden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident, ein letzter Satz: Ich möchte hier die Befürchtung in den Raum stellen, dass die fünf zusätzlichen Förderstunden im nächsten Jahr verschwinden werden, weil ich das Gefühl hatte, dass sie auch in diesem Jahr schon zur Disposition standen. Herr Minister, wenn dies nicht so ist, dann können Sie hier ein klares Bekenntnis ablegen. Auf jeden Fall geht es so nicht. Ich wünsche mir, dass in Zukunft wieder Ruhe an bayerischen Grundschulen einkehrt, wenn die Klassenbildung im April auf uns zukommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächster hat Herr Kollege Pachner das Wort.

Reinhard Pachner (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Tolle, wir haben die jahrgangskombinierten Klassen eingeführt, um die Schule vor Ort zu halten. Unser oberster Grundsatz ist es, insbesondere die Grundschule vor Ort zu halten nach dem Motto „Kurze Beine, kurze Wege“. Das ist ein allgemein gängiger Ausdruck.

(Zuruf von der SPD)

– Ich weiß es. Das Motto ist zwar alt, aber es beschreibt die Situation trotzdem sehr gut. Wir wollen uns auch in Zukunft daran halten.

Die Petition haben wir bereits am 19. Juli im Ausschuss behandelt. Sie haben aus der Petition einen bildungspolitischen Rundumschlag betreffend die jahrgangskombinierten Klassen gemacht. Das war nicht nötig; denn es ist unbestritten, dass die Kombiklassen bisher nicht schlechter abgeschnitten haben als die jahrgangstreuen Klassen. Es ist auch unbestritten, dass die Kombiklassen ihre Vorteile haben, was das Lernverhalten und das Sozialverhalten betrifft.

(Susann Biedefeld (SPD): Warum haben wir sie dann nicht bayernweit?)

– Frau Kollegin Biedefeld, wir machen das bayernweit, wenn es erforderlich ist. Das ist selbstverständlich. Wenn die Notwendigkeit besteht, bilden wir Kombiklassen, die nicht schlechter sind als die jahrgangstreuen Klassen.

Auch haben wir diese Klassen eingerichtet, um bei rückläufigen Schülerzahlen die Schüler vor Ort zu halten. Sie kennen die Schülerzahlen. In der ersten Klasse sind es 13 Schüler, in der zweiten Klasse 14 Schüler. Das gibt 27

Schüler. Wir waren uns auch darin einig, dass wir keine jahrgangskombinierten Klassen mit mehr als 25 Schülern wollen und dass wir fünf Differenzierungsstunden brauchen. Das wurde bisher auch eingehalten. Jetzt sind aber in dieser Klasse zwei Schüler mit Förderbedarf. Der eine ist etwas lernschwächer, der andere hat eine reine Körperbehinderung, aber keinen Bedarf an Lernförderung. Beide Schüler haben das Klassenziel erreicht. Daher ist es nicht unbedingt erforderlich, die Klasse zu teilen.

Ich habe Rücksprache mit dem Kultusministerium genommen und dabei erfahren, dass diese kombinierte Klasse nicht nur fünf Differenzierungsstunden hat, sondern noch zusätzlich zwei Stunden erhält. Sie hat also sieben Differenzierungsstunden; dazu kommen zwei MSD-Stunden. Damit ist sie gut versorgt. Die Schüler haben das Klassenziel jedenfalls erreicht. Ich denke, wir müssen, um solche Schulen zu erhalten, manche Kröte schlucken und sagen, die Schule vor Ort ist uns wichtiger als die reinen Schülerzahlen. Somit haben wir das beschlossen. Es gibt derzeit auch keinen Grund, daran etwas zu ändern. Mit sieben Differenzierungsstunden und zwei zusätzlichen Stunden ist die Schule gut aufgestellt, sodass sich an unserem Beschluss vom 19. Juli nichts geändert hat. Wir werden daran festhalten.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Biedefeld.

Susann Biedefeld (SPD): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Pachner, wer schließt denn in Bayern Schulen und macht Schulstandorte dicht? – Nicht die SPD, nicht die Opposition insgesamt, sondern die Staatsregierung, das Bildungsministerium mit der Zweidrittelmehrheit der CSU hier im Hause. Ihre Sonntagsreden, dass Sie Schulstandorte erhalten und Schulen im Dorf lassen wollen, hören wir zwar gern, aber wir würden auch gern Taten sehen. So viel zu Ihren Äußerungen: Sonntagsreden allein reichen nicht.

(Beifall bei der SPD)

Fragen Sie einmal Ihre CSU-Bürgermeister draußen, was sie von Ihrer Politik halten, was die Schließung von Schulen betrifft. Die Teilhauptschulen sind schon nahezu alle dichtgemacht. Sie betreiben die Fokussierung von Hauptschulstandorten und machen auch vor den Grundschulen nicht halt.

Zur Petition selbst: Es geht um jahrgangsübergreifende Grundschulklassen im Schuljahr 2006/2007 in Ebrach. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir waren vor Ort. Wenn ich von „wir“ rede, meine ich: Das waren der bildungspolitische Sprecher und stellvertretende Ausschussvorsitzende Hans-Ulrich Pfaffmann und ich. Wir waren vor etwa drei Wochen vor Ort in Ebrach und haben dort mit der Schulleitung, mit Kommunalpolitikern, mit dem Elternbeirat und Eltern diskutiert. Ich gebe der Kollegin Simone Tolle recht: Es geht den Eltern darum, dass wir die Angelegenheit noch einmal im Bayerischen Landtag behandeln und dass die Sache nicht unter den Tisch gekehrt wird, weil wirklich die Sorge besteht: Jetzt

sind es 27 Kinder in der jahrgangsübergreifenden Klasse, und was passiert im nächsten Jahr. Bei 17 und 13 Kindern sind es dann 30 Kinder in einer Klasse. – Das ist die Sorge, die auch ich hier zum Ausdruck bringen will.

Ich stimme Ihnen zu: Wir haben hier fünf Differenzierungsstunden plus zwei Differenzierungsstunden plus zwei Stunden für die Förderung. Das trifft zu; ich habe mich bei der Direktorin des Schulamts erkundigt. Man muss ehrlicherweise auch hinzufügen, dass die Stunden nicht aus dem Stundenbudget des Schulamtsbezirks genommen wurden. Ich weiß zwar nicht, woher die Stunden stammen, aber es ist nicht so, dass das Ganze im Landkreis Bamberg zulasten einer anderen Schule gegangen wäre.

Das ist mir versichert worden, das muss ich ehrlicherweise hinzufügen. Das ist so.

Ich trage hier aus der Petition vor. Die Petenten, die Elterninitiative und die Kommunalpolitiker sagen, auch sie halten jahrgangsübergreifende Klassen für pädagogisch sinnvoll, wenn alle Rahmenbedingungen erfüllt werden. Sie sind also nicht grundsätzlich gegen Kombiklassen. Nachdem aber bereits die Kombiklasse eingeführt ist, haben sie diese Kombiklassen kritisch überprüft und sagen jetzt auch, dass die Rahmenbedingungen nicht erfüllt sind. Jetzt könnte man fragen, wer denn die Rahmenbedingungen vorgibt. Eltern, deren Kinder jahrgangsübergreifende Klassen besuchen, und Pädagogen, die diese Klassen unterrichten, haben aus ihrer tagtäglichen Praxis heraus auch eine Ahnung davon, welche Rahmenbedingungen notwendig sind. Diese müssen also nicht allein von München, vom Kultusministerium vorgegeben werden. Die Petenten, die Elterninitiative, sagen nach wie vor, dass die Rahmenbedingungen für sie nicht erfüllt sind. Zumindest sind sie nicht ausreichend erfüllt.

Herr Kollege Pachner, Sie haben meine Frage nicht beantwortet. Wenn Kombiklassen wirklich pädagogisch so sinnvoll sind, frage ich, warum wir sie nicht sofort bayernweit einführen. Warum werden Petitionen unterschiedlich behandelt? Für den Landkreis Bad Tölz/Wolfratshausen gibt es eine Lex Wolfratshausen, die nicht mit dem Fall in Ebrach vergleichbar ist. Wenn Kombiklassen pädagogisch wirklich so sinnvoll sind, müssen sie sofort und überall eingeführt werden. Dann haben wir für alle Schülerinnen und Schüler in Bayern gleiche Bedingungen.

Unser Motto lautet auch: Für die kürzesten Beine die kürzesten Wege. Wenn wir aber Schulstandorte erhalten wollen, um die Kinder wohnortnah zu beschulen, sollten wir erst einmal die Klassen verkleinern, bevor wir jahrgangsübergreifende Klassen einrichten. Auch dazu haben wir die Möglichkeit. Uns geht es wirklich um eine individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler. Das fordern wir nicht nur in Sonntagsreden.

27 Kinder in einer Klasse sind jetzt Fakt. Ich zitiere aus dem Heft 4/5 des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes Herrn Minister Schneider. Dort ist von einer maximalen Klassenstärke von 25 Kindern die Rede. Das ist Ihre Aussage. Hier sind es aber 27 Kinder. Wie fühlen sich denn Eltern, Elternbeiräte oder Pädagogen, wenn sie einerseits eine solche Aussage eines Ministers lesen, andererseits doch kombinierte Klassen mit mehr als

25 Kindern, wie in diesem Fall in Ebrach, zustande kommen? Der Minister hat diese Aussage nicht demontiert oder als falsch dargestellt. Übrigens wurde dies nicht nur in der Fachzeitschrift des BLLV so dargestellt, sondern auch dem Bayerischen Elternverband zugesichert.

Ihnen geht es also wirklich nur darum, einzusparen, noch einmal einzusparen und noch einmal einzusparen. Der Haushalt hat absolute Priorität. Diese Maßnahme geht aber zulasten der Ausbildung und Bildung unserer Kinder. Ihre kombinierten Klassen sind ein reines Sparkonzept. Es geht Ihnen nicht um die Bedürfnisse der Kinder. Es geht Ihnen nicht um pädagogische Konzepte. Es geht Ihnen lediglich um die Zuteilung der Lehrkräfte. Sie gehen rein nach Faktoren vor. Sie haben hier einen Faktor von 1,218. Diskutieren Sie einmal draußen mit den Eltern. Wie fühlen sich die, wenn ihre Kinder mit dem Faktor 1,218 bewertet werden? – Ihnen geht es um nichts anderes als ums Geld und darum, einzusparen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen ganz klar: Bevor jahrgangsübergreifende Klassen eingerichtet werden, wollen wir erst einmal kleinere Klassen und eine bessere individuelle Förderung. Wenn wir wirklich jahrgangsübergreifende Klassen einführen, wollen wir auch die notwendigen Rahmenbedingungen dafür. Wir haben auch allen Betroffenen in Ebrach im Zusammenhang mit dieser Petition ganz klar gezeigt, was es für uns bedeutet, ein entsprechendes Rahmenkonzept zu haben. Wir sagen ganz klar, dass es uns um die beste Versorgung für Schüler, Eltern und Lehrer geht. Das muss gewährleistet sein. Das sehen wir aber nur gewährleistet, wenn wir den jahrgangsübergreifenden Klassen ein pädagogisches Konzept zugrunde legen. Das ist unsere Kernforderung.

Wir wollen auch, dass die Eltern rechtzeitig informiert werden. Kollegin Tolle hat ein Beispiel gebracht. In Ebrach sind die Eltern am 1. Juni informiert worden. Vielleicht reicht der 1. Juni noch aus. In der Nachbargemeinde Walsdorf – die Petition aus dieser Gemeinde wurde heute abgesetzt – kam die Information bei den Eltern erst am 10. Juli 2006 an. Das war wenige Tage vor dem Schuljahresende. Die Eltern und andere betroffene Beteiligte hatten keine Möglichkeit mehr, darauf zu reagieren. Diese Politik wird ganz bewusst so gemacht, um den Widerstand sehr gering zu halten.

Neben einem pädagogischen Konzept wollen wir auch die rechtzeitige Information sowie die Zustimmung der Eltern. Wir wollen, dass die Klassen nicht größer werden. Dazu werden wir auch noch einen Antrag nachschieben, den ich jetzt schon ankündigen kann. Wir werden diesen Antrag stellen. Wenn jahrgangsübergreifende Klassen gebildet werden, muss die maximale Größe bei 20 Kindern liegen. Das muss unserer Meinung nach die maximale Größe sein.

(Beifall bei der SPD)

Für jahrgangsübergreifende Klassen reicht auch nicht ein Pädagoge oder eine Pädagogin aus. Wir brauchen dafür eine weitere Kraft. Sie muss nicht unbedingt ein Vollpädagoge sein. Eventuell reicht auch eine pädagogische

Hilfskraft aus. Auf jeden Fall brauchen wir für diese Klassen zusätzliches Personal. Das möchte ich hier ganz klar sagen. Sprechen Sie doch mit den Pädagogen in Ebrach darüber, was es bedeutet, für die Unterrichtung einer jahrgangsübergreifenden Klasse nur eine Ermäßigungsstunde zu bekommen. Die Betroffenen sagen dazu wortwörtlich, dass sie das als Beleidigung für ihre Arbeit betrachten.

Neben unserer Forderung, dass nicht mehr als 20 Kinder in der Klasse sein dürfen, wollen wir eine zusätzliche pädagogische Unterstützung, gut ausgebildete und motivierte Lehrkräfte – in Ebrach wurden die Lehrkräfte förmlich überrollt –, räumliche Konsequenzen und entsprechende Unterrichtsmaterialien. Uns reichen auch die fünf Stunden für differenzierten Unterricht nicht aus. Wenn der Unterricht in jahrgangskombinierten Klassen in Ebrach klappt, dann klappt er aber nicht dank der Bildungspolitik der CSU-Staatsregierung und der Zweidrittelmehrheit der CSU im Hohen Hause, sondern dann liegt es an der Arbeit der engagierten Pädagogen vor Ort, an der Arbeit der Eltern und des Elternbeirats, die vor Ort massiv dort unterstützen, wo ihnen das nur möglich ist. Der Erfolg liegt dann auch an der Arbeit der Gemeinde Ebrach, die für eine hervorragende räumliche und sachliche Ausstattung sorgt und die zumindest das, was sie dazu beitragen kann, ihren Kindern zugutekommen lässt. Darauf legen wir Priorität. Das sind nicht nur Sonntagsreden, sondern dort wird gehandelt. Handeln erwarten wir auch von Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Das Wort hat Herr Staatsminister Schneider.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nur ein paar ergänzende Anmerkungen und Richtigstellungen. Frau Kollegin Biedefeld, wenn Sie in der Mathematik etwas berechnen wollen, brauchen Sie auch einen Faktor. Natürlich kann man es in einem Berechnungsmodell, wie Sie es vorgestellt haben, so darstellen, dass damit die Kinder gemeint sind. Sie wissen alle genau, dass Sie bei 100 000 Lehrkräften und 1,8 Millionen Schülern Berechnungen über die Verteilung der Lehrkräfte anstellen müssen. Beim Multiplizieren ist der Faktor ein ganz wichtiges Instrument. Meine Aussage – die können Sie auch zitieren –, die ich getroffen habe, lautet, dass in kombinierten Klassen die Schülerzahl in der Regel die 25 nicht übersteigen soll und dass fünf zusätzliche Lehrerstunden zur Differenzierung vorgesehen sind.

(Susann Biedefeld (SPD): „In der Regel“ stand nicht dort!)

Das ist nicht aus der Luft gegriffen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern das ist das Ergebnis eines Schulversuches, der über fünf Jahre in Bayern gelaufen ist. Auf der einen Seite hatten wir Schulen mit kombinierten Klassen, damit sie an ihrem Standort erhalten bleiben konnten. Wir hatten aber auch Schulen, an denen es neben den kombinierten Klassen jahrgangstreue Klassen gab. Von den Lehrkräften kam die Rückmeldung, dass eine kombinierte Klasse guten Gewissens zu führen sei, dass sie kein

Nachteil für die Kinder sei. Die Kinder lernen nicht weniger. Die Übertritte sind genauso hoch. Es gibt keine signifikanten Unterschiede. Es sollten allerdings die beiden Voraussetzungen erfüllt sein, dass keine Klasse über 25 Schüler stark ist und dass fünf Lehrerstunden vorgesehen werden, um differenzierten Unterricht erteilen zu können.

In der Regel sollen es 25 Kinder sein. Das wird auch eingehalten.

(Susann Biedefeld (SPD): Sagen Sie doch „maximal“! Das haben Sie auch unterschrieben in den Schreiben an den Bayerischen Elternverband!)

– Noch einmal: Was sagen Sie zu der Schule, wenn zehn Schüler in der 1. Klasse und 17 Schüler in der 2. Klasse sind? Insgesamt sind das 27 Kinder. Alle werden sagen: Jawohl, lieber haben wir 27 in einer jahrgangskombinierten Klasse, als dass wir die 1. Klasse mit zehn Kindern aufgelöst und die Kinder woanders hingeschickt werden.

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Sie wollen sie auflösen, das ist der Unterschied!)

Ich kenne Ihre Antwort. Nachdem Sie nicht verantwortlich sind, können Sie sagen: Geld spielt keine Rolle, das kümmert uns nicht. So können Sie aber nicht Politik machen.

(Susann Biedefeld (SPD): Sie waren doch bei den Haushaltsberatungen nicht dabei!)

Schauen Sie doch die Ergebnisse dort an, wo Sie und Ihre Kollegen Verantwortung tragen.

Wir haben vor der Einführung der jahrgangskombinierten Klassen die Frage abgeklärt, ob man diese Einführung verantworten kann oder ob sie zu Nachteilen für die Kinder führt. Diese Frage ist beantwortet worden; Nachteile für die Kinder gibt es nicht. Deshalb kann ich es auch als Kultusminister verantworten, jahrgangskombinierte Klassen einzuführen. Dies wird auch notwendig sein, wenn wir möglichst alle Grundschulen vor Ort halten wollen nach dem Motto, das mittlerweile überall genannt wird: Kurze Beine, kurze Wege. Wenn wir dazu stehen, werden wir in bestimmten Bereichen nicht an der Einrichtung jahrgangskombinierter Klassen vorbeikommen. Wenn Sie das nicht wollen, sagen Sie es; aber es wird so sein. Andernfalls können Sie die Standorte nicht halten.

(Susann Biedefeld (SPD): Ich habe die Rahmenbedingungen dafür genannt!)

Wenn ich aber die Einführung jahrgangskombinierter Klassen verantworten kann, weil der Standort sonst aufgelöst würde, kann ich das auch verantworten, wenn der Standort nicht unbedingt aufgelöst werden müsste; denn für die Kinder macht es ja keinen Unterschied. Deshalb können wir neben der jahrgangstreuen Klasse auch die jahrgangskombinierte Klasse anbieten.

(Susann Biedefeld (SPD): In Südtirol gibt es Klassen mit neun Kindern!)

Da gebe ich Ihnen recht: Das ist ein Mittel dazu, um die Versorgung in einem Landkreis bestmöglich zu gewährleisten.

Ihren Vorwurf gegenüber dem Schulamt, es habe den Termin bewusst so spät gesetzt, weise ich zurück. Ich glaube nicht, dass das Schulamt den Termin bewusst so gelegt hat.

(Susann Biedefeld (SPD): Nicht das Schulamt, sondern Sie!)

Das ist wohl deswegen so geschehen, weil die Situation eben so war. – Liebe Frau Kollegin, ich habe das Schreiben im April oder Mai an die Schulämter hinausgegeben. Den Termin legt das Schulamt fest.

(Susann Biedefeld (SPD): Ich habe nicht gesagt „vom Schulamt“, ich habe gesagt „vom Ministerium“!)

Ich möchte nur sagen, dass das Schulamt je nach den Zahlen, die vorliegen, die Eltern wohl einmal schneller informiert hat und einmal weniger schnell. Ich glaube nicht, dass das bewusst geschehen ist; zumindest gibt es keine Vorschriften aus dem Ministerium, wann diese Informationen nach draußen gehen. Das Schreiben des Ministeriums datiert von Ende April, mit dem die Schulämter aufgefordert wurden, mit den Gemeinden und Eltern Kontakt aufzunehmen, um abzuklären, ob aus ihrer Sicht jahrgangskombinierte Klassen notwendig sind. Es gibt auch keine Lex Wolfratshausen, weil das Schulamt entscheidet, ob jahrgangskombinierte Klassen eingerichtet werden oder nicht. Es gab auch keine Lex Eichstätt. Sie haben ja sicher gelesen, dass hier die Eltern protestiert haben. Der Minister hat zum Schulamt lediglich gesagt: Ist denn nicht auch eine andere Organisation möglich? – Es gibt auch andere Möglichkeiten, es gibt auch andere Schwerpunktsetzungen, ohne dass eine zusätzliche Stunde an dieses Schulamt gekommen ist, Frau Kollegin Radermacher.

Man muss schließlich die Frage klären, was einem wichtiger ist: eine zusätzliche Arbeitsgemeinschaft oder die Aufrechterhaltung jahrgangstreuer Klassen. Das muss letztendlich vor Ort entschieden werden. Unsere Schullehrerinnen und Schullehrer entscheiden diese Fragen nicht aus Jux und Tollerei, sondern versuchen, adäquate Antworten zu geben.

Frau Tolle hat den Unterschied zwischen Stadt und Land angesprochen. Die Klassen in den Städten sind in der Regel größer. Wenn Sie also das Argument bringen, die Leistungen seien in kleineren Klassen besser, und gleichzeitig sagen, die Leistungen in den Städten seien besser als auf dem Land, passt das nicht zusammen.

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Ich wollte Ihnen das nur einmal sagen.

Die demografische Entwicklung wird dazu führen, dass wir an jahrgangskombinierten Klassen nicht vorbeikommen. Jeder, der glaubt, eine wohnortnahe Schule im Grundschulbereich ohne jahrgangskombinierte Klassen

bewerkstelligen zu können, macht entweder sich oder den Menschen draußen etwas vor. Die Rückmeldungen, die wir über die jahrgangskombinierten Klassen haben, sind so optimistisch, dass wir dieses Modell auch in Zukunft weiter anbieten werden, gerade auch um die Schule vor Ort und die Schule auf dem Land zu halten.

In diesen beiden Fällen sind alle Anstrengungen unternommen worden, um eine gute Unterrichtung zu gewährleisten. Wir werden natürlich bei allen jahrgangskombinierten Klassen die Rückmeldungen einfordern, wie die Arbeit tatsächlich vor Ort erfolgt. Von den meisten wird uns berichtet, dass die jahrgangskombinierte Klasse nicht zum Nachteil der Schülerinnen und Schüler ist.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:

Vielen Dank Herr Minister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport hat beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 unserer Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung mit der Maßgabe für erledigt zu erklären, dass zusätzlich zu den zwei MSD-Stunden wie bei anderen jahrgangsübergreifenden Klassen fünf Differenzierungsstunden gewährt werden. Wer dem Votum des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist es mit den Stimmen der CSU-Fraktion gegen die Stimmen der beiden anderen Fraktionen so beschlossen. Das Votum des Ausschusses ist Beschluss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße unseren ehemaligen Kollegen Herrn Dr. Christoph Maier auf der Tribüne recht herzlich. Herzlich willkommen hier im Hause!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe im Einvernehmen mit allen Fraktionen den letzten Punkt der Tagesordnung für heute auf:

Antrag auf Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des Bayerischen Landtags

Der Antrag ist mit Schreiben vom 13. Juli 2006 eingegangen. Geschäftszeichen: PII/M-1320-18. Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Ich gebe nur bekannt, dass laut der vorliegenden Drucksache 15/6423 der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen einstimmig beschlossen hat, die Immunität nicht aufzuheben. Wer der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen, wie eben erwähnt, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. – Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18.38 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 27.06.2006 (1 BvR 2228/02) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 22. Oktober 2002 - 22 ZB 02.2126
 PII2/G-1320/02-31/3111
 Drs. 15/6424 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	ohne

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
 II. Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet.
 III. Zum Vertreter wird der Abgeordnete Dr. Bernd Weiß bestellt.

Einzelabstimmung wegen fehlendem Votum GRU veranlasst.

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 3. Juli 2006 (Vf. 12-VII-06) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Satzung der Stadt Augsburg über die förmliche Festlegung des Entwicklungsbereiches „Sheridan-Kaserne“ vom 7. September 2005 (ABI Nr. 35)
 PII2/G-1310/06-9
 Drs. 15/6425 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren

Anträge

3. Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung gemäß § 58 Abs. 2 FlurbG zur Änderung der Landesgrenze des Freistaates Bayern gegenüber dem Land Hessen im Zuge der Flurneueordnung Niedersteinbach, Markt Mömbris, Landkreis Aschaffenburg
 Drs. 15/5762, 15/6430 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
 Bericht über die Vereinbarung des Kultusministeriums mit der Glaubensgemeinschaft „Zwölf Stämme“
 Drs. 15/4738, 15/6420 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
 Ärztliche Versorgung im bayerischen Strafvollzug verbessern
 Drs. 15/5354, 15/6416 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	CSU	SPD	GRÜ
A ENTH			Z

6. Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Prof. Ursula Männle u.a. CSU
 Mehrstaatigkeit für EU-Bürger - Bericht über Stand der rechtlichen Grundlagen der Gegenseitigkeit und der entsprechenden Einbürgerungspraxis bei den einzelnen Mitgliedstaaten der EU
 Drs. 15/5675, 15/6323 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Johanna Werner-Muggendorfer, Joachim Wahnschaffe u.a. und Fraktion SPD
Ein Jahr BayKiBiG: Gesetz reformbedürftig
Drs. 15/5711, 15/6412 (A)
Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z
8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Rainer Volkmann u.a. und Fraktion SPD
Ganztagklassen nach Bedarf nicht nach Kassenlage einrichten
Drs. 15/5713, 15/6421 (A)
Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z
9. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Joachim Wahnschaffe, Christa Steiger u.a. SPD
Hilfe statt Strafe
Bayern braucht ein wirksames Frühwarnsystem für Risikofamilien
Runder Tisch
Drs. 15/5720, 15/6413 (A)
Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z
10. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Joachim Wahnschaffe, Christa Steiger u.a. SPD
Hilfe statt Strafe
Bayern braucht ein wirksames Frühwarnsystem für Risikofamilien
(Wieder-) Einführung der zentralen Rückmeldestelle für die Vorsorgeuntersuchungen bei Kindern und Jugendlichen (U 1 bis U 9 und J 1)
Drs. 15/5721, 15/6414 (A)
Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z
11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Angelika Weikert, Dr. Thomas Beyer u.a. und Fraktion SPD
Unterstützung der AEG-Beschäftigten bei Vermittlung bzw. geplanten Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen
Drs. 15/5725, 15/6401 (A)
Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z
12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Johanna Werner-Muggendorfer, Dr. Hildegard Kronawitter u.a. und Fraktion SPD
Netzentgelte
Drs. 15/5799, 15/6400 (A)
Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z
13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Wahlrecht für Ganztags Hauptschulen
Drs. 15/5810, 15/6422 (A)
Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z
14. Antrag der Abgeordneten Dr. Jakob Kreidl, Thomas Kreuzer, Herbert Ettengruber u.a. CSU
Polizeiliche Maßnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
Drs. 15/6306, 15/6393 (E)
Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z
15. Antrag der Abgeordneten Heinz Donhauser, Dr. Ludwig Spaenle CSU
Amberger Modell zu Studienbeiträgen
Drs. 15/5704, 15/6310 (G) [X]
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen	CSU	SPD	GRÜ
	Z	A	A
16. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Versorgungsbericht Bayern
Drs. 15/5680, 15/6402 (E) [X]
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z
17. Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Jürgen Dupper, Monica Lochner-Fischer u.a. SPD
Beamtenversorgung des Freistaates Bayern:
- Versorgungsbericht
- Maßnahmen zur Finanzierung
Drs. 15/5722, 15/6403 (E) [X]
Antrag der Fraktionen von CSU und SPD gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO:	CSU	SPD	GRÜ
Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes (Zweitberatung)	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	ohne
- Einzelabstimmung wegen fehlendem Votum GRU veranlasst!**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung Drs. 15/6308

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Drs. 15/6878

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007)
(Drs. 15/6308)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Dem § 1 Nr. 11 wird folgender Buchst. c angefügt:
„c) In Nr. 6 wird das Wort "bemessen" durch die Worte "festgesetzt und erhoben" ersetzt.“
2. In § 2 Nr. 2 werden die Worte „Vierteljahresstatistik für die bayerischen Kommunen nach § 1 Nr. 1, § 2 Abs. 1 Nr. 3 und § 3 Abs. 2 Nr. 2a des Finanz- und Personalstatistikgesetzes (FPStatG) in der jeweils geltenden Fassung“ durch die Worte „Jahresrechnungsstatistik des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung“ ersetzt.

3. In § 3 Abs. 5 wird der Wert „27,57 v. H.“ durch den Wert „27,67 v. H.“ ersetzt.

Berichterstatlerin: **Erika Görnitz**
Mitberichterstatler: **Jürgen Dupper**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf und der Änderungsantrag wurden dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag mitberaten.
Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag 15/6878 in seiner 147. Sitzung am 01. Dezember 2006 beraten. Hinsichtlich des Gesetzentwurfs wurde mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags wurde mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 15/6878 in seiner 71. Sitzung am 06. Dezember 2006 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

B90 GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Ablehnung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag 15/6878 in seiner 60. Sitzung am 07. Dezember 2006 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

B90 GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Ablehnung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Manfred Ach
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 15/6308, 15/7051

Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007)

§ 1

Das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz – FAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. September 2006 (GVBl S. 774, BayRS 605-1-F) wird wie folgt geändert:

1. In Art. 1 Abs. 1 Satz 1 wird der Wert „11,60 v. H.“ durch den Wert „11,70 v. H.“ ersetzt.
2. Art. 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Der einleitende Satzteil erhält folgende Fassung:

„Die Ausgangsmesszahl wird gefunden, indem die folgenden Ansätze nach der Einwohnerzahl zusammengerechnet und mit dem nach Art. 2 Abs. 3 festgesetzten Grundbetrag vervielfältigt werden; hierbei werden für die Ermittlung der Ausgangsmesszahl und des Hauptansatzes nach Nr. 1 die Personen mit Nebenwohnung sowie drei Viertel der Zahl der nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungstreitkräfte und deren Angehöriger in der Gemeinde der Einwohnerzahl der Gemeinde zugerechnet.“
 - bb) Nr. 3 Satz 7 erhält folgende Fassung:

„⁷Als durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen wird der Jahresdurchschnitt der „Arbeitslosen nach Gemeinden, Kreisen, Regierungsbezirken und Ländern“ der Statistik der Arbeitslosen und Arbeitsuchenden der Bundesagentur für Arbeit für das vorvorhergehende Jahr herangezogen.“

cc) Nr. 4 erhält folgende Fassung:

„4. Ein Ansatz für Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende

¹Kreisfreie Gemeinden erhalten einen Ergänzungsansatz für ihre Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende. ²Die Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende ergibt sich aus dem Verhältnis der Aufwendungen einer kreisfreien Gemeinde nach Satz 3 zu ihren Umlagegrundlagen (Art. 21 Abs. 3). ³Als Aufwendungen werden berücksichtigt

- die reinen Ausgaben nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) in der jeweils geltenden Fassung abzüglich der Erstattungsleistungen nach Art. 88 Abs. 4 des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) in der jeweils geltenden Fassung und
- die reinen Ausgaben der kommunalen Träger nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) in der jeweils geltenden Fassung abzüglich der Erstattungsleistungen nach Art. 3 AGSG

und abzüglich der Zuweisungen nach Art. 4 Abs. 1 Satz 1 und Art. 5 Abs. 1 Satz 1 AGSG. ⁴Der Ergänzungsansatz beträgt das Zweieinhalbfache der Summe der Prozentpunkte, die sich aus 75 v. H. der über dem landesdurchschnittlichen Belastungssatz der kreisfreien Gemeinden und Landkreise liegenden Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende und 25 v. H. der dem Landesdurchschnitt entsprechenden oder darunter liegenden Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende ergibt. ⁵Er wird dem Vomhundertsatz des Hauptansatzes hinzugerechnet.“

b) Es wird folgender neuer Abs. 2 eingefügt:

„(2) ¹Bei Gemeinden, deren durchschnittliche Einwohnerzahl der dem maßgeblichen Stichtag entsprechenden Stichtage der fünf vorangegangenen Jahre über der Einwohnerzahl am maßgeblichen Stichtag liegt, wird für die Ermittlung der Ausgangsmesszahl nach Abs. 1 und des Hauptansatzes

nach Abs. 1 Nr. 1 die durchschnittliche Einwohnerzahl angesetzt. ²Satz 1 gilt für die zu berücksichtigende Zahl der nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungstreitkräfte und deren Angehöriger entsprechend.“

- c) Der bisherige Abs. 2 wird Abs. 3.
3. Art. 5 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- a) Der einleitende Satzteil erhält folgende Fassung:
- „Die Ausgangsmesszahl wird gefunden, indem die folgenden Ansätze nach der Einwohnerzahl zusammengerechnet und mit einem Grundbetrag vervielfältigt werden; hierbei wird als Einwohnerzahl die Summe der nach Art. 3 Abs. 1 und 2 maßgeblichen Einwohnerzahlen, jedoch ohne Zurechnungen, der Gemeinden im Landkreis angesetzt und wird die Summe der nach Art. 3 Abs. 1 und 2 maßgeblichen Teile der Zahlen der nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungstreitkräfte und deren Angehöriger der Gemeinden im Landkreis zugeordnet.“
- b) Nr. 2 erhält folgende Fassung:
- „2. Ein Ansatz für Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende
- ¹Die Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende ergibt sich aus dem Verhältnis der Aufwendungen eines Landkreises nach Satz 2 zu seinen Umlagegrundlagen (Art. 21 Abs. 3). ²Als Aufwendungen werden berücksichtigt
- die reinen Ausgaben nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) in der jeweils geltenden Fassung abzüglich der Erstattungsleistungen nach Art. 88 Abs. 4 AGSG und
 - die reinen Ausgaben der kommunalen Träger nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB II abzüglich der Erstattungsleistungen nach Art. 3 AGSG
- und abzüglich der Zuweisungen nach Art. 4 Abs. 1 Satz 1 und Art. 5 Abs. 1 Satz 1 AGSG. ³Der Ergänzungsansatz beträgt das Zweieinhalbfache der Summe der Prozentpunkte, die sich aus 75 v. H. der über dem landesdurchschnittlichen Belastungssatz der kreisfreien Gemeinden und Landkreise liegenden Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende und 25 v. H. der dem Landesdurchschnitt entsprechenden oder darunter liegenden Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende ergibt. ⁴Er wird dem Vmhundertersatz des Hauptansatzes hinzugerechnet.“

4. In Art. 10a Abs. 2 Satz 3 werden die Worte „und für die Abgeltung der Belastungen der Aufgabenträger durch Art. 3 Abs. 2 des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulwegs“ gestrichen.
5. Art. 10b Abs. 1 erhält folgende Fassung:
- „(1) Die Gemeinden und Gemeindeverbände tragen als Kommunalanteil an den Kosten des Bayerischen Krankenhausgesetzes (BayKrG) in der jeweils geltenden Fassung zunächst einen Vorwegbetrag von 25 000 000 € und von den dann noch verbleibenden Kosten die Hälfte.“
6. In Art. 12 Abs. 1 Satz 3 werden vor dem Wort „Haushaltsmitteln“ die Worte „vorweg entnommenen“ eingefügt und wird der Betrag „15 000 €“ durch den Betrag „20 000 €“ ersetzt.
7. Art. 13b wird wie folgt geändert:
- a) In Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 wird der Betrag „510 €“ durch den Betrag „590 €“, in Nr. 2 der Betrag „2 270 €“ durch den Betrag „2 610 €“, in Nr. 3 der Betrag „3 040 €“ durch den Betrag „3 500 €“ und in Nr. 4 der Betrag „4 290 €“ durch den Betrag „4 930 €“ ersetzt.
- b) In Abs. 2 Satz 1 wird der Betrag „940 €“ durch den Betrag „1 080 €“ ersetzt.
8. In Art. 13c Abs. 1 Satz 1 wird der Wert „7,46 v. H.“ durch den Wert „9,15 v. H.“ ersetzt.
9. In Art. 13d wird der Betrag „47 300 000 €“ durch den Betrag „51 300 000 €“ ersetzt.
10. In Art. 15 Abs. 2 Nr. 4 Satz 3 werden nach dem Wort „Sozialhilfe“ ein Komma und die Worte „abzüglich von Erstattungsleistungen nach Art. 88 Abs. 4 AGSG, der Grundsicherung für Arbeitsuchende, abzüglich von Erstattungsleistungen nach Art. 3 AGSG,“ eingefügt.
11. Art. 23 Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Nr. 1 werden die Worte „nach Art. 3 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 2 berechnet wird“ durch die Worte „nach Art. 3 Abs. 2 Satz 1 und die zu berücksichtigende Zahl der nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungstreitkräfte und deren Angehöriger des entsprechenden Zeitraums nach Art. 3 Abs. 2 Satz 2 berechnet werden“ ersetzt.
- b) In Nr. 2 wird das Wort „Sozialhilfebelastung“ durch die Worte „Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende“ ersetzt.
- c) In Nr. 6 wird das Wort „bemessen“ durch die Worte „festgesetzt und erhoben“ ersetzt.

§ 2

Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (FAGDV 2002) vom 19. Juli 2002 (GVBl S. 418, BayRS 605-10-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 9. Mai 2006 (GVBl S. 191), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „Art. 3 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 2 FAG“ durch die Worte „Art. 3 Abs. 2 FAG“ ersetzt.
 - b) Abs. 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.
 - bb) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Für die Ermittlung des Durchschnitts der Zahl der nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungstreitkräfte und deren Angehöriger der vorangegangenen Jahre gilt Abs. 1 Satz 2 entsprechend.“
2. § 5 erhält folgende Fassung:

„§ 5

Ansatz für Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende bei den Schlüsselzuweisungen

¹Bei der Berechnung des Ansatzes für Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitsuchende nach Art. 3 Abs. 1 Nr. 4 und Art. 5 Abs. 2 Nr. 2 FAG ist von den reinen Ausgaben, Erstattungsleistungen und Zuweisungen im vorvorhergehenden Jahr sowie den Umlagegrundlagen für das vorvorhergehende Jahr auszugehen. ²Dabei sind die reinen Ausgaben nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) in der jeweils geltenden Fassung der Sozialhilfestatistik gemäß § 121 SGB XII zu entnehmen. ³Die reinen Ausgaben der kommunalen Träger nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) in der jeweils geltenden Fassung sind aus den Daten der Jahresrechnungsstatistik des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung zu ermitteln; soweit Ausgaben für delegierte Aufgaben enthalten sind, sind diese um Einnahmen aus den Delegationsabrechnungen zu vermindern. ⁴Für die Erstattungsleistungen und Zuweisungen ist maßgebend die Auszahlung durch oder ggf. Rückzahlung an staatliche Stellen. ⁵Der landesdurchschnittliche Belastungssatz ergibt sich aus dem Verhältnis der Summe der zu berücksichtigenden Aufwendungen nach Art. 3 Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 und Art. 5 Abs. 2 Nr. 2 Satz 2 FAG aller Landkreise und kreisfreien Gemeinden zur Summe der Umlagegrundlagen nach Art. 21 Abs. 3 FAG.“

3. In § 16 Abs. 2 Satz 2 werden die Worte „§ 10 Abs. 3 Satz 2 des Bundessozialhilfegesetzes in der jeweils geltenden Fassung“ durch die Worte „§ 5 Abs. 3 Satz 2 SGB XII“ ersetzt.

§ 3

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2007 in Kraft.

(2) Abweichend von Art. 13 FAG können in den Jahren 2007 und 2008 aus dem ungekürzten Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer, das jeweils im Zeitraum vom 1. Oktober des vorvorhergehenden Jahres bis zum 30. September des vorhergehenden Jahres angefallen ist, jeweils 182 100 000 € zur Verstärkung des Ausgleichs an die Bezirke nach Art. 15 FAG verwendet werden.

(3) ¹Dem Kommunalanteil des nach Art. 13 Abs. 2 FAG bestimmten Aufkommens an Kraftfahrzeugsteuer können in den Jahren 2007 und 2008 jeweils bis zu 17 900 000 € für den Bau von in gemeindlicher Sonderbaulast stehenden Ortsumfahrungen im Zug von Staatsstraßen entnommen werden. ²Die Förderbestimmungen für den kommunalen Straßenbau gelten entsprechend.

(4) Abweichend von Art. 13 Abs. 2 FAG errechnet sich die Finanzmasse für die Aufteilung der Leistungen nach Art. 13a bis 13e FAG für die Jahre 2007 und 2008 aus dem um 425 169 273,87 € gekürzten Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer, das jeweils im Zeitraum vom 1. Oktober des vorvorhergehenden Jahres bis zum 30. September des vorhergehenden Jahres angefallen ist.

(5) Abweichend von Art. 13a FAG ist für die Jahre 2007 und 2008 zur Errechnung des Gemeindeanteils das jeweils im Zeitraum vom 1. Oktober des vorvorhergehenden Jahres bis zum 30. September des vorhergehenden Jahres angefallene örtliche Aufkommen der Gemeinden an Kraftfahrzeugsteuer für das Jahr 2007 um 27,67 v. H. und für das Jahr 2008 um 28,03 v. H. zu kürzen.

(6) Abweichend von Art. 13c Abs. 1 Satz 1 FAG tritt im Jahr 2007 an die Stelle des Werts 9,15 v. H. der Wert 9,66 v. H.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin

84. Sitzung

am Donnerstag, dem 14. Dezember 2006, 9.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	6414	hierzu:	
Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen		Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6867 mit 15/6871), Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6886 mit 15/6891), Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 15/6925 und 15/6926)	
hierzu:		Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/7044)	
Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drs. 15/6451), Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6466 und 15/6467), Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 15/6479)		Markus Sackmann (CSU)	6427
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/6677)		Ludwig Wörner (SPD)	6428, 6438
Herbert Fischer (CSU)	6414	Ruth Paulig (GRÜNE)	6431
Werner Schieder (SPD)	6416, 6425	Henning Kaul (CSU)	6434
Eike Hallitzky (GRÜNE)	6419	Staatsminister Dr. Werner Schnappauf	6438
Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser	6422, 6425	Beschluss	6442
Beschluss	6426	Ablehnung von Änderungsanträgen gem. § 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 2)	6442, 6491
Ablehnung von Änderungsanträgen gem. § 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 1)	6426, 6489	Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium	6442
Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium	6426	Erledigung der Änderungsanträge 15/6925 und 15/6926	6442
Erledigung des Änderungsantrags 15/6451	6427	Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	
Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz		hierzu:	
		Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6649 mit 15/6660 und 15/6679), Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6712 mit 15/6722),	

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 15/6741 mit 15/6744)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/6935)

Joachim Unterländer (CSU)	6443
Joachim Wahnschaffe (SPD)	6446, 6451
Renate Ackermann (GRÜNE)	6448
Monika Hohlmeier (CSU)	6451
Staatsministerin Christa Stewens	6453
Persönliche Erklärung gem. § 112 GeschO	
Dr. Sepp Dürr (GRÜNE)	6457

Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Änderungsantrag 15/6714 (s. a. Anlage 3) .. 6458, 6493

Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Änderungsantrag 15/6719 (s. a. Anlage 4) .. 6458, 6495

Beschluss zum Einzelplan 10
 6458 |

Ablehnung von Änderungsanträgen gem. § 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 5)
 6458, 6497 |

Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium
 6458 |

Erledigung der Änderungsanträge 15/6741 mit 15/6744
 6458 |

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur **Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007)** (Drs. 15/6308)
– Zweite Lesung –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 15/6878),
Änderungsantrag der Abg. Manfred Ach, Erika Görnitz, Kurt Eckstein u. a. (CSU) (Drs. 15/7079)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/7051)

und

Haushaltsplan 2007/20008;
Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6815 mit 15/6818, 15/6881, 15/6927 und 15/6928),
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6872 mit 15/6876 und 15/6930),

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 15/6880 und 15/6919)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/7047)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung über die **Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 (Haushaltsgesetz – HG – 2007/2008)** (Drs. 15/6309)
– Zweite Lesung –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 15/6879),

Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 15/6929),

Änderungsantrag der Abg. Joachim Herrmann, Manfred Ach, Dr. Jakob Kreidl u. a. (CSU) (Drs. 15/7056)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/7052)

Manfred Ach (CSU)	6459
Jürgen Dupper (SPD)	6466
Thomas Mütze (GRÜNE)	6469
Helga Schmitt-Bussinger (SPD)	6473
Erika Görnitz (CSU)	6474
Staatsminister Prof. Dr. Kurt Fallthäuser	6474
Franz Maget (SPD)	6481
Christine Kamm (GRÜNE)	6481

Beschluss zum GRÜNEN-Änderungsantrag 15/6878
 6482 |

Beschluss zum Regierungsentwurf 15/6308 – Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007 – in Zweiter Lesung
 6482 |

Schlussabstimmung zum Regierungsentwurf 15/6308 – Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007
 6482 |

Erledigung des Änderungsantrags 15/7079
 6482 |

Beschluss zum Einzelplan 13
 6483 |

Ablehnung von Änderungsanträgen gem. § 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 6)
 6483, 6499 |

Anpassungs- und Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium gem. Drs. 15/7047 Nr. 3
 6483 |

Erledigung der Änderungsanträge 15/6816, 15/6880, 15/6881 und 15/6919
 6483 |

Beschluss zum GRÜNEN-Änderungsantrag 15/6879
 6483 |

Beschluss zum SPD-Änderungsantrag 15/6929	6483
Beschluss zum Regierungsentwurf 15/6309 – Haushaltsgesetz 2007/2008 – in Zweiter Lesung	6483
Schlussabstimmung zum Regierungsentwurf 15/6309 – Haushaltsgesetz 2007/2008	6483
Erledigung des CSU-Änderungsantrag 15/7056	6483
Weihnachts- und Neujahrswünsche	
Präsident Alois Glück	6484, 6488
Johanna Werner-Muggendorfer (SPD)	6485
Stellvertretender Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein	6487
Schluss der Sitzung	6488

(Beginn: 09.01 Uhr)

Präsident Alois Glück: Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche einen guten Morgen. Ich eröffne die 84. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie ist erteilt.

Ich rufe Tagesordnung 11 auf:

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen**

hierzu:

**Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drs. 15/6451),
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6466 und 15/6467),
Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN (Drs. 15/6479)**

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtrededzeit von einer Stunde und 36 Minuten vereinbart. In der Verteilung ergibt das für die CSU 32 Minuten, für die SPD-Fraktion 17 Minuten und für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 15 Minuten. Die Regelung für die Staatsregierung ist bekannt.

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Fischer.

Herbert Fischer (CSU): Herr Präsident, lieber Herr Finanzminister, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ein paar Vorbemerkungen zu dem grundsätzlichen Thema Haushalt ohne Neuverschuldung: Die Diskussionsbeiträge der Opposition in den Ausschüssen und im Plenum zum Doppelhaushalt unterstreichen die Feststellung, die wir jedes Mal bei den Diskussionen über die Einzelpläne treffen müssen, dass nur die CSU zu einem Haushalt ohne Neuverschuldung steht. Mit der Opposition hätten wir nicht einen Haushalt ohne Neuverschuldung, sondern einen Haushalt mit neuer Verschuldung mit allen negativen Konsequenzen daraus erreicht.

Herr Maget, SPD, hat am Dienstag zugestanden, dass die wirtschaftliche Situation Bayerns besser als die aller anderen Bundesländer ist. Das hat natürlich mit den politischen Vorgaben der Bayerischen Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion zu tun. Wenn der Kollege Maget meint, Bayern könnte noch besser sein, dann geht das nicht mit der bayerischen SPD und der Opposition im Bayerischen Landtag. Um unsere Spitzenstellung zu halten und weiter auszubauen, brauchen wir genügend politischen Gestaltungsspielraum, den wir nicht durch einen überschuldeten Haushalt bekommen, sondern wozu ein ausgeglichener Haushalt notwendig ist. Jeder Ländervergleich bestätigt uns: Je niedriger die Staatsschulden in den Bundesländern sind, desto höher sind dort das Wirtschaftswachstum und die Investitionsquote und desto niedriger die Arbeitslosenzahlen. Je höher die Schulden, desto schlechter sind dann das Wachstum sowie andere Daten.

Vom Kollegen Dürr von den GRÜNEN kam die Aussage, wir belasteten die nachkommenden Generationen mit Folgelasten, weil wir haushaltsmäßig zu wenig ausgegeben hätten und ausgäben. Dazu muss ich den GRÜNEN sagen: Eine hemmungslose Schuldenpolitik belastet die nächsten Generationen, weil sie diese Schuldenlasten übertragen bekommen. Außerdem – das geht die ganze Opposition im Bayerischen Landtag an, die hier alles schlecht reden will –: Der Wirtschaftsstandort Bayern wird nur durch positive Ergebnisse auf allen Politikfeldern begünstigt – sei es Bildungspolitik, Wissenschaftspolitik, Hochschulpolitik oder Sozialpolitik. Wenn es in den jeweiligen Einzelplänen nicht laufen würde, wäre es um den Wirtschaftsstandort Bayern schlecht bestellt.

Bayern hat mit dem Haushalt ohne Neuverschuldung rechtzeitig die richtigen Zeichen gesetzt. Andere Bundesländer folgen dem Beispiel Bayerns, mit Ausnahme Berlins sowie der Opposition im Bayerischen Landtag. Nachdem wir aber in Berlin gemeinsam eine Große Koalition gebildet haben, stellt sich vielleicht bei der SPD ein Umdenken ein; das hoffen wir zumindest. Wir haben in Bayern vor zwei Jahren mit den Sparmaßnahmen keinen Rückwärtsgang eingelegt, wie der SPD-Haushaltskollege Schieder im Haushaltsausschuss vor zwei Jahren gemeint hat. Sonst wäre Bayern nicht ein so erfolgreiches Land, wie auch Herr Kollege Maget bestätigt hatte. Es ging der Staatsregierung nicht um einen Haushalt ohne Neuverschuldung um jeden Preis, Herr Kollege, sondern um die notwendigen Gestaltungsspielräume auch für die kommenden Jahre sowie um unsere Verantwortung gegenüber der nächsten Generation.

Nun zum Einzelplan 06: Der Einzelplan 06 für den Doppelhaushalt 2007/2008 hat ein bereinigtes Ausgabevolumen von 1,63 Milliarden Euro für 2007 und 1,65 Milliarden Euro für 2008. Das sind Steigerungsraten von durchschnittlich 0,85 % für das nächste Jahr und 0,7 % für das Jahr 2008. Der Ausgabenzuwachs liegt deutlich unter dem Durchschnitt der Steigerungsrate des Gesamthaushalts. Damit leistet auch dieser Einzelplan einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Haushalts ohne Neuverschuldung.

Der Einzelplan 06 ist ein klassischer Verwaltungshaushalt. Er wird von den Personalausgaben dominiert, einschließlich der Versorgungs- und Beihilfeausgaben sind das rund 1,3 Milliarden Euro, das entspricht 79 % der Gesamtausgaben des Einzelplans. Damit wird deutlich, dass sich gerade bei Verwaltungshaushalten in besonderem Maße die personalintensive Struktur auswirkt. Schon geringfügige Tariferhöhungen führen zwangsläufig zu Kostensteigerungen. Kostensenkungen beim Personal können, wenn der Service für die Bürgerinnen und Bürger auf einem hohen Niveau gehalten oder sogar verbessert werden soll, nur durch eine Überarbeitung der Organisationsstrukturen und durch das Ausnutzen von Rationalisierungspotentialen erreicht werden. Die Verwaltungsorganisation wurde in den letzten Jahren auf einigen Feldern grundlegend modernisiert. Ich erwähne im Rahmen des Einzelplans 06 nur die Gründung der Landesämter für Steuern, für Finanzen sowie für Vermessung und Geoinformation. Auf vielen Feldern wird das Personal durch den Einsatz moderner Techniken entlastet. Trotz der hohen Personalausgabenquote beantragt die Opposition mehr Ausgaben beim Personal.

Aufgrund der Haushaltssituation können kostenwirksame neue Stellen nicht ohne Weiteres ausgebracht werden. In diesem Einzelplan ergeben die vorgesehenen Hebungen insgesamt 872 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten, davon 673 bei den Finanzämtern, und unter anderem 145 in der Vermessungsverwaltung.

Wenn von der Opposition darauf hingewiesen wird, in den letzten Jahren sei beim Personal nur wenig getan worden, so darf ich das richtig stellen, denn allein in den letzten sieben Jahren wurden 5450 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten, z. B. in der Steuerverwaltung, geschaffen. Es kommen dann über 600 noch hinzu. Durch die vorgesehenen Hebungen werden in den beiden Verwaltungen vor allem die Beförderungsaussichten für Beamte des mittleren und gehobenen Dienstes verbessert. Dies entspricht auch einer Forderung der Finanzgewerkschaft. Durch die zusätzlichen Hebungen, die in diesem Einzelplan festgeschrieben sind, können auch Wartezeiten für Beförderungen verkürzt werden, z. B. die Wartezeit für eine Beförderung in die Besoldungsgruppe A 8 – bisher über 11 Jahre, dann vielleicht zwischen 7 und 10 Jahren – oder die Wartezeit für eine Beförderung in die Besoldungsgruppe A 11 – bisher bis zu 18 Jahren, dann wird sie wohl zwischen 7 und 12 Jahren liegen.

Noch eine Anmerkung zu den Anwärter- und Ausbildungsstellen:

Die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN verlangen in einem Änderungsantrag zusätzliche Anwärterstellen, weil ihrer Ansicht nach die Ausbildungszahlen seit 2004 zurückgegangen sind. Richtig ist, dass die Einstellungszahlen 2004 und 2005 zwar verringert wurden, dass sie aber für 2006 und 2007 wieder erhöht wurden. 2006 wurden im gehobenen Dienst 150 und im mittleren Dienst 79 Anwärterinnen und Anwärter eingestellt. Ebenso viele sind für 2007 vorgesehen. In den weiteren Jahren werden je nach Bedarf Auszubildende eingestellt. Die sogenannte Bedarfsausbildung, welche die Grundlage für die Einstellung ist, hat sich über viele Jahre bewährt. Sie ist für den Dienstherrn wie auch für die Auszubildenden eine wichtige Planungsgrundlage.

Kollege Schieder von der SPD, der selbst aus der Steuerverwaltung kommt, thematisierte in der Ausschusssitzung die Personalsituation in der Steuerverwaltung. Er bemängelte, dass zu wenig Personal in der Steuerverwaltung zu wenig Steuern einbringe. In meinen Gesprächen mit dem für mich zuständigen Finanzamt konnte ich zunächst einmal den Eindruck gewinnen, dass sich die Steuerverwaltung in den letzten Jahren positiv entwickelt hat. Richtig ist, dass es an manchen Stellen einen gestiegenen Arbeitsanfall gibt. Richtig ist aber auch, dass an anderen Stellen der Arbeitsanfall zurückgegangen ist, so zum Beispiel in den Lohnsteuerarbeitgeberstellen, in der Finanzkasse, in der Bewertung, in der Grunderwerbsteuerstelle, in der Datenerfassung oder in der Schreibkanzlei. Dagegen kann man feststellen, dass die Fallzahlen in der Veranlagungsstelle oder in der Vollstreckungsstelle gestiegen sind. Dieser gestiegene Arbeitsanfall kann aber nicht einfach zu mehr Personaleinstellungen führen. Natürlich muss man dieser Fallzahlsteigerung mit Personalumschichtungen, mit organisatorischen

Maßnahmen und einer verbesserten Automationsunterstützung begegnen. Für die Ausstattung der Finanzämter mit modernster Informationstechnologie und für die Einführung neuer EDV-Verfahren wurden in den letzten fünf Jahren an die 100 Millionen Euro investiert.

Die Steuerverwaltung arbeitet mit Hochdruck an einem elektronischen Managementrisikosystem. Eine infolgedessen weitgehend maschinelle Bearbeitung der Steuererklärungen führt dazu, dass einfache und unriskante Fälle maschinell bearbeitet werden können. Wenn die Steuerverwaltung von einfachen Tätigkeiten entlastet wird, bleibt mehr Zeit für die Prüfung der maschinell ausgewählten risikobehafteten Fälle. In den Arbeitnehmerstellen funktioniert dieses System offensichtlich schon sehr erfolgreich.

Dann darf ich noch kurz auf das nicht nur bayerische Problem der Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs eingehen. Im Auftrag unseres Finanzministers hat die bayerische Steuerverwaltung ein Gesamtkonzept zur schlagkräftigeren Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs erarbeitet, das in der schriftlichen Antwort der Staatsregierung vom 22. September auf eine Anfrage des Kollegen Mütze des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN berichtet wurde. In dieser Antwort konnte der Finanzminister darauf hinweisen, dass das Konzept von Spezialisten in der Finanzverwaltung entwickelt wurde, die eine jahrelange Erfahrung aus der Praxis mitbringen. Gedanke dieser neuen Konzeption ist, dass alle Stellen, die mit Umsatzsteuerbetrug in Berührung kommen, effizient miteinander vernetzt werden. Im Übrigen ist in der Beantwortung der Frage ausgeführt, dass geplant ist, die Finanzämter in den Bereichen Umsatzsteuervoranmeldung und Umsatzsteuersonderprüfung personell zu verstärken.

Ich erwähne nur ganz kurz die Personalausstattung der Außendienste. Bei der Betriebsprüfung, der Steuerfahndung, der Umsatzsteuerprüfung und der betriebsnahen Veranlagung ist in den letzten Jahren personell aufgestockt worden. 1998 waren es noch rund 2950 Vollzeitkräfte, Ende 2006 sind es bereits rund 3120 Vollzeitkräfte. Weitere personelle Verstärkungen der Außendienste sind vereinbart.

Durch die Arbeitszeitverlängerung haben wir in der Steuerverwaltung seit 1. September 2004 eine Arbeitszeitkapazität von rund 485 Stellen gewonnen. Jeder kann sich ausrechnen, was ohne diesen Arbeitszeitkapazitätsgewinn bei den Personalkosten passiert wäre. Natürlich muss die Personalbedarfsberechnung aktualisiert werden, wobei die Arbeitszeitverlängerung, die bisher vollzogenen organisatorischen Änderungen bzw. die arbeitserleichternden technischen Erneuerungen berücksichtigt werden müssen.

Inzwischen liegt auch der Bericht des Obersten Rechnungshofes vor, der sich im Wesentlichen auf Vorgänge im Jahr 2004 bezieht. Darüber wird im Ausschuss diskutiert werden. Der ORH-Bericht wird sicherlich nicht nur zur Kenntnis genommen werden, sondern er ist eine Grundlage für die weitere Arbeit. Er enthält Anregungen, mit denen wir uns natürlich auseinandersetzen müssen.

Wir setzen uns auch mit dem Kollegen Schieder auseinander, wenn er uns Vorschläge macht.

Weiter möchte ich noch auf verschiedene Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans eingehen. Zum Beispiel gibt es bei der Schlösserverwaltung auf der Einnahmenseite gegenüber 2006 keine wesentlichen Veränderungen. Aufgrund der schwachen Entwicklung auf dem Bausektor zeichnet sich eine rückläufige Entwicklung der Einnahmen der Vermessungsverwaltung ab, sodass im Jahr 2007 die Einnahmen um 4,3 % sinken werden. Dieses Niveau wird auch im Jahr 2008 beibehalten werden. Ich hoffe natürlich, dass der Finanzminister damit nicht Recht hat. Ich komme selber aus einem Landkreis, der sehr stark von der Bauwirtschaft geprägt ist. Ich wünsche mir natürlich, dass die Entwicklung auf dem Bausektor wieder einen positiven Verlauf nimmt.

Die Einnahmen im Einzelplan 06 sinken im Jahr 2007 insgesamt um 15 Millionen Euro auf 339,2 Millionen Euro und im Jahr 2008 um weitere 3,2 Millionen Euro auf 336 Millionen Euro. Bei den Bauausgaben verweise ich auf die angesetzten 55 Millionen Euro für die Jahre 2007 und 2008, die weiterhin wichtige Impulse für die Bauwirtschaft geben sollen.

Das Hauptaugenmerk der Sach- und Investitionsausgaben liegt, wie ich bereits erwähnt habe, auf den EDV-Ausgaben. Hierfür sind im Doppelhaushalt rund 126 Millionen Euro eingestellt, das sind rund 29 % der Sach- und Investitionsausgaben in Höhe von insgesamt 432 Millionen Euro. Das Landesamt für Vermessung und Geoinformation und der Vermessungsdienst erproben in den Doppelhaushaltsjahren als zusätzliches Informations- und Steigerungsinstrument den produkt- und leistungsorientierten Haushalt. Die dafür notwendigen Kosten sind im Haushalt ausgewiesen.

Bei den Beratungen im Haushaltsausschuss habe ich gesagt, dass für mich dieser Einzelplan eine besondere Bedeutung hat. Ich habe damit gemeint, dass der Finanzminister – da schließe ich auch seinen Staatssekretär ein – einen ganz entscheidenden Anteil daran hat, dass Bayern in so kurzer Zeit den Haushalt ohne Neuverschuldung erreicht hat und dass dies auch in den nächsten Doppelhaushaltsjahren so weitergeführt werden kann. Dafür, Herr Finanzminister und Herr Staatssekretär herzlichen Dank! Der Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums, die mit ihrer Arbeit die positive Entwicklung möglich gemacht haben.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf natürlich auch all den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken, die in den dem Finanzministerium zugeordneten Verwaltungsbehörden tätig sind.

Sie leisten alle miteinander eine hervorragende Arbeit. Von vielen Finanzamtsdirektoren, bei denen ich nachgefragt habe, wurde mir bestätigt, dass die Mitarbeiter bei ihrer Arbeit sehr motiviert sind. Die Meinung trifft nicht zu, dass sie griesgrämig an ihrem Arbeitsplatz säßen. Sie leisten vielmehr eine sehr gute Arbeit. Dadurch existiert

ein exzellenter Service; das muss man einmal herausstellen.

Dank sage ich auch allen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss. Dies sage ich nicht nur den Mitgliedern meiner Fraktion, sondern auch den anderen Kolleginnen und Kollegen. Denn wir haben auch über die Fraktionsgrenzen hinweg immer wieder gut zusammengearbeitet.

Die CSU-Fraktion wird dem Einzelplan heute natürlich ihre Zustimmung geben. Sie wird auch die Voten des Haushaltsausschusses zu den Änderungsanträgen bestätigen. Die Änderungsanträge der Opposition werden von uns abgelehnt, da sie unseren Haushaltsgrundsätzen nicht entsprechen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Der nächste Redner ist Herr Kollege Schieder.

Werner Schieder (SPD): Herr Präsident, Herr Staatsminister, Herr Staatssekretär, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss meine begrenzte Redezeit etwas einteilen. Natürlich muss ich auch einiges zu dem sagen, was Herr Kollege Fischer hier tunlichst verschwiegen hat. Es gibt da nämlich einige Probleme.

Trotzdem beginne ich mit einem Wort des Dankes. Ich danke den Beschäftigten im Bereich des Staatsministeriums der Finanzen, insbesondere den Beschäftigten in der Schlösser- und Seenverwaltung, in der Vermessungsverwaltung und der Steuerverwaltung. Den Beschäftigten verdanken wir, dass in diesen Verwaltungsteilen gute Arbeit geleistet wird. Wenn ich später in meinen Ausführungen darauf hinweisen werde, dass die Steuerverwaltung am Rande der Funktionsfähigkeit arbeitet, so muss ich schon jetzt sagen, dass dies nicht das Verschulden der Beschäftigten ist; dies liegt vielmehr an der politischen Führung, die die notwendigen Rahmenbedingungen nicht bereitstellt.

(Beifall bei der SPD)

Ich will bei der politischen Bewertung des Einzelplans 06 insbesondere auf die Einnahmenseite des Staates eingehen, nachdem in allen anderen Einzelplänen im Wesentlichen über Ausgaben, Defizite und Problembewältigungen gesprochen wird. Die Einnahmenseite verdient eine besondere Aufmerksamkeit. Da nehme ich ein Wort von Ihnen, Herr Kollege Fischer, auf: Der Gestaltungsspielraum der Politik, den wir brauchen, hängt letztendlich natürlich von der Einnahmenseite ab. Denn mittel- und längerfristig ist niemand für eine dauerhafte Verschuldung. Die Einnahmenseite bietet zunächst einmal die Grundlage dafür, was politisch gestaltet wird.

Ich werbe hier wie schon seit längerer Zeit um das Verständnis für eine These, die ich kurz begründen will. Die These lautet: Der Staat, insbesondere der Freistaat Bayern, hat nicht ein Ausgabe-, sondern ein Einnahmeproblem.

Der Freistaat Bayern hat kein Ausgabeproblem in dem Sinne, dass wir zu viel oder immer mehr ausgeben. Dazu gebe ich die folgenden Hinweise. Wenn wir prüfen, ob der Staat zu viel oder zu wenig ausgibt, muss der letzte Maßstab immer die Wirtschaftsleistung sein. Das ist das Potenzial des eigenen Landes. Dabei messen wir uns nicht zum Beispiel an Mecklenburg-Vorpommern oder woran auch immer, sondern an dem Potenzial der eigenen Wirtschaftsleistung. Deswegen ist das Bruttoinlandsprodukt die letzte Maßgröße zur Beurteilung der Frage, ob zu viel oder zu wenig ausgegeben wird.

Ich möchte bei der Gelegenheit auf Folgendes hinweisen. Der Freistaat Bayern gibt heute, gemessen an der Wirtschaftsleistung, 4 Milliarden Euro weniger aus als noch vor gut zehn Jahren. Das ist eine wahnsinnig große Summe, die man sich einmal vor Augen halten muss. Ich habe dazu im Haushaltsausschuss schon Näheres vorgebracht. Die Details stehen Ihnen zur Verfügung. Im Augenblick kann ich Ihnen die Berechnungen aber nicht zeigen. Die 4 Milliarden Euro sind 1 % des bayerischen Bruttoinlandsprodukts. Also: Der Freistaat Bayern gibt jetzt 4 Milliarden Euro weniger aus als noch vor zehn Jahren, gemessen an der bayerischen Wirtschaftsleistung.

In dem Zusammenhang nenne ich eine weitere Tatsache. Kein Flächenland West gibt – im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung – so wenig für Personal aus wie der Freistaat Bayern. Darauf habe ich auch in den vergangenen Jahren schon immer wieder hingewiesen. Jetzt kann man das erfreulicherweise auch im ORH-Bericht nachlesen. Lesen Sie es dort einmal nach, und beschäftigen Sie sich damit.

Da ist es kein Wunder, dass wir bei der Justiz, bei Staatsanwälten, bei Richtern, in der Steuerverwaltung, bei Lehrern, Hochschulen und in vielen anderen Bereichen so massive Probleme haben. Es ist kein Wunder, sondern die Folge der geringen Personalausgaben.

Wie ich sagte, hat der Staat kein Ausgabeproblem. Von überbordenden Staatsausgaben kann nicht die Rede sein. Das Gegenteil ist richtig.

Ich sagte aber: Der Freistaat Bayern hat vornehmlich ein Einnahmeproblem. Das hängt natürlich mit der Konjunktur- und Steuerpolitik der letzten Jahre zusammen. Es würde zu weit führen, dies im Detail darzulegen. Aber auf folgende Punkte muss ich hinweisen.

Erstens spreche ich zur aktuellen Lage der Unternehmenssteuerreform, zweitens zum Vorsteuerbetrug und drittens zu massiven Steuerausfällen durch Personalmangel in der Steuerverwaltung.

Zunächst zur Unternehmenssteuerreform. Der Finanzminister hat im Doppelhaushalt 2007/08 für 2008 allein bei der Körperschaftsteuer 600 Millionen Euro Mindereinnahmen wegen der Unternehmenssteuerreform angesetzt. Diesen Betrag will ich in Erinnerung rufen. Herr Staatsminister, ich kritisiere nicht die Formalie, dass Sie diesen Betrag angesetzt haben, nachdem das aus Berlin so avisiert worden ist. Was ich kritisiere, ist das politische Vorhaben, vor allem auf Druck der Union bei den Unter-

nehmenssteuern zu weiteren massiven Entlastungen zu kommen, nachdem schon in der Vergangenheit solche Entlastungen geschehen sind. Das halten wir für falsch, das ist nicht vertretbar.

Die Bürger verstehen nicht, warum ihnen Mehrwertsteuer oder – speziell in Bayern – Büchergeld und Studiengebühren abverlangt werden, während auf der anderen Seite Milliarden für weitere Unternehmenssteuerentlastungen bereitstehen. Das ist nicht gerecht.

Ich komme zum zweiten Stichwort: Vorsteuerbetrug. Wir wissen seit Jahren, dass es in Deutschland da um eine Größenordnung von vielleicht 16 Milliarden Euro insgesamt geht; das sind Vorsteuer- und Umsatzsteuerbetrug insgesamt. Auf Bayern entfällt davon, vorsichtig geschätzt, 1 Milliarde Euro. Das heißt auf Deutsch: Im bayerischen Haushalt fehlt 1 Milliarde Euro an Steuereinnahmen zur Erledigung dringender Aufgaben. In den letzten Tagen ist von uns ja einiges darüber gesagt worden, wo die Bedarfe liegen.

Da ist natürlich konsequentes Handeln statt jahrelanger Untätigkeit angesagt. Der Finanzminister hat das Problem jahrelang vor sich hergeschoben. Er trägt Mitverantwortung dafür, dass Bayern in diesem Punkt zu wenig Steuereinnahmen hat und damit der Freistaat zu wenig leistungsfähig ist.

Herr Staatsminister, der Verweis auf einen Systemwechsel entspricht nicht dem richtigen Weg, jedenfalls für eine überschaubare Zeit. Der Verweis auf einen Systemwechsel ist eine Vertröstung auf lange Jahre und heißt nichts anderes, als dass man das Problem auf die lange Bank schiebt.

Letztlich – darauf darf ich noch einmal hinweisen – hängt es nicht so sehr vom System ab. In jedem System gibt es massive Betrugsanfälligkeiten, wenn die konkrete gesetzliche Ausgestaltung nicht optimiert und mit einer gewissen Strenge ausgestattet ist. Deswegen halte ich es für dringend erforderlich, dass auch schon im jetzigen Umsatzsteuerrecht die Möglichkeiten genutzt werden, dem Vorsteuerbetrug präventiv entgegenzutreten. Ich habe das im Haushaltsausschuss näher ausgeführt und verweise nur noch mal auf die Vorschrift des § 6 a Absatz 4 des Umsatzsteuergesetzes, mit der Unternehmer, die sich am Vorsteuerbetrug beteiligen, praktisch auch noch eine Schutzvorschrift bekommen und der Staat erst hinterher versuchen muss, das Geld wieder hereinzubekommen. Gegen diese Betrügereien ist eine gewisse gesetzliche Strenge notwendig, denn es handelt sich für den Freistaat Bayern immerhin um eine Milliardengröße, und das kann man nicht einfach leichtfertig behandeln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will, meine Damen und Herren und Herr Staatsminister, ausdrücklich anerkennen, dass Sie seit einem Jahr nach langem Drängen – wir haben immer wieder darauf hingewiesen – einige Verwaltungsmaßnahmen in die Wege geleitet haben. Das begrüßen wir. Ich sage aber auch: Das, was Sie bisher unternommen haben, ist völlig

unzureichend. Der entscheidende Punkt, den Sie nicht angehen wollen, ist der, dass Sie für solche zusätzlichen Aufgaben und Herausforderungen auch das notwendige zusätzliche Personal bereitstellen müssen. Ohne das ist das letztlich das Papier nicht wert, auf dem es steht, meine Damen und Herren. Das ist das Wichtigste.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich muss noch einmal deutlich machen, meine Damen und Herren: Wenn Sie das Allerweltsargument bei Anträgen der Opposition, speziell der SPD-Fraktion, benutzen: „Wir haben kein Geld“, dann lasse ich das solange nicht gelten, wie Sie nicht entschieden dafür sorgen, dass auch die notwendigen Steuereinnahmen hereinkommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Drittens will ich einige Anmerkungen zu dem Problem machen, dass wir leider erhebliche Steuerausfälle im Haushalt des Freistaats Bayern deswegen haben, weil, wie ich schon eingangs sagte, die Steuerverwaltung am Rande ihrer Funktionsfähigkeit arbeitet, was in einem erheblichen Personalmangel begründet ist, den Sie, Herr Staatsminister und die CSU-Fraktion, in den letzten Jahren durch einen massiven Stellenabbau auch bei der Steuerverwaltung noch zusätzlich verschärft haben.

Im neuen ORH-Bericht wird man darüber belehrt, dass alleine bei der Einkunftsart „Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung“ „vorsichtig geschätzt“, wie der ORH sagt, dem Freistaat Bayern jährlich 150 Millionen Euro an Einnahmen entgehen, weil diese Einkunftsart nicht ordentlich überprüft wird, seitens der Finanzämter mangels Personal nicht ordentlich überprüft werden kann. 150 Millionen Euro, meine Damen und Herren, das ist ziemlich genau der Betrag, den die Studiengebühren einbringen sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Zum Beispiel!)

Ich sage: Es ist nicht erforderlich, von den Eltern der Studierenden Studiengebühren zu verlangen. Tun Sie aufseiten der Steuerverwaltung das Notwendige, um genau diesen Betrag auf der Einnahmeseite hereinzuwirtschaften, meine Damen und Herren. Das ist der Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn man die ORH-Berichte der letzten Jahre anschaut, in denen sich auffälligerweise die Beanstandungen gegenüber Ihrem Hause häufen, dann sieht man Folgendes: Umsatzsteuersonderprüfung – zu wenig Personal, zu wenig Prüfungen, Bayern ist Schlusslicht beim Prüfungsturnus. Massive Steuerausfälle sind die Folge. Betriebsnahe Veranlagung: personelle Unterbesetzung, massive Steuerausfälle sind in diesem Bereich die Folge. Betriebsprüfung: Es ist richtig, Herr Kollege Fischer, dass 1998 und in den Folgejahren der Versuch gemacht worden ist, personelle Aufstockungen durchzuführen. In den letzten Jahren sind diese Versuche vollständig zum Stillstand gekommen. Wir haben schon seit Längerem

eine massive Unterbesetzung in der Betriebsprüfung. Ich höre immer: Bayern ist vorne. Meine Damen und Herren, Bayern ist Schlusslicht beim Prüfungsturnus der Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das muss man sich vor Augen halten. Das hat massive Steuerausfälle zur Folge, nachzulesen in den letzten Jahren in den ORH-Berichten. Veranlagung, Stellen der Finanzämter: Personell zu wenig ausgestattet; die Folge: Steuerausfälle in den verschiedenen Bereichen. Sie können das alles nachlesen. Vollstreckungsstellen; personell unterausgestattet. Die Folge: Die notwendige Beitreibung kann nicht erfolgen.

Die Ursache all dieser Probleme ist der massive Personalabbau der letzten Jahre, den Sie betrieben haben, statt das Personal so aufzubauen, dass die Verwaltung wieder funktionsfähig wird und dass wir die notwendigen Einnahmen an dieser Stelle auch organisieren können. Meine Damen und Herren, ich verweise auf das Schreiben des Bayerischen Landesamts für Steuern – man muss ja nicht das glauben, was ich erzähle. In dem Schreiben des Landesamts für Steuern an das Haus des Finanzministers heißt es:

Die in den letzten Jahren vorgenommenen Personaleinsparungen haben zu einer weiteren Erhöhung der Arbeitsbelastung und zu einer Erhöhung des Durchschnittsalters der Beschäftigten geführt. Der gestiegene Arbeitsanfall kann durch organisatorische Maßnahmen und verstärkte EDV-Unterstützung nicht mehr ausgeglichen werden.

Es wird dargestellt, dass alleine zum Zuteilungssoll eine Unterbesetzung von round-about 8 % besteht, wobei man wissen muss, dass das Zuteilungssoll schon eine Unterbesetzung von weit über 10 % bedeutet. Wir haben also, gemessen an der bundesweit gültigen Personalbedarfsberechnung, in der Steuerverwaltung eine Unterbesetzung von nahezu 20 %. Eigentlich müsste der Finanzminister ein Fünftel der bayerischen Finanzämter schließen, wenn er die anderen ordentlich ausstatten wollte.

Ich sage noch einmal, meine Damen und Herren: Es ist ja vielleicht nicht so bedeutend, was ich zu diesem Punkt meine. Ich will mich nicht überschätzen. Aber ich nehme als Kronzeugen die Vorsteher, die bei ihren Tagungen dem Finanzminister sagen, wie die Lage ist. Die Vorsteher, Herr Kollege Fischer, sagen das auch öffentlich. Ich kann Ihnen die in den letzten zwei Jahren gesammelten Zeitungsartikel geben, wie viele Vorsteher sich öffentlich geäußert haben, dass das nicht mehr zu bewältigen ist und eben zu massiven Steuerausfällen führt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es sagen die Vorsteher, es sagt die bayerische Finanzgewerkschaft – das sind Praktiker –, es sagen die Vertreter der Gewerkschaft ver.di in diesem Bereich, es sagen die Personalvertretungen unisono, es sagt der ORH, es

sagen die Eingaben, die seit Jahren eingehen, und es sagen die Kolleginnen und Kollegen, wenn man mit ihnen redet, alle das Gleiche: Das Problem ist so, wie ich es kurz beschrieben habe. Meine Damen und Herren, alle sagen: Der Schnee ist weiß, nur die Schwarzen hier behaupten: Der Schnee ist schwarz. Das ist das Problem, das wir in diesem Punkt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich fordere Sie erneut auf, dass Sie diese verheerende Politik des Personalabbaus in der Verwaltung, die die Einnahmen für die Ausgabenseite organisieren soll, endlich beenden und zu einem vernünftigen Personal- aufbau kommen. Nur so sind wir in der Lage, den Gestaltungsspielraum, den die bayerischen Potenziale geben, auch zu nutzen. Das ist notwendig für ein besseres, für ein sozialeres, für ein gerechteres, im Übrigen auch für ein wirtschaftlich erfolgreicherer Bayern. Dazu sind die Möglichkeiten bei weitem nicht ausgeschöpft. Das tun Sie bisher nicht, meine Damen und Herren von der CSU und Herr Staatsminister. Deswegen müssen wir den Einzelplan 06 ablehnen, weil er ein weiteres Mal in die falsche Richtung führt und nicht beiträgt zu einer wirklichen Lösung der Probleme, die wir in diesen Tagen hier miteinander besprechen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung Herr Kollege Hallitzky.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man den Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite so lauscht – auch Kollege Fischer hat das eben getan –, könnte man den Eindruck gewinnen, Finanzminister Faltlhauser sei der größte Finanzminister aller Zeiten.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

– Ich gebe euch eine halbe Minute, danach geht es von meiner Redezeit nicht mehr ab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, die Wahrheit ist aber eine ganz andere. Die Wahrheit ist, dass hier nicht der größte Finanzminister aller Zeiten proklamiert und abgefeiert wird, sondern dass Sie die größte Legendenbildung der bayerischen Finanzgeschichte betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein guter Finanzminister hat vor allem zwei Dinge zu leisten: Zum einen muss er den Kurs einer stetigen Haushaltsführung und dabei langfristig das Ziel verfolgen, dass die Einnahmen und die Ausgaben des Staates im Gleich-

gewicht sind. Zum anderen ist er dafür verantwortlich, dass der Staat die ihm rechtlich zustehenden Steuern auch tatsächlich erhebt und eintreibt. Herr Minister, beides leisten Sie nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb ist dieser Etatentwurf überhaupt kein Grund, dem bayerischen Finanzminister einen Lorbeerkranz zu flechten,

(Zuruf von der CSU: Doch!)

sondern er ist für mich Anlass – und er sollte auch für Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Regierungsfraktion Anlass sein –, nüchtern Bilanz zu ziehen:

Erstens: Der Finanzminister ist seit Jahren nicht in der Lage, eine stetige Haushaltsführung zu betreiben. Was Sie in der Öffentlichkeit als harmonischen Dreiklang aus Sparen, Reformieren und Investieren verkaufen, ist nichts weiter als eine finanzpolitische Disharmonie von Sparen und Prassen im Zeitablauf der Wahlen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Genau!)

Ob wir ein Wahljahr haben oder nicht, das lässt sich mit einem ganz einfachen Blick auf das Ausgabegebaren dieser Staatsregierung feststellen. Der erste gescheiterte Fluchtversuch von Herrn Stoiber von München nach Berlin wurde von Ihnen, Herr Faltlhauser, mit einer exorbitanten Haushaltssteigerung im Jahr 2002 zum Zwecke üppiger Wahlgeschenke genutzt. Diese Fluchthilfe mag man irgendwie verstehen, finanzpolitisch war es eine reine Verschwendung knapper Ressourcen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

2003 war dann Landtagswahl. Daher blieb es bei den stark überhöhten Staatsausgaben; Boomzeit wegen der Wahlen. Was nach der Wahl im Jahr 2003 passierte, wissen wir alle: fiskalische Vollbremsung, die ohne Rücksicht im Wesentlichen bei den sozial Schwachen das wieder einsammelte, was zuvor die Finanzpolitik anderen an Geschenken gemacht hatte. Der bayerischen Bevölkerung erzählten Sie, dass die sozialpolitische Vollbremsung finanzpolitisch notwendig gewesen sei. Heute stellt sich die Frage: notwendig wofür? Dafür, dass Sie bereits heute wieder ankündigen, rechtzeitig vor der nächsten Wahl wieder zu prassen? Dafür, dass Sie wieder einmal im Wahljahr Geschenke ankündigen, wie einige bayerische Medien mit „Geschenke im Wahljahr“ völlig zu Recht, kurz und knapp nach der Rede des Ministerpräsidenten titelten? Dafür, dass Sie, wie in der „Abendzeitung“ steht, ein neues Füllhorn über das Volk ausschütten? Erwarten Sie von uns im Ernst Lob dafür, dass in Bayern viele Menschen am unteren Ende der Sozialpyramide, die die Kahlschläge von 2004 bitter trafen und bis heute treffen, für Ihre Wahlgeschenke im Jahr 2008 bluten mussten und müssen?

Geld für Notwendiges fehlt noch in diesem Jahr; ich erinnere beispielsweise an die Debatte zur Schulsozialarbeit. Und nicht wenige Minister vertrösteten uns bei den Beratungen im Haushaltsausschuss mit den Worten: Das

werden wir wohl auf den Nachtragshaushalt vertagen müssen. Der Nachtragshaushalt 2008 ist dann der Wahlhaushalt. Dahinter steckt der politische Schweinezyklus wie im Lehrbuch: Nach der Wahl Einschnitte, vor der Wahl Wohltaten“. So beschreibt der „Münchener Merkur“ treffend Ihre Planspiele für 2008.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): So gewinnt man Wahlen!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen, und ich sage auch Dir, liebe Maria: Dieser sogenannte Masterplan für die Macht wird diesmal nicht aufgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Menschen in Bayern werden sich nicht ein zweites Mal von Ihren Schweinezyklen hinters Licht führen lassen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Hoffentlich!)

Vielleicht werden sie bei der nächsten Wahl nicht alle Grün wählen, obwohl ich das jedem mit gutem Gewissen empfehlen könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei Abgeordneten der CSU)

Die CSU-Politik ist nach bloßen wahltaktischen Interessen ausgerichtet; lesen Sie die Berichte der Medien. Das werden viele Bayerinnen und Bayern nicht mehr wählen, da dürfen Sie sich sicher sein, ich bin es mir auch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Finanzminister, Ihre unstetige Finanzpolitik ist langfristig ein Schaden für Bayern. Anstatt mäßigend auf konjunkturelle Schwankungen einzuwirken, verstärken Sie diese noch. Das schadet den Menschen und das schadet der Wirtschaft in diesem Land. Für diese Politik gibt es von den GRÜNEN keine Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie wenig nachhaltig und stetig Ihre Finanzpolitik ist, zeigt jedem, der es wissen will, der gewaltige Widerhall, den der diesjährige Bericht des Obersten Rechnungshofes in den bayerischen Medien fand. Kollege Schieder hat dies dankenswerterweise schon angesprochen. Ich zitiere einige Überschriften daraus: „Staat lässt Bauten verkommen“, „Rüge für Bayerns Finanzpolitik“, „Falsch gespart“, „Wo Doktoren mit Klebeband auf undichten Dächern herumturnen“. Allein der Sanierungsbedarf für die Uni Regensburg liegt mittlerweile bei 400 Millionen Euro. Ihre Politik des Verzichts auf den Erhalt von Bausubstanz, von bayerischen Werten, von Substanz im Namen der Haushaltsdisziplin ist eine klassische Milchmädchenrechnung – diese Aussage stimmt vielleicht in einem Punkt nicht, weil es nämlich eine Beleidigung der Milchmädchen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

„Was nützt es dem Steuerzahler, wenn beim Unterhalt staatlicher Gebäude heute gespart wird und die Sanierung in einigen Jahren das Doppelte und Dreifache kostet?“, fragt die „Augsburger Allgemeine“ und liefert die Antwort gleich mit.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

„Die Antwort ist klar: Es nutzt gar nichts“. Ich wüsste nicht, was man dieser Aussage des Journalisten der „Augsburger Allgemeinen“ entgegensetzen könnte; denn diese Aussage ist wahr.

Liebe Staatsregierung, anstatt sonntäglich von finanzpolitischer Verantwortung für die kommende Generation zu reden, sollten Sie lieber wochentags nach dieser Prämisse handeln. Doch was machen Sie? Siebürden lieber der Jugend noch weitere Lasten auf. Die GRÜNEN haben Sie gebetsmühlenartig gebeten, sich der Ausweitung sogenannter PPP oder ÖPP – Öffentlich Privater Partnerschaften – entgegenzustellen. Bereits die ersten beiden größeren Projekte dürften Ihnen gezeigt haben, dass wir in unserer kritischen Einschätzung so falsch nicht liegen. Kostenvorteile durch PPP dürften eher die große Ausnahme sein und bleiben. Die Konstruktion von PPP oder ÖPP verursacht aber langfristig erhebliche finanzielle Verbindlichkeiten, die künftige Haushalte schwer belasten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

„Kaufe heute, zahle später“, ist für Konsumenten ein einfacher Weg, sich etwas zu kaufen, das man sich heute nicht leisten kann. „Kaufe heute, zahle später“, ist aber auch für viele und für immer mehr Menschen ein genial einfacher Weg in die Privatinsolvenz.

Sehr geehrter Herr Finanzminister, diese Erkenntnis sollten wir auch für unser staatliches Ausgabeverhalten berücksichtigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die künftigen Haushalte bereits heute zu verbraten, um damit zusätzliche Bauvorhaben durchzusetzen, ist gegenüber der kommenden Generation, die sie dann bezahlen muss, unverantwortlich. Das gilt auch dann, wenn Sie die Haushalte nicht mehr zu verantworten haben.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): So viel zum Thema „Nachhaltigkeit“!)

Der Staat braucht Einnahmen. Und die Mittel, die wir je nach Fraktion zur Gestaltung unserer Politik brauchen, müssen beschafft werden, sonst geht nichts. Gerade deshalb ist es die zentrale Aufgabe des Finanzministers, diese Einnahmen auch tatsächlich zu erheben. Damit wären wir beim nächsten Thema, dem Steuervollzug oder besser: den gravierenden Mängeln im Steuervollzug.

Ich würde Ihnen gerne für die in Bayern gestiegenen Staatseinnahmen danken, aber das geht leider nicht; denn es wagt in diesem Land zu Recht niemand zu behaupten, die für 2007 und 2008 zu erwartende verbesserte Ein-

nahmesituation hätte irgend etwas mit einer – sagen wir einmal – geglückten Reformpolitik von Schwarz-Rot im Bund zu tun. Was da stattfindet, wird uns täglich vorgeführt. Die verbesserte Wirtschaftslage hat vielmehr ein wenig mit Gesetzesvorhaben unter Rot-Grün zu tun, die bei uns auch durchaus umstritten waren. Das wissen Sie auch. Und sie hat vor allem mit der weltwirtschaftlichen Konjunkturerholung zu tun.

Sie setzen da noch eines drauf – dafür sind Sie mitverantwortlich: Jetzt gehen Sie mit einer Mehrwertsteuererhöhung, mit der größten Steuererhöhung, die dieses Land je erlebt hat, wiederum den leichten Weg. Gerade die Mehrwertsteuererhöhung belastet vor allem – nicht nur, aber vor allem – die kleinen Leute und entbindet Sie, Herr Minister, augenscheinlich davon, bei jenen für eine umfassende Steuereintreibung zu sorgen, die landläufig nicht zum Prekariat zu rechnen sind. Jährlich verzichten Sie wesentlich darauf, mehrere einhundert Millionen Euro – wenn nicht sogar über eine Milliarde Euro, denn die Zahlen schwanken – einzutreiben, die dem Land Bayern zustehen. Mehrere einhundert Millionen Euro, das sind keine Peanuts, sondern das werten wir als eine geradezu skandalöse Missachtung Ihrer finanzpolitischen Verantwortung, Herr Minister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir diskutieren seit Jahren im Rahmen der ORH-Berichte die verschiedensten organisatorischen Notwendigkeiten des Finanzministeriums, um die gravierenden Schief-lagen Ihrer Steuerpolitik wieder ins Lot zu bringen. Ich denke nur an die aktuelle Kritik an der Besteuerung von Einkünften aus Vermietung und Verpachtung. Ich denke daran, dass Sie gerade die Körperschaften bei der Lohn-steueraußenprüfung zu wohlwollend behandeln, und ich denke an die zu geringe Zahl von Betriebsprüfern und von Umsatzsteuersonderprüfungen.

Dass Sie nun mit einigen Jahren Verzögerung pünktlich zu den Beratungen zum Doppelhaushalt organisatorische Maßnahmen zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges innerhalb des bestehenden Systems vorgelegt haben, ist schon einmal ein gutes Zeichen. Die Opposition hat das lange genug gefordert. Ein schlechter Witz ist aber, dass die Finanzämter sich das Personal hierfür aus ihren eigenen Rippen herauschneiden sollen.

Natürlich ist niemand so blauäugig zu vermuten, die Umsatzsteuersonderprüfer liefen auf der Straße herum und die könnten wir dann nehmen; nein, sie sind nur in den Finanzämtern zu finden. Aber dafür müssen Sie dann in den Finanzämtern einen Ausgleich schaffen. Diesen Personalbedarf müssen Sie ausgleichen.

Damit sind wir bei einem zentralen Punkt angekommen, nämlich bei der gnadenlosen Unterbesetzung der baye-rischen Steuerverwaltung. Sie hat dramatische Züge angenommen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass viele Experten wie auch der Bundesrechnungshof sagen: Wir müssen zu einer bundeseinheitlichen Steuerverwal-tung kommen, weil nur so ein einheitlicher Steuervollzug und höhere Steuereinnahmen zu verwirklichen sind. Viele Interessengengsätze würden dadurch wegfallen, vor

allen Dingen der zentrale Interessengegensatz, dass die Länder für die Finanzbeamten zahlen müssen, die Ein-nahmen aber über die Verbundsteuern oder über den Länderfinanzausgleich zu einem erheblichen Teil beim Bund oder bei anderen Ländern ankommen. Deswegen besteht eine gewisse Rationalität, dass jedes Bundesland viel zu wenig Steuerbeamte beschäftigt.

Sie, Herr Minister Falthausen, wollen diese bundesein-heitliche Steuerverwaltung nicht. Wenn Sie sie nicht wollen – diese Position ist okay –, müssen Sie aber dafür sorgen, dass Bayern seinen Teil leistet, um eine personell ausreichend ausgestattete und motivierte Finanzverwal-tung zu haben.

Die Wirklichkeit in der Finanzverwaltung sieht trostlos aus; wir haben eine gravierende Unterausstattung. Sie ermitteln doch mittlerweile den Fehlbestand schon gar nicht mehr, der inzwischen auf rund 20 % zu schätzen ist. Zudem werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Regel niedriger entlohnt, als es ihrer Tätigkeit ent-spricht und der Beförderungsstau ist legendär.

Damit erfüllen Sie drei zentrale Aufgaben, die Sie als Leiter der Finanzverwaltung haben, nicht: Mitarbeitermotivation, Steuergerechtigkeit und Einnahmenbeschaffung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die negativen Folgen für die Mitarbeitermotivation sind klar. Bezüglich der Steuergerechtigkeit ist zu sagen: Eine ordnungsgemäße Besteuerung ist kaum mehr möglich, wenn die – wie im ORH-Bericht zu lesen war – notwen-dige Überprüfung nicht mehr nach Maßgabe der Gesetze, sondern nur noch im Rahmen einer gewichteten Arbeits-weise erfolgen kann. Damit ist die gleichmäßige Festset-zung und Erhebung nicht mehr gewährleistet. Die Steuer-gerechtigkeit bleibt auf der Strecke und das ist eine große Gefahr für die Steuerehrlichkeit in diesem Lande.

Vor allem aber muss Bayern die Folgen dieser Politik teuer bezahlen mit einem Steuerausfall, der sich zwis-chen Hunderten von Millionen und einer Milliarde sum-miert. Darüber haben wir schon mehrfach geredet.

Ich erinnere mich noch gut an die Debatte zum Doppel-haushalt 2005/2006. Damals verlieh der von mir persön-lich sehr hoch geschätzte Staatssekretär Franz Meyer seiner Freude darüber Ausdruck, dass auch der Einzel-plan 06 mit seinen Einsparungen seinen Beitrag zum ausgeglichenen Haushalt leiste. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Sichtweise ist schlicht absurd. Genau umgekehrt wird ein Schuh daraus. Zusätzliche Beamte in den Finanzämtern würden ein Vielfaches der damit ver-bundenen Personalkosten in die Staatskassen spülen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Genau! Das würde sich lohnen!)

Bei diesen Steuereinnahmen dürfte es übrigens im Schnitt auch nicht die Schwächsten der Gesellschaft treffen.

(Beifall der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Deshalb ist das, was Sie, sehr geehrter Herr Minister, mit Ihrer Stellenknappheitspolitik betreiben, im Ergebnis keine Einsparung, sondern eine massive Verschwendung von dem Staat zustehenden Steuereinnahmen. Diese Politik können und wollen die GRÜNEN in Bayern nicht mittragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich langsam zum Schluss kommen. Minister Faltlhauser sieht sich durchaus mit einem gewissen Stolz und einer gewissen Eleganz in der Tradition des Grafen Montgelas. Diesem seinem Vorgänger hat der Haushaltsausschuss gegen unseren Willen ein kostspieliges Denkmal in München gesetzt. Das Schloss eines Montgelaserben wollte Minister Faltlhauser für den Freistaat erwerben; eine überflüssige Geldausgabe, die wir bisher verhindern konnten. Seine Aktentasche trägt er mit Freude.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Nachdem der heutige Etat vermutlich der letzte Doppelhaushalt ist, den Sie, Herr Minister Faltlhauser, als Finanzminister zu verantworten haben, liegt es nahe, abschließend in meiner Rede eine kleine Analogie zu Ihrem Vorbild zu ziehen, eine Analogie, von der das Hohe Haus dankenswerterweise durch den Redebeitrag eines CSU-Kollegen in dieser Debatte erfahren hat. Bei der Bewertung der Leistungen des Grafen Montgelas als Außen-, Innen- und Finanzminister stellte dessen Frau Ernestine fest: Als Innen- und Außenminister war er brillant bis gut, als Finanzminister – so Gattin Ernestine Montgelas – „verdient er, gehenkt zu werden“.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Lieber Herr Minister Faltlhauser, ich freue mich, Sie heute in guter Gesundheit hier zu sehen. Ihren Etat lehnen wir aber aus guten Gründen ab.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Das Wort hat Herr Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Was sagt denn Ihre Frau dazu?)

Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (Finanzministerium): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zunächst meinen herzlichen Dank denjenigen aussprechen, die diesen Haushaltsentwurf im Finanzausschuss zu bearbeiten hatten, an der Spitze dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses und hier und heute in besonderer Weise dem Berichterstatter Kollegen Herbert Fischer, der den Haushalt des Finanzministers kritisch und gleichzeitig konstruktiv mit aller Präzision verfolgt.

Ich bedanke mich auch bei den Mitarbeitern meines Amtsbereiches sowohl draußen in den Finanzämtern als auch im Landesamt für Steuern und im Landesamt für

Finanzen bis hin zum Finanzministerium für ihre engagierte Arbeit. Im Finanzministerium beispielsweise arbeiten sie im Gegensatz zur Auffassung vieler in der Öffentlichkeit und in den Medien weit über die 42-Stunden-Woche hinaus. Wenn Sie am Odeonsplatz vorbeifahren, werden sie auch um 7.00 Uhr abends noch viele Lichter brennen sehen. Daran erkennen Sie den Einsatz der Beamten für die Finanz- und Steuerpolitik in Bayern. Dafür gebührt ihnen auch von diesem Hohen Hause her Dank und Anerkennung.

(Beifall bei der CSU und bei der SPD)

Als ich Herrn Hallitzky gerade gehört habe, habe ich mich gefragt, welche Realitätswahrnehmung der Kollege eigentlich hat. Wir können feststellen, dass in allen Bereichen der Haushaltsstruktur, bei allen Kennzahlen, die es irgendwo gibt, Bayern nicht nur vorn liegt, sondern sogar mit Abstand an der Spitze steht. Das ist beispiellos im Vergleich zu allen anderen Bundesländern und auch im Vergleich zum Bund. Es gibt überhaupt niemanden, keinen einzigen Experten, der diese Haushaltspolitik ernsthaft kritisiert. Wie kommen Sie zu derart pauschalen Rundumschlägen, Herr Kollege Hallitzky?

(Margarete Bause (GRÜNE): Weil er recht hat!)

Wir sind das einzige Bundesland mit einer Null in der Nettoneuverschuldung und dieser Doppelhaushalt führt dies zwei Jahre fort; daran gibt es keine Zweifel und keine Gegenargumente. Wir haben auch die geringste Pro-Kopf-Verschuldung mit etwas mehr als 1800 Euro und eine vergleichsweise geringe Zinsausgabenquote von 2,9 %. In Nordrhein-Westfalen sind es rund 10 % und im Bund rund 15 %.

Natürlich ist mir unsere Investitionsquote zu niedrig; das habe ich schon x-mal erklärt. Aber sie ist in der Bundesrepublik Deutschland immer noch mit Abstand die höchste Quote in den Flächenländern West. Deshalb können wir mit dieser Investitionsquote unsere Straßen und Häuser am besten instand halten, wenn auch nicht so, wie wir es uns wünschen würden, aber wenn Sie die Steuereinnahmen der letzten fünf Jahre betrachten, müssen Sie feststellen, dass dann, wenn man keine höheren Einnahmen hat, auch keine entsprechend großzügigen Ausgaben getätigt werden können.

Von welchem Land reden Sie hier eigentlich, Herr Hallitzky? Wo leben Sie eigentlich?

(Beifall bei der CSU)

Dieses Land und dieses Hohe Haus können stolz sein auf die Haushaltspolitik des Landes Bayern; das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Peinlich wird es dann, wenn ein GRÜNER kritisiert. Sie waren doch in vielen Länderregierungen mit dabei; Gott sei Dank sind Sie jetzt in keinem Land mehr an der Regierung. Aber da, wo Sie dabei waren, ist Pleite hinterlassen

worden. Nordrhein-Westfalen ist pleite, Schleswig-Holstein ist pleite und Niedersachsen haben Sie haushaltsmäßig ebenso pleite hinterlassen.

(Beifall bei der CSU)

Überall wo Sie Haushaltspolitik gemacht haben, haben Sie verbrannte Erde hinterlassen.

(Beifall bei der CSU)

Und da stellen Sie sich nun hier hin und sagen, Bayern mache eine schlechte Haushaltspolitik. Das ist ein Skandal.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das hat ihn wohl tief getroffen!)

Sie reden von konstanter Politik und Schweinezykluspolitik. Darf ich Ihnen einmal die Fakten nennen? – Nehmen Sie doch wenigstens Zahlen zur Kenntnis. Sie sagen, dass wir in Jahren mit Landtagswahlen mehr ausgegeben haben, um Wähler zu kaufen. Das ist doch Ihr Argument. Die Steigerungsrate der Landeshaushalte in der Bundesrepublik Deutschland ohne Bayern lag im Jahr 2003, dem Wahljahr, bei 1,4 %. Wir in Bayern hatten eine Steigerung von 1,2 %. Ich frage Sie, wo ist da ein Schweinezyklus, um dem Wähler zu imponieren? – Ich sehe ihn nicht.

Im Jahr 2004, also ein Jahr danach, hatten die übrigen Länder zusammengenommen ein Minus von 0,9 %. Sie wissen, das Jahr 2004 war besonders drastisch. Wir hatten ein Minus von 1,2 %. Wir haben also hinterher gespart. Meine Damen und Herren, da ist kein Schweinezyklus erkennbar, sondern Konstanz. Die wesentliche Konstante unserer Haushaltspolitik ist der ausgeglichene Haushalt.

Kommunen, Länder und der Bund sind nach § 51 a des Haushaltsgrundsätzegesetzes heute schon verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushalt anzustreben. Ich kann nur sagen, die anderen bemühen sich strebend, erreicht hat ihn keiner, im Übrigen auch Sachsen nicht. Das darf ich schon sagen; denn bei Subventionen von 6,4 Milliarden Euro kann man nicht von einem ausgeglichenen Haushalt sprechen. Alle streben noch nach dem ausgeglichenen Haushalt; wir haben ihn in diesem Jahr erreicht. In den Jahren 2007 und 2008 werden wir diesen ausgeglichenen Haushalt ebenfalls erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich nun auf das Thema eingehen, das die beiden Redner von der Opposition aufgegriffen haben, nämlich die Steuerverwaltung und die Steuereinnahmen. Eine effektive Steuerverwaltung ist eingespannt in ein Viereck von Kriterien. Das eine ist das Steuerrecht – zugegebenermaßen zu kompliziert und zu schnell wechselnd; das andere ist die Technik der Steuererfassung mit Geräten und Software. Das dritte Kriterium ist die Bearbeitungsorganisation, das vierte die Personalausstattung.

Der hier wiederholt von Ihnen zitierte Bundesrechnungshof stellt ausdrücklich fest, dass eine schlichte Verdoppelung des Personals das Problem nicht löst. Das heißt, Sie brauchen einen komplexen Ansatz mit technischer Ausstattung und insbesondere guter Bearbeitungsorganisation. Hier müssen Sie ansetzen. Hierzu möchte ich einiges feststellen: Wir haben durch die Arbeitszeitverlängerung auf 42 Stunden einen Kapazitätsgewinn bei der Steuerverwaltung von 460 Stellen erzielt. Also von wegen Abbau: Durch diese Anhebung haben wir allein einen Kapazitätsgewinn von 460 Stellen erzielt. Gleichzeitig haben wir 2004/2005 180 zusätzliche Anwärter eingestellt.

Meine Damen und Herren, wir haben insbesondere in meiner Amtszeit – weil Sie mich persönlich angreifen – schwerpunktmäßig das ausgebaut, was Sie immer gefordert haben – wenn ich mich richtig erinnere –, nämlich den Außendienst und die Außenprüfung. Die Außenprüfung geht dorthin, wo am meisten zu holen ist. Im Jahr 1998 hatten wir noch 2950 Vollzeitkräfte im Außendienst. Ende des Jahres 2006 sind es 3120 – eine deutliche Anhebung. Auch in den übrigen Bereichen, die viel Geld einbringen wie zum Beispiel die Steuerfahndung, haben wir das Personal massiv aufgestockt und werden dies im Rahmen unserer Möglichkeiten weiter tun. Wir brauchen dort hoch qualifizierte Kräfte, deren Zahl wir weiter aufstocken werden.

Meine Damen und Herren, natürlich kann man immer sagen, wir brauchen mehr Personal, aber das, was ich gerade von Herrn Schieder gehört habe, ist erstaunlich. Herr Schieder sagt, wir würden in Bayern gemessen an der Wirtschaftskraft im Vergleich mit anderen Ländern mit Abstand am wenigsten für das Personal ausgeben. Dazu eine grundsätzliche Bemerkung: Wenn Sie feststellen, dass das Volumen des Staatshaushalts gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt des Freistaates Bayern in der Relation zurückgeht, dann darf ich Sie aufklären: Das ist Ziel der CSU-Fraktion und der Union insgesamt. Wir wollen den Staatsanteil zurückführen. Ich habe noch gut in Erinnerung, dass viele Vertreter der SPD im Bundestag genau dieses ebenfalls gefordert haben. Man will weniger Staat, was bedeutet, der Staatsanteil, der schon einmal bei annähernd 50 % lag, wird zurückgeführt. Das heißt, wenn die Wirtschaftskraft in Bayern steigt und gleichzeitig der Staatsanteil zurückgeht, wird ein Ziel realisiert, das wir immer verfolgt haben.

Sie sagen, wir würden zu wenig Personal einstellen. Wenn ich zusammenzähle, was Sie in verschiedenen Bereichen an Personalaufstockungen regelmäßig und leierhaft wiederholt fordern, dann hätten wir heute nicht einen Personalanteil von 43 % bis 44 %, sondern – wie wir überschlägig berechnet haben – einen Personalanteil von rund 60 %. Wollen Sie das? Wollen Sie von 100 Euro 60 Euro von vornherein für Personal festlegen? – Wir wollen das nicht.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen die Beweglichkeit des Staatshaushalts auch zugunsten der jungen Kollegen hier im Hause für die nächsten 10 bis 20 Jahre aufrechterhalten. Sie sollen

Gestaltungsmöglichkeiten haben. Ich halte es für unverantwortlich, den Haushalt mit Festlegungen betreffend Zinsen und Personal zunehmend einzuzementieren; denn irgendwann können Sie nichts mehr gestalten.

Gleichzeitig beklagen Sie von der Opposition an diesem Pult, dass die Investitionsquote zu niedrig sei. Das sage ich auch; auch mir ist sie zu niedrig. Wir wollen und werden sie wieder steigern. Wenn Sie aber gleichzeitig mehr Personal fordern, werden Sie das nie erreichen. Dann wird die Investitionsquote weiter nach unten gehen. Sie werden sich also einmal überlegen müssen, was Sie tatsächlich wollen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Steuerverwaltung sind ohne Zweifel außergewöhnlich fleißig und haben punktuell besondere Belastungen zu tragen. Deshalb haben wir in diesem Doppelhaushalt einen Akzent auf die Mehrung der Stellenhebungen gesetzt. Wir haben in diesem Doppelhaushalt zusätzlich 898 Hebungen vorgesehen. Herr Schieder, sehen Sie sich das einmal an. Ich glaube, dieses Hebungsprogramm kann sich sehen lassen. Insbesondere in den Besoldungsgruppen A 8 und A 11 wird ein Schub von Beförderungen möglich sein, und Beförderungen geben bekanntlich Motivation. Mir haben die Hauptpersonalräte und die Personalräte vor Ort gesagt – ich würde Ihnen empfehlen, solche Gespräche ebenfalls zu führen –, dass sie mit diesen Hebungen in hohem Maße zufrieden sind. Sie haben Danke schön gesagt und keine weitere Kritik geübt.

Ich darf nun eine Bemerkung zu dem anbringen, was Sie bezüglich des Obersten Rechnungshofs in Bayern vorgetragen haben. Der Oberste Rechnungshof hat hinsichtlich der Steuerverwaltung vor allem kritisiert – das ist der Hauptpunkt –, dass wir bei der Veranlagung bezüglich Vermietung und Verpachtung zu viel Geld durch die Finger rinnen lassen. Kühnerweise hat der Oberste Rechnungshof den Betrag sogar auf 150 Millionen Euro hochgerechnet. Ich würde mich so etwas nicht trauen. Der Rechnungshof ist mutig. Wir haben den Punkt genau geprüft und sind dabei, ihn aufzugreifen. An einer elektronischen AfA-Tabelle wird bereits gearbeitet.

Die Angelegenheit ist allerdings nicht ganz einfach. Die Realisierung erfolgt im Rahmen eines Gesamtkonzepts. Für die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung wurde ein maschinelles Risikomanagementsystem entwickelt, das ab 2007 getestet und anschließend schnell eingeführt wird.

An dieser Stelle hat der Rechnungshof zu Recht Hinweise gegeben, und wir reagieren. Wir werden das weiter fortsetzen. Es hat schließlich keinen Wert, zu sagen: Alles ist toll. Wir sind bei der Verbesserung unserer Steuerverwaltung und der Techniken, die dort angewendet werden, in Bewegung.

Stets pauschal Personalaufstockungen zu fordern, ist Ausdruck von Fantasielosigkeit. Wir haben bei den Finanzämtern mittlerweile 90 % der Arbeitsabläufe automatisiert. Das ist ein entscheidender Punkt. In den letzten fünf Jahren haben wir 100 Millionen Euro alleine in die EDV-Ausstattung der Steuerverwaltung investiert. Für die

Verkabelung haben wir weitere 120 Millionen Euro aufgewandt. Alle, die das beurteilen können, sagen, dass die bayerische Steuerverwaltung zu den effektivsten in der Bundesrepublik Deutschland gehört.

(Werner Schieder (SPD): Warum sind Sie dann Schlusslicht in den Statistiken?)

– Ich komme gleich dazu. Ich weiß, dass Sie eine große Begabung haben, Statistiken falsch zu lesen. Deshalb werde ich die Statistik hier noch vortragen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben bei den Großbetrieben, deren Prüfung mehr als 70 % der gesamten Ergebnisse bringt – das ist das Wichtigste, die großen Betriebe müssen geprüft werden, das ist auch sicherlich in Ihrem ideologischen Sinne –, eine Prüfungsquote weit über dem Bundesdurchschnitt.

(Werner Schieder (SPD): Da sind Sie auch Schlusslicht!)

– Herr Kollege, ich darf Ihnen die Zahlen vorlesen. Im Jahr 2005 war der Prüfungsturnus bei den Großbetrieben in Bayern bei 3,8 und im Bund insgesamt bei 4,2. Das ist ein riesiger Abstand. Wir haben hier einen sehr engen Turnus. Wenn Sie den Rechnungshofbericht lesen, werden Sie auch feststellen, dass Bayern nicht kritisiert wird – im Gegenteil. Es wird sehr kursorisch gesagt, es gibt Länder, die einen zu laschen Prüfungsturnus aufweisen. Die Länder wurden nicht namentlich genannt. Ich darf Ihnen aber sagen: Das sind die Länder, die über Jahrzehnte von der sozialdemokratischen Partei regiert wurden. Das ist wieder das Gleiche, was ich vorher schon gesagt habe. An Ihrer Stelle würde ich hier nicht so mutig auftreten.

Um das Problem in den Griff zu bekommen und effektiv und schnell ein Maximum an Steuern einzutreiben, brauchen wir vor allem ein vernünftiges Risikomanagement. Das heißt vereinfacht, dass man die Fälle, wo nicht so viel zu gewinnen ist, wo möglicherweise nur Details korrigiert werden müssen, mechanisch und schematisch behandelt und die Arbeitszeit und Prüfungsintensität dort einsetzt, wo es sich rentiert. Dieses Risikomanagementsystem wird nicht nur von Bayern, sondern auch von den übrigen Bundesländern ausgearbeitet. Wir sind dabei weitgehend federführend.

(Lachen des Abgeordneten Werner Schieder (SPD))

Einfache und unriskante Fälle werden maschinell veranlagt. Schwierige und fiskalisch risikobehaftete Fälle – diese lassen sich relativ leicht kennzeichnen – werden ausgerechnet und dann sorgfältig von Hand geprüft. In Bayern ist zur Veranlagung von Arbeitnehmern bereits flächendeckend ein maschinelles Risikomanagementsystem im Einsatz. Ich rede also nicht von Zukunftsperspektiven, sondern das machen wir bereits. Für die Einnahmen- und Überschussrechnung wurde ein Risikofilter realisiert, der seit Mitte 2006 bei fünf Finanzämtern getestet wird, und für die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung wird

gerade ein Risikofilter entwickelt, der im nächsten Jahr bei einigen Finanzämtern pilotiert wird. Ich habe es schon gesagt: Wir setzen hier an, um der Kritik des Rechnungshofes Rechnung zu tragen.

Lassen Sie mich noch etwas zum Umsatzsteuerbetrug sagen. Ich staune besonders darüber, wenn Sie sagen, ich hätte etwas versäumt usw. Anhand der Protokolle der Finanzministerkonferenz ist nachweisbar, dass ich seit mehr als sieben Jahren in der Finanzministerkonferenz – die ich praktisch nie geschwänzt habe, nur zweimal war ich nicht anwesend; die Finanzministerkonferenz findet jeden Monat statt, das ist die eigentliche politische Länderministerkonferenz, sie ist immer politisch besetzt – immer wieder verstärkte Maßnahmen zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs gefordert habe, unter anderem den Systemwechsel. Ein Minister hat dies blockiert, weil er die Notwendigkeit nicht zur Kenntnis genommen hat. Alle Spitzenbeamten des Bundesfinanzministeriums werden Ihnen das bestätigen können. Minister Eichel wollte nicht; warum, weiß ich nicht. Er hat das Thema nicht zur Kenntnis genommen, sondern zur Seite geschoben. Kaum war Steinbrück, der vorher ebenfalls Länderfinanzminister war – ihm war das Problem voll bewusst –, Bundesfinanzminister, wurde das Thema aufgegriffen. Es gibt eine zeitliche Verzögerung von sechs Jahren, die ein SPD-Bundesfinanzminister zu verantworten hat, lieber Herr Kollege, nicht der bayerische Finanzminister Falthäuser.

(Beifall bei der CSU)

Ohne den von mir hoch geschätzten ehemaligen Kollegen Mittler und mich wäre auf diesem Gebiet überhaupt nichts gelaufen. Wir haben nur deshalb einen entsprechenden Antrag nach Artikel 27 in Brüssel gestellt, weil wir das zu zweit durchgesetzt haben. Die anderen Länder sind uns gefolgt. Ich begrüße ausdrücklich, dass der Bundesfinanzminister Steinbrück seinerseits, um die Systemveränderung durchzusetzen, im nächsten Halbjahr eine Reihe von Steuerfragen, die die Europäische Kommission und die anderen EU-Länder angehen wollen, sammelt und sagt: Wenn Ihr Euch nicht bewegt, dann bewege ich mich auch nicht. Das ist ein Druckmittel, das man beim Einstimmigkeitsprinzip hat.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schieder?

Staatsminister Prof. Dr. Kurt Falthäuser: Ja.

Werner Schieder (SPD): Herr Staatsminister, vorausgeschickt, dass ich in der Frage eines Systemwechsels leidenschaftslos bin, würden Sie mir angesichts der Information, die wir auch im Ausschuss über ein anderes System hatten, zugestehen, dass es in jedem System von Haus aus massive Betrugsanfälligkeiten gibt und es auf die optimierte Ausgestaltung in der Einzelgesetzgebung ankommt? – Sie vertrösten uns hier wieder auf Jahre, ohne dass man überhaupt weiß, wie denn die Einzelgestaltung aussehen wird. Ihre Kollegen von der CSU haben sich im Ausschuss schon gegen Haftungsvorschriften und ähnliches gewehrt. Damit treten wir auf der Stelle.

Staatsminister Prof. Dr. Kurt Falthäuser (Finanzministerium): Das Umsatzsteuerbetrugsproblem muss man sehr genau und fachkundig betrachten, Herr Kollege. Dazu gibt es mittlerweile eine Reihe von Gutachten und Stellungnahmen, insbesondere von Schönberger und Partner. Dabei teilen wir die Auffassung, dass der größte Schaden durch Umsatzsteuerbetrug von der Schwarzarbeit herrührt. Das ist aber keine umsatzsteuerpolitische, sondern eine arbeitsmarktpolitische Thematik. Weitere Ausfälle rühren von Insolvenzen, etwa mit 5 Milliarden Euro. Die Steuerausfälle aufgrund von Schwarzarbeit dürften 7 bis 8 Milliarden Euro ausmachen. Durch Karussellgeschäfte gehen schätzungsweise 4 bis 5 Milliarden Euro verloren. Durch einen Systemwechsel könnten Sie, wenn Sie den Vorsteuerabzug beiseite lassen, die Insolvenzausfälle und den Karussellbetrug bekämpfen. Das heißt, es geht hier um eine Größenordnung von 9 bis 10 %. Dass bei einem neuen System möglicherweise Betrugsmöglichkeiten vorhanden sind, gestehe ich zu. Aber die meisten Betrugsmöglichkeiten bestehen beim Vorsteuerabzug. Das wissen Sie, das haben wir intensiv diskutiert. Das sollte man im System verhindern.

Wir machen aber eine Reihe von anderen Dingen. Sie fordern immer wieder, dass wir organisatorisch beim bestehenden System vorankommen sollten. Wir haben bereits eine ganze Reihe von Maßnahmen umgesetzt: Erstens, die Errichtung einer Zentralstelle für Unternehmensneugründungen in allen Finanzämtern. Das ist der entscheidende Punkt; ich muss erkennen, wo Unternehmen nur gegründet werden, um zu betrügen. Zweitens, die Einführung eines Risikomanagementsystems nur für die Umsatzsteuer. Drittens, die Installation eines Sachgebietsleiters als Risikomanager in jedem Finanzamt. Viertens, die Neuausrichtung der Prüfungsdienste durch Einrichtung von kombinierten Prüfungssachgebieten. Fünftens, die Bildung eines Zentralteams für Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung auf Landesebene. Das ist ein ganzer Kranz von Maßnahmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Vergleichen Sie das bitte mit dem, was andere Länder machen. Wir gehen hiermit sehr weit. Wir betreiben eine umfassende organisatorische Umstellung, um den Umsatzsteuerbetrug zu bekämpfen. Wir haben auch die Kräfte dafür verstärkt. Die Zahl der Stellen zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs wurde um 120 aufgestockt. Ich meine, das ist eine ganze Menge. Ihr Vorwurf, wir würden zu wenig gegen den Umsatzsteuerbetrug unternehmen, läuft völlig ins Leere, sowohl was die Systemumstellung betrifft, als auch was die administrative Bewältigung angeht.

Lassen Sie mich noch einmal etwas zum Bundesrechnungshof sagen, weil mir das doch am Herzen liegt. Der Präsident des Bundesrechnungshofes meinte wiederholt, mit etwas lässig-großtuerischer Geste sagen zu müssen: Wir brauchen eine Bundessteuerverwaltung. Ich aber sage: Auf die Reichssteuerverwaltung, die wir unseligerweise einmal hatten, können wir verzichten.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben eine große flächendeckende Administration in der Bundesrepublik Deutschland über alle Ländergrenzen hinweg – das ist die Arbeitsverwaltung. Jetzt frage ich Sie: Haben wir bei dieser flächendeckenden Verwaltung den Eindruck, dass sie in den vergangenen Jahrzehnten hervorragend gearbeitet hat? – Ich glaube es nicht, meine Damen und Herren. Die Beweise liegen auf dem Tisch. Eine Bundesverwaltung ist einfach zu überzogen; das sind zu viele Leute. Oder meinen Sie, dass man 680 Finanzämter, 120 000 Beschäftigte und 29 Millionen Steuerfälle bundesweit so ohne weiteres zentral steuern kann? – Ich glaube es nicht.

Meiner Ansicht nach müssen wir die Steuerverwaltung im Wettbewerb und in Abstimmung mit den Ländern voranbringen. Insbesondere bei der Software haben wir außergewöhnliche Fortschritte. Das darf ich doch in Erinnerung rufen. Ich habe als erster Finanzminister bereits im Jahre 1998 gesagt: Das, was wir da mit Fiscus, mit dem Konzept eines großen Software-Unternehmens für alles in der Steuerverwaltung machen, wird nicht gut gehen. Wir haben dann den Handelnden gesagt: Wir geben euch noch ein Jahr Frist, und dann steigen wir aus. Wir sind ausgestiegen. Wir haben uns nicht an der GmbH beteiligt. Deshalb sind wir nicht an einem Verlust beteiligt gewesen, den wir, wenn man alles zusammenrechnet, auf insgesamt 700 Millionen Euro schätzen. Bei diesem Unsinn hat Bayern über viele Jahre nicht mitgemacht.

(Beifall bei der CSU)

Diejenigen, die das vor allem betrieben haben, waren in der nordrhein-westfälischen sozialdemokratischen Führung. Sie haben gesagt: Das ist das, was wir brauchen. Aufsichtsratsvorsitzender war der Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Finanzministerium; er hat dies heftig verteidigt und hat von Jahr zu Jahr 100 Millionen Euro an Kosten zusätzlich verursacht. Wir haben da nicht mitgemacht.

Jetzt haben wir ein System, das von uns im Wesentlichen mit vorgebracht und von uns auch wesentlich mitgestaltet wurde. Vier Länder machen das. Ich darf sagen: Wir haben die meisten Lasten. Das bindet auch einen Haufen Personal. Das Konsensmodell geht gut voran, nachdem unser altes System, das sogenannte EOS – Sie als einer, der innerhalb der Steuerverwaltung Verantwortung getragen hat, müssen es doch kennen – aus Bayern von mittlerweile elf Ländern übernommen worden ist. Stück für Stück kommt immer noch ein neues Land hinzu und sagt: Wir machen es so wie die Bayern. Das heißt: Die Kreativität und die Arbeit des Freistaates Bayern wird zunehmend auch von anderen Ländern anerkannt und übernommen, meine Damen und Herren.

Ich will ein Fazit ziehen: Es ist eine Verpflichtung – insofern haben Sie recht – für uns, zu versuchen, durch administrative Tätigkeit maximale Steuereinnahmen zu bekommen. Geld darf uns aufgrund von administrativen Defiziten nicht durch die Finger rinnen. Das, was in Bayern insbesondere in den letzten Jahren gemacht wurde – bei der Ausstattung mit Hardware und Software, bei der Personalsteuerung, wo wird Personal eingesetzt –, hat zu optimalen Ergebnissen geführt, die sich in der ganzen Bun-

desrepublik Deutschland weiß Gott sehen lassen können. Dadurch haben wir auch gute Steuereinnahmen. Mit diesen Steuereinnahmen, wenn sie weiterhin sprudeln, was ich hoffe, werden wir Akzente setzen. Diese Akzente werden wir möglicherweise im Nachtragshaushalt setzen. Das hat nichts mit inkonstanter Haushaltspolitik zu tun, sondern das hat etwas damit zu tun, dass die Bürger, wenn die Steuern tatsächlich auf dem Tisch liegen, einen Anspruch darauf haben, dass wir damit gezielt und vernünftig etwas anfangen. Dies werden wir auch weiterhin auf der Basis eines grundsoliden Haushaltes tun, auf den Sie genauso stolz sein können wie wir.

(Joachim Herrmann (CSU): Wir sind stolz auf unseren Finanzminister! – Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplanes 2007/2008, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6451, 15/6466, 15/6467 und 15/6479 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6677 zugrunde. Der Einzelplan 06 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/6677 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 06 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen mit den Stimmen der CSU-Fraktion gegen die Stimmen der beiden anderen Fraktionen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Die Liste der Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei Enthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6677 weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag auf Drucksache 15/6451 seine Erledigung gefunden hat. Wir nehmen davon Kenntnis. Damit ist die Beratung des Einzelplanes 06 abgeschlossen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz**

hierzu:

**Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6867 mit 15/6871),
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6886 mit 15/6891),
Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 15/6925 und 15/6926)**

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtrededzeit von einer Stunde und 36 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 32 Minuten, auf die SPD-Fraktion 17 Minuten und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 15 Minuten. Die Rededzeit der Staatsregierung orientiert sich an der Rededzeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 32 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Rededzeiten der Fraktionen verlängern.

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Sackmann. Ich darf bitten, die Gespräche an der Regierungsbank einzustellen.

Markus Sackmann (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Tagesordnungspunkt 12 – Einzelplan 12, Zu zwölf Schwerpunkten möchte ich heute Stellung nehmen. Ich glaube, am Haushalt des Herrn Staatsministers Schnappauf kann man schon sehen, dass die Staatsregierung und die CSU in den letzten Jahrzehnten und gerade jetzt wieder für die Ökologie, für den Umweltschutz und damit für unsere intakte Umwelt im Freistaat Bayern eine große Menge Geld in die Hand nehmen. Ich stelle einen Vergleich mit anderen Bundesländern an. Baden-Württemberg gibt beispielsweise 34 Euro pro Kopf für den Umweltschutz aus, Nordrhein-Westfalen 22 Euro, der Freistaat Bayern 47 Euro. Das ist mehr als das Doppelte dessen, was das große Flächenland Nordrhein-Westfalen ausgibt. Das sind Zahlen, die beeindruckend sind.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt sind in Bayern für den Umweltschutz in den verschiedenen Haushalten rund 600 Millionen ausgebracht.

Ich möchte jetzt zwölf Schwerpunkte herausheben:

Der erste wichtige Punkt ist der Hochwasserschutz, über den wir im Parlament schon sehr viel diskutiert haben. Nach dem Programm der Staatsregierung wird der Freistaat Bayern bis zum Jahr 2020 jedes Jahr hohe Mittel einplanen, um den Hochwasserschutz voranzubringen. Wir haben ausgerechnet, dass bis 2020 für den Hochwasserschutz jährlich etwa 115 Millionen Euro nötig sind. Wir können uns glücklich schätzen, dass wir bereits im Jahr 2006, aber auch in den Jahren 2007 und 2008 insgesamt 150 Millionen Euro für den Hochwasserschutz eingeplant haben. Sie wissen, dass diese Gelder aus Europa, aus dem Bund und auch aus dem Freistaat Bayern stammen, der davon immerhin 77 Millionen Euro trägt.

Mit 150 Millionen Euro kommen wir unserem Ziel näher und können bis zum Jahr 2020 einen entsprechenden Hochwasserschutz für unser Land einrichten. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich sage das deswegen, weil noch vor wenigen Monaten Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den GRÜNEN an dieser Stelle bezweifelt haben, dass wir dieses unser Versprechen einhalten werden. Diese 150 Millionen Euro sind im Haushalt nunmehr eingeplant. Das muss entsprechend gewürdigt werden.

Zum zweiten Punkt. Wir werden auch weiterhin Wasser-versorgungsanlagen und Abwasserentsorgungsanlagen fördern. Dafür werden rund 135 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Vergleichen Sie bitte unsere Situation mit der Situation in anderen Bundesländern. Andere Bundesländer können sich in diesem Bereich gar nichts oder nur noch sehr wenig leisten. Wir haben dafür Mittel zur Verfügung gestellt.

Mein dritter Punkt sind die Kleinkläranlagen. Darauf möchte ich eingehen, weil es unter anderem eine Initiative meines früheren Kollegen Walter Hofmann von der CSU-Fraktion war, den Bau von Kleinkläranlagen zu unterstützen. Hier musste viel Überzeugungsarbeit geleistet werden, gerade auch aus dem Umweltarbeitskreis der CSU heraus. Für die Kleinkläranlagen werden im Stammhaushalt 16 Millionen Euro bzw. 13 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das ist sehr erfreulich. Damit können die Abfinanzierungszeiten reduziert und die Bürgerinnen und Bürger bedient werden. Ich bin der CSU-Fraktion sehr dankbar, dass sie aus ihrer Reserve noch einmal zwei Millionen Euro für die Kleinkläranlagen draufgelegt hat.

Zu diesen beiden Punkten möchte ich eine Bemerkung machen: Ich habe wenig Verständnis dafür, dass gerade die GRÜNEN in diesem Bereich gegen den ländlichen Raum agieren. Die GRÜNEN wollten für Wasser- und Abwasseranlagen sowie für die Kleinkläranlagen weniger staatliches Geld in die Hand nehmen und damit die Bürger mehr belasten. Dies würde den ländlichen Raum und nicht die Städte treffen.

Mein vierter Punkt ist der Naturschutz und die Landschaftspflege. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, hier bestand im Rahmen der Haushaltsaufstellung ein großes

Problem, weil wir aus Europa weniger Mittel bekommen haben. Sie kennen die Zahlen: Wir werden rund 80 Millionen Euro weniger aus Europa bekommen. Das schlägt auch in diesem Haushalt durch. Unsere Fraktion hat dankenswerterweise eine Aufstockung dieser Mittel beantragt. Ich bitte Sie, diese CSU-Anträge anschließend zu unterstützen. Für den Naturschutz und die Landschaftspflege sollen dennoch pro Jahr noch einmal 1,8 Millionen Euro zusätzlich ausgegeben werden. Damit hätten wir die fehlenden Mittel weitgehend ausgeglichen und die erfolgreiche Arbeit könnte fortgesetzt werden. Lieber Herr Kollege Henning Kaul, das ist ein gemeinsames Anliegen von uns.

Mein fünfter Punkt betrifft die Fachmittel im Umweltbereich. Ich denke dabei zum Beispiel an den Bodenschutz, die Altlasten und die Abfallwirtschaft. Als Oberpfälzer erwähne ich aber vor allem auch die eingepflanzten Mittel für die neue Maxhütte und den Schlackenberg. Dafür sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von inzwischen 23 Millionen Euro mit der Nachschubliste enthalten.

Der sechste Punkt betrifft die Umweltbildung. Dieser Punkt wird über die Fraktionsgrenzen hinweg als wichtig angesehen und stellt ein besonderes Anliegen der beiden Berichterstatter der SPD und der CSU dar. Lieber Herr Kollege Wolfrum, wir haben in diesem Haushalt die Mittel für die Umweltbildung aufgestockt. Dadurch können für junge Leute insgesamt 25 zusätzliche ökologische Jahre angeboten werden. Jeder, der sich einmal mit dieser Materie beschäftigt hat, weiß, was ein solches Jahr für junge Menschen bedeutet. Darüber hinaus können drei neue Umweltstationen eingerichtet werden, nämlich in Helmbrechts, in Bamberg und in Augsburg. Wir haben außerdem vereinbart – hier war Herr Kollege Siblinger tätig –, dass beim Haushaltsvollzug des Einzelplans 05 – also des Schulhaushalts – zusätzliche Mittel für die Umweltbildung im Haushalt bereitgestellt werden. Herr Kollege Wolfrum, das war vor allem Ihr Anliegen. Herr Kollege Manfred Ach hat uns als Haushaltsausschuss-Vorsitzender entsprechend unterstützt. Ich möchte das an dieser Stelle deutlich machen.

Der siebte Punkt ist der Verbraucherschutz. Hierfür sind 65 zusätzliche Planstellen vorgesehen, um das neue Konzept der Staatsregierung im Bereich des Verbraucherschutzes umzusetzen. Herr Staatsminister, ich gehe davon aus, dass Sie darauf näher eingehen werden. Wir werden Sie unterstützen und diese Stellen zur Verfügung stellen.

Der achte Punkt betrifft das ehrenamtliche Engagement im Verbraucherschutz. Wir haben die entsprechenden Mittel geringfügig erhöht. Wir haben in der Ausschusssitzung an die Staatsregierung appelliert, dass den Verbraucherverbänden beim Haushaltsvollzug flexibel geholfen werden soll, gerade weil hier sehr viel ehrenamtliches Engagement vorhanden ist.

Mit dem neunten Punkt komme ich bereits zum Gesundheitsbereich. Hier sind vor allem die Aids-Beratung und die Aids-Bekämpfung zu nennen. Hierfür wurden wenige zusätzliche Mittel eingeräumt, um die Personalkosten aufzufangen. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen,

wir sollten dieses Thema nicht unterschätzen, sondern immer wieder deutlich machen: Aids ist nach wie vor eine Bedrohung und ein wichtiges Thema. Deshalb bitte ich auch hier darum, den Aids-Beratungsstellen flexibel zu helfen – zum Beispiel, wenn Projekte anstehen –, und ihnen beim Haushaltsvollzug unter die Arme zu greifen.

Der zehnte Punkt betrifft die Gefahr einer Influenza-Pandemie. Für deren Bekämpfung sind zusätzliche Mittel von 700 Millionen Euro vorgesehen. Damit können nicht nur 15 % sondern 20 % der Bevölkerung mit Medikamenten versorgt werden. Dies war der Staatsregierung ein besonders wichtiges Anliegen.

Ich komme damit zum elften Punkt, der sich auf die Fonds bezieht. Natürlich sind diese Fonds wegen des derzeitigen Zinsniveaus nicht so hoch, wie das früher einmal war. Wir haben damit aber die Möglichkeit, aus dem Naturschutzfonds, dem Umweltfonds und dem Altlastensanierungsfonds zielgerichtet Gelder auszugeben und helfend tätig zu sein.

Nun zum zwölften Punkt. Interessant ist, dass dieser Haushalt von vielen Investitionen geprägt ist. 33 % des heute vorgelegten Haushalts betrifft die Investitionen. Dies hilft der Wirtschaft und den Menschen vor Ort. Ein besonderer Punkt – der auch schon für Schlagzeilen gesorgt hat – ist dabei das Haus der Berge, für das die Planungen weitergeführt werden können. Selbst die Kolleginnen und Kollegen von der SPD haben die im Ausschuss vorgelegten Ideen gelobt. Wir werden dieses Projekt auch in den nächsten beiden Jahren intensiv begleiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, ich bitte um Annahme dieses Haushalts und um Zustimmung zu den Änderungsanträgen der CSU.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Ludwig Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst eine Vorbemerkung machen. Der Ministerpräsident hat in seiner Haushaltsrede kein Wort über die Umwelt verloren. Er hat auch kein Wort zum Verbraucherschutz gesagt.

(Manfred Ach (CSU): Weil es gut läuft!)

Heute spricht ein Abgeordneter zum Thema Umwelt- und Verbraucherschutz, der nicht im Umweltausschuss ist. Dagegen ist nichts zu sagen, aber man reibt sich schon die Augen.

(Manfred Ach (CSU): Der Kollege Kaul ist auch da!)

Könnte es sein, dass die für die Umwelt Zuständigen in der CSU-Fraktion alle Hoffnungen fahren lassen und ihrem Minister – wenn man den Haushalt näher ansieht – ein Zeugnis ausstellen, das alles andere als gut ist? Die Signale, wenn ich sie richtig deute, lauten: Man wendet sich offensichtlich mit Grausen ab.

Herr Kollege Sackmann, Sie mussten tief in die Statistik-Kiste greifen, um nicht sagen zu müssen, dass der Umwelthaushalt nur um 1,5 % gestiegen ist. Das ist die schwächste Steigerung von allen Haushaltsposten. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Wir wissen, dass alleine die Klimapolitik, bei der es inzwischen fünf Minuten nach zwölf ist, einen erheblich anderen Ansatz verlangen würde als den, der jetzt im Haushalt steht.

(Henning Kaul (CSU): Das ist Ihre Meinung!)

Sie wissen ganz genau, dass Klimapolitik nicht ohne Geld zu machen ist. Herr Kollege Kaul, Sie hätten zu diesem Thema sprechen können. Sie haben es aber nicht getan.

(Beifall bei der SPD)

Wir können uns über dieses Thema gerne noch unterhalten.

(Henning Kaul (CSU): Herr Kollege, Ihre Prioritäten sind nicht meine!)

Ich darf Ihnen ein Zweites sagen:

Wir freuen uns darüber, dass der Hochwasserschutz die zugesagten Mittel erhält.

(Markus Sackmann (CSU): Da schau her!)

– Wir freuen uns darüber. Das war eine gemeinsame Anstrengung aller. Wir haben bei vielen Hochwasserkonferenzen gemeinsam den Druck erzeugt, der notwendig war, um diese Mittel zu erhalten. Bei einem kann ich Ihnen allerdings nicht Recht geben, Herr Kollege Sackmann, und zwar beim Wasser und beim Abwasser: Wer erst den Haushalt gegen Null fährt, die Mittel kürzt, die Gemeinden im Regen stehen lässt, und jetzt geringfügig nachholt, der soll sich, bitte schön, nicht loben.

(Beifall der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD) – Manfred Ach (CSU): Auf Null? Seit wann auf Null? Sehen Sie sich die Zahlen der letzten zehn Jahre mal genauer an!)

Jetzt bin ich wieder bei Ihnen, wenn es darum geht, Kleinkläranlagen zu fördern. Herr Kollege Sackmann, ich habe allerdings schon die Bitte, dass Sie das auch Ihren Kommunalpolitikern sagen, die Kleinkläranlagen permanent überall torpedieren, wo sie nur können.

(Zuruf des Abgeordneten Henning Kaul (CSU))

– Herr Kollege Kaul, Sie wissen genau, wo die Schwächen liegen. Wir können die Sache gemeinsam ganz gut bewältigen, wenn wir in Zukunft dafür Sorge tragen, dass die Mittel, die jetzt bereit stehen, richtig eingesetzt werden. Die notwendige Überzeugungsarbeit muss aber auf kommunaler Ebene geleistet werden.

(Beifall der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Uns freut, dass wir es dank Klaus Wolfrum und auch dank Ihnen geschafft haben, das ökologische Jahr und die Umweltstationen zu stärken. Das ist eine gute Investition in die Zukunft und für unsere Jugend.

(Beifall der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Das ist wichtig und auch richtig, hier sollten wir weitermachen. Wir müssen aber auch darüber reden, dass wir beim Klimaschutz Defizite haben. Wir nehmen zu wenig Geld in die Hand, um zum Beispiel die Altbausanierung stärker voranzutreiben. Dabei wäre das dringend notwendig und geboten, Kolleginnen und Kollegen. Im Übrigen wundere ich mich, dass der Wirtschaftsausschuss nicht stärker hinter diesem Thema her ist, denn jeder Euro, der in die Sanierung fließt, bringt sieben Euro in der Wirtschaft. Es wäre spannend, dieses Geld zu nutzen. Außerdem kommt noch Folgendes hinzu: Jeder Euro, den wir in den Klimaschutz, sprich Sanierung der Altbauten, stecken, führt dazu, dass wir weniger Energie verbrauchen und importieren müssen. Dann würde auch weniger Geld für Energieimporte ins Ausland fließen. Hier haben wir also noch sehr wohl Hausaufgaben zu machen, die Sie vernachlässigen.

Im Übrigen sollten wir auch Geothermie stärker fördern, als das bisher der Fall war. Wir brauchen beispielsweise die Absicherung von Bohrrisiken. Sie wissen ganz genau, dass die Bohrungen heute mit Geräten gemacht werden, die eigentlich für die Erkundung von Erdöl und Erdgas konstruiert sind. Das führt bei Geothermie-Bohrungen immer wieder zu Problemen. Die Risiken, die dadurch bei den Kommunen und Gemeinden entstehen, die solche Bohrungen vornehmen, sollten wir bis zu einem gewissen Teil abdecken, um sicherzugehen, dass nichts passiert.

(Beifall der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Wir hätten uns auch eine stärkere Förderung der Energiegewinnung aus Biomasse gewünscht, um ein zweites Standbein für die Landwirte sicherzustellen. Wir hätten auch gewollt, dass die Möglichkeiten der regenerativen Energien stärker ausgeschöpft werden als bisher. Schließlich vermissen wir nach wie vor Energieagenturen in großen Landesteilen, die sicherstellen, dass vor Ort gut beraten wird. Bereits vor Baubeginn muss den Bürgerinnen und Bürgern gesagt werden, wie sie Energie sparen können und wie die eingesetzte Energie richtig eingesetzt wird. Wir hätten uns gewünscht, dass hierfür die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Wir kommen zu einem anderen, schwierigen Thema, Kolleginnen und Kollegen. Wenn wir die Haushaltstitel Veterinärverwaltung, Tierseuchenbekämpfung und Gesundheitswesen ansehen, dann ist festzustellen, dass gerade diese Haushaltstitel mit einem Minus versehen sind. Aus-

gerechnet dort, wo die größten Schwächen bestehen, wie wir in den letzten eineinhalb Jahren erfahren mussten, beginnen Sie zu knapsen. Das verstehe, wer will. Ernährung und Verbraucherschutz: minus 20 %.

(Unruhe bei der CSU)

– Das sind Ihre Zahlen. Sehen wir uns andere Haushalts-titel an: Gewerbeaufsicht und Arbeitsschutz, Schutzrechte für Arbeitnehmer, Sicherung von Gesundheit. Hier gehen Sie um 7 % nach unten. Bei der Veterinärverwaltung gehen die Ausgaben um 1,4 % zurück. Für Naturschutz und Landschaftspflege stehen künftig 5 % weniger zur Verfügung.

Wir stellen auch fest, dass der notwendige Personal-aufbau in den Landesämtern, der sich in erster Linie mit Lebensmittel- und Verbraucherschutz befasst, nur durch Umschichtungen einigermaßen stabil gehalten werden kann. Über Neueinstellungen, würden wir uns freuen. Die will ich aber erst einmal sehen, bevor ich daran glauben kann. Im Moment besteht der Haushalt nämlich in erster Linie aus Umschichtungen. Wir glauben hingegen, es wäre notwendig, gerade hier kräftig nachzulegen. Der Haushalt wäre hier zu optimieren, denn es kann doch nicht sein, dass wir zwar verschiedene Laborstandorte haben, dass aber Fahrer eingespart wurden, und dass deshalb Proben, die auf ihre Gesundheitsgefährdung hin überprüft werden sollen, eine Woche liegengelassen werden, weil der Fahrer eben nur einmal pro Woche vorbeikommt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!)

Das ist ein ganz banales Beispiel dafür, wo am falschen Ort gespart wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wer sich an solchen Stellen Sparsamkeit erlaubt, der muss sich nicht wundern, wenn ihm Teile der Lebensmittelüberwachung immer wieder um die Ohren fliegen. Das ist wahrhaftig kein Wunder.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Dabei kommt nichts Gescheites heraus!)

Ein weiteres Thema: Wir wollen, dass Bayern wieder zur „Schmankerlecke“ wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir wollen, dass Bayern eine gesicherte Wasser- und Abwasserversorgung hat. Das muss ein zentrales Thema sein. Wir sollten die Wasserversorgung kleinteilig haben, denn die Kleinteiligkeit der bayerischen Wasserversorgung ist Garant dafür, dass Wasser hohe Qualität behält. Wasser kann dann nicht so leicht zum Handelsobjekt werden, und das gilt es zu stärken. Nicht die großteiligen Anlagen sind wichtig, sondern die Bewahrung der Kleinteiligkeit, die es bisher in Bayern gibt. Dazu aber wird Geld gebraucht. Das ist der eine Teil der „Schmankerlecke“.

Der andere Teil: Wir müssen den Verbraucherschutz mehr stärken, als das bisher der Fall war.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Sackmann (CSU))

Das geht nicht nur, indem Personal aufgestockt wird, sondern was hier fehlt, das ist der Mut zu einer Neuorganisation. Herr Minister, was Sie bisher angeboten haben, ist hierfür zu wenig. Man muss da schon einmal den Mut haben, gegenüber den Landräten und auch anderen gegenüber zu sagen, wie man das besser neu organisiert. Sie kennen unser Papier, das ist seit 2001 auf dem Tisch. Sie hätten sich viel Ärger sparen können, wenn Sie uns damals zugestimmt hätten.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt haben Sie den Ärger am Hals, und Sie dürfen ihn allein ausbaden, wie man sieht. Man lässt Sie im Stich, wenn ich das richtig sehe.

Meine Damen und Herren, ein weiteres Thema, das die Bevölkerung in Bayern umtreibt: Wir wollen in Bayern keine Nahrungsmittel mit Gentechnik produzieren. Wir wollen in Bayern gentechnikfreie Nahrungsmittel haben. Wir brauchen dieses Zeug nicht. Unsere Landwirte haben bisher tolle Produkte erzeugt, und das sollen sie auch weiterhin tun. Wir sagen: Bayern muss frei von gentechnischem Anbau bleiben. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass das gentechnikverseuchte Saatgut sich nicht über Aussamungen überallhin verbreitet, wie das beispielsweise in Spanien der Fall ist. Sonst gibt es nämlich keinen Weg mehr zurück. Die Frage ist, ob wir das gemeinsam hinbekommen, diesem Ziel muss unsere gemeinsame Anstrengung gelten.

(Beifall der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Wir bitten Sie, dafür Sorge zu tragen, dass diese Teile die entsprechende Bedeutung bekommen. Es ist ganz spannend, dass einige „Lautsprecher“ Ihrer Partei, zumindest der „Lautsprecher des Ministerpräsidenten“, Herr Söder – leider ist er im Moment nicht da –, plötzlich Umwelt- und Naturschutz für sich entdecken.

(Dr. Marcel Huber (CSU): Ist das ein Fehler?)

– Nein, das ist kein Fehler, aber wenn Herr Söder über Umwelt und Naturschutz redet, dann kommt bei mir gleich der Verdacht auf, dass er meint, er muss Kernkraftwerke zu Biotopen erklären, damit er sie möglichst lange erhalten kann.

(Beifall bei der SPD – Allgemeine Heiterkeit)

Das ist die große Gefahr dabei. Wir müssen darüber reden, wie wir damit umgehen.

(Christian Meißner (CSU): Das ist ein guter Gedanke!)

– Ich habe befürchtet, Herr Kollege Meißner, dass Sie das so sehen. Sie werden sich aber Ihren Schnabel dabei verbiegen, denn die bayerische Bevölkerung hat das Thema Kernkraftwerke längst abgeschrieben. Die bayerische Bevölkerung will die Kernkraftwerke längst loswerden, genau wie wir.

(Zuruf des Abgeordneten Günther Babel (CSU))

– Natürlich sind wir das gewesen, Herr Kollege. Darf ich Sie daran erinnern, dass die bayerische Bevölkerung erheblich klüger ist als die Bayerische Staatsregierung? – Andernfalls wären in Bayern nämlich nicht die meisten Mittel für regenerative Energien verbaut worden, Mittel, die im Übrigen von einer rot-grünen Regierung zur Verfügung gestellt wurden.

Deswegen sind wir bei den regenerativen Energien zwar sehr weit, aber noch nicht weit genug.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns von der Kernenergie Abschied nehmen und nicht daran festhalten; lassen Sie uns von einer Technik Abschied nehmen, die längst veraltet ist, die mit vielen Milliarden entwickelt wurde und mit vielen Milliarden beerdigt werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Das darf man nicht vergessen. Ihre Aussage, das sei immer noch die günstigste Art, um Energie zu erzeugen, ist eine Lebenslüge der Kernenergie, der Sie aufsitzen. Sie wissen genauso gut wie wir, dass die Kosten für die Forschung für die Kernenergie, um sie überhaupt erst einsetzen zu können, und die Kosten für die Entsorgung der Kernenergie, die uns noch ein paar Millionen Jahre beschäftigen wird, dafür sorgen, dass die Kernenergie erheblich teurer ist als der Voltauik-Strom. Das können Sie in jedem vernünftigen Bericht nachlesen.

Deswegen ist es richtig und gut, dass wir darauf setzen, mit regenerativen Energien und Einsparpotenzial von einem irrsinnigen Energiemix in Bayern Abschied nehmen zu können. Wir haben eigentlich gar keinen Mix, sondern der absolute Schwerpunkt ist die Kernenergie. Der Begriff „Mix“ ist irreführend: Das ist ein zementiertes, auf Kernenergie aufgebautes System, das uns zum Verhängnis werden kann. Wir können alle nur hoffen, dass das nicht eintritt, aber es wäre fatal, wenn das schiefginge.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns darauf verständigen könnten, für Gentechnik, Wasserversorgung und Energie in Zukunft andere Haushaltsansätze vorzusehen als in diesem Haushalt, dann hätten wir keine Sorgen mehr. Dann könnten wir in Bayern die CO₂-Ziele, die wir uns selbst gesetzt haben, leicht erreichen und könnten dafür sorgen, dass die Zukunft unserer Kinder, über die immer sehr viel geredet wird, etwas sicherer wäre, als das bisher der Fall ist.

Meine Damen und Herren, was nützt Ihnen denn eine gute, florierende Wirtschaft, wenn die Lebensgrundlagen wie sauberes Wasser, gute Luft und guter Boden fehlen? – Dann nützt Ihnen das alles nichts; dann haben wir keine Existenzgrundlagen mehr. Unter diesem Aspekt ist dieser Haushalt dürftig. Deshalb hat der Herr Ministerpräsident – etwas verschämt – gleich gar nichts dazu gesagt. Dieser Haushalt ist dürftig. Er hätte wesentlich höher ausfallen müssen, wenn es nach unseren Wünschen gegangen wäre.

Sie hätten jetzt noch Gelegenheit, unseren Anträgen zuzustimmen. Tun Sie das doch; dann könnten wir gemeinsam dem Haushalt zustimmen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ludwig Wörner (SPD): Nein, ich habe nur noch sehr wenig Redezeit. Das geht leider nicht.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Die CSU hat sehr viel mehr Redezeit als wir!)

Wir könnten sicherstellen, dass die Zukunft Bayerns, eines tollen Landes, besser sein wird, als das bislang der Fall ist. Wir könnten den CO₂-Ausstoß deutlich reduzieren. Wir könnten die Lebensgrundlagen sichern und fortentwickeln. Mit Ihrem Haushalt werden Sie das aber nicht schaffen. Sie, meine Damen und Herren von der CSU, lassen mit diesem Haushalt die Verbraucherinnen und Verbraucher und die Produzenten, unsere Landwirte, schmäählich im Stich.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN – Manfred Ach (CSU): Sie haben doch null Ahnung! Ein Städter hat vom Land keine Ahnung!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Paulig.

Ruth Paulig (GRÜNE): Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident! Umweltpolitik ist mehr als Sonntagsreden, ist mehr, als dieser Haushalt bietet, mehr als dieses Umweltministerium bietet.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

In der Tat fällt es auf, dass zu den Fachhaushalten nicht mehr die Sachpolitiker, sondern nur noch die Haushaltspolitiker sprechen. Wo bleiben denn Ihr Interesse für die Sachpolitik und Ihr Einsatz für eine Verbesserung?

(Markus Sackmann (CSU): 23 Minuten haben wir noch!)

– Ich habe noch 14,3 Minuten.

(Christian Meißner (CSU): Jetzt schon nicht mehr!)

Bayern als Musterland und Ihr Umweltminister, Kolleginnen und Kollegen der CSU, als Musterschüler, macht fast jede Woche mit neuen Stürzen in Fallgruben von sich reden. Ich will jetzt nicht auf alle Haushaltsdetails eingehen, sondern nur darauf, was bayerische Umweltpolitik kennzeichnet.

Das Umweltministerium betätigt sich als Reparaturbetrieb. Da geht es darum, Gammelfleischhändler dingfest zu machen, Altlasten zu sanieren – Sondermüll aus Italien wird jetzt wieder reingelassen –, die GSB – die Sonderabfall-Entsorgung Bayern GmbH – auf Kosten der Steuerzahler vor der Pleite zu retten, ein absolut striktes freiwilliges Rauchverbot überall auszusprechen, den Bären willkommen zu heißen und wenige Tage später die Abschlusssverfügung wegen öffentlicher Sicherheit zu erlassen, das Vogelgrippevirus zu erledigen, ehe es angekommen ist, und dann geht es auch darum, falsch gesetzte Dübel in Atomkraftwerken erst dann auszutauschen, wenn das in die Profitinteressen der Betreiber passt.

(Manfred Ach (CSU): Da sehen Sie, wie viele Aufgaben dieser Mann hat!)

Das bayerische Umweltministerium steht für eine Verzögerung der EU-Umweltgesetze. Das ist für das Musterland Bayern wahrlich eine schlechte Bilanz. Jahrelang wird gegen eine sachgerechte FFH- und Vogelschutzgebietsausweisung gekämpft, zwei Jahre lang gegen die Umweltinformationsrichtlinie, gegen eine sachgerechte Umweltverträglichkeitsprüfung, gegen bessere Luftqualität durch Feinstaubminderung oder gegen die Umsetzung der ersten Schritte der Wasserrahmenrichtlinie bei der Donau. Fürwahr, diese Bilanz des bayerischen Umweltministeriums kann sich sehen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayerische Umweltpolitik in diesem Haus steht für unwirksame Pakte. Ich nenne das Klimabündnis. Nach über zwei Jahren gelingt es, jetzt möglicherweise die Kirchen ins Bündnis zu holen. Das wollte man eigentlich schon vor den Wahlen machen. Wenn man genau hinschaut: Wer geht in diesem neuen Bündnis mit den Kirchen Verpflichtungen ein, die Gebäude zu sanieren? – Das sind die Kirchen, das ist nicht der Freistaat.

Nach dem Umweltpakt – das haben wir erst jetzt wieder gelesen – sollen die Banken 5 % ihres Energieverbrauchs bis 2010 einsparen. Ich bitte Sie: Das ist fürwahr eine Leistung. Hoffentlich nimmt sich kein anderes Unternehmen dies zum Vorbild. Am gleichen Tag kommt eine Pressemeldung aus dem Landesamt für Umweltschutz, dem LfU: 20 bis 40 % Einsparungen sind kein Problem. So sieht es aus!

(Zuruf des Abgeordneten Christian Meißner (CSU))

Schauen wir auf andere Betriebe des Umweltpaktes, zum Beispiel auf die SKW Münchsmünster oder auf die Firma Dyneon. Das sind vorbildliche Betriebe des Umweltpaktes, denen es gelingt, die Donau mit PCB oder die Alz mit Tensiden anzureichern.

Das Bündnis zum Flächensparen – auch Sie kennen es – soll die Böden schützen. Bei jedem neuen Gewerbegebiet aber knicken Innenministerium und Umweltministerium vor der Planungshoheit der Kommunen ein. So sieht es aus. Die Gewerbegebiete vermehren sich landauf, landab in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Nicht zuletzt weise ich auf den Mobilfunkpakt hin. Zu diesem Pakt gibt es in fast jeder Umweltausschusssitzung zahlreiche Petitionen. Erst gestern hat meine Kollegin Barbara Rütting mit Bürgern und Bürgerinnen aus Bernau und Oberammergau 2000 Unterschriften gegen diese Politik der Betreiber abgegeben, die Sie angeblich mit dem Mobilfunkpakt steuern wollen.

Wie sieht es aus im Umweltausschuss? – Jede Petition wird mit Textbausteinen von der CSU für erledigt erklärt.

Dies alles ist in eine wunderbare Propagandaabteilung im Umweltministerium eingebettet, für die viele Millionen Euro vorgesehen sind. Die große Propagandakampagne hieß einmal „Bayern aktiv“, jetzt heißt sie „Gesund. Leben. Bayern“. Wahrscheinlich gab es nicht so viele Aktivitäten. Die mündigen Bayern wissen aber aus Fachmagazinen, aus der Werbung und letztlich aus der „Apothekenrundschau“, dass gesunde Ernährung, Bewegung und vernünftige Lebensführung wichtig sind. Dazu braucht man keine mit viel Geld ausgestattete Propagandaabteilung eines Umweltministeriums. Wenn sich das Ministerium schon mit Ernährung beschäftigt, dann zeigen Sie doch endlich einmal klar, Herr Umweltminister, dass Bioobst und Biogemüse mit Pestiziden deutlich weniger belastet sind – um das 150-fache weniger – als konventionelle Produkte. Sagen Sie das doch einmal der Bevölkerung!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wahrscheinlich passt das nicht in Ihr CSU-Bauernverbands-Weltbild.

(Christian Meißner (CSU): Sie müssen erst noch richtig in Fahrt kommen!)

– Herr Meißner, ich hebe mir noch einige Minuten Redezeit auf. Wenn Sie dann geredet haben, bin ich richtig in Fahrt. – Umweltpolitik muss mehr sein als Sonntagsreden. Reparaturpolitik, Verzögerungstaktik, Pakte und Propaganda sind nicht genug. Ob eine Umweltpolitik verantwortlich ist, bemisst sich beispielsweise vorrangig am Handeln für den Klimaschutz. Das ist die größte umweltpolitische Herausforderung, jetzt und für die kommenden Jahrzehnte.

Was aber tut der Umweltminister, um diesem Auftrag gerecht zu werden? Nichts. Klimaschutz ist eine aktuelle Querschnittsaufgabe. Wo beispielsweise bleibt der Widerstand eines Umweltministers, der wirklich wunderbare Sonntagsreden halten kann, wenn der Klimaschutz

im Landesentwicklungsprogramm in vier Zeilen für erledigt erklärt wird?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wo bleibt sein Einsatz gegen den Ausbau der Flughäfen in Bayern, für eine angemessene Besteuerung des Flugbenzins oder die Einbeziehung des Flugverkehrs in einen wirksamen Emissionshandel? – Fehlanzeige. Wo bleibt sein Einsatz gegen Straßenbauorgien und für konsequente Verbesserungen im öffentlichen Verkehr? Wo bleibt sein Einsatz für spritsparende Autos der bayerischen Automobilindustrie? – Fehlanzeige. Die zügige Sanierung der öffentlichen Gebäude steht jetzt noch als Ziel im Haushalt 03 B. Dort ist auch als weitreichende Anpassungsstrategie das Förderprogramm für Sandsack-Abfüllanlagen zu finden. Das nenne ich eine wunderbare Anpassungsstrategie.

Der technische Hochwasserschutz wird mit Finanzmitteln von EU, Freistaat und Kommunen vorangebracht. Das ist gut so, aber wo bleibt der flächendeckende natürliche Hochwasserschutz mit Auwäldern, mit Retentionsflächen und Gewässerrandstreifen? Erst kürzlich haben Sie dies abgelehnt. Wo bleibt eine Bodenbearbeitung in der Landwirtschaft, die die Wasseraufnahme sichert und verbessert. Wo bleibt der Einsatz eines Umweltministers für den Schutz des Bergwaldes oder gegen die konkrete Flächenversiegelung? – Fehlanzeige. Verantwortliche Umweltpolitik, verantwortliche Klimaschutzpolitik – dieser Haushalt steht leider genau für das Gegenteil. Wer wird jetzt in die Minderung der Treibhausgase investieren? Der Gesamthaushalt der CSU lässt diesen Weitblick vermissen. Ein Wirtschaftsminister geht sogar diese Woche noch zweimal zur Eröffnung von Schneekanonenanlagen – in der Tat eine zukunftsweisende Investition für die Kommunen. Selbst die OECD sagt inzwischen, dass die Schneelagen in Bayern rapide abschmelzen werden. Da helfen dann auch keine Schneekanonen mehr, Herr Huber. Zukunftsfähige Tourismuskonzepte dagegen bleiben auf der Strecke. Spätestens seit dem Bericht des ehemaligen Weltbankökonomens Nicolas Stern dürfte bekannt sein: Klimaschutz spart Kohle und Uran.

Sie kommen immer wieder mit Ihrer Atomenergie. Derzeit haben wir weltweit einen Anteil von 2,5 % am Energieverbrauch. Selbst wenn Sie einige 100 Atomkraftwerke – plus 40 %, einige werden abgeschaltet, neue müssen gebaut werden, nicht finanzierbar und nicht durchsetzbar – dazu bauen würden, so die IEA, die Internationale Energieagentur, dann würde der Anteil am Endenergieverbrauch gerade mal von 2,5 % auf 2,9 % bis zum Jahr 2030 steigen. Damit wollen Sie das Klima retten und wir haben den Atommüll und wissen nicht wohin damit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einsparpotentiale liegen heute bereits im Umfang von bis zu 80 % bei Strom und Wärme.

Insgesamt lässt sich feststellen: Umweltpolitik hat in dieser CSU eine extrem geringe Wertigkeit. Die Rede des Ministerpräsidenten hat es gezeigt: kein Wort zur Umwelt, zu Ökologie und Klimaschutz. Das kam darin nicht vor.

Der Umweltminister kann einem dabei in der Tat fast Leid tun. Wie soll er sich auf die Hinterfüße stellen, wenn der Chef die Aufgaben der Zeit nicht erkennt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fast könnte einem dieser Musterschüler und Medienstreber – ich darf das einmal sagen – bedauernswert erscheinen. Es ist die Tragik des Musterschülers, die Substanz des Handelns wird ihm von dieser CSU-Staatsregierung strikt verweigert. Da hilft es dann auch wenig, wenn ein ungeliebter Söder sich das grüne Mäntelchen umhängt oder eine Junge Union weit entfernt in Brüssel die CO₂-Steuer fordert, während gleichzeitig mit einer unsinnigen Pkw-Maut das Vielfahren belohnt werden soll. Leid tun können einem auch die qualifizierten Mitarbeiter der Fachbehörden und des Ministeriums. Fachliche Zusammenarbeit soll gebündelt werden und gleichzeitig wird das Landesamt für Umweltschutz zerschlagen und in Teilbereichen nach Hof verlagert. Es wird umgesiedelt, Familien werden belastet, Laboreinrichtungen und Gebäude verschleibt, Arbeitsbedingungen verschlechtert und eine Kosten-Nutzen-Analyse liegt bis heute nicht vor.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Meißner?

Ruth Paulig (GRÜNE): Nein, meine Redezeit ist ausgesprochen knapp.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien und in den Fachbehörden gilt heute ausdrücklich mein Dank. Wir haben hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fachbehörden und im Haus, aber sie sind einem Stress bis zum Umfallen ausgesetzt. Sie stehen unter einem enormen politischen Druck und dürfen nicht so, wie sie wollen. Angesichts dieser Lage ein kleiner Tipp für Sie, Herr Staatsminister: Sie könnten den Stress deutlich reduzieren, wenn Sie manchmal unsinnige Termine in Oberfranken wegfallen lassen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN stehen für den Weg in die Zukunft. Bis 2020 muss der Ausstoß klimaschädlicher Gase um 40 % reduziert werden, bis 2050 in den Industriestaaten um 80 %. Dann besteht die Chance, den Temperaturanstieg auf 2° C zu begrenzen. Wir liegen jetzt in Süddeutschland schon bei 1,2° C – mehr als der weltweite Durchschnitt – und Sie kennen die Auswirkungen, wenn der Temperaturanstieg zunimmt. Wir GRÜNEN fordern daher eine Kehrtwende in der Verkehrspolitik, Einsparungen und eine höhere Effizienz von Energie, den Ausbau der erneuerbaren Energien und Handeln statt Sonntagsreden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jede politische Entscheidung, jede Investition des Freistaates muss auf ihre Klimarelevanz geprüft werden. Klimaschutz muss bei allen politischen Entscheidungen dieses Hauses gestärkt werden. Das bedeutet, wir brauchen einen grundsätzlichen Politikwechsel in Bayern, der

den Zukunftsaufgaben gerecht wird. Dieser Umwelthaushalt tut es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An dieser Stelle sei es mir gestattet, unseren Haushaltspolitikern Thomas Mütze und Eike Hallitzky für ihren großen Einsatz für notwendige Änderungen in diesem Haushalt zu danken. Die CSU hat es leider immer nur geschafft, vernünftige Anträge abzulehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch ganz kurz – mir bleiben nur noch ein paar Minuten – zur Kehrtwende in der Verkehrspolitik sagen: Klimagerechtigkeit bedeutet nicht neue Straße und neue Startbahnen auf Flughäfen, sondern tatsächlich Reduktion und Ausbau des öffentlichen Verkehrs, denn anderenfalls stärken wir nur die Abwanderungstendenzen auf Kosten der Region.

(Zuruf des Abgeordneten Christian Meißner (CSU))

– Das ist in der Tat so.

BMW beispielsweise. – Zur Automobilindustrie –: Wir brauchen eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes. Dieser liegt weit über der Selbstverpflichtung von 140 Gramm CO₂ pro Kilometer, und zwar BMW bei 190 Gramm und Audi bei circa 180 Gramm. Diese Firmen haben bis heute nicht begriffen, dass Investitionen in die Umwelt und Reduktion von Energie und Rohstoffen wichtig sind. Solche Produkte sind die Entwicklungen für den heutigen und künftigen Markt. In solche Produkte muss in Bayern investiert werden. Sie tun leider immer noch das Gegenteil, und zwar sowohl in der Industrie als auch bei der Festlegung dieses Haushalts.

Dass es sich rechnet, können Sie am Ausbau der erneuerbaren Energie sehen, die tatsächlich die Weltmärkte erobern, was sich an der Börse ebenfalls positiv niederschlägt.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Gegen den Widerstand der CSU!)

Es gibt zu den erneuerbaren Energien und deren Ausbau vieles zu sagen; ich möchte noch kurz darauf eingehen: Sie haben das Gesetz immer abgelehnt. Jetzt gehen Sie zu den Terminen, wenn Anlagen für erneuerbare Energien eingeweiht werden. Und für 2007 wollen Sie das Gesetz abwürgen. Ich sagen Ihnen: Das geht auf Kosten der Arbeitsplätze in der Region. Dieses Gesetz über erneuerbare Energien, das EEG, hat 170 000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ruft jährliche Investitionen im Umfang von mehreren Milliarden hervor. Davon profitiert der Mittelstand; das ist ein Mittelstandsförderprogramm und Sie wollen es kaputt machen. Das Gesetz steht auch für eine hohe Ausbil-

dungsquote von Jugendlichen in den entsprechenden Betrieben. Setzen Sie sich für eine vernünftige und zukunftsorientierte Weiterentwicklung ein und würgen Sie das EEG nicht ab.

Noch etwas: Wenn Sie sich die Energieerzeugung aus Biomasse vor Augen führen, dann erkennen Sie, dass sich ein neues Problemfeld auftut. Palmöl soll hier auf Kosten des Tropen- oder Regenwaldes eingeführt werden, um den Einsatz von Biomasse voranzubringen. Denken Sie daran, Biomasse macht dann Sinn, wenn sie umweltfreundlich in Bayern erzeugt wird. Treten Sie ein gegen umweltzerstörende Importe aus der ganzen Welt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschließend: Handeln statt Sonntagsreden. Das wünschen wir uns alle in unserer Fraktion und ich glaube, das wünschen auch Sie sich im Geheimen, wenn Sie sich trauen dürften. Handeln statt Sonntagsreden – das braucht Bayern in diesem Land zum Wohl der Lebensqualität und aus globaler Verantwortung. Die Haushalte der Bayerischen Staatsregierung haben leider das Gegenteil aufgezeigt. Aus diesem Grund: Ablehnung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Kaul.

(Christian Meißner (CSU): Fragen Sie nach den Geheimnissen der Maut!)

Henning Kaul (CSU): Verehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen hier im Saal und an den Lautsprechern!

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

– Ich wollte damit nur klarmachen, dass mir jetzt natürlich 180 Abgeordnete lauschen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Noch besser wäre es aber, wenn sie hier wären, Herr Kollege.

(Christian Meißner (CSU): Die Hoffnung stirbt zuletzt! – Susann Biedefeld (SPD): Woher wissen Sie, dass Ihnen 180 Abgeordnete lauschen?)

Henning Kaul (CSU): Wenn man den Worten des Kollegen Wörner und der Kollegin Paulig gelauscht hat, wundert man sich, dass bei uns überhaupt noch Pflanzen wachsen,

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ach Gottele!)

dass wir nicht schon kohortenweise vergiftet worden sind durch die Lebensmittel, die in unseren Regalen liegen,

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Was denken Sie, wie viel Gift Sie in sich tragen? – Manfred Ach (CSU): Jeder trägt Gift in sich!)

und dass unsere Mitbewohner hier in Bayern, unsere Tiere, nicht schon längst ausgestorben sind. Frau Kollegin Paulig, wir müssen uns schon darüber wundern, dass Bayern trotz allen Betons, den wir hier in Bayern nutzen, immer noch ein schönes, grünes und buntes Land ist.

(Beifall bei der CSU – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Vor allem grün!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben diesen verzerrten Wahrnehmungen, die wir eben gehört haben, neben der durch die Opposition verzerrt dargestellten Realität können wir beim Thema Umwelt Gott sei Dank noch einige Erfolge benennen. Sonst wäre Bayern nicht so schön und lebenswert, wie es tatsächlich ist.

(Beifall bei der CSU – Ludwig Wörner (SPD): Und wie viele Misserfolge gibt es?)

Ich werde diese Haushaltsdebatte nicht dazu nutzen, um im kleinen Rautenmuster auf das einzugehen, was Sie, Herr Kollege, vorgetragen haben. Ich glaube, werte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wir haben über das, was Sie hier vorgetragen haben, im Umweltausschuss so ausführlich diskutiert, dass es einer Haushaltsdebatte würdiger wäre, wenn Sie etwas Grundsätzliches gesagt hätten.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Kollege Markus Sackmann hat die vielfältigen Aufgaben, die das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zu bewältigen hat, aufgezeigt.

(Susann Biedefeld (SPD): Die es nicht bewältigen kann! – Ludwig Wörner (SPD): „Zu bewältigen hätte“ müssen Sie sagen!)

Er hat auch begründet, dass wir die Mittel nicht zurückgeführt haben, sondern sie zumindest in der bisherigen Höhe beibehalten oder sogar erhöht haben.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Nachdem sie vorher reduziert wurden!)

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie darum bitten, mir in einigen grundsätzlichen Gedanken zu folgen. Ich glaube, wir können froh darüber sein, verehrter Herr Kollege Wörner, dass die Vorgänge in der uns umgebenden Natur Prozesse sind, die wir messen können und die wir auch für die Nachwelt dokumentieren können, um festzustellen, wo wir besser geworden sind.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Und welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?)

Bei der Bewertung dieser Daten hat die Opposition natürlich noch das Recht, einseitig Kritik am Politikansatz und am Politikvollzug der Regierung zu üben. Die Mehrheitsfraktion mit der von ihr getragenen Regierung hat aber natürlich auch das Recht, ihre Erfolge darzustellen und in Relation zu dem zu setzen, was noch getan werden

muss. Das hat, glaube ich, mit Schönreden nichts zu tun. Beides gehört zu einer Bilanz, und deswegen möchte ich mich mit dem anderen Thema, mit den Erfolgen befassen. Wir müssen mit einer solchen Bilanz nicht nur vor uns selbst Rechenschaft ablegen, sondern wir haben auch die Erfolge derer zu würdigen, die in der Verwaltung und vor Ort tatsächlich für die Verwirklichung der Vorgaben der Politik sorgen.

Wer gestern früh dabei war, wird es mir bestätigen. Kirchenrat Breit hat uns bei der Morgenandacht im Raum der Stille das Bibelwort mit auf den Weg gegeben – ich zitiere: „Suchet das Gute und nicht das Böse, auf dass ihr leben könnt.“ Unsere frühere Bundesumweltministerin und jetzige Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich 1997 so ausgedrückt: „Wir sind nicht zur Traurigkeit verpflichtet.“ Wenn man Sie von der Opposition gehört hat, müsste man eigentlich traurig sein. Ich füge hinzu, dass wir deshalb öfter über Erfolge reden und uns darüber auch freuen sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Ludwig Wörner (SPD): Über Fehler hinwegtäuschen!)

Peter Hahne, dem heute Morgen viele Kollegen zuhören konnten, hat uns darauf aufmerksam gemacht, dass die Worte „Angst“ und „Zukunftsangst“ im angelsächsischen Raum überhaupt nicht vorkommen, sondern dass diese Worte dort als Lehnwörter verwendet werden. Wissen Sie, was „heillose Angst“ in Amerika heißt? „German Angst“! Wenn man die Opposition hier gehört hat, braucht man sich nicht darüber zu wundern, dass dem so ist.

Werte Kolleginnen und Kollegen, alle Berichte, die wir im Umweltausschuss zu den Themen – jetzt kommt das große Spektrum dieses Ministeriums – Wasserqualität, Bodenzustand, Lebensmittelkontrolle, Luftqualität, spezifischer Energieverbrauch, Abfallwirtschaft, Biotop- und Artenschutz, Wasserverbrauch, Klimaschutz, Hochwasserschutz, Flächenmanagement, Internet mit den Problemen des Spam, Umweltpakt, Landesanstalt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Vogelgrippe, Gesundheitsinitiative, Gesund leben in Bayern, Wasserrahmenrichtlinie, Gentechnik und Mobilfunk angefordert haben,

(Christian Meißner (CSU): Da sieht man, wie tüchtig wir sind!)

zeigen, welche unglaubliche Themenvielfalt dieses Haus zu bewältigen hat. Wenn man die Bilanz nachliest – Herr Kollege Wörner, wir haben uns mit diesen Themen ausführlicher auseinandergesetzt –, kann man ohne Ausnahme sagen, dass unsere Politik wirksam gegriffen hat. Wir haben die Phase der Reparatur von Schäden, hervorgerufen durch früheres Fehlverhalten und aus Unkenntnis der Dinge, hinter uns. Frau Paulig, nehmen Sie das endlich zur Kenntnis. Wir wissen heute mehr über den Zustand unserer Umwelt als jede Generation vor uns.

(Ludwig Wörner (SPD): Und was machen wir daraus? – Engelberg Kupka (CSU): Lange Reden, Herr Kollege Wörner!)

Deswegen ist es unser zentrales Anliegen, heute und morgen Vorsorge zu treffen. Das machen wir schon, Herr Kollege Wörner, nur Sie haben es noch nicht zur Kenntnis genommen. Wir in der CSU-Fraktion arbeiten weiter am Ausbau der Vorsorge, auch wenn Sie diesen Weg nicht mit uns gehen. Denn Vorsorge ist langfristig billiger als Reparatur. Seit Jahren bauen wir den verordneten Umweltschutz, den Sie von der Opposition so propagieren, um zum freiwilligen Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

(Ludwig Wörner (SPD): Mit dem Erfolg, dass es immer mehr Skandale gibt! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Gammelfleischskandal!)

Das ist nur möglich durch ständige Dialoge zwischen allen Beteiligten. Wir nehmen dabei das gewachsene Umweltbewusstsein unserer Bürger und der Verantwortlichen in Wirtschaft und Verwaltung mit auf. Wir bauen die Umweltkompetenzen der Fachleute in Wirtschaft und Umweltverbänden in unsere Maßnahmen mit ein. Wir bündeln alle diese Möglichkeiten zum Vorteil unserer Umwelt in Ökoaudits, Umweltforen, Umweltpakts, und die dabei erzielten Erfolge geben uns Recht.

Andere Länder, die uns beobachten, kopieren diesen Weg der Kooperation statt des Weges der Konfrontation, den Sie von der Opposition immer wieder fordern. Einige Beispiele dafür: Für viele Wirtschaftsunternehmen sind die jährlichen Umweltberichte mittlerweile genauso wichtig geworden wie die Bilanzberichte. Sie wissen mittlerweile – das haben Sie sicher schon festgestellt –, dass unsere Aktiengesellschaften nicht nur nach ökonomischen und sozialen Komponenten bewertet werden, sondern dass sie auch danach bewertet werden, wie sie mit der Umwelt umgehen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Was tun Sie gegen die Klimaveränderung?)

– Sehen Sie, jetzt werden Sie schon wieder so kleinkariert. Gerade habe ich versucht, einen anderen Ansatz zu wählen.

Bayerische Firmen handeln längst nach der Maxime, dass das, was ökologisch falsch ist, auf Dauer auch ökonomisch unsinnig ist.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Feinstaubfilter!)

Die Grundlagen für dieses Verhalten legen wir in den Lehrplänen unserer Schulen. Unsere exzellenten Fachhochschulen und Universitäten, verehrter Herr Wissenschaftsminister Goppel, widmen sich in einigen Fachbereichen dem Nachhaltigkeitsgedanken, und sie bilden Spitzenkräfte aus. Die Erfolge unserer Umweltschutzbemühungen sind ohne Hochtechnologieforschung und angewandte Technik auf höchstem Niveau nicht möglich. Bayerische Firmen sind mittlerweile mit solchen technologischen Angeboten zum Schutz der Umwelt weltweit führend. Wir konnten Mitte des Jahres auch mit Kollegen aus der Opposition in Shanghai beobachten, dass gerade bayerische Firmen, die sich im technischen Umweltschutz tummeln und dort große Erfolge haben, weltweit eine rie-

sige Anerkennung genießen. Die Möglichkeiten des Einsatzes modernster Technologien geben dem Menschen auf der ganzen Erde die Chance, die Umweltfragen nicht nur zu sehr unter dem Gesichtspunkt des Verzichts zu betrachten, wie wir es leider allzu oft von unserer Opposition hören,

vielmehr gibt der Einsatz modernster Technologie uns allen die Möglichkeit, mit möglichst wenig Umweltverbrauch einen möglichst hohen Lebensstandard zu erreichen. Ich kann diese Hochschulen, verehrter Herr Wissenschaftsminister, nur ermuntern, auf diesem Gebiet weiter alle nur erdenklichen Anstrengungen zu unternehmen; denn nachhaltiger Umweltschutz beginnt bei der Produktentwicklung.

Lassen Sie mich im Namen meines Kollegen Joachim Unterländer auch ein Wort zum Gesundheitsschutz sagen. Die Sucht- und Drogenberatung – sie ist schon erwähnt worden – und die Aidsbekämpfung bleiben Dauerthemen des Gesundheitsministeriums. Deshalb hat sich der Sozialausschuss ausdrücklich für die Beibehaltung der Mittel eingesetzt. Herr Kollege Sackmann hat ja auch dargestellt, dass sie aufgestockt wurden.

Die Forderung an das Gesundheitsministerium bleibt aber bestehen, die Konzepte nicht nur abzuarbeiten, sondern entsprechend den Anforderungen der Gesellschaft auch weiterzuentwickeln.

Nicht stehen bleiben darf auch die Weiterentwicklung der Gesundheitsprävention. Der bayerischen Gesundheitsinitiative als Fundament der bayerischen Präventionspolitik stehen dafür auch in diesem Haushalt ungekürzte Mittel zur Verfügung. Aber, ich glaube, parallel zu dem Mitteleinsatz muss die Zusammenarbeit von haupt- und ehrenamtlichen Kräften, und zwar unter Koordinierung durch das Gesundheitsministerium, hinzukommen.

Lassen Sie mich ein Wort zum Verbraucherschutz sagen. Dabei bitte ich besonders die Opposition zuzuhören. Dieses Thema haben wir in den letzten Monaten im Ausschuss sehr ausführlich behandelt. Es hat uns gezeigt, dass die kriminelle Energie im Handel zum Beispiel mit Fleischprodukten die Fantasie – ich glaube, das müssen wir zugeben – aller unserer drei Fraktionen überstiegen hat. Unsere Anhörung nach den ersten Skandalen hat eine Menge Informationen hervorgebracht, aber auch unter anderem Verbesserungspotenzial im Überwachungsvollzug aufgedeckt. Dies will ich nicht verschweigen. Darauf hat das Kabinett sofort reagiert und die notwendigen Weichenstellungen getroffen,

(Zuruf von der SPD: Halbherzig!)

um die Überwachungsstrukturen neu zu organisieren.

Wir kontrollieren jetzt verstärkt und risikoorientiert in Trupps mit interdisziplinärer Zusammensetzung.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

– Herr Wörner, ich vermute, der Herr Staatsminister wird anschließend noch zur Arbeit seines Hauses Stellung nehmen und Näheres sagen.

Was mich neben den aufgedeckten Skandalen schockiert hat, ist die Tatsache, dass, während wir in diesem Haus darüber diskutierten und die kriminellen Machenschaften in den Medien dargestellt wurden, andere, noch nicht entdeckte kriminelle Händler weiter betrogen haben, als wären sie vor jeder Entdeckung sicher, und dies, obwohl wir sofort angefangen haben, massiv zu kontrollieren und verschärfte Kontrollen einzuführen. Das ist etwas, was mich umtreibt.

(Susann Biedefeld (SPD): Es gibt ja Gerichtsurteile!)

– Frau Kollegin Biedefeld. Sie verweisen auf Gerichtsurteile. Das nehme ich gern auf. Deswegen bin ich der Meinung – dieses Signal sollte vom Bayerischen Landtag ausgehen –, dass neben den Erfolgen der Überwachung auch die Höhe einer abschreckenden Bestrafung auf die Tagesordnung des Bundestages kommen muss.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

– Herr Kollege Wörner, statt wieder in den Krümmeln klein-kariert zu suchen, sollten Sie endlich in diesem Plenum ein Signal der Einheitlichkeit aussenden. Denn alles, was Sie vorhin angeprangert haben, können wir viel schneller beheben, wenn wir es gemeinsam tun, vorausgesetzt, dass da überhaupt etwas verbesserungswürdig ist. Wir haben doch im Ausschuss festgestellt, dass es sich hier um ein gemeinsames Anliegen handelt.

Ich will dabei bleiben, über die Opposition zu sprechen. Ich gebe es nicht auf, daran zu glauben, dass es eines Tages auch dort mit den Einsichten besser werden kann.

Ich habe in dem eben erwähnten Zusammenhang Ihre Presseveröffentlichungen gesammelt. Ich hatte schon geahnt, dass ich die gebrauchen kann. Ich habe sie auch noch einmal gelesen. Bei der Nachlese wurde überdeutlich, mit welcher vordergründigen Absicht Sie dieses Thema dazu benutzt haben, ein Kesseltreiben gegen unseren Umweltminister zu machen. Statt Ihre Medienmöglichkeiten zur Abschreckung der gesetzesverachtenden Händler zu nutzen, haben Sie in den Mittelpunkt Ihrer Pressemitteilungen – den Eindruck muss man haben – gestellt, dass Ihnen in erster Linie nicht am Schutz des Verbrauchers gelegen war, sondern Sie wollten das Ansehen unseres Umweltministers schädigen. Das war eine Kampagne.

Jetzt sage ich Ihnen etwas Böses. Vielleicht wird hinterher jemand sagen: Kaul, das sind wir von dir nicht gewohnt. Trotzdem sage ich es, weil wir uns in den letzten Monaten von Ihnen so viel Unangenehmes anhören mussten.

(Zurufe von der SPD)

Es war auch persönlich Verletzendes dabei. Wissen Sie, was mir in den letzten Monaten durch den Kopf gegangen ist? Ich sage es.

(Zuruf von der SPD: Lieber nicht!)

– Aus Ihrer Sicht sollte ich es nicht sagen. Aber ich sage es: Mir ist immer wieder die Frage durch den Kopf gegangen, wer von Ihnen aus der Opposition in der Lage wäre, ein Ministerium mit einem solch breit gefächerten, komplexen Aufgabenspektrum zu führen. Wenn ich jetzt in Ihre Reihen schaue, sage ich Ihnen ganz deutlich: Ich finde keinen, und ich habe keinen gefunden.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Jetzt wende ich mich wieder an die Mitstreiter in meiner Fraktion.

(Ludwig Wörner (SPD): Was ist mit Seehofer?)

– Ich habe Sie offensichtlich getroffen.

In den letzten Wochen werden in den bayerischen Medien immer wieder Schachbrettspiele über die Verteilung neuer Kompetenzen in einem jetzigen oder vielleicht zukünftigen Kabinett angestellt. Wissen Sie, warum sich die Medien in Bayern mit Ihnen in der Opposition überhaupt nicht befassen? Erstens weil sie wissen, dass Sie sowieso nicht die Chance bekommen, ein Kabinett zu bilden, und zweitens weil die Medien, wenn sie bei Ihnen anfangen würden, unter den Namen nach eventuell kabinettstfähigen Leuten zu suchen, dies schon im Ansatz aufgeben müssten. Sie haben daher keine Chance.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Kaul, lassen Sie Zwischenfragen zu? Herr Kollege Dr. Magerl und Frau Kollegin Sonnenholzner möchten Fragen stellen.

Henning Kaul (CSU): Nein. – Ich erkläre, weshalb ich Zwischenfragen nicht zulasse. Das Unangenehme an festgelegten Zeitabläufen ist, dass man sich ständig an seine Zeit halten muss.

Ich komme zum Schluss. Im Zusammenspiel des Umweltausschusses – ich nehme gern auch den Sozialausschuss und den Landwirtschaftsausschuss hinzu – mit dem Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz sind meinen Kolleginnen und Kollegen und mir immer hoch motivierte Mitarbeiter des Ministeriums begegnet. Wir haben deren Engagement stets mit hoher Anerkennung gewürdigt. Dieses Ministerium steht mit seinen Aufgaben so nah am Menschen wie kaum ein anderes. Daraus resultiert beim Bürger ein hohes Maß an mitfühlender Kompetenz, aber auch ein hoher Mitspracheanspruch.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir sollten uns in diesem Zusammenhang noch einmal vor Augen führen: Das macht das Führen eines solch großen Ministeriums mit einer solchen Aufgabenfülle sicher nicht einfacher. Deshalb auch unser Dank an Herrn Staatsminister Dr. Werner

Schnappauf und seinen Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard. Ich sage das ausdrücklich, weil es mir vorhin mit auf den Weg gegeben wurde, auch im Namen des stellvertretenden Vorsitzenden des Sozialausschusses, Joachim Unterländer, und des Vorsitzenden des Landwirtschaftsausschusses, Helmut Brunner. Zu den umfangreichen Aufgaben des Hauses gehört auch – das wird immer gerne übersehen –, dass dieses Haus vor diesen drei Ausschüssen Rede und Antwort stehen muss.

Werte Kolleginnen und Kollegen, mit den Mitteln, die Markus Sackmann vorhin detailliert dargestellt hat, und dem entsprechenden Haushaltsansatz wollen wir alles tun, um die Umwelt, die wir von unseren Eltern geschenkt bekommen haben, möglichst verbessert unseren Kindern weitergeben zu können.

(Ludwig Wörner (SPD): Und was machen wir?)

Ich habe im Ausschuss immer versucht – und ich hoffe, Sie können mir wenigstens das bestätigen, Herr Wörner –

(Ludwig Wörner (SPD): Das glaube ich Ihnen! Ihnen glaube ich es!)

dies im Konsens aller drei Fraktionen auch zu erreichen.

Ich glaube, es ist weiterhin ein sehr lohnendes Ziel, daran zu arbeiten. Ich bitte am Ende meiner Haushaltsrede alle Kolleginnen und Kollegen, uns dabei zu helfen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat sich noch der Kollege Wörner gemeldet für den Rest seiner Redezeit, eine Minuten und zwei Sekunden.

(Markus Sackmann (CSU): Schauen wir mal, ob das geht!)

Ludwig Wörner (SPD): Natürlich geht das. Keine Angst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wollte mir das ganz bewusst bis zum Schluss aufheben. Die Beschäftigten des Ministeriums leisten ausgezeichnete Arbeit, wenn sie dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie könnten mehr, als sie tun dürfen.

(Henning Kaul (CSU): Da sind Sie jetzt draufgekommen?)

– Nein, da bin ich nicht jetzt draufgekommen, lieber Herr Kollege, sondern es gehört für mich zu den Selbstverständlichkeiten, den Menschen, die Leistung erbringen, danke zu sagen, aber auch die zu kritisieren, die nur eine mangelhafte Leistung für gute Bezahlung erbringen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Kaul, wenn Sie schon so auf der Natur herumreiten, dann sage ich Ihnen: Gott sei Dank ist diese tolle bayerische Natur so gut, dass sie selbst eine CSU erträgt und aushält.

(Beifall bei der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Das sind ja erhellende Ausführungen! Da haben Sie sich unbedingt noch einmal melden müssen!)

– Ja, natürlich. Ich kann Ihnen noch fast wörtlich den Antrag zitieren, in dem es darum ging, den Verbraucherschutz neu aufzustellen und zu organisieren. Sie haben ihn mit derselben Begründung abgelehnt wie auch heute wieder: In Bayern ist alles in Ordnung, und deswegen braucht man nichts tun.

(Manfred Ach (CSU): Die Zeit ist um!)

Heute stehen Sie vor einem Scherbenhaufen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, Sie haben gesagt, Sie können es.

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Der kann's doch nicht! Der hat's noch nie gekonnt!)

Ludwig Wörner (SPD): Der Schnappauf kann es nicht. Das hat der Seehofer gesagt. Da haben Sie recht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Henning Kaul (CSU): Es wäre besser gewesen, Sie hätten geschwiegen!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Herrn Staatsminister Dr. Schnappauf ums Wort bitten.

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf, über den wir jetzt debattieren und anschließend abstimmen, kann sich wahrhaft mehr als sehen lassen. Wir geben danach in den nächsten zwei Jahren für den Umweltschutz in Bayern, für Gesundheit und Verbraucherschutz mehr als 1,6 Milliarden Euro aus.

Allein für den Bereich Naturschutz und Landschaftspflege – ich bin Herrn Kollegen Markus Sackmann dankbar, dass er das Thema schon angetippt hat, ich darf es noch einmal aufnehmen, um es bewusst zu machen und zu verdeutlichen – geben wir an bayerischen Landesmitteln jährlich über 38 Millionen Euro aus. Hinzu kommen in großem Umfang europäische Kofinanzierungsmittel, die wir durch das hohe Maß an Landesmitteln einwerben und binden können, und hinzu kommen auch Mittel aus dem Naturschutzfonds, aus der Glücksspirale. Wir sind das einzige Land in Deutschland, das in einer derartigen Dimension eine eigene Stiftung geschaffen und über 50 Millionen Euro Privatisierungserlöse eingebracht hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach der Bundesstiftung Umwelt ist der Bayerische Naturschutzfonds die zweitgrößte Stiftung in ganz Deutschland, die pro Jahr sechs bis acht Millionen Euro zusätzlich zu den Landesmitteln, zusätzlich zu den europäischen Geldern für

Zwecke des Naturschutzes in Bayern auswirft. Damit haben wir in Deutschland von allen Flächenländern der alten Bundesrepublik insgesamt die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben für Zwecke des Umweltschutzes. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind konkrete Fakten, das sind konkrete Zahlen, das ist konkrete Politik, und dies alles eingebettet in einen Haushalt, der ein nachhaltiger Staatshaushalt ist.

(Beifall des Abgeordneten Johannes Hintersberger (CSU))

Wenn ich die Rednerinnen und Redner der Opposition höre, habe ich den Eindruck: Das ist nach wie vor das alte Lied einer Ökoideologie, einer einseitigen Betrachtung. Wir haben einen ausgeglichenen Staatshaushalt und haben gleichzeitig die höchsten Mittel für Umweltschutz in ganz Deutschland. Das ist eine konkrete Nachhaltigkeitspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Schönredneri und Schönrechneri, da sind Sie ganz groß!)

Dabei ist das inhaltlich bedeutendste Umweltthema von heute und erst recht von morgen und übermorgen der Schutz des Klimas. Es ist völlig unbehelflich, wenn die Redner der Opposition sagen, dazu stünden nur einige Zeilen im Landesentwicklungsprogramm. Entscheidend ist, was in den Klimaschutzprogrammen steht. Im Klimaschutzprogramm der Bayerischen Staatsregierung, das im Jahr 2000 aufgelegt und im Jahr 2003 fortgeschrieben wurde, ist eine konkrete Zielsetzung genannt. Wir werden dieses Klimaschutzprogramm im kommenden Jahr, 2007, fortschreiben

(Ruth Paulig (GRÜNE): Das wird auch Zeit!)

und den Klimaschutz zu einem Schwerpunkt der bayerischen Landespolitik weiterentwickeln.

Klimaschutz findet sich quer über die verschiedensten Haushalte in den verschiedensten Positionen

(Ruth Paulig (GRÜNE): Bis jetzt nicht!)

der Titelgruppen der verschiedensten Ministerien. Wir haben im Bereich des Umweltministeriums noch einmal eine Million Euro draufgelegt, zum Beispiel für kommunale energetische Gebäudesanierungen.

Man muss das Ganze im Kontext sehen. Es war gerade die Stimme Bayerns bei den Verhandlungen für die Große Koalition, wo wir durch ein Gutachten der Technischen Universität München untermauert, die Frage auf den Tisch gelegt haben: Wo kann am meisten für den Klimaschutz am schnellsten erreicht werden? Das Effektivste ist, wenn wir die vorhandene Gebäudesubstanz, das heißt die Millionen von Gebäuden, die heute schon existieren, energetisch sanieren – neue Fenster, neue Türen, Wärmedämmung, Isolierung –,

(Susann Biedefeld (SPD): Gehen Sie doch mal mit gutem Beispiel voran! Setzen Sie den ORH-Bericht um!)

um auf diese Art und Weise Energie einzusparen und gleichzeitig das Klima zu schützen.

Das Programm hat sich zu einem Renner entwickelt, das Programm wird ohne Ende nachgefragt. Es ist zwischenzeitlich noch einmal leicht aufgestockt worden, und wir haben trotz Sparbemühungen seitens des Bundes 1,4 Milliarden Euro in dieses Programm gelegt. Gerade die Vertreter der Opposition, die in den letzten sieben Jahren die Regierung in Berlin gestellt haben, sollten sich vor Augen halten, dass damals ausschließlich ein knapp bemessenes Darlehensprogramm aufgelegt war, heute erstmals ein Zuschuss- und Darlehensprogramm mit viel mehr Finanzausstattung. Das Ganze ist zu einem Win-win für Klimaschutz, für Umweltschutz und für das Handwerk geworden, gerade für diejenigen, die Heizungsanlagen bauen, die Wärmedämmung und Isolierung bieten.

(Henning Kaul (CSU): Bayern ruft die meisten Fördermittel ab!)

– Kollege Kaul sagt völlig zu Recht, dass Bayern die meisten Fördermittel aus diesem Programm abrufen wie auch aus anderen Programmen, die den erneuerbaren Energien dienen.

(Susann Biedefeld (SPD): Aus dem Bundesprogramm, von der rot-grünen Bundesregierung aufgelegt!)

Auch der Staat geht mit gutem Beispiel voran. Wir haben heute auf staatlichen Gebäuden 160 Fotovoltaik-Anlagen und haben allein dafür rund 17 Millionen Euro aufgewandt. Insgesamt haben wir seit den Neunzigerjahren über 90 Millionen Euro in die Sanierung staatlicher Gebäude, über 60 Millionen Euro in die energetische Sanierung, in die regenerativen Energien auf staatlichen Gebäuden gesteckt.

Ich kann bei der Kürze meiner Ausführungen nicht alle Einzelheiten aufzählen. Aber es zeigt sich summa summarum, dass hier der Umweltschutz, der Klimaschutz, die energetische Sanierung und die erneuerbaren Energien nicht erst seit gestern und vorgestern, sondern seit vielen Jahren intensiv vorangetrieben werden. Wir werden das weiter ausbauen; denn – insofern besteht, glaube ich, in diesem Hohen Haus Übereinstimmung – die Klimaerwärmung schreitet rasanter und intensiver voran, als es die Wissenschaft noch vor Jahren prognostiziert hat.

Die volkswirtschaftlichen Folgen sind riesig. Der Bericht von Nicolas Stern hat im Bezug darauf ein Volumen von 5,5 Billionen Euro prognostiziert. Das heißt, wir alle sind ökologisch und ökonomisch gut beraten, dem zu folgen, was wir im kommenden Jahr als landespolitischen Schwerpunkt setzen werden, nämlich den Klimaschutz konsequent weiterzuführen, auszubauen und zu intensivieren.

Dabei setzen wir auf folgende Doppelstrategie: Das eine ist die konsequente Reduktion der Klimagase, vor allem von Kohlendioxid. Das andere ist die konsequente aktive Anpassung an die ohnehin stattfindende weitere Erwärmung. Denn wir müssen uns darauf einstellen, dass es

ungeachtet gewünschter Erfolge bei der Reduktion der Klimagase in den nächsten Jahrzehnten auf jeden Fall wärmer wird, vor allem in Südbayern noch wärmer und feuchter. Nach den Prognosen wird es in Südbayern bis zu 30 % mehr Niederschlag geben als bisher. Sie wissen, dass Südbayern gegenüber Nordbayern und Franken die dreifache Niederschlagsmenge hat, sodass sich die Folgerungen aus der Klimaerwärmung in vielfältiger Weise stellen, etwa für die Trinkwasserversorgung, den Hochwasserschutz, die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft und für den Tourismus.

Ich will deshalb hier auch noch ein Wort zu dem immer wieder diskutierten Thema „Beschneigungsanlagen“ sagen. Dieses Thema ist heute in erster Linie zu einem Thema der wirtschaftlichen Vernunft geworden; denn auch der OECD-Bericht bestätigt, was wir seit vielen Jahren prognostizieren, dass sich nämlich die Schneegrenze immer weiter nach oben verschieben wird und dass diejenigen, die heute noch Geld in die Hand nehmen, um in tieferen und mittleren Lagen Schneekanonen zu errichten, schon morgen vor einer Investitionsruine stehen können. Deshalb gibt es nach unseren bayerischen Rechtsgrundlagen klare Rückbauverpflichtungen, um solche Fehlinvestitionen gegebenenfalls wieder aus der Landschaft zu nehmen.

Lassen Sie mich, ohne in Einzelheiten zu gehen, den Schwerpunkt auf den aktiven Klimaschutz, auf die konsequente CO₂-Reduktion und auf die damit angekündigte Fortschreibung des Bayerischen Klimaschutzprogramms 2000 und 2003 setzen. Wir werden aber auch die Anpassungsstrategie weiter intensivieren. Gerade in diesem Haushalt findet sich die Intensivierung unserer Hochwasserschutzaktivitäten in einem Maße wie nie zuvor: Wir investieren in den Ausbau des Hochwasserschutzes per anno 150 Millionen Euro. Es sind allein in den drei Jahren 2006, 2007 und 2008 450 Millionen Euro, die in Bayern in den Hochwasserschutz fließen. Das ist eine nie dagewesene Summe.

Für neue Planungen von Hochwasserschutzanlagen machen wir einen Klimaschutzaufschlag von plus 15 %. Das heißt, dass wir die Bemessung der Hochwasseranlagen größer dimensionieren, um eine größere Niederschlagsmenge aufnehmen zu können und um damit für künftige Hochwässer vorzusorgen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Hochwasserschutzstrategie ist zentraler Anteil der Anpassungsstrategie gegen die Klimaerwärmung. Deshalb möchte ich mich schon an dieser Stelle bei Ihnen allen dafür bedanken, dass wir nach den Beratungen der Ausschüsse mit dieser Klimaanpassungsstrategie, mit dem Ausbau und der Intensivierung der Hochwasserschutzmaßnahmen in derartigem Umfang mit über 20 Millionen Euro zusätzlicher Landesmittel diesen landespolitischen Schwerpunkt setzen können.

Mein Dank geht besonders auch an die CSU-Fraktion, an den haushaltspolitischen Sprecher Markus Sackmann und an den Vorsitzenden des Umweltausschusses, Hen-

ning Kaul sowie an die Kolleginnen und Kollegen dafür, dass wir im Bereich Hochwasser und Abwasser derart umfangreich Landesmittel einsetzen können; das gilt auch für die Förderung für Kleinkläranlagen, für die die CSU-Landtagsfraktion zusätzlich 2 Millionen Euro draufgelegt hat. Das versetzt uns in die Lage, den Bürgerinnen und Bürgern, die Kleinkläranlagen errichten, die Fördermittel zeitnah auszuzahlen. Wir gehen davon aus, dass die Wartezeiten nicht mehr als eineinhalb Jahre betragen.

Das ist eine neue Entwicklung, die vor wenigen Jahren erstmals begründet worden ist, wobei wir nicht nur zentrale Kläranlagen, sondern erstmals auch dezentrale Anlagen privater Bürgerinnen und Bürger in kleinen Ortschaften, Weilern und Einzelgehöften fördern, die damit ihre Abwasserentsorgung auf einen umwelttechnisch hohen Stand bringen können. Damit werden wir dem Ziel entgegenstreben, in Bayern 100 % der Bevölkerung einer geordneten Abwasserentsorgung zuzuführen. Wir liegen gegenwärtig bei rund 95 %. Wir gehen davon aus, dass in Bayern etwa zwei Drittel bis zu drei Viertel aller noch ausstehenden Erschließungsbestrebungen künftig in Form von Kleinkläranlagen errichtet werden. Das sind insgesamt etwa 100 000 Kleinkläranlagen, und das ist für den Freistaat Bayern eine erhebliche Anstrengung in der Förderung.

Ich möchte in der gebotenen Kürze auch noch ein paar Worte zum Naturschutz, zur Biodiversität und zum Flächenverbrauch sagen. Dass Bayern in den letzten Jahren über 10 % der Landesfläche in den Biotopverbund eingebracht hat, ist das Ergebnis einer nunmehr weit über zwei Jahrzehnte währenden bayerischen Biotopverbundpolitik, begonnen durch einen Beschluss des Hohen Hauses aus dem Jahr 1984, einen Arten- und Biotopverbund aufzubauen. Lange vor der Europäischen Union hat der Freistaat Bayern auf diesem Gebiet Zeichen gesetzt. Wir nennen das heute „BayernNetz Natur“. In den Neunzigerjahren kam dann zusätzlich die europäische Gesetzgebung mit „Natura 2000“, mit FFH- und Vogelschutzgebieten hinzu, sodass wir heute über 11 % der Landesfläche in einen solchen Biotopverbund eingebracht haben.

Die Mittel, die wir dafür im Haushalt bereitstellen, habe ich vorhin bereits genannt. Die CSU-Landtagsfraktion hat für den Vertragsnaturschutz Gelder draufgelegt. Obwohl die Europäische Union die Mittel gekürzt hat, haben wir unsere Landesmittel nicht gekürzt, sondern noch einmal erhöht. Das zeigt die Anstrengungen für den Naturschutz, insbesondere für den Vertragsnaturschutz, und für die Biodiversität.

Auch in Bezug auf den Flächenverbrauch haben wir in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um die durch Überbauung und Überplanung verbrauchte Fläche zu reduzieren. Deutschland liegt im Vergleich zu anderen Staaten bei der in Anspruch genommenen Fläche, objektiv gesehen, in der unteren Hälfte. Wir lagen aber im Zuwachs des Flächenverbrauchs an der Spitze. Dies hat viele Ursachen und hängt damit zusammen, dass wir in den letzten Jahren das zuzugintensivste Bundesland waren, dass wir das Land mit der stärksten Wirtschaftsentwicklung waren und sind und dass wir daher

natürlich mehr Wohnungen und Gewerbegebiete gebaut haben als andere Teile Deutschlands.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Aber wir haben es uns zum Ziel gesetzt, das wirtschaftliche Wachstum und das Bevölkerungswachstum vom Flächenverbrauch zu entkoppeln. Wir haben auf diesem Gebiet einen großen Schritt in die richtige Richtung geschafft, nämlich den Flächenverbrauch im Jahr 2000 von 28 Hektar pro Tag auf 16 Hektar pro Tag im Jahr 2005 zu reduzieren. Das ist eine Trendumkehr mit rund 10 Hektar Reduktion pro Tag, und das angesichts der Tatsache, dass wir es bei der Planungshoheit mit einem Kernbestand der kommunalen Selbstverwaltung zu tun haben, denn das ist Sache der Gemeinderäte und der Stadträte. Es ist in einem Bündnis mit den Kommunen, Verbänden und Planern zusammen mit dem Innenministerium gelungen, hier den Trend umzukehren.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Die Konjunktur!)

– Auch die Konjunktur hat ihren Anteil. Wir müssen alles daran setzen, dass wir diesen Trend der Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Flächenverbrauch stetig verfestigen und zu einer dauerhaften Entwicklung machen. Deshalb sind wir im Bereich Umwelt- und Naturschutz und Klimaschutz gut aufgestellt. Der neue Haushalt wird uns in die Lage versetzen, den erfolgreichen Weg kontinuierlich weiterzugehen. Das gilt auch für den Gesundheits- und den Verbraucherschutz.

Wenn hier vorhin gesagt wurde, dass wir die Ansätze für die Ernährung und den Verbraucherschutz reduzierten – ich zitiere den Oppositionsredner, der gesagt hat: minus 20 %! –,

(Ludwig Wörner (SPD): Das sind Ihre Zahlen!)

dann ist das eine Zahl, die als solche zunächst einmal irritieren könnte, wenn der Redner nicht gleichzeitig darlegt, um was es dabei geht. Diese Reduktion der Mittel hängt fast ausschließlich damit zusammen, dass wir die BSE-Forschung auslaufen lassen können. Der Forschungsbedarf ist gedeckt. Damit besteht keine weitere Notwendigkeit, in diesen Bereich staatliche Mittel zu stecken.

Im Übrigen haben wir im Bereich der Gesundheitsvorsorge und der Gesundheitsbildung unserer Bevölkerung einen außerordentlich großen Schwerpunkt gesetzt.

(Ludwig Wörner (SPD): Trotzdem ist es zu wenig!)

Ich möchte mich hierfür bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, ganz besonders beim Kollegen Unterländer. Ich verstehe die Oppositionsrednerin nicht, die vorhin sinngemäß sagte, dass die Bürger genügend Informationen aus Medien und Werbung bekämen. Ich glaube schon, dass es die Pflicht des Staates ist, objek-

tive Daten zu vermitteln und die Gesundheitsbildung auf den Erkenntnissen zu basieren, die unbeeinflusst von Werbung und Verkaufsmarketingaktivitäten sind.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Echte CSU-Politik!)

Ich glaube, dass wir mit unserem Ansatz zur Gesundheitsbildung auf dem richtigen Weg sind. Wir haben heute mehr denn je Informationen für unsere Bürgerinnen und Bürger aufbereitet über das Internet und wir haben monatlich über eine Million Zugriffe auf die Internetseiten des Gesundheits- und Verbraucherschutzes des Freistaates Bayern.

Auch mit unserer Initiative „Gesund.Leben.Bayern“ haben wir einen wichtigen Akzent gesetzt, um unseren Bürgerinnen und Bürgern objektive Daten zur Gesundheitsinformation und Gesundheitsbildung anzubieten.

Darüber hinaus werden wir im Bereich der Lebensmittelsicherheit das im Oktober beschlossene Konzept zur Optimierung konsequent umsetzen. Kollege Sackmann hat in seinen Ausführungen schon darauf hingewiesen, dass in der Nachschubliste zum Haushalt zusätzliche Stellen angefordert werden, die wir zur Verstärkung der Lebensmittelsicherheit im Freistaat Bayern einsetzen werden.

Außerdem wird die Fortbildung intensiviert und die technische Ausstattung verbessert. Allein dafür werden ungefähr 1,5 Millionen Euro zusätzlich aufgewandt. Für den Aufbau einer hochmodernen Datenbank „Tizian“ werden wir rund 5 Millionen Euro Landesmittel einsetzen, um den Behörden der Lebensmittelkontrolle aktuellste Daten online über alle Lebensmittelunternehmen im Freistaat Bayern zu übermitteln.

Summa summarum: Auch im Bereich Gesundheit und Verbraucherschutz haben wir eine außerordentlich positive Entwicklung.

Ich möchte aber zu den Fragen nach den Rückstandsmengen doch noch eine kurze Bemerkung machen. Es wurde vorhin gesagt, es sollte endlich einmal etwas zu den Rückständen in biologisch erzeugten Lebensmitteln und in konventionell erzeugten Lebensmitteln gemacht werden. Ich kann die Daten, die im Umweltausschuss bereits genannt worden sind, im Plenum gern wiederholen. Die Lebensmittel, die in Bayern erzeugt werden, weisen insgesamt niedrigere Rückstandsmengen auf als die Lebensmittel, die aus dem Ausland kommen. Dass biologisch-ökologisch erzeugte Lebensmittel wie Obst und Gemüse niedrigere Rückstandsmengen haben als konventionell erzeugte, liegt auf der Hand. Es sind 78 % bei den ökologisch erzeugten Lebensmitteln ohne jeden Rückstand und 3 % liegen über der Höchstmenge. Bei unseren konventionell wirtschaftenden Landwirten in Bayern sind es 4 %, die über der Höchstmenge liegen und 29 % sind ohne jeden Rückstand.

Ich wehre mich dagegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier eine Politik fortsetzen und intensivieren

zu wollen, die ökologisch wirtschaftende Bauern gegen konventionell wirtschaftende Bauern ausspielt.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Um das geht es doch gar nicht!)

Das ist eine Politik, die ich nicht mittrage. Lassen Sie uns konsequent die Lebensmittelsicherheit weiter ausbauen und lassen Sie uns auch noch mehr tun: Lassen Sie uns deutlich machen, dass wir auf Frische setzen und auf Regionalität. Entscheidend ist, dass die Lebensmittel, wann immer möglich aus der Region kommen, kurze Wege haben und von heimischen Bauern erzeugt werden und nicht von irgendwoher eingeführt werden.

(Bravo-Rufe und Beifall bei der CSU)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich, wenn wir die ökologische Ideologie der vergangenen Jahre, wie sie uns sieben Jahre lang aus Berlin entgegengeschallt ist, beiseite lassen und uns auf das konzentrieren, was nachhaltiges Wirtschaftswachstum bedeutet und nachhaltige Entwicklung sowie modernes Ökomanagement, dann kann sich der Freistaat Bayern in der ersten Liga in Deutschland und Europa mehr als sehen lassen. Wir setzen dann mit diesem Einzelplan einen weiteren Akzent, dass unsere Politik wirtschaftlich und finanziell solide untermauert ist.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplanes 2007/2008, Einzelplan 12, die Änderungsanträge auf Drucksachen 15/6867 mit 15/6871, 15/6886 mit 15/6891, 15/6925 und 15/6926 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/7044 zugrunde.

Der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung Drucksache 15/7044 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 12 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – SPD-Fraktion und Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 12 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium für Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplanes vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU-Fraktion und SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen Drucksache 15/7044 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf Drucksachen 15/6925 und 15/6926 ihre Erledigung gefunden haben. Das Hohe Haus nimmt hiervon zustimmend Kenntnis.

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Beratung des Einzelplans 12 abgeschlossen. Wir können jetzt etwas früher in die Mittagspause gehen. Das bedeutet aber, dass wir uns um 12.30 Uhr hier wieder treffen. Wir haben eine halbe Stunde Mittagspause.

(Unterbrechung von 11.59 bis 12.30 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen die Sitzung wieder auf.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen**

hierzu:

**Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6649 mit 15/6660 und 15/6679),
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6712 mit 15/6722),
Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drs. 15/6741 mit 15/6744)**

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von 1 Stunde und 36 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 32 Minuten, auf die SPD-Fraktion 17 Minuten und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 15 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 32 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich die Aussprache eröffne, mache ich darauf aufmerksam, dass die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Einzelabstimmung in namentlicher Form für ihre Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6714 und 15/6719 – Nummern 16 und 21 der aufgelegten Liste –

(siehe Anlage 5)

beantragt hat. Frau Geschäftsführerin, darf ich kurz fragen, ist für beide Anträge je eine Abstimmung beantragt, also zwei Abstimmungen?

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Zwei namentliche Abstimmungen!)

– Dann bitte ich, das so bekannt zu geben.

Nun eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Kollege Unterländer, München.

Joachim Unterländer (CSU): Bayern.

(Zuruf von der SPD: Europa!)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe, dass die Präsenz des Hohen Hauses nichts mit dem Stellenwert der Sozialpolitik zu tun hat,

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): So sieht es aus!)

sondern mit der gerade erst zu Ende gegangenen Mittagspause.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir, die Aussprache zum Einzelplan 10 zu einigen grundsätzlichen Bemerkungen zur Sozialpolitik zu nutzen. Im Entwurf des Sozialhaushalts, also des Einzelplans 10, für die Jahre 2007 und 2008 drückt sich eine zentrale Botschaft aus: Das soziale Bayern hat Zukunft.

In diesem Zusammenhang ist es von Bedeutung, immer wieder darauf hinzuweisen, dass der Sozialstaat an sich keine unzeitgemäße Konstruktion ist, sondern dazu dient, die Solidarität mit den Schwächeren in dieser Gesellschaft herzustellen und dort, wo der Einzelne zur Selbsthilfe nicht in der Lage ist, Unterstützung zu leisten. Das Sozialstaatsprinzip in Bayern hat in der Vergangenheit dazu beigetragen, dass unser Staat als solcher von einem großen Teil der Gesellschaft akzeptiert wird und dass das Gemeinwesen stabil geblieben ist. Deshalb ist all denjenigen eine Absage zu erteilen, die das bayerische Sozialstaatsmodell ablehnen und als Ursache für wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Fehlentwicklungen sehen.

Aufgrund gesellschaftlicher, sozialer und wirtschaftlicher Veränderungen und wegen der Frage der Passgenauigkeit der einzelnen sozialpolitischen Maßnahmen ist es aber notwendig, eine Weiterentwicklung vorzunehmen. Erforderlich ist hierzu auch, dass zwischen bayerischer Sozialpolitik und wirtschaftlicher Entwicklung immer wieder ein Zusammenhang hergestellt wird. Gestaltungsmöglichkeiten der Sozialpolitik sind abhängig von Steu-

ereinnahmen und Beitragsleistungen. Diese wiederum stehen in einem engen Zusammenhang mit positiver wirtschaftlicher Entwicklung. Nur wer hier einen Zusammenhang herstellt – das möchte ich ausdrücklich feststellen –, kann glaubwürdige und zukunftsorientierte Sozialpolitik betreiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch im Freistaat Bayern erleben wir gesellschaftliche Herausforderungen, die durch eine präventive, aktivierende und fördernde Sozialpolitik eine Antwort finden werden.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Haben Sie das auch schon bemerkt?)

– Vor Ihnen, Herr Kollege Wahnschaffe.

Trotz der hervorragenden und somit auch erfreulichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und beim wirtschaftlichen Wachstum, wo der Freistaat Bayern eine Ausnahmerolle spielt, muss uns zu denken geben, dass rund 10 % aller Schulabgänger ohne Schulabschluss sind und geringer Qualifizierte auf dem Arbeitsmarkt trotz der Reformen weiterhin Probleme haben, eine Zukunftsperspektive zu finden. Erforderlich ist in diesem Zusammenhang die bestmögliche Förderung von Kindern und Jugendlichen zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Dies bedeutet, dass die frühkindliche Erziehung und Bildung weiter ausgebaut werden muss, um auch das Vorkommen von Gewalt in Familien und Schulen eindämmen zu können.

Auch die Verbesserung der Situation von Familien und Alleinerziehenden und deren Kindern ist eines der großen sozial- und gesellschaftspolitischen Anliegen. Das Auseinanderdriften von ärmeren und reicheren Bevölkerungsschichten, das sich in Bayern aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation nicht so stark findet wie in anderen Gebieten der Bundesrepublik, verbunden mit der Tatsache, dass immer mehr Menschen aus Verschuldung und Transferleistungen nicht mehr herauskommen, muss für uns alle den politischen Handlungsbedarf erkennbar machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine besondere politische Herausforderung wird in der Behindertenpolitik die Zunahme der Zahl derjenigen Menschen mit Behinderung sein, die das 60. und 65. Lebensjahr überschritten haben. In den nächsten Jahren wird mit einer Steigerung um 25 % bis 40 % zu rechnen sein. Behindertenpolitische Konzepte zu deren Betreuung müssen in der politischen Wahrnehmung realisiert und umgesetzt werden.

Das Bedürfnis von 80 % bis 90 % der älteren Menschen, auch im Pflegefall in der vertrauten Wohnumgebung zu bleiben, stellt uns vor eine politische Querschnittsaufgabe. Wir müssen diese Entwicklung verbunden mit dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ in der Pflege aktiv begleiten. Ein Thema, das über die sozialpolitischen Fragestellungen hinausgeht, ist die Frage, ob die soziale Infrastruktur im ländlichen Raum auch in Zukunft aufrechterhalten werden kann. Wir müssen die Diskussion, die das Hohe Haus seit Jahren in der Schulpolitik führt, auch in der Sozial-, Familien- und Gesundheitspolitik führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die beabsichtigte Gesundheitsreform, festgelegt im Entwurf eines Wettbewerbsstärkungsgesetzes für die gesetzliche Krankenversicherung, ist so angelegt, dass es gerade für einen Flächenstaat wie den Freistaat Bayern zu erheblichen Problemen kommt. Schließlich fehlt es manchmal an der Zielgenauigkeit der Eingliederungshilfe oder Pflege gerade deswegen, weil Kosten- und Abgrenzungs- sowie Verlagerungsprobleme zwischen Pflegekassen, Krankenkassen, Sozialversicherungsträgern und den örtlichen und überörtlichen Kostenträgern der öffentlichen Hand eine optimale und zielgenaue Förderung verhindern.

(Zuruf der Abgeordneten Renate Ackermann (GRÜNE))

– Ich komme noch darauf zu sprechen. Seien Sie nicht so ungeduldig, Frau Kollegin Ackermann.

Die Konsequenzen aus diesen Problemstellungen finden sich im Entwurf des Doppelhaushalts 2007/2008 der Bayerischen Staatsregierung ebenso wieder wie in Ergänzungsanträgen der CSU-Landtagsfraktion. Aus unserer Sicht lassen sich die Handlungsoptionen und die notwendigen Maßnahmen in zehn Punkten zusammenfassen.

Erstens. Die frühe Förderung von Kindern und Jugendlichen hat absolute Priorität. Der quantitative und qualitative Ausbau der Kinderbetreuung ist dabei unser zentrales Anliegen. Wir müssen vor allen Dingen im Zusammenhang mit dem Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz und darüber hinaus, was die Stärkung und Begleitung der Eltern im Erziehungsprozess anbelangt, klare Signale für die Zukunft setzen, und das tun wir auch. Die weitergehende Sprachförderung unserer Kinder in den Kindertagesstätten, die Vernetzung von Kindergarten und Grundschule, die konsequente Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans, entsprechende Aus-, Fort- und Weiterbildung der Erzieherinnen, die Stärkung des Netzes der Eltern- und Familienbildung für alle Eltern und das Aufrechterhalten eines vielfältigen sozialen Netzes in der frühkindlichen Förderung sind dabei unsere Schwerpunkte. Hier ist der Freistaat Bayern in einer absoluten Vorreiterrolle in der gesamten Bundesrepublik.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das soziale Bayern wird immer stärker!)

Zweitens: Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik müssen ebenso wie die Bildungspolitik im Freistaat Bayern darauf ausgerichtet sein, auch denjenigen eine Perspektive zu geben, denen droht, die Schule ohne qualifizierten Abschluss verlassen zu müssen. Gleiches gilt für Fördermaßnahmen für Beschäftigungslose mit geringerer Qualifikation. Die vorhandenen Förderprogramme sind hierfür die angemessene Basis.

Drittens: Neben der schon genannten frühen Förderung von Kindern und Jugendlichen ist eine auf Wahlfreiheit der Eltern ausgerichtete Familienpolitik Hauptanliegen der CSU-Landtagsfraktion.

(Christa Steiger (SPD): Genau, deshalb gibt es die Gastkindergelung!)

Sie ist sich darin mit der Bayerischen Staatsregierung einig. Deshalb ist es ein klares und eindeutiges Signal, dass die Mittel für das Landeserziehungsgeld des Freistaates Bayern auch nach Einführung des Elterngeldes des Bundes bereitgestellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Hierfür ist ein Konzept zu entwickeln, das den Bedürfnissen von Familien und Kindern gerecht wird. Dies ist übrigens auch ein Weg, um Armut bei Kindern und Jugendlichen zu vermeiden.

Viertens: Armutsbekämpfung erfolgt über eine gute Familienförderung, ebenso wie eine Förderung von Langzeitarbeitslosen über die verfügbaren Instrumente.

(Christa Steiger (SPD): Fangen wir mit dem kostenlosen letzten Kindergartenjahr an!)

Darüber hinaus sehen wir aber auch eine steigende Zahl von Menschen in struktureller Armut, die verschuldet sind und sich in einer schwierigen materiellen Situation befinden. Ohne die Diskussion in der vergangenen Woche zur Insolvenzberatung wiederholen zu wollen, sage ich, es ist ein klares Zeichen von Staatsregierung und CSU-Landtagsfraktion, in diesem Bereich auch in Zukunft stärker zugunsten derjenigen zu investieren, die gerade mit Hilfe der Insolvenzberatung eine positive Perspektive finden.

(Beifall bei der CSU)

Fünftens: Die Förderung bedarfsgerechter Angebote für ältere Menschen mit Behinderungen muss in den kommenden Jahren ein Schwerpunkt der Politik sein. Der sozialpolitische Arbeitskreis der CSU-Landtagsfraktion hat hierzu eine Initiative „Ältere Menschen mit Behinderung – eine wachsende politische Aufgabe“ gestartet, wobei am Ende des Dialogprozesses ein umsetzbares Konzept stehen wird.

Sechstens: Über die sozialpolitischen Anreizsysteme gemeinsam mit den Kostenträgern und dem Landespflegeausschuss hinaus müssen ambulante und betreute Wohnformen und der Grundsatz „ambulant vor stationär“ die Weiterentwicklung der Pflegelandschaft im Freistaat Bayern kennzeichnen.

(Renate Ackermann (GRÜNE): Investitionskostenförderung!)

Wir müssen die Entwicklung im stationären Bereich darüber hinaus – das hat auch die Diskussion zum Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze – AGSG – in den vergangenen Wochen gezeigt – mit einem zinsgünstigen Förderprogramm bei der Umstellung der Finanzierung von Modernisierungsmaßnahmen in der stationären Altenhilfe begleiten und kontrollieren.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Jetzt sind Sie doch noch aufgewacht! – Christa Steiger (SPD): Guten Morgen! Das hat lange gedauert! – Renate Ackermann (GRÜNE): Winterschlaf!)

Dieses Programm ist ein wesentlicher Bestandteil des AGSG – nicht im Gesetz, aber zur Umstellung der Finanzierungsform.

Siebtens: Die Gesundheitsreform muss für Krankenhäuser, Patienten, Ärzte, Apotheken und sonstige Beteiligte bayernfreundlich gestaltet werden. Dabei muss auf die Bedürfnisse des Flächenstaates und die positiven Leistungsvereinbarungen hingewirkt werden. Eine zunehmende Staatsmedizin und ein Einheitskassenprinzip lehnen wir mit Nachdruck ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Achtens: Das soziale Bayern ist durch ein vielfältiges Netzwerk von Eigeninitiativen, bürgerschaftlichem Engagement und Selbsthilfebewegungen gekennzeichnet. Dieses Netzwerk, angefangen bei der offenen Behindertenarbeit bis hin zu den Landesnetzwerken für bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfeoordination sowie den Mütterzentren, muss in seiner Arbeit eine Perspektive haben und stabilisiert werden. Dabei ist eine bürgerfreundliche Sozialpolitik in diesem Bereich zielgenau zu bewerkstelligen.

(Christa Steiger (SPD): Was heißt das?)

Neuntens: Sozialpolitische Maßnahmen im Freistaat Bayern, von der Kinderbetreuung bis hin zur Krankenhausversorgung und Hospizentwicklung, müssen darauf überprüft werden, ob sie den Bedürfnissen im ländlichen Raum entsprechen. Wir machen eine Politik sowohl für die Ballungsräume als auch für die ländlichen Räume.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Sie machen gar nichts! Sie ziehen sich zurück!)

Das ist ein entscheidender Schwerpunkt unserer Sozialpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Zehntens: Wesentlicher Bestandteil der Zukunft des sozialen Bayerns ist die Fortsetzung der Dialogkultur zwischen Staatsregierung, Bayerischem Landtag, den Wohlfahrtsverbänden und den sonstigen Initiativen. Dafür ist das Forum „Soziales Bayern“ eine ausgezeichnete Grundlage.

(Christa Steiger (SPD): Oh ja!)

Wir wünschen uns, Frau Staatsministerin, dass dieser Dialog fortgesetzt wird. Dazu gehört auch die Neugestaltung eines Sozialberichtes, der die beteiligten Akteure ebenso einbezieht wie er gemeinsame soziale Maßstäbe entwickeln soll.

(Christa Steiger (SPD): Acht Jahre haben Sie bis zu dieser Entscheidung gebraucht!)

Die Zielgenauigkeit sozialpolitischer Maßnahmen soll an diesen Maßstäben immer wieder überprüft werden. Dazu

gehört auch eine verlässliche Planungs- und Finanzierungsentwicklung für die Maßnahmenträger.

Frau Kollegin Steiger, ich hoffe, dass Sie es irgendwann einmal begreifen werden, dass in den vergangenen Jahren die Erstellung eines Sozialberichtes absolut unsinnig gewesen wäre, weil er auf veralteten und nicht zielgenauen Zahlen hätte basieren müssen. Durch „Hartz IV“ haben sich erhebliche Veränderungen ergeben, die berücksichtigt werden mussten.

(Christa Steiger (SPD): Das gilt für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung nicht?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Haushaltsentwurf, diese zehn Schwerpunkte und darüber hinaus die Umsetzung der Ziele einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung im Kontext mit dem Sozialhaushalt und die Erreichung des Ziels eines nachhaltigen Haushalts ohne Neuverschuldung werden die Zukunft des Erfolgsmodells „Soziales Bayern“ prägen.

Ich darf an dieser Stelle den Dank an Frau Staatsministerin Christa Stewens, an Herrn Staatssekretär Heike und vor allen Dingen auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums für eine nicht nur im Ländervergleich hervorragende Arbeit aussprechen. Bayern nimmt bundesweit immer wieder eine politische Führungsrolle bei der Entwicklung von Konzepten ein. Ich darf hier die Familienpolitik, die Kinderbetreuung, die Rentenversicherung, die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung und die Pflegepolitik nennen, mit der Sicherung der Rahmenbedingungen und der Qualitätssicherung. Dies sind Beispiele, wo der Bund und die anderen Bundesländer immer wieder auf den Freistaat Bayern schauen und Konzepte aus dem Freistaat Bayern in anderen Ländern übernommen werden. Deshalb ein herzliches Dankeschön an Sie, Frau Staatsministerin Stewens, Herrn Staatssekretär Heike und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.

Die CSU-Landtagsfraktion hofft, dass Sie mit den Rahmenbedingungen, die der Haushaltsentwurf für Ihre Arbeit setzt, Ihren Auftrag weiter erfüllen können. Zu den Schwerpunkten der Haushaltsberatungen wird die Berichterstatterin der CSU zu Einzelplan 10 im Haushaltsausschuss, Frau Kollegin Monika Hohlmeier, weitere Ausführungen machen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Da sind wir jetzt schon gespannt!)

Ich bin der Meinung, dass die Sozialpolitik der Bayerischen Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion im Hohen Haus für die Bürgerinnen und Bürger modern und zukunftsorientiert ist. Daran werden wir auch in Zukunft arbeiten.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Joachim Wahnschaffe.

Joachim Wahnschaffe (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sie sich für die Sozialpolitik interessieren – offenbar werden es immer mehr! Herr Kollege Unterländer, Sie haben von der zentralen Botschaft gesprochen, der Sozialstaat habe Zukunft. Ich weiß nicht, aus welchem Märchenbuch Sie zitiert haben. Jedenfalls können Sie dabei den bayerischen Sozialhaushalt nicht im Auge gehabt haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Landtagspräsident hat in seiner Weihnachtsansprache am vergangenen Dienstag zu Recht darauf hingewiesen, dass sich die soziale Kluft auch in unserem Lande vertieft hat. Materielle Armut von Kindern und Familien, mangelnde Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung, Defizite bei der Gesundheitsversorgung und das Wegbrechen sozialer Strukturen gelten heute, wie Heribert Prantl einmal in der „Süddeutschen Zeitung“ schrieb, nicht mehr als Ausfluss der göttlichen Weltordnung, sondern als massives gesellschaftliches Problem.

Doch was tut die Bayerische Staatsregierung? – Sie tut so, als gäbe es dieses Problem nicht. Sie betreibt stattdessen Kulissenschieberei zu dem immer gleichen Stück: Bayern ist ein schönes Land, und schuld daran ist nur die CSU.

(Herbert Fischer (CSU): Natürlich! – Beifall bei der SPD und bei der CSU)

Meine Damen und Herren, damit werden Sie aber der verfassungsrechtlichen Verpflichtung eines Sozialstaates Bayern nicht gerecht. Nach den brutalen Kürzungen des Nachtragshaushaltes 2004 – daran sollten Sie denken, Herr Kollege Unterländer – bleiben die Haushaltsansätze 2007 und 2008 im Wesentlichen auf dem niedrigen Niveau der Vorjahre. Keine Besserung ist in Sicht. Das Bild, das Kollege Maget am Dienstag von den ausgeraubten Sozialdienstleistern gezeichnet hat, die froh sind, dass sie nicht abermals beraubt worden sind, trifft die Stimmung, wie ich glaube, ziemlich genau.

(Beifall bei der SPD)

Frau Staatsministerin, dass Sie die Wohlfahrtsverbände ruhig gestellt hätten, wie die „Süddeutsche Zeitung“ mutmaßt, und damit Ihre Stellung im Kabinett gestärkt sei, ist ein Umstand, auf den Sie nicht stolz sein sollten.

Wie wir am Dienstag gehört haben, gibt es einen neuen Dreiklang: Kinder, Bildung, Arbeitsplätze. Das hat der Ministerpräsident abermals angekündigt. Davon findet sich im Haushalt aber wenig. Darum hat er wohl auch den Zusatz „2020“ gebraucht. Seit dem Amtsantritt – leider ist Kollege Herrmann jetzt nicht da – von Ministerpräsident Stoiber seien eine Million Menschen nach Bayern gekommen, hat der Fraktionsvorsitzende am Dienstag hier verkündet. Was wollte er uns damit sagen? Sind die Menschen wegen Stoiber gekommen? – Das ist genauso unsinnig, wie wenn ich behaupten wollte, Frau Staatsministerin, der Herr Ministerpräsident sei schuld daran, dass

die Geburtenzahl seit seinem Amtsantritt von 134 000 auf 107 000 gefallen ist.

(Beifall bei der SPD)

Das ist im Übrigen die niedrigste seit 1979, und das muss man ernst nehmen. Es ist ein Indiz dafür, Herr Kollege Unterländer, dass Bayern eben kein kinderfreundliches Land ist und erst recht nicht das Familienland Nummer 1, zu dem es Ministerpräsident Stoiber in seiner Regierungserklärung von 2003 gemacht hat.

(Beifall bei der SPD)

Wiederum laut „Süddeutscher Zeitung“ vom 5. Dezember 2006, das ist also gar nicht lange her, erhofft sich die Staatsregierung angesichts der veröffentlichten Zahlen vom Ausbau des Landeserziehungsgeldes – man höre und staune – und dem Ausbau der Kinderbetreuung eine Trendwende. Wir sind darauf gespannt.

Doch, meine Damen und Herren, wie sieht die Wirklichkeit aus? – Noch immer ist Bayern eines der Länder mit der schlechtesten Versorgungsquote bei Kindern unter drei Jahren im Hauptbereich. Der Bericht der Bundesregierung vom Juli dieses Jahres weist eine Quote von 5,3 % aus. Das bestreiten Sie immer; Sie selbst haben in einer Antwort von 7 % gesprochen. Selbst wenn ich 7 % zugrunde lege, ist dies aber wirklich kein Ruhmesblatt für die Staatsregierung.

Das neue Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz hat wegen der schlechten Rahmenbedingungen keinen Durchbruch für eine bessere vorschulische Bildung und Betreuung unserer Kinder gebracht.

(Beifall bei der SPD)

In mancherlei Hinsicht bedeutet es sogar einen Rückschritt gegenüber der bisherigen Förderung. Zwar sind für die Kindertagesbetreuung insgesamt 15 Millionen Euro für 2007 und 20 Millionen Euro für 2008 mehr vorgesehen, das bedeutet aber kaum eine verbesserte Förderung für das Kind. Vielmehr wird das Geld dafür gebraucht, um die nunmehr in die Förderung einbezogenen Kinderkrippen und Kinderhorte zu finanzieren.

Stellvertretend für all die vielen kritischen Stimmen zum Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz darf ich Ihnen einen Auszug aus dem Weltblatt „Traunreuter Anzeiger“ zitieren – Frau Kollegin Steiger, hören Sie bitte zu: Pittenhard – Kindergarten bittet um Hilfe. Zitat: Wünsche schicken wir wie Sterne. Mit diesem Lied begrüßten die Kindergartenkinder Weihbischof Dr. Franz Dietl im Rahmen seiner Visitation im Pfarrverband des Kindergartens St. Aloisius in Pittenhard. Dessen Leiterin Maria Eder nutzte die Gelegenheit, den Bischof auf die nicht ganz leichte Situation des Kindergartens aufmerksam zu machen; denn mit dem neuen Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz seien drastische Verschlechterungen für die Kindergärten im Pfarrverband Obing eingetreten. Durch die Reduzierung der Wochenarbeitszeiten für das Personal und geplante weitere Kürzungen könne kaum noch Teamarbeit stattfinden. Es

fehle die nötige Vorbereitungszeit, und die Eltern seien zum Teil aufgebracht, weil sie trotz gestiegener Beiträge weniger Qualität bekommen würden. Auch beim Personal herrsche große Unsicherheit und Angst vor den ständig wachsenden Anforderungen. – Zitatende. Meine Damen und Herren, das ist nur eine von vielen Stimmen über das neue Bildungs- und Betreuungsgesetz. Auch darauf können Sie nicht stolz sein; denn Sie haben nicht Fortschritt, sondern Rückschritt produziert.

Frau Staatsministerin, Sie haben leider die Chance verpasst, bei der Bildung und der Betreuung einen echten Paradigmenwechsel vorzunehmen. Wir haben Ihnen vorgeschlagen – das wäre ein echter Paradigmenwechsel –, das letzte Kindergartenjahr für die Eltern beitragsfrei zu stellen, damit die Attraktivität des Kindergartens zu erhöhen und vor allen Dingen jene Kinder in den Kindergarten zu bekommen, die dieses Bildungsangebot eben in besonderer Weise notwendig haben. Frau Staatsministerin, Sie haben gesagt, das sei ein wichtiges familienpolitisches Signal. Allerdings haben Sie damit nicht unseren Vorschlag gemeint, sondern Sie haben die Ankündigung der Stadt Ansbach, das Kindergartenjahr auf kommunale Kosten beitragsfrei zu stellen, so begründet. Warum nicht auch für ganz Bayern? Warum nur in Ansbach, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD)

Wir sind der Auffassung, dass Bildung eine staatliche Aufgabe ist und frühkindliche Bildung stärker gefördert werden muss. Dieser Auffassung sind wir im Übrigen nicht alleine. Auch prominente Mitglieder Ihrer Partei und Ihrer Schwesterpartei, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, wie Herr Falthäuser, wie Herr Söder, wie Frau von der Leyen, haben sich ebenfalls für ein beitragsfreies Kindergartenjahr ausgesprochen. Ich bin überzeugt davon, meine Damen und Herren, nachdem der Ministerpräsident vorgestern so vollmundige Erklärungen abgegeben hat: Spätestens in einem Jahr ist auch die CSU so weit, das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen.

(Zuruf von der SPD: So schnell nicht!)

– Na ja, vielleicht. Wir stehen schließlich vor Wahlen.

Meine Damen und Herren, die Erhöhung der Fördermittel für die Kinderbetreuung und für das Landeserziehungsgeld ist ja keine echte Mehrung im Landeserziehungshaushalt, sondern – das ist das Fatale – Sie nehmen das Geld denen, die sich am wenigsten wehren können: Das sind die Pflegebedürftigen, und das sind die Menschen mit Behinderungen. Beim Landesplan für Altenhilfe sparen Sie knapp 30 Millionen Euro und beim Landesplan für Behinderte sogar 41 Millionen Euro ein. Es ist unseriös, Eltern mit Kindern gegen pflegebedürftige Menschen und behinderte Menschen auszuspielen.

(Beifall bei der SPD – Joachim Unterländer (CSU): Das stimmt doch gar nicht!)

– Das stimmt sehr genau. Im vergangenen Monat haben Sie ein neues Zeichen für das soziale Bayern gesetzt, indem Sie die Förderung für die stationäre Pflege völlig

eingestellt haben – ein Ruhmesblatt –, und das angesichts einer demografischen Entwicklung, die nicht, wie Sie sagen, Herr Unterländer, eine Versorgung nach dem Motto „ambulant vor stationär“ ermöglicht, sondern die in erhöhtem Maße ambulante und stationäre Versorgung erfordert. Sie haben in einem anderen Zusammenhang und auch hinsichtlich der Förderung der Pflege, der Krankenhäuser und anderer sozialen Einrichtungen etwas gesagt. Dieses ist im Grunde genommen nicht ein Einmischen oder ein starker Ausdruck Ihrer Politik, sondern Sie ziehen sich mehr und mehr aus diesem Politikfeld zurück und überlassen es dem freien Markt.

Meine Damen und Herren, der freie Markt wird es nicht richten. Schließlich kann man Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht dem freien Markt überlassen. Hier hat der Staat eine Pflicht zur Fürsorge und zur Sicherstellung, die zum Teil sogar im Gesetz normiert ist. Daraus ziehen Sie sich zurück. Das kann man nur als neoliberal bezeichnen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie hängen sich ein soziales Mäntelchen um, in Wirklichkeit betreiben Sie aber neoliberale Politik.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, mit Ihrem Angriff auf die Fachkraftquote haben Sie ein weiteres Signal gesetzt, das nichts Gutes für ein künftiges bayerisches Heimgesetz erwarten lässt. Wir hoffen, dass mit dieser Zuständigkeit viele Dinge, die wir gemeinsam beklagt haben, verbessert werden können. Ich habe neulich bei einem gemeinsamen Besuch in einem Altenheim in München eine „dicke Schwarte“ überreicht bekommen. Das war nichts anderes als ein Heimvertrag. Wie soll ein Pflegebedürftiger oder eine Betreuungsperson den wahren Inhalt eines solchen Vertrages ergründen? Hier kommt noch viel Arbeit auf uns zu. Das ist jedoch nur ein kleiner Aspekt. Es gibt noch eine Vielzahl anderer Punkte, die geregelt werden müssen. Ich hoffe, dass Sie sich noch eines Besseren belehren lassen.

Meine Damen und Herren, wie wenig die Nachhaltigkeit zu den Merkmalen Ihrer Sozialpolitik zählt, zeigt das Beispiel des Sozial- und Armutsberichtes. Noch am Anfang dieses Jahres haben Sie auf eine Schriftliche Anfrage der Kollegin Christa Steiger geantwortet, dass die Staatsregierung aktuell keine Erstellung oder Fortschreibung eines Berichtes zur sozialen Lage in Bayern plane, weil dies – Zitat – „keinen entscheidenden Mehrwert an Informationen“ bringe.

Nun, auf Druck des Forums „Soziales Bayern“ haben Sie immerhin 210 000 Euro in den Haushalt eingestellt. Ein Sozialbericht, wie ihn der Landtag diesmal beschlossen hat, ist das aber nicht. Der Beschrieb reicht dafür nicht aus; denn hier geht es nur darum, bestimmte Zahlen zur Entwicklung gemeinsamer transparenter Strukturen für einen vergleichbaren Armuts- und Reichtumsbericht zu erstellen. Das ist nicht Fisch, das ist nicht Fleisch. Wir wollen, dass der Landtagsbeschluss umgesetzt wird, und zwar 1:1. Das ist eine wichtige Grundlage dafür, dass

eine Armutsbekämpfung in Bayern überhaupt in Gang kommen kann.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Insolvenzberatung sieht es nicht besser aus. So hat die Caritas im November 2006 berichtet, dass in Bayern immer mehr Familien mit Kindern in die Verbraucherinsolvenz abrutschen. Die Gesamtzahl der Insolvenzen sei im ersten Halbjahr 2006 um 47 % gestiegen. Was machen Sie? – Im Haushalt taten Sie bis zum 15. Dezember nichts. Sie lehnen unsere Anträge auf Erhöhung der Mittel für die Insolvenzberatung radikal ab und bringen dafür einen windigen Dringlichkeitsantrag ein, mit dem Sie für das Jahr 2006 noch Haushaltsmittel zusammenkratzen und darauf hinweisen, dass in den Jahren 2007 und 2008 die Mittel nennenswert erhöht würden. Das ist schon ein starkes Stück. Um wie viel werden die Mittel erhöht? – Um 100 000 Euro.

(Christa Steiger (SPD): Das ist eine Schande!)

Das ist ein Strohalm für die Insolvenzberatung, es reicht aber nicht aus, damit die Beratungsstellen die Aufgaben erfüllen können, die sie erfüllen müssen. Wie wir gehört haben, werden diese Aufgaben immer dringlicher. Das wäre auch Familienpolitik im Sinne dessen, was Sie immer behaupten, was Sie jedoch letztlich nicht tun. Damit könnten Sie vielen Familien helfen, sich selbst zu helfen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, leider reicht die Zeit nicht aus, um all die Themenfelder, die wichtig sind, anzusprechen. Lassen Sie mich noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, nämlich auf das Thema Rauchverbot. Heute Vormittag hat Herr Staatsminister Dr. Schnappauf gesprochen. Ich habe von ihm zu diesem Thema nichts gehört, obwohl er der zuständige Minister für die Prävention wäre. Dies zeigt im Grunde nur, wie verfehlt die damalige Ressortaufteilung gewesen ist. Wir fordern, dass die Zuständigkeit für die gesamte Gesundheit wieder ins Sozialministerium kommt. Dann haben wir wieder ein Gesundheitsministerium. Im Augenblick haben wir zwar zwei, aber man weiß nicht, wer eigentlich wofür zuständig ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das Thema Rauchverbot ist ein wichtiges Thema. Wir fordern, dass die Staatsregierung – ähnlich wie damals bei den Biergärten – schnell und vor allem radikal handelt. Hier darf es keine windigen Kompromisse geben. Wir hören jetzt, dass der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen die Federführung bei diesem Thema übernehmen soll. Wir können uns vorstellen, in welche Richtung die Reise gehen wird, nämlich in Richtung „blau lau“. Wenn Sie etwas tun wollen, dann handeln Sie bald, handeln Sie gleich und handeln Sie so, dass es die Menschen auch verstehen. Wir brauchen ein absolutes Rauchverbot in allen öffentlichen Räumen.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte zum Thema Arbeit heute viel sagen, aber ich darf es nicht mehr. Ich möchte aber feststellen: Dieser Sozialhaushalt hat in wesentlichen Elementen falsche Ansätze. Er ist kein Haushalt, von dem neue Impulse ausgingen. Im Gegenteil: Er verwaltet den Mangel. Er ist deshalb ein schlechter Haushalt. Wir werden ihn ablehnen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Jetzt übertreiben Sie aber!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Ackermann.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach der Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten vom Dienstag müsste man eigentlich annehmen, dass allgemeiner Konsens darüber herrschte, dass der Sozialhaushalt oberste Priorität habe. Wir haben gehört, Kinder stünden im Vordergrund und Familien seien der CSU das Wichtigste. Der Sozialhaushalt müsste daher eigentlich ganz vorne rangieren. Leider ist das Gegenteil der Fall.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Sozialministerium rangiert im Internet bei den Links der Staatsregierung an letzter Stelle. Auch der Newsletter des Sozialministeriums findet sich unter den Newslettern der Bayerischen Staatsregierung an letzter Stelle. Damit nicht genug. Das Interesse der CSU an diesem Thema zeigt sich auch daran, dass bei der Rede des Vorsitzenden des Sozialausschusses gerade einmal zwei Mitglieder des Sozialausschusses anwesend waren. Dies beweist, dass der Stellenwert der Sozialpolitik ganz tief unten angesiedelt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Sozialpolitik befindet sich in der Tiefgarage. Sie befindet sich im toten Winkel, dort, wo keine Kamera hinkommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit dem Jahr 2002 stagniert der Zuschuss. Herr Kollege Unterländer, Sozialpolitik darf eben nicht von den Steuereinnahmen abhängig sein. Die Sozialpolitik muss sich an den Bedürfnissen der Menschen und den Erfordernissen der sozialen Belange in einem Staat orientieren. Nur dann ist sie eine gute Sozialpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb stellt sich die Frage: Was ist Bayern das Soziale wert? Was soll das Soziale in einem Staat leisten? – Das Soziale soll Teilhabemöglichkeiten für jeden Menschen schaffen. Das Soziale soll die Sicherung der Existenz garantieren. Das Soziale soll ein Leben in Würde, Hilfe in der Not, Unterstützung bei Problemen und die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens garantieren. Das alles wissen Sie; denn es kommt in Ihren Sonntagsreden und Ihren Parlamentsreden immer wieder vor.

Die Frage ist nur: Wie wird dieses Ziel verwirklicht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte allerdings noch auf einen ganz anderen Aspekt aufmerksam machen: Sozialpolitik hat auch einen investiven Charakter. Das wird immer leicht übersehen. Es geht nicht nur darum, die Büchse der Pandora zu öffnen, es geht darum, Investitionen in die Zukunft zu tätigen. Diese Investitionen in die Zukunft zahlen sich aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber das wird von Ihnen immer übersehen. Ich bringe Ihnen hierfür jetzt einige Beispiele. Beispiel 1: die frühkindliche Bildung. Ihr Stellenwert ist von allen anerkannt und absolut unumstritten. Leider folgt die Politik aber nicht dieser Erkenntnis. Wir haben bei der Betreuung der unter Dreijährigen noch immer einen Deckungsgrad von nur 4 %. Das ist miserabel und viel zu wenig. Auf das Spargesetz BayKiBiG möchte ich an dieser Stelle nicht eingehen, denn das habe ich in der letzten Ausschusssitzung ausführlich getan. Es ist leider so, dass ich mich zu diesem Gesetz bald selbst nicht mehr reden hören kann, weil die Kritikpunkte immer die selben bleiben, bleiben müssen, weil sich nämlich nichts verändert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt aber nicht, dass die Kritikpunkte weniger wichtig würden. Nein, sie werden immer wichtiger, denn die Not, die Eltern und Kinder mit diesem Gesetz landauf und landab haben, steigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Landeserziehungsgeld ist eine Maßnahme zur Verringerung der Chancen von Frauen. Wenn Sie nämlich Anreize dafür bieten, dass Frauen zu Hause bleiben, dann verlieren die Frauen gleichzeitig die Chance, wieder in den Beruf zurückzukehren. Das aber kann mit einer fortschrittlichen Kinder- und Sozialpolitik aber nicht gemeint sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum investiven Charakter der frühkindlichen Bildung gibt es Untersuchungen, wonach jeder Euro, der in frühkindliche Bildung investiert wird, vierfach zurückkommt. Das ist eine Rendite von vierhundert Prozent – das wäre doch was!

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Na!)

Beispiel 2: Schulsozialarbeit. Wo es Schulsozialarbeit gibt, leistet sie viel und ist sehr erfolgreich. Aber bis es sie gibt, muss noch viel Zeit vergehen. Sie haben das Ziel, 350 Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen in zehn Jahren einstellen zu wollen. 94 haben wir schon. Man höre und staune, in den nächsten zwei Jahren soll die Zahl auf gigantische 165 erhöht werden.

(Manfred Ach (CSU): Das ist schon die Hälfte!)

Das ist Ihr Ziel, bei 1000 Hauptschulen in diesem Land, bei der großen Zahl von Berufsschulen und von weiterführenden Schulen, die alle Schulsozialarbeit bräuchten.

(Manfred Ach (CSU): Das meinen Sie!)

– Herr Kollege Ach, Sie lassen die Eltern, die Kinder und die Lehrer alleine. Dabei bräuchten sie alle die Begleitung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schulsozialarbeit müsste eigentlich an jeder Schule selbstverständlich sein. Stattdessen flüchten Sie sich in Kabinettsbeschlüsse wie beispielsweise dem, Schulstörer vom Unterricht auszuschließen. Da kann ich nur sagen: genial. Oder Ihr Beschluss zum Handy-Verbot: hilflos. Das Verbot von Killerspielen: von vornherein zum Scheitern verurteilt. Das sind doch keine bildungs- und sozialpolitischen Maßnahmen, die bei den derzeit an unseren Schulen herrschenden Missständen Abhilfe schaffen könnten.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Da ist Pädagogik angesagt!)

Wir brauchen mehr Personal, und zwar geschultes Personal, und wir brauchen ein anderes Schulsystem. Das hat Frau Tolle bereits ausgeführt.

Beispiel 3: die Insolvenzberatung. Wir werden zu diesem Tagesordnungspunkt eine namentliche Abstimmung beantragen, weil es uns schon interessiert, welchen Stellenwert Sie der Insolvenzberatung wirklich einräumen. Nach dem Trauerspiel, welches Sie hier vor zwei Jahren abgeliefert haben, als Sie die Insolvenzberatung auf die Rechtsanwälte übertragen wollten, sind Sie jetzt zurückgerudert. Nun wollen Sie die Insolvenzberatungsstellen eigentlich wieder unterstützen. Um aber eine effektive Unterstützung der Insolvenzberatung zu gewährleisten, wären 3,5 Millionen Euro notwendig. 3,5 Millionen Euro, das sind gerade einmal 70 % der Summe, die andernorts – gerade mal so – für ein Fußballstadion versprochen wird. Für die Insolvenzberatung aber ist das sehr viel Geld. Die Fallzahlen steigen, die Menschen werden allein gelassen, und ab August kann keine Insolvenzberatung mehr stattfinden, weil die Gelder dann bereits ausgegeben sind.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Die sind dann selbst insolvent!)

Die Folgekosten für Menschen, die man allein lässt, die in soziale Ausweglosigkeit zurückfallen, sind wesentlich höher. Hier sind wir wieder bei dem Thema Investitionen. Sie investieren nicht in die richtigen Dinge, Sie könnten sich hohe Folgekosten ersparen, aber Sie tun das nicht. Da überrascht eigentlich auch nicht, dass die CSU-Fraktion im letzten Moment versucht, das schlechte Image ihrer Handlungsweise bei der Insolvenz dadurch zu retten, dass sie 437 000 Euro zusammenkratzt und glaubt, damit einen wesentlichen Beitrag zur Rettung der Insolvenzberatung zu leisten.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Unterländer (CSU))

– Sie nicken eifrig. Ich lese Ihnen jetzt vor, was die Insolvenzberatungsstellen dazu sagen. Sie erklären, dass Sie bereits am 31. August 2006 ein Defizit von 600 000 Euro hatten. Sie stellen also 400 000 Euro ein, doch dieser Betrag ist nicht einmal ausreichend, um die bereits am 31. August bestehende Finanzierungslücke zu schließen, und das Geld reicht erst recht nicht, um die Insolvenzberatung für den Zeitraum September bis Dezember sicher zu stellen. Ihr Dringlichkeitsantrag trägt deshalb nicht im Entferntesten dazu bei, die großen Probleme, die bei der Insolvenzberatung bestehen, zu beheben. Es ist ein hilfloser Antrag. Sie wollen in den nächsten Jahren 1,9 Millionen Euro ansetzen. Bravo! Das ist hoffnungslos zu wenig.

(Joachim Unterländer (CSU): Der Antrag scheint Sie zu stören!)

Sie bleiben mit diesem Betrag weit hinter den sozialen Erfordernissen der Insolvenzberatung zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beispiel 4: Nachholende Integration. Weil der Ausländer früher kein Bayer war und auch keiner werden durfte, leben in Bayern heute Menschen, um deren Integration es wesentlich besser bestellt sein könnte. Diese Menschen werden nicht zur Kenntnis genommen. Sie stellen nur für diejenigen Mittel in den Haushalt ein, die neu hinzukommen, nicht aber für diejenigen, die bereits hier sind. Wenn Sie sich endlich zu der Erkenntnis durchringen könnten, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, wenn Sie das schon früher getan hätten, dann könnten Sie eine sinnvollere Integrationspolitik leisten;

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Genau!)

so aber ist Ihre Politik teilweise hilflos, und was Sie tun, ist außerdem viel zu gering.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wäre investive Politik gewesen, wenn Sie hier gehandelt hätten.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das haben wir immer gesagt!)

Fünftes Beispiel: Rechtsradikalismus. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat in ihrer Studie „Vom Rand zur Mitte“ aufgezeigt, dass Bayern, was rechtsradikale Tendenzen angeht, im bundesweiten Ranking wieder einmal ganz vorn liegt. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Hier dürfen wir nicht nur beobachten, Herr Kollege Unterländer, wir dürfen auch nicht nur bestrafen, wir müssen in hohem Maß auf Prävention setzen. Wir dürfen nicht wegschauen, wir dürfen das Problem nicht ignorieren, wir dürfen es auch nicht kleinreden. Wir müssen von Anfang an den Kampf gegen rechtsradikale Tendenzen in die frühkindliche Bildung einbeziehen. Dafür gibt es Programme, wie beispielsweise „Papillon“, die das in hervorragender Weise zeigen. Wir brauchen integrative Projekte, wir brauchen Arbeit in den Vereinen. Wir brauchen Menschen, die

an der Basis Beratung und Aufklärung leisten – und hier sind wir wieder bei der Schulsozialarbeit. Die einzigen Mittel, die wir gefunden haben, die im Zusammenhang mit der Bekämpfung rechtsradikaler Tendenzen stehen, befinden sich im Haushalt des Innenministeriums.

Diese Mittel wurden von 75 000 auf 55 000 Euro gekürzt. Herzlichen Glückwunsch! Auch das ist keine investive Politik.

(Beifall bei der SPD)

Sechstes Beispiel, Landessozialbericht; Motto: Wir wollen es nicht wissen. Seit acht Jahren wollen wir nicht wissen, wie es in Bayern aussieht. Seit acht Jahren wird der Landessozialbericht verschleppt und verzögert. Jedes Kind weiß: Wenn es im Zimmer dunkel ist und ich nicht weiß, was los ist, mache ich das Licht an. Das Licht in diesem Zusammenhang wäre der Landessozialbericht. Sie möchten aber lieber im Dunkeln bleiben. Auch das ist keine investive Politik; denn wenn Sie wüssten, wo es in diesem Land Missstände gibt, könnten Sie viel genauer Abhilfe schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wollen es aber nicht wissen. Jetzt beginnen Sie damit allmählich und sehr zögernd. An Ihren Taten werden wir Sie erkennen. Wir warten jetzt erst einmal ab, was Sie wirklich unternehmen wollen.

Wie wird der ethische Anspruch eines Sozialstaates in Bayern verwirklicht? – In den Asylbewerberunterkünften sieht es zappenduster aus: unwürdige Unterbringung in Lagern, Essenspakete, kaum Beratung. Ich fordere Sie dazu auf, endlich mit diesen Gemeinschaftsunterkünften, mit der Unterbringung in Containern Schluss zu machen. Lassen Sie die Menschen dezentral wohnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist menschenwürdig, und das haben die Asylbewerber auch verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Behindertenhilfe gibt es einen unvergleichlichen Investitionsrückstau. Erst gestern habe ich von einer Förderschule gehört, deren Träger Schulgeld erhebt, weil der Freistaat die zugesagten Mittel seit Jahren nicht gewährt und der Träger sich nicht mehr anders in der Lage sieht, diese Schule zu betreiben, als Schulgeld für lernbehinderte Kinder zu erheben. Ich weiß nicht, was daran sozial ist.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich hätte noch gern etwas zum AGSG, zum Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze, gesagt; denn auch da hapert's. Ich beschränke mich aber auf den Schlusssatz. Ich fordere Sie auf: Fahren Sie die Sozialpolitik aus der Tiefgarage heraus, bringen Sie die Sozialpolitik auf die Vorfahrtsstraße, und lassen Sie uns endlich die Ziele

Chancengleichheit, menschenwürdiges Leben und Nachhaltigkeit in Bayern verwirklichen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Hohlmeier.

Monika Hohlmeier (CSU) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Lieber Herr Dürr, Sie sollten wirklich zuerst nachdenken, zuerst zuhören und dann vielleicht reden, und zwar dann, wenn es angebracht ist, anstatt sinnlos dazwischenzuquatschen und es anschließend aus dem Protokoll zu streichen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Ich darf zunächst auf den letzten Beitrag eingehen, in dem Frau Ackermann das schöne Bild der Tiefgarage verwendet hat. Liebe Frau Ackermann, ich habe den Eindruck, dass das Niveau der Diskussion über dieses Thema in der Tiefgarage ist und nichts mit der Realität in Bayern zu tun hat.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Das will ich gerne mit Daten und Fakten belegen. Zuerst gehe ich auf Ihre Vorwürfe in Bezug auf Kinder und Jugendliche ein. Ich habe manchmal den Eindruck, dass Sie die Realität in den Ländern, in denen Sie regieren, überhaupt nicht wahrnehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Das beginnt bei Pisa-Studien, geht über die Versorgung mit Kindergartenplätzen und setzt sich fort beim Thema Landeserziehungsgeld, das es in den von Ihnen regierten Ländern überhaupt nicht gibt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Hallo!)

Jetzt gehen wir schlicht und einfach auf die Fakten in Bayern ein.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Hallo!)

– Herr Dürr, es nützt überhaupt nichts, wenn Sie hier immer „Hallo“ schreien.

(Lachen bei der CSU)

Allein bei den Kindertagesstätten gibt es im Jahr 2007 eine Steigerung um 15 Millionen Euro und eine zusätzliche Steigerung um über 20 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2008. Herr Dürr, Herr Wahnschaffe, das sind keine Selbstverständlichkeiten. Das ist eine Menge Geld, das zusätzlich in die Hand genommen wird, um Familien und Eltern zu helfen.

(Christa Steiger (SPD): Das ist wirklich falsch!)

Lieber Herr Wahnschaffe, Sie würden gerne ebenso wie die GRÜNEN, die das in ihren Anträgen fordern, das Landeserziehungsgeld kürzen. Das heißt, Sie wollen den Familien Geld wegnehmen, um damit eine zusätzliche Kinderbetreuung zu bezahlen.

(Beifall bei der CSU – Lebhaftes Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist die Realität. Die Fakten passen einfach nicht zusammen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Abschaffen!)

– Ja, abschaffen, schreit der Herr Dürr. Man soll also das Geld, das Familien erhalten, wenn sie Kinder bekommen und dafür Aufwendungen haben, in Bayern abschaffen. Herr Dürr, das nennen Sie Sozialstaat.

(Lebhaftes Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wahnschaffe?

Joachim Wahnschaffe (SPD): Frau Kollegin Hohlmeier, Sie waren Berichterstatterin im Haushaltsausschuss. Ist Ihnen ein Haushaltsantrag der SPD-Landtagsfraktion bekannt, wonach das letzte, beitragsfreie Kindergartenjahr mit den Mitteln des Landeserziehungsgeldes finanziert werden soll, ist Ihnen also bekannt, dass dieses Geld nicht verbraten, sondern den Kindern zugeführt werden soll?

Monika Hohlmeier (CSU) (von der Rednerin nicht autorisiert): Das ist eine Katastrophe, wie so schön formuliert wurde. Ich möchte die Worte meines Kollegen gleich aufnehmen, weil sie völlig richtig sind. Er spricht aus Erfahrung, weil er diese Fragestellungen aus dem Nürnberger Raum sehr, sehr gut kennt.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Zurück zum Thema Kindertagesstätten: In diesem Haushalt haben wir hierfür eine deutliche Steigerung zu verzeichnen. Die Geburtenrate sinkt nicht so stark, wie ursprünglich prognostiziert wurde; sie ist sogar höher. Das Landeserziehungsgeld mit einem Beitrag von insgesamt 41 Millionen Euro zusätzlich im Freistaat Bayern ist im Rahmen dieses Haushalts keine Selbstverständlichkeit.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Zur Umsetzung des Erziehungs- und Bildungsplanes gibt es aufgrund eines Antrags der CSU-Landtagsfraktion zusätzliche Mittel, damit Fortbildung stattfinden bzw. ausgeweitet werden kann. Ich finde es etwas seltsam, dass Sie sagen, das Ausmaß an Kinderbildung und die Anzahl der Arbeitsplätze würden in Bayern nicht übereinstimmen. Im Vergleich mit Ländern, in denen Sie immer regieren, haben wir relativ wenig Arbeitslose. Ich weiß nicht, welche Realität Sie wahrnehmen. Bei uns haben Kinder Chancen, da ausgebildet zu werden, wo es notwendig ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Sie erhalten eine zusätzliche Förderung auch über Jugendsozialarbeit, über Jugendfreizeitstätten, über ein eigenes Jugendprogramm und über eine eigene Hilfe im Bereich des Sozialministeriums, auch über eine Koordination. Die GRÜNEN wollten die Jugendsozialarbeit ursprünglich nicht beim Sozialministerium angesiedelt wissen. Wir aber wollen eine gezielte soziale Unterstützung und eine Vernetzung von Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen. Das wollten die GRÜNEN in dieser Form ursprünglich nicht.

(Günter Gabsteiger (CSU): Der Dürr hat keine Ahnung von Sozialpolitik!)

Ich halte das für den richtigen Ansatz. Die zusätzlichen 39 bzw. 32 Stellen sind außerordentlich positiv.

Auch die Aussage, dass es bei den Behinderten keinen Fortschritt gäbe, Herr Wahnschaffe, ist schlichtweg falsch. Der Antrag der SPD zum Landesbehindertenplan beinhaltet ein Plus von 2,5 Millionen, jener der CSU ein Plus von 2 Millionen. Ist der Unterschied von 500 000 Euro so riesig, dass Sie das Recht hätten, uns vorzuwerfen, dass wir hier nichts tun würden? Die Finanzen im Bereich der Behinderten steigen deutlich. Ich gratuliere der Sozialministerin dafür, dass der Landesbehindertenplan in Zusammenarbeit mit der CSU-Landtagsfraktion massiv angestiegen ist. Sie haben gerade mal einen Antrag auf ein Plus von 2,5 Millionen gestellt, wir einen Antrag auf ein Plus von 2 Millionen Euro. So schlimm kann das also wohl nicht sein, wenn schon Ihr eigener Antrag nicht mehr umfasst.

(Beifall bei der CSU)

Sie sollten hier schon mehr Verantwortung übernehmen.

Man muss auch auf kleine Posten eingehen, die aber sehr wesentlich sind. Ich denke zum Beispiel an das freiwillige soziale Jahr, das für junge Menschen sehr wichtig ist. Wir können 2007 zusätzlich 650 Plätze schaffen und im Jahr 2008 noch einmal 200 Plätze.

Es sind zwar nur kleine, aber sehr wichtige und wesentliche Posten, die man in diesem Zusammenhang zu sehen hat. Ich halte es auch für etwas seltsam, Herr Kollege Wahnschaffe, entsprechend nachzufragen. Eine Million Menschen sind doch nicht wegen Stoiber gekommen. Sie kommen wegen der Attraktivität Bayerns, wegen eines

guten Sozialstaats, wegen eines guten Wirtschaftsstandorts und wegen der sozialen, menschlichen und beruflichen Perspektiven. Das ist der Sachzusammenhang.

(Beifall bei der CSU)

Bei uns haben Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik immer zusammengestimmt, die in einem Zusammenhang zu sehen sind. Gleichzeitig betreiben wir eine nachhaltige Finanzpolitik, die dafür sorgt, dass nicht die Kinder unsere Schulden abtragen müssen, und zwar in einem Ausmaß, dass sie als Erwachsene keine Chancen mehr haben, selbst einen Staat zu gestalten. Wenn ich mir Ihre Liste ansehe, dann habe ich manchmal den Eindruck, als ob wir im Paradies wären. Sie äußern ununterbrochen neue Wünsche, die nicht mit Deckungsvorschlägen belegt werden und woraus auch keine finanziellen Konsequenzen gezogen werden. Wenn ich zusammenzähle, was Sie sich alles wünschen, dann muss ich sagen: Auch wir hätten gern ein Wunschkonzert, aber man muss die Wünsche in einen sinnvollen Einklang bringen.

Wir bringen einen Sozialstaat in vernünftiger Form, eine Finanzpolitik in vernünftiger Form und eine Wirtschaftspolitik in vernünftiger Form in Einklang. In diesem Zusammenhang spielen gerade behinderte und ältere Menschen eine große Rolle. Wir haben in Bayern genügend Pflegeplätze und wir werden beobachten, ob der Ausbau weiter so funktioniert; das ist von der Sozialministerin auch entsprechend so vorgetragen worden. Ich wünsche mir nur, sie hätten in den Ländern, in denen Ihre Partei regiert, so viele Altenheimplätze und Pflegeplätze geschaffen, wie das im Freistaat Bayern der Fall gewesen ist.

(Beifall bei der CSU)

Ich halte es für unerträglich, die finanzielle Solidität Bayerns, die eindeutig auf die CSU zurückzuführen ist, als Indiz dafür zu nehmen, mehr ausgeben zu können, um dann am Schluss dort zu landen, wo Sie in den von Ihrer Partei regierten Ländern überall gelandet sind.

(Beifall bei der CSU)

Wir betreiben eine vernünftige Sozialpolitik und wir gehen vernünftig mit unseren Familien um. In diesem Zusammenhang gilt es auf ein Thema hinzuweisen, das sicher nicht einfach ist, das aber zusätzliche finanzielle Mittel erfordert, nämlich das Thema Forensik. Wir stellen zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung, obwohl es sich um einen schwierigen, aber notwendigen Bereich handelt. Wir tun damit das, was für den Schutz der eigenen Bevölkerung durch die Unterbringung der betroffenen Personen notwendig und wesentlich ist.

Ich muss auch noch einen weiteren Punkt betrachten, den Sie anführen: Ich gehe gerne, Herr Wahnschaffe – Sie haben es vorhin eingeworfen und ich habe noch entsprechende Redezeit –, auf das kostenfreie letzte Kindergartenjahr ein. Sie beantragen ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr. Das ist schön, aber ich muss Ihnen sagen, Frau Stewens hat das nicht in der Form wie Sie gefordert. Wenn wir uns das leisten könnten, wäre das schön, aber unser Augenmerk gilt zunächst dem Ausbau. Des Wei-

teren sind im letzten Kindergartenjahr – um das klar zu sagen – bereits alle Kinder im Kindergarten. Wir haben keinen zusätzlichen Bedarf und es macht keinen Sinn, Geld für etwas auszugeben, um populistisch zu handeln, das aber für die Bildung, Erziehung und für die Betreuung unserer Kinder nichts Zusätzliches bewirkt.

(Beifall bei der CSU)

Unser Schwerpunkt liegt beim Ausbau zum Beispiel einer qualifizierten Tagespflege oder eines guten qualifizierten Kindergartenetztes, beim Ausbau der Betreuung und der Versorgung von Schülerinnen und Schülern, die die Grundschule und die weiterführenden Schulen besuchen sowie beim Ausbau einer Schulsozialarbeit in der Begleitung.

Sie müssen sich einfach mal in den Ländern umsehen, in denen Ihre Partei regiert. Ich sage es noch einmal: Schauen Sie sich die Schulgebäude an, schauen Sie sich die Schwierigkeiten, die sie haben, an und schauen Sie sich an, auf welcher Ebene sie in der sozialen Bilanz bei diesen Themen rangieren. Nicht dem Freistaat Bayern werden bei Pisa im sozialen Bereich Schwierigkeiten bescheinigt, die Schwierigkeiten gibt es in den Ländern, in denen Ihre Partei regiert.

(Beifall bei der CSU)

Nicht wir in München oder Nürnberg haben diese eklatanten sozialen Probleme aufzuweisen, wie Sie es in den langjährig von Ihrer Partei regierten Städten Bremen oder Hamburg, Düsseldorf oder ähnlichen Städten haben. In Bayern sieht es schlicht und einfach völlig anders aus. In diesem Zusammenhang gilt es zu sagen: Unser Schwerpunkt gilt der Familie und unser Schwerpunkt gilt der Familienunterstützung.

Zur Insolvenzordnung, bei der Sie auch das Thema Familie angesprochen haben: Es ist richtig, dass immer mehr Menschen – nicht nur Familien – in die Insolvenz rutschen, weil sie zunächst zu viele Schulden gemacht haben, anschließend diese nicht mehr abtragen können und somit in persönliche Schwierigkeiten geraten. Bei der Insolvenz haben wir eine insgesamt solide Struktur geschaffen. Wir werden beobachten, ob das, was der Bund – ich erinnere an Frau Zypries – bei der Insolvenzberatung angedacht hat, hilft, um mit entsprechend weniger Kosten auszukommen. Darauf warten wir und wir hoffen, dass das von Frau Zypries auch demnächst erreicht wird. Wir müssen sehen, ob es weiterhin derart große Schwierigkeiten gibt. Ich kann vonseiten des Haushaltsausschusses sagen, dass wir darauf eine starke Aufmerksamkeit richten werden, genau das Gleiche gilt für den sozialpolitischen Arbeitskreis und die Sozialministerin. Es macht keinen Sinn, wenn eine Vereinfachung bevorsteht, im Vorhinein festzulegen, wesentlich mehr Geld auszugeben. Wir werden die Situation bis zum Nachtragshaushalt beobachten und anschließend werden wir die Konsequenzen zu ziehen haben.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Ackermann?

Monika Hohlmeier (CSU): Es macht momentan keinen Sinn, weil ich ohnehin nur noch zwei Minuten Redezeit habe.

In diesem Zusammenhang werden wir die Situation sorgfältig beobachten. Uns ist wesentlich lieber, wenn diese Menschen in einem geordneten Prozess entschuldet werden, dann anschließend wieder in einem Arbeitsverhältnis tätig werden und Lust auf eigene Leistungen bekommen als dass diese Menschen langfristig verschuldet bleiben und letztendlich vom Staat abhängig sind. Ich glaube, wir sind dabei eher einer Meinung als unterschiedlicher Meinung.

Ich bitte Sie schlicht und einfach, von den alten Klischees abzugehen. Es glaubt Ihnen kein Mensch, der durch Bayern reist, dass es in Bayern um den Sozialstaat so schlecht bestellt ist. Das glaubt Ihnen jemand in Duisburg, wo Ihre Partei lange regiert hat, das glaubt Ihnen jemand in Berlin, wo Verantwortliche Ihrer Partei munter auf Kosten anderer Länder Geld ausgeben. Das glauben Ihnen Leute in Bremen oder sonst wo, wo Verantwortliche Ihrer Partei entsprechende Zustände haben einreißen lassen. Derartige Zustände haben wir niemals einreißen lassen. Wir haben unserer Bevölkerung manches soziale Sparen zugemutet und haben demgegenüber dafür gesorgt, dass der Sozialstaat stabil und solide jedes Jahr kontinuierlich gewachsen ist.

Ich bitte Sie, von diesen Klischees abzugehen, weil Ihnen diese im Freistaat Bayern und auch darüber hinaus niemand abnimmt. Keiner, der durch den Freistaat Bayern reist, glaubt, dass wir ein in der Familienpolitik notleidendes Land sind. Jeder, der sich unsere Schulen oder unser Land insgesamt mit seiner Infrastruktur ansieht und die Aufmerksamkeit für Alte, Behinderte und Kinder betrachtet, der merkt, dass sie vielleicht Wunschträume hätten, es wäre schlecht, um besser Opposition betreiben zu können. Diesen Gefallen werden wir Ihnen nicht tun. Der Sozialstaat Bayern wird solide bleiben und er wird weiter an der ersten Stelle rangieren.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Staatsministerin Stewens.

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich einleitend noch einiges sagen: Ich will zunächst auf die Ergebnisse der Befragung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung – Frau Kollegin Ackermann, Sie haben darauf hingewiesen –, wonach wir vermehrt rechtsradikale Tendenzen in Bayern hätten, eingehen. Die Fragestellung der Friedrich-Ebert-Stiftung an die bayerische Bevölkerung war, ob sie Politiker bevorzugten, die bayerische Interessen verträten oder solche, die andere Interessen verträten. Die Antwort war: Sie bevorzugten die Politiker, die bayerische Interessen verträten. Daraus leitet man rechtsradikale Tendenzen in Bayern ab. Frau Kollegin Ackermann, das ist eine Beleidigung der gesamten bayerischen Bevölkerung.

(Beifall bei der CSU)

Als bayerische Arbeits- und Sozialministerin vertrete ich vorrangig die Interessen der bayerischen Bevölkerung, würde aber durchaus sagen, dass ich gegen rechtsradikale Tendenzen absolut immun bin. Ich wollte Ihnen damit nur sagen: Sie sollten sich die Fragestellungen sehr genau ansehen, bevor Sie im Hause entsprechend zitieren.

Zu den Sozialdiensten: Wir haben bei der Integration und den Sozialdiensten für Ausländer überhaupt nichts gestrichen, obwohl die Zahl der Ausländer, Asylbewerber und Spätaussiedler zurückgegangen ist.

Trotz sinkender Zahlen haben wir bei den Beratungsdiensten nichts gestrichen. Das soll man doch auch einmal als Leistung anerkennen. Leider Gottes sieht man das überhaupt nicht. Deshalb bitte ich Sie darum, etwas anders über diese Fragen zu diskutieren. Das gilt übrigens auch für die Familienberatungsstellen. Da haben wir um 150 000 Euro zugelegt. Wir haben auf den unterschiedlichsten Gebieten des Sozialhaushalts Leistungen verbessert. Herr Kollege Unterländer und Frau Kollegin Hohlmeier haben es schon gesagt.

Nach Jahren strenger, aber durchaus lohnender Haushaltsdisziplin können wir jetzt an wichtigen Stellen des Sozialhaushalts zulegen. Dabei stehe ich als Familienpolitikerin durchaus hinter einer nachhaltigen Haushaltspolitik. Der vorliegende Entwurf des Einzelplans 10 ist eine hervorragende Grundlage, um den hohen Stellenwert bayerischer Arbeits-, Familien- und Sozialpolitik fortzuführen, weiter zu entwickeln und neue Akzente zu setzen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Wo wird unter dem Strich zugelegt? Kein Cent ist dazugekommen!)

Unsere Arbeits-, Familien- und Sozialpolitik bietet den Menschen eine Perspektive. Sie lässt sie nicht in Armut und Passivität und in die Abhängigkeit von staatlicher Fürsorge fallen. Unsere Arbeits-, Familien- und Sozialpolitik zeigt den Menschen Perspektiven auf, weil sie nicht, wie es die Opposition gern hätte, auf noch mehr Fürsorge und Betreuung setzt, sondern weil wir mit unserer Politik die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Menschen in Bayern die Möglichkeit haben, ihre Leistungspotentiale in Freiheit und Eigenverantwortung zu entfalten und Mitverantwortung für unsere Gesellschaft einzubringen. Unsere Arbeits-, Familien- und Sozialpolitik bietet den Menschen Perspektiven, weil sie die Selbstentfaltungskräfte fördert, gleichzeitig aber auch denen konsequent Hilfestellung bietet, die Hilfe benötigen, also Menschen mit Behinderungen und alten Menschen, weil wir keine Verfestigung der Sozialhilfestrukturen zulassen und weil wir in Bayern mehr Beteiligungsgerechtigkeit schaffen. Unsere Arbeits-, Familien- und Sozialpolitik hat bereits in den vergangenen Jahren ganz entscheidend zu der herausragenden Stellung Bayerns beigetragen.

Unsere Arbeits-, Familien- und Sozialpolitik – das ist auch ganz interessant – entspricht auch den Wünschen und Vorstellungen unserer bayerischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Ein Blick in die Ergebnisse der Umfrage „Per-

spektive Deutschland“ aus diesem Frühjahr zeigt, dass die Menschen in Bayern mit ihrem Wohnort zufriedener sind, weniger Sorgen haben und positivere Erfahrungen mit ihrer Arbeitsplatzsituation gemacht haben als der Rest der Deutschen. Im Vergleich zu Gesamtdeutschland hat Bayern ein eher sozialmarktwirtschaftlicheres als ein staatlich orientiertes Gesellschaftsbild.

Dementsprechend finden auch die Forderungen nach stärkerer privater Initiative bei der sozialen Sicherung in Bayern wesentlich mehr Anhänger als in Deutschland insgesamt. Die Opposition und gerade auch die SPD sollte sich das gut merken. Die Menschen in Bayern fordern nach der Umfrage zwar mehr Unterstützung von Familien mit Kindern – die müssen wir ihnen auch geben, das tun wir auch; eine kostenfreie Infrastruktur findet jedoch im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet in Bayern die geringste Unterstützung. Die bayerischen Eltern haben erkannt, dass sie Gebühren zahlen müssen. Die ärmeren Eltern zahlen sowieso keine Gebühren, denn für 30 % der Eltern – in München sogar für 50 % – zahlt die wirtschaftliche Jugendhilfe die Gebühren. Die Eltern haben erkannt, dass die Gebühren ihnen ein Mitspracherecht im Rahmen der institutionellen Betreuung ihrer Kinder sichern. Ich habe nichts dagegen, dass eine Kommune wie zum Beispiel Ansbach den Elternbeitrag übernimmt, Herr Kollege Wahnschaffe. Wenn ich aber 75 bis 80 Millionen Euro mehr Geld hätte, würde ich es in die Qualität der Individualförderung der Kinder stecken.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Warum haben Sie nicht mehr?)

– Ich habe gesagt, wenn ich dieses Geld mehr hätte, Herr Kollege Dürr. Sie müssen mir schon zuhören.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Dann sorgen Sie dafür, dass Sie mehr haben!)

Dazu müssten wir über den Personal-/Kind-Schlüssel reden, um den Bildungs- und Erziehungsplan noch besser umsetzen zu können.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das ist doch einmal ein Wort!)

Ich setze meine Prioritäten anders. Ein beitragsfreies Kindergartenjahr kostet circa 80 Millionen Euro.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Reden Sie nur weiter, Frau Stewens! Jetzt kommt die Wahrheit raus!)

Wenn ich dieses Geld hätte, würde ich es in die Förderung der Kinderbetreuung, in die individuelle Förderung unserer Kinder stecken. Ich meine auch, dass es da am besten aufgehoben wäre.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Das andere ist eine Sozialpolitik mit der Gießkanne. Diese Zeiten sollten endgültig vorbei sein.

(Beifall bei der CSU – Manfred Ach (CSU): Sehr gut! Bravo! – Joachim Wahnschaffe (SPD): Ist das jetzt an die Adresse von Söder gerichtet?)

Es ist mir schon klar, dass Sie das nicht so ganz gerne hören, Herr Kollege Wahnschaffe. Der Wohlstand einer Nation beginnt bei ihren Kindern. Kinderbetreuung und Elternförderung sind deswegen wirkliche Zukunftsinvestitionen. Deshalb werden wir auch die Leistungen für unsere Kinder und für die Familien in den nächsten beiden Jahren kräftig steigern. Bei einem um 68 Millionen Euro wachsenden Haushalt machen die 723 Millionen Euro für 2007 bzw. die 732 Millionen Euro für 2008 den Schwerpunkt des Einzelplans 10 aus. Ein Drittel meiner Ausgaben wird in Kinder und Familien investiert. Dabei liegt der Schwerpunkt ganz klar im weiteren Ausbau der Kinderbetreuung. Das gilt besonders für die unter Dreijährigen und für die Grundschulkinder. Hier wird ab 2007 ein neuer Schwerpunkt auf den Ausbau der Tagespflege gelegt. Unser Ziel ist es, dass 2008 jedes Kind, das einen Kinderbetreuungsplatz oder Tagespflege benötigt, auch einen solchen Platz bekommen soll. Das ist eine Kraftanstrengung für Kommunen und Freistaat. Das ist überhaupt keine Frage. Ich meine aber, dass wir das unseren Familien und Kindern schuldig sind.

Unsere Haushaltsansätze für die Kinderbetreuung sind seit 2001 um 35 % gestiegen. Dabei sind vor allem auch die Plätze für die unter Dreijährigen ausgebaut worden, wobei ich nicht ausschließlich über Krippen und Tagespflege rede. In den letzten zwei Jahren haben wir die Angebote um über 100 % ausgebaut. Der Ausbau wird im Jahr 2007 und im Jahr 2008 genauso schnell weiter- und fortgeführt werden.

Die Haushaltszahlen steigen, obwohl die Kinderzahlen in Bayern zurückgehen. Trotz rückläufiger Kinderzahlen geben wir also immer mehr für die Kinderbetreuung aus. Wir haben jetzt beim Landeserziehungsgeld Einkommensgrenzen von 13 500 Euro bzw. 16 500 Euro. Immerhin beziehen noch 47 % unserer Bevölkerung Landeserziehungsgeld. In Oberfranken und in der Oberpfalz sind es noch mehr. Da sind es fast 60 % der Eltern, die Landeserziehungsgeld beziehen.

(Christa Steiger (SPD): Aber doch nur wegen der ungleichen Lebensbedingungen! Das ist doch eine völlig falsche Strukturpolitik!)

Dieses Geld wollen Sie für ein beitragsfreies Kindergartenjahr verwenden. Auch das ist wieder eine Umverteilung von unten nach oben. Das ist keine Sozialpolitik, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU – Christa Steiger (SPD): Das ist falsche Strukturpolitik!)

Ich bin glücklich darüber, und dafür danke ich auch der CSU-Fraktion, dass wir das Landeserziehungsgeld in einer Größenordnung von etwa 110 Millionen Euro gerade für die Menschen erhalten können, die es dringendst

notwendig brauchen. Wir haben hier eben ein anderes Gesellschaftsbild. Wir wollen die Wahlfreiheit. Ich will den Frauen nicht bestimmte Lebensentwürfe vorgeben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir auch nicht!)

Sie sollen erwerbstätig sein und Kinder bekommen können. Das ist für mich überhaupt keine Frage.

(Widerspruch der Abgeordneten Christa Steiger (SPD))

– Ja, Frau Steiger, ich möchte die Wahlfreiheit.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir auch! Sie werden es nicht glauben!)

Wir sollten endlich damit aufhören, unseren jungen Menschen Lebensentwürfe vorzuschreiben. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ein Schmarren! Wir wollen auch keine Lebensentwürfe vorschreiben! – Christa Steiger (SPD): Die Lebensentwürfe schreiben Sie vielleicht vor!)

Bezüglich des Landeserziehungsgeldes werden wir sagen: Das Landeserziehungsgeld in Bayern bekommt jeder, der seine Kinder zur Vorsorgeuntersuchung schickt. Das wird ganz unbürokratisch geschehen. Ich möchte nämlich, dass jedes Kind in Bayern in den Genuss der Vorsorgeuntersuchung kommt. Dies halte ich für ungeheuer wichtig, übrigens auch unter dem Gesichtspunkt der Kindergesundheit.

Die Jugendpolitik ist heute schon angesprochen worden. Die Jugendsozialarbeit, insbesondere die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit, gehört zu den sehr bewährten, effizienten Instrumenten in der Kinder- und Jugendpolitik. Wir wissen natürlich auch, dass mit Hilfe der Jugendsozialarbeit die Gewalt an unseren Schulen um 52 % reduziert werden kann. Bei den Projekten der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit konnten immerhin 69 % der Jugendlichen in Ausbildungsstellen vermittelt werden.

Frau Kollegin Steiger, zuständig für den Ausbau und die Finanzierung dieser Maßnahmen sind die Landkreise und die kreisfreien Städte. Bayern ist eines der ganz wenigen Länder, die die Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe unterstützen und entlasten. Bayern ist eines der ganz wenigen Länder, die dafür ein Förderprogramm haben. Dies sollten Sie einmal als Leistung anerkennen. Wir leisten damit einen ganz wesentlichen Beitrag zur Integration. Damit sichern wir auch ein Stück Beteiligungsgechtigkeit in unserem Land.

Deswegen haben wir im vorliegenden Haushalt die Erhöhung unserer Förderung um insgesamt 2,25 Millionen Euro bei der Jugendsozialarbeit vorgesehen. Das betrifft

die 71 Stellen, die in der Diskussion schon genannt worden sind.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch eines anmerken, was mich persönlich sehr beschäftigt. Dass der Konsum gewalthaltiger Medien durch junge Menschen fatale, gewaltstimulierende Folgen hat, mussten wir immer wieder, aber gerade auch jüngst bei dem Amoklauf in Emsdetten erleben. Ich werde daher – das sage ich ganz deutlich – alles in meiner Macht Stehende tun, dass die notwendigen Verbesserungen im Bereich Jugendmedienschutz rasch in Angriff genommen werden.

Ich habe immer wieder Bundesratsinitiativen gestartet. Ich kann mich noch gut erinnern, dass Kanzler Schröder gesagt hat: Das müssen wir einfach umsetzen. Aber unter Rot-Grün passierte leider Gottes zu wenig.

Die jungen Menschen müssen uns wichtig sein, nicht nur im Bereich Jugendmedienschutz, sondern gerade auch im Bereich der Ausbildung. Deswegen bin ich glücklich, dass wir eine erfolgreiche Ausbildungszwischenbilanz zum aktuellen Ausbildungsjahr haben. Den Erfolg haben wir ein Stück weit mit Sicherheit auch der gemeinsamen Kampagne mit der Wirtschaft, der Arbeitsverwaltung, der Bayerischen Staatsregierung, dem Kultus- und Sozialministerium und „Fit for Work 2006“ zu verdanken. Wir haben dafür immerhin insgesamt 19 Millionen Euro in unsere Jugend investiert. Damit haben wir Tausende zusätzlicher Ausbildungsplätze geschaffen und stehen in Deutschland zurzeit an zweitbesten Stelle hinter dem Saarland, wobei wir unter den Flächenländern an einer absoluten Spitze stehen.

Was den Arbeitsmarkt betrifft, so lag die Zahl der Arbeitslosen im November 2006 mit 378 000 so niedrig wie seit fünf Jahren nicht mehr. Die Trendwende am Arbeitsmarkt ist Gott sei Dank geschafft. Wir wissen, dass sich die Arbeitslosenzahlen unter der rot-grünen Bundesregierung Jahr für Jahr verschlechtern haben.

Trotzdem dürfen wir in unseren Anstrengungen – das ist gar keine Frage – nicht nachlassen. Unter den zehn besten, erfolgreichsten Arbeitsgemeinschaften, die in Deutschland tätig sind, befinden sich acht bayerische Arbeitsgemeinschaften. Da geht es übrigens um den Erfolg bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen. Daran sehen Sie schon, wie erfolgreich wir in Bayern mit unseren Kommunen zusammenarbeiten.

Bei den Langzeitarbeitslosen bzw. bei den Menschen mit Vermittlungshemmnissen werden wir uns in den nächsten Jahren verstärkt an vier Zielgruppen richten: die Jugendlichen, die Arbeitslosen – gerade die unter 25-jährigen –, die Langzeitarbeitslosen, die Frauen und die Migranten. Das werden wir unter dem Motto tun: Chancen für alle öffnen.

Wir werden uns bei der Verteilung der Mittel aus dem Arbeitsmarktfonds dafür stark machen, dass die Mittel vorrangig wieder in die Regionen Oberpfalz und Oberfranken fließen, die eine hohe Arbeitslosigkeit haben. Ähnliches gilt für den Europäischen Sozialfonds, wo es uns trotz drastisch zurückgehender Mittel gelungen ist,

für die Jahre 2007 bis 2013 für Bayern rund 300 Millionen Euro zu sichern. Das ist bei 1 Milliarde Euro für ganz Deutschland eine maximale Ausbeute.

Ich bin froh, dass wir in diesem Jahr zum ersten Mal die Arbeitslosigkeit bei den Menschen mit Behinderungen haben sinken sehen. Das zeigt den nachhaltigen Trend, der am Arbeitsmarkt zu verzeichnen ist. Gleichzeitig muss ich aber sagen: Es ist ganz wichtig, dass wir uns mit zusätzlichen Maßnahmen gegen die hohe Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen, insbesondere von Schwerbehinderten engagieren. Immerhin ist diese Arbeitslosigkeit in Bayern von Januar bis November um 10 % gesunken. Das ist ein bedeutungsvolles Signal. Gerade an dem Projekt der Vernetzung des Arbeitsmarkts für Schwerbehinderte müssen wir noch stärker arbeiten. Wir unterstützen das Projekt und hoffen, die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen ein Stück weit zurückfahren zu können.

Frau Kollegin Hohlmeier und Herr Kollege Unterländer sind schon darauf eingegangen, dass wir für Behinderteneinrichtungen zusätzlich 8 Millionen Euro an Investitionsmitteln vorgesehen haben.

Bei der Fraktion möchte ich mich ganz herzlich für die zusätzlichen 4 Millionen Euro bedanken. Ganz offen gesagt: Wir können sie sehr gut gebrauchen. Man muss natürlich auch den Landesbehindertenplan für weitere Investitionen im Auge behalten; das ist gar keine Frage. Die Entwicklung kennen wir alle. Die Menschen mit Behinderungen werden älter, wie wir alle. Vor diesem Hintergrund brauchen wir mehr Behinderteneinrichtungen, gerade im Wohnbereich.

Ein Wort an die Fraktion der GRÜNEN. Frau Kollegin Ackermann, als Sie zu Beginn der Diskussion über den Einzelplan 10 Ihre Pressemitteilung herausgaben, haben mir sehr viele blinde und sehbehinderte Menschen geschrieben, weil Sie in Ihrer Pressemitteilung behauptet haben, wir hätten das Blindengeld gekürzt. Das stimmt effektiv nicht. Die Zahl der Blinden ist zurückgegangen. Deswegen ist der Haushaltsansatz etwas niedriger. Wir sollten uns doch darüber freuen, dass die Anzahl der sehbehinderten Menschen und der Blinden zurückgegangen ist. Da sollte man nicht gleich das Schauermärchen verkünden, wir hätten das Blindengeld gekürzt. Bayern hat immer noch das höchste Blindengeld deutschlandweit. Machen Sie den Menschen mit Behinderungen nicht solche Angst!

(Beifall bei der CSU)

Zu den Altenhilfeeinrichtungen. Sie alle kennen den Bericht des ORH, worin von einem Überhang von über 3000 leer stehenden Betten in den Altenheimen die Rede ist – Herr Beyer, Sie nicken. Sie kennen ihn auch.

Ich verkenne nicht, dass wir im Bereich Sanierungen durchaus ein Problem haben. Ich halte nichts davon, Probleme nicht sehen zu wollen. Lösen kann ich Probleme nur, wenn ich sie tatsächlich sehe. Vor diesem Hintergrund müssen wir schauen, dass wir entsprechende Kreditprogramme bekommen. Ich meine, Bayern hat wie

kein anderes Land in Deutschland in den Ausbau sehr viel investiert. Wir werden auch weiterhin bis Ende 2009 den Markt sorgfältig beobachten.

Was das Heimgesetz betrifft, so kann ich Sie beruhigen. Wir werden bezüglich Entbürokratisierung, aber auch bezüglich der entsprechenden Qualität beim Heimgesetz für das Erforderliche sorgen, wie es letztendlich auch die Wohlfahrtspflege und die Träger von uns verlangen. Ich habe diese frühzeitig in die Verantwortung für das Heimgesetz hineingenommen. Das wird mit Sicherheit ein Schwerpunkt sein.

Dann komme ich zum letzten Punkt, dem Sozialbericht. Wir kommen unseren Berichtspflichten durchaus nach. Aber ich habe Ihnen immer wieder gesagt und brauche dazu auch keine Unterschichten- oder Prekariatsdebatte: Wenn Deutschland in den größten Sozialreformen steckt, die es gibt, nämlich denen zum SGB II, zum SGB III und zum SGB XII, dann bin ich nicht bereit, einen Sozialbericht zu machen. Die eine Million Euro dafür wären zum Fenster rausgeschmissenes Geld.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Dieses Geld kann ich viel besser im Sozialhaushalt verwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Auch die Daten zur Einkommensschichtung für Bayern aus der Einkommens- und Verbraucherstichprobe werden nur alle fünf Jahre erhoben, zuletzt 2003. Da hätten Sie von mir verlangt, 2004 einen Sozialbericht zu machen

(Christa Steiger (SPD): Sie nicht!)

mit veralteten Daten und vor allem mit einer völlig unterschiedlichen Situation. Er würde heute vorliegen und wäre geradezu für den Papierkorb erarbeitet worden.

(Christa Steiger (SPD): Wollen Sie damit sagen, dass der Armutsbericht der Bundesregierung für den Papierkorb ist?)

Ich meine, man sollte sich den Sinn seiner Forderungen auch einmal überlegen.

Die bereits jetzt vorliegenden Daten zeigen aber durchaus, dass die soziale Lage in Bayern besser ist als in allen anderen Ländern Deutschlands.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Danke schön. Jetzt kommen nämlich sehr interessante Zahlen, Herr Präsident. Bayern hat seit 1998 die niedrigste Sozialhilfequote aller Länder. Am Jahresende 2004 lebten zum Beispiel 3,5 % der Bevölkerung Deutschlands von Sozialhilfe, wobei Bayern mit 1,9 % die niedrigste Sozialhilfequote verzeichnete. Dies setzt sich dann auch im Rechtskreis von Hartz IV fort. So betrug nach den vorläufigen Daten die ALG-II-Quote im November 2006 im Bundesgebiet 12,1 %, in Bayern hingegen lediglich 5,6 %.

Da stecken die Langzeitarbeitslosen drin, da steckt die Unterschichtproblematik drin. Da können Sie sehr genau die Situation in Bayern beobachten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich meine, wir sind in Bayern mit unserer Arbeits- und Sozialpolitik auf dem richtigen Weg.

(Manfred Ach (CSU): Sehr gut!)

Der vorliegende Haushaltsentwurf im Einzelplan 10 wird das soziale Leben in Bayern weiterhin sozusagen mit einem bunten, einem erfüllten Leben füllen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Herr Kollege Dürr hat sich zu einer persönlichen Erklärung nach § 112 der Geschäftsordnung zu Wort gemeldet. Ich gehe davon aus, Ihnen ist der Text des § 112 bekannt.

(Abgeordnete Barbara Stamm (CSU): Jetzt sitze ich richtig! Vielleicht entschuldigt er sich jetzt mal!)

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich muss ganz kurz die Unterstellung von Frau Hohlmeier zurückweisen.

(Zurufe von der CSU)

Frau Hohlmeier – den Namen werden Sie ja wohl noch aushalten können, ohne dazwischenzuplärren – –

(Heiterkeit bei den GRÜNEN – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das war jetzt gut!)

Ich versuche es noch einmal: Frau Hohlmeier hat in ihrer unverändert typischen Art behauptet, ich würde Zwischenrufe aus dem Protokoll streichen. Das habe ich nicht nötig. Ich entschuldige mich, wie Sie alle wissen, ab und zu, aber ich leugne nicht. Ich stehe im Unterschied zu Ihnen, Frau Hohlmeier, zu dem, was ich sage, und zu dem, was ich tue.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir zur Abstimmung kommen, weise ich darauf hin, dass Ihnen die Niederschriften der heutigen Sitzung nicht mehr zur Korrektur vorgelegt werden können.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Zum Streichen!)

Wer also zu Hause unter dem Tannenbaum korrigieren will, wird gebeten, die gelben Formulare abzuholen und beim Stenografischen Dienst abzugeben.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2007/2008, Einzelplan 10, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6649 mit 6660, 6679, 6712 mit 6722 und 6741 mit 6744 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 15/6935 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend Insolvenzberatung in Bayern, Drucksache 15/6714, und Unterstützung der Altenhilfe, Drucksache 15/6719, in der jeweils beantragten namentlichen Form abstimmen. Wir haben also jetzt zwei namentliche Abstimmungen.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag auf der Drucksache 15/6714, Insolvenzberatung in Bayern. Für die Stimmabgabe sind die Urnen wie immer bereitgestellt. Achten Sie auf die Handzeichen Ihrer Fraktionsvorsitzenden. Mit der Stimmabgabe wird begonnen. Dafür stehen vier Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 14.06 bis 14.10 Uhr)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Sitzungssaales ermittelt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag auf Drucksache 15/6719, Unterstützung der Altenhilfe, durch. Die Urnen sind wieder bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Dafür steht eine verkürzte Zeit von vier Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 14.11 bis 14.15 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Ich unterbreche die Sitzung bis zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses.

(Unterbrechung: 14.15 bis 14.18 Uhr)

Ich darf die Sitzung wieder aufnehmen und bitte, Platz zu nehmen. Ich gebe zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, betreffend Insolvenzberatung in Bayern, Drucksache 15/6714, bekannt: Mit Ja haben 43, mit Nein haben 85 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, betreffend Unterstützung der

Altenhilfe, Drucksache 15/6719, bekannt: Mit Ja haben 43, mit Nein haben 83 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen waren keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Der Einzelplan 10 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/6935 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 10 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge gelten, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung zugleich als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 5)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen? – Niemand. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 15/6935, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6741 mit 15/6744 ihre Erledigung gefunden haben. Das Hohe Haus nimmt hiervon zustimmend Kenntnis.

Die Beratung des Einzelplans 10 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 14, 15 und 16 auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der
Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den
Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und
Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungs-
gesetz 2007) (Drs. 15/6308)
– Zweite Lesung –**

hierzu:

**Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN (Drs. 15/6878),
Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach,
Erika Görlitz, Kurt Eckstein u. a. (CSU) (Drs. 15/7079)**

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**

hierzu:

**Änderungsanträge von Abgeordneten
der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6815 mit 15/6818, 15/6881,
15/6927 und 15/6928),
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6872 mit 15/6876 und
15/6930),
Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Frak-
tion (Drsn. 15/6880 und 15/6919)**

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
über die Feststellung des Haushaltsplans des Frei-
staates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008
(Haushaltsgesetz – HG – 2007/2008) (Drs. 15/6309)
– Zweite Lesung –**

hierzu:

**Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN (Drs. 15/6879),
Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Frak-
tion (Drs. 15/6929),
Änderungsantrag der Abgeordneten Joachim Herr-
mann, Manfred Ach, Dr. Jakob Kreidl u. a. (CSU) (Drs.
15/7056)**

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von 2 Stunden und 59 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 60 Minuten, auf die SPD-Fraktion 34 Minuten und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 25 Minuten. Die Staatsregierung hat 60 Minuten Redezeit.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als erstem Redner darf ich dem Vorsitzenden des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Kollegen Ach, das Wort erteilen.

(Eike Hallitzky (GRÜNE): Viel Spaß!)

Manfred Ach (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie mir die Chance geben, werde ich versuchen, weniger als 60 Minuten zu reden.

(Beifall bei der CSU)

Das liegt nicht an mir, sondern an den Zwischenrufen und ähnlichem mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 3. März 2005 haben wir mit der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2005/2006 den ausgeglichenen Haushalt 2006 in die Tat umgesetzt. Wir haben damit unser schon im Jahr 2000 festgelegtes Ziel erreicht – als erstes Land in der Bundesrepublik Deutschland. Damals haben wir zu Recht von einem Meilenstein der Haushalts- und Finanzpolitik gesprochen.

In jedem Fall haben wir Maßstäbe gesetzt. Denn wir haben – anders als der Bund – keine Zielkorrektur vornehmen müssen. Auch in den Jahren, in denen uns die Steuereinnahmen in dramatischer Weise weggebrochen sind, haben wir uns nicht beirren lassen und an unserem Konsolidierungskurs festgehalten.

Mittlerweile liegt der Verzicht auf neue Schulden im Trend – inzwischen hat jedes zweite Land der Bundesrepublik Deutschland Festlegungen getroffen, wann es einen Haushalt ohne Neuverschuldung erreichen will. Dabei sind einige Länder – auch aufgrund von bereits eingeleiteten Konsolidierungsbemühungen – ihrem Ziel schon etwas näher gerückt, während andere noch einen sehr weiten und steinigen Weg vor sich haben.

Nach dem kürzlich veröffentlichten Schuldenmonitor der Bertelsmann Stiftung und des Wirtschaftsforschungsinstituts ZEW hat allein Bayern keinen Konsolidierungsbedarf mehr. Dagegen hat die Etatsanierung in Schleswig-Holstein und Thüringen kaum Fortschritte gemacht. Dabei haben insbesondere die ostdeutschen Länder, die noch bis 2019 – von Jahr zu Jahr sinkende – Einnahmen aus dem Solidarpakt II haben, generell einen höheren Druck, ihre Ausgaben den sich verringernden Einnahmen anzupassen. Die Studie belegt mit Erfahrungen aus anderen EU-Ländern, dass Ausgabenkürzungen die Haushalte stärker stabilisieren als Steuererhöhungen.

Ich begrüße diesen Trend des Verzichts auf Neuverschuldung sehr, wenn ich mir auch gewünscht hätte, dass dieses Umdenken bei Bund und Ländern schon früher eingesetzt hätte.

(Beifall bei der CSU)

Denn mir geht es nicht darum, Klassenprimus zu sein oder als Erster einen finanzpolitischen Erfolg vorzuweisen – es geht vielmehr darum, die öffentlichen Haushalte für die Zukunft auf eine solide Basis zu stellen. Ich meine, dies müsste eigentlich im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger und damit auch aller politischen Parteien liegen.

Die Umfragen der letzten Jahre in Bayern haben ja gezeigt, dass unsere Bevölkerung durchaus zukunftsorientiert

denkt und deshalb den Sparkurs mitgetragen hat. Das an die Adresse der Kolleginnen und Kollegen von der SPD und der Opposition insgesamt. Gerade weil wir unsere Rechnung für die Menschen machen, weil wir zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger die Gestaltungsspielräume in der Zukunft erhalten wollen, war und ist unsere Haushalts- und Finanzpolitik richtig.

(Beifall bei der CSU)

Mittlerweile haben wir es auch schwarz auf weiß durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt: Mit seinem Urteil zur Klage Berlins hat die oberste deutsche Rechtsinstanz dem grenzenlosen Schuldenmachen eine klare Absage erteilt.

Es braucht also den Mut bei den politisch Verantwortlichen in Bund und Länder, ihre Haushalte zu durchforsten und Sparmöglichkeiten ausfindig zu machen. Zu diesem Ergebnis gelangen auch die fünf Wirtschaftsweisen. In ihrem kürzlich veröffentlichten Jahresgutachten ermahnen sie die Politik, auch solche – ich zitiere – staatlichen Aufgabenkategorien auf den Prüfstand zu stellen, die verteilungspolitisch motiviert sind und deren Abschaffung mit spürbaren distributiven Konsequenzen verbunden ist.“ Dies erfordere aus Sicht des Sachverständigenrats politische, aus Werturteilen abgeleitete Entscheidungen.

Meine Erfahrung hat jedenfalls gezeigt – und ich bin sicher, Sie können das bestätigen –, dass unsere Bürgerinnen und Bürger auch auf lieb gewonnene Förderungen verzichten können, wenn sie wissen, dass es der Sicherung einer nachhaltigen Basis für künftige Generationen dient. Und ist es nicht besser, vorausschauend maßvolle Konsolidierungsmaßnahmen vorzunehmen, als – wie es in anderen, lange von der SPD regierten Ländern der Fall ist – angesichts drohender Handlungsunfähigkeit des Landes und immenser Zinslasten drastisch die Notbremse ziehen zu müssen?

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, den ausgeglichenen Haushalt 2006 in Bayern haben wir aus eigener Kraft erreicht.

(Beifall bei der CSU)

Für das Jahr 2006 haben wir im Haushalt noch mit dem Einsatz von Privatisierungserlösen im Umfang von 760 Millionen Euro geplant. Dank der deutlich günstigeren Entwicklung der Steuereinnahmen in diesem Jahr können wir nun auf den Einsatz von Privatisierungserlösen gänzlich verzichten und im nächsten Jahr sogar in einem gewissen Umfang Rücklagen bilden – darauf komme ich noch eingehender zu sprechen. Auch der Bund wird im Bundeshaushalt 2007 die zu erwartenden Steuermehreinnahmen unter anderem zur Absenkung der Nettokreditaufnahme verwenden.

Vor diesem Hintergrund sieht es so aus, als hätten wir allen Grund zum Jubeln. Sicher, wir können stolz auf unseren finanzpolitischen Erfolg sein.

(Beifall bei der CSU)

Aber wir dürfen uns keinesfalls beruhigt zurücklehnen und uns auf den Lorbeeren des ausgeglichenen Haushalts ausruhen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, aus meiner Sicht kommt dem Doppelhaushalt 2007/2008 eine ganz besondere Bedeutung zu. Ich möchte gern das Bild des Scharniers verwenden, das die Gegenwart mit der Zukunft verbindet.

Die Gegenwart: Der Doppelhaushalt 2007/2008 schreibt den ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung des Jahres 2006 fort. Damit bildet er sozusagen den „Schlussstein“ unserer Konsolidierungspolitik der letzten Jahre.

Die Zukunft: Gleichzeitig gibt der aktuelle Doppelhaushalt den Kurs für den nächsten Doppelhaushalt 2009/2010 vor. Mein Kollege Kupka hat in seiner Rede zur Einbringung vom „Point of no return“ gesprochen. Ich glaube, das ist eine gute Beschreibung der Situation. Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem wir nicht mehr umkehren können.

(Beifall bei der CSU)

Unter den Aspekten der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit müssen wir schon jetzt unser Augenmerk auf die Folgejahre richten – gerade wenn es darum geht, mit den positiven Trends auf der Einnahmeseite, die ich bereits erwähnt habe, verantwortungsbewusst umzugehen. Die über unsere Planung hinausgehenden Steuereinnahmen sind auf die anspringende Konjunktur und die Änderungen im Steuerrecht zurückzuführen. Gerade die anstehenden Steuerreformvorhaben bergen aber auch noch Risiken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch auf die Gefahr hin, mich ständig zu wiederholen: Ich mahne zur Vorsicht mit den Prognosen für die künftigen Jahre. Ich muss hier dem Bundesrechnungshof recht geben, der sich erst kürzlich in einer aktuellen Untersuchung zum Verfahren der Steuerschätzung geäußert hat. Trotz aller optimistischen Annahmen sollten wir – gerade im Hinblick auf die Mehrwertsteuererhöhung – die konjunkturelle Entwicklung der kommenden beiden Jahre eher vorsichtig beurteilen und einplanen.

Seit der November-Steuerschätzung wurde oft von „sprudelnden Einnahmen“ gesprochen. Auch die Opposition meint, es gäbe einen warmen Geldregen zu verteilen. Aber dies darf uns nicht dazu verleiten, die bestehende Verschuldung der öffentlichen Hände aus dem Blick zu verlieren. Lothar Späth hat dies in seinem Kommentar im „Handelsblatt“ am 8. November 2006 treffend auf den Punkt gebracht – ich zitiere –: „Die Haushaltskassen sind trotz des Geldregens gar nicht voll, sondern nur nicht mehr ganz so leer.“ Ich glaube, das ist ein sehr tief gehender Satz.

Ich begrüße es deshalb sehr, Herr Finanzminister, dass Sie in der Nachschubliste zum Einzelplan 13 vorgesehen haben, im Jahr 2007 einen Betrag in Höhe von 130 Millionen Euro aus den Haushaltsverbesserungen der Rück-

lage zuzuführen. Dies dient dazu, künftige Haushalte gegen bestehende Risiken, insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen der anstehenden Unternehmensteuerreform, abzufedern. Diesem Vorschlag hat der Haushaltsausschuss am 1. Dezember 2006 – wie ich glaube – gerne zugestimmt.

Nicht nur – auch das muss gesagt werden – im noch laufenden Haushalt 2006, sondern auch im Jahr 2007 werden wir auf den Einsatz von Privatisierungserlösen – eine große Diskussion in den vergangenen Haushaltsjahren – verzichten können. Ich wiederhole: Wir werden nicht nur im laufenden Haushalt 2006, sondern auch im Jahr 2007 auf den Einsatz von Privatisierungserlösen verzichten können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bereits in der Vergangenheit – wer diesem Hohen Hause schon länger angehört, wird es wissen – haben wir mit Privatisierungserlösen schwerpunktmäßig in die Zukunft unseres gesamten Landes investiert. Ich erinnere nur an die Offensiven Zukunft Bayern bis IV mit einem Volumen von insgesamt rund 4,7 Milliarden Euro. Ich meine, dass wir uns sehr sorgfältig überlegen müssen, wie wir in Zukunft die nun geschonten Grundstockmittel einsetzen. Wir sollten hier ganz gezielt Schwerpunkte setzen und darauf achten, dass die Mittel auch dort etwas bewirken, wo tatsächlicher Bedarf besteht.

(Beifall bei der CSU)

In diesem Zusammenhang verweise ich auf den vorliegenden ORH-Bericht 2006 und die dort gemachten Anmerkungen zum Unterhalt staatlicher Gebäude.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, auch mit dem Doppelhaushalt 2007/2008 setzen wir wieder „Meilensteine“, und zwar in mehrfacher Hinsicht:

Erstens. Wir setzen „Meilensteine“ mit unseren Investitionen. Besonders hervorzuheben ist aus meiner Sicht das über eine Dreiviertelmilliarde bzw. 765 Millionen Euro schwere Investitionspaket „Investieren in Bayerns Zukunft“, das aus Haushaltsmitteln in Höhe von 462 Millionen Euro und Privatisierungserlösen in Höhe von 303 Millionen Euro gespeist wird. Sie alle wissen, dass der CSU-Fraktion und mir die Investitionen – die Stabilisierung und mittelfristig die Steigerung der Investitionsquote auf 15 % – schon immer ein besonderes Anliegen waren. Da brauche ich auch nicht die heute, gestern und in der Vergangenheit gegebenen Hinweise der Opposition.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Schieder (SPD))

– Herr Kollege Schieder, ich weiß, dass Sie hier eine andere Auffassung haben, aber wenn Sie in den nächsten Wochen ernsthaft darüber nachdenken, können Sie sich vielleicht meiner Position zumindest annähern. Sie müssen sich nicht damit identifizieren – das verlange ich von einem Sozialdemokraten nicht –, aber sich zumindest sachlich meiner Auffassung annähern, weil sie, wie ich meine, die richtige Position ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Erhalt unserer Investitionskraft für die Zukunft ist nur zu schaffen, wenn wir einen konsolidierten Haushalt haben und künftig sicherstellen. Ich habe zwar manchmal den Eindruck, das wollen Sie von der Opposition nicht einsehen, aber auch Sie – da bin ich mir sicher – werden irgendwann zu der Einsicht gelangen, dass sich längerfristiges Denken auszahlt.

(Beifall bei der CSU – Thomas Mütze (GRÜNE): Bis 2008!)

– Herr Mütze, Sie haben die Rede des Herrn Finanzministers heute früh nicht gehört – da waren Sie leider nicht da, wie ich vernommen habe –, sonst wüssten Sie, welche Steigerungen es im Wahljahr 2003, im Jahr 2004 und in den folgenden Jahren gegeben hat. Die Steigerung lag bei 1,3 % und war damit niedriger als die Steigerung der Länderhaushalte insgesamt.

Herr Kollege Mütze, machen Sie sich von dem Gedanken frei, dass es die CSU nötig hat, der Bevölkerung gerade im Wahljahr ihre Aktivitäten zu zeigen. Die CSU zeigt seit über 40 Jahren in alleiniger Verantwortung, wie gut sie Bayern regiert. Da brauchen wir keine großartigen Wahlgeschenke. Die Arbeit von fünf Jahren Wahlperiode zeigt der Bevölkerung, wie gut wir sind. Die 56 % Zustimmung in den Umfragen zeigen uns den richtigen Weg. Denken Sie an Ihre eigenen Umfrageergebnisse.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

– Wer war das jetzt? – Der Städter aus München, der Herr Kollege Wörner, der sich für den ländlichen Raum stark macht, wie ich vorhin gemerkt habe.

Meine Damen und Herren, ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, im Jahr 2007 werden wir eine Investitionsquote von 12,7 % erreichen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ich muss Sie um Aufmerksamkeit bitten. Auch wenn Sie das nicht wahrhaben und die Leistungen im Staatshaushalt krampfhaft kleinreden wollen: Wir stehen weiterhin unangefochten an der Spitze im Vergleich mit den übrigen westdeutschen Flächenländern. Zum Vergleich: Nordrhein-Westfalen kommt im Jahr 2007 auf lediglich 9,2 %, Niedersachsen auf 10,0 % und Baden-Württemberg auf schlappe 8,7 %.

Von diesem Investitionspaket, das ich dargestellt habe, profitieren alle unsere politischen Schwerpunktbereiche. Alleine 200 Millionen Euro fließen in die Hochschulen, um dort Baumaßnahmen, Modernisierungsmaßnahmen in den Universitätskliniken und die Anschaffung von Großgeräten für Wissenschaft und Forschung zu ermöglichen. Weitere 41 Millionen Euro kommen der Exzellenzinitiative für Bayerns Hochschulen zugute. Den Bereich der Bildung stärken wir – auch wenn Sie mit anderen Zahlen operieren –, indem wir 784 zusätzliche Lehrplanstellen schaffen. Knapp 200 Millionen Euro kommen alleine dem ländlichen Raum zugute. Davon verstärken 76 Millionen Euro – das werden die GRÜNEN nicht so gerne hören, bei der SPD finde ich dafür eher ein offenes Ohr – den Staatsstraßen- und Brückenbau. 18 Millionen Euro stärken die Regionalförderung. Das ist notwendig im Rahmen der

Infrastrukturförderung, Herr Kollege Mütze. In Aschaffenburg ist wahrscheinlich schon alles bereinigt.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Der ORH darf es dann wieder kritisieren!)

– Der ORH kritisiert etwas anderes. Aber darüber reden wir im Februar. Ich weiß schon, dass ich Sie heute und wahrscheinlich auch im Februar nicht überzeugen kann. Wir haben eben eine ganz andere Auffassung davon, wie gleichberechtigte Verhältnisse von Stadt und Land zu schaffen sind. Dazu gehören der Straßenbau, der Straßenneubau sowie der Bau von Ortsumfahrungen, was Sie nicht akzeptieren wollen.

In unseren Schwerpunktbereich „Kinder und Familien“ – das ist soeben beraten worden – fließen zusätzlich 46 Millionen Euro, die dem Ausbau der Kinderbetreuung und von Ganztagschulen zugute kommen.

Die innere Sicherheit ist mit ebenfalls knapp 200 Millionen Euro ein weiterer Schwerpunkt. Da die innere Sicherheit eines der „Markenzeichen“ Bayerns ist – Sie haben es in der Debatte gestern von Innenminister Dr. Beckstein gehört –, tun wir gut daran, in diesen Bereich, der aus meiner Sicht auch ein wichtiger Standortfaktor ist, weiter zu investieren.

Ein weiterer Investitionsschwerpunkt liegt beim kommunalen Finanzausgleich. Hier widerspreche ich ganz energisch den Behauptungen der Opposition Tag für Tag und Woche für Woche in den Medien, wonach die Kommunen in Bayern chronisch unterfinanziert seien.

(Beifall bei der CSU)

Auch hier leiden Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen – das muss ich Ihnen sagen, auch wenn es mir wegen der ansonsten fairen Zusammenarbeit im Ausschuss manchmal etwas schwer fällt –, unter Realitätsverlust.

(Werner Schieder (SPD): Wir leiden nicht!)

– Herr Kollege Schieder, manchmal leiden auch Sie unter Realitätsverlust; aber das geht vielleicht jedem Menschen so.

Die Leistungen aus dem kommunalen Finanzausgleich überschreiten im Jahr 2007 erstmals die 6-Milliarden-Euro-Grenze. Das sind fast 12 Milliarden DM, ich will Ihnen die D-Mark in Erinnerung rufen. Die Gesamtbilanz liegt damit um 6,3 % über derjenigen des Vorjahres. Ich meine, – vielleicht können Sie mir da recht geben –, dass uns das erstmal ein anderes Land nachmachen muss.

(Beifall bei der CSU)

Wir, die CSU und die Staatsregierung, setzen damit erneut ein deutliches klares Zeichen der Kommunalfreundlichkeit von Staatsregierung und CSU-Fraktion.

(Markus Sackmann (CSU): Kein anderes Land ist so kommunalfreundlich!)

Ich möchte an dieser Stelle auch nochmals – das wird immer infrage gestellt – auf die Einvernehmlichkeit hinweisen, mit der der kommunale Finanzausgleich jedes Jahr – Herr Staatsminister – zwischen Staatsregierung und kommunalen Spitzenverbänden ausgehandelt wird. Auch dies ist im Vergleich mit anderen Ländern einzigartig. Dies gibt es nur in Bayern und sonst nirgends. Daher kommt auch das Einvernehmen der Spitzenverbände, der Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der CSU)

Die reinen Landesleistungen des kommunalen Finanzausgleichs erhöhen sich damit insgesamt um 7,6 %. Damit liegt das Wachstum des kommunalen Finanzausgleichs im nächsten Jahr um mehr als 5 % über dem Wachstum des Staatshaushalts. Dass der Freistaat nach wie vor seine Leistungen an die Kommunen so deutlich aufstockt, ist umso bemerkenswerter, als bei den Kommunen der positive Trend der Jahre 2003 bis 2005 bei den Steuereinnahmen auch im Jahr 2006 angehalten hat. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2006 haben die Kommunen im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres 13,1 % mehr Steuern eingenommen. Im Jahr 2004 waren die Steuereinnahmen schon um 12,8 % gestiegen, im Jahr 2005 um 6,2 %, jeweils gegenüber dem Vorjahr.

Sicherlich – das ist unstrittig – sind die Steuereinnahmen zum Teil ungleich verteilt, aber über unseren kommunalen Finanzausgleich erreichen wir eine sehr hohe Ausgleichswirkung. In manchen Fällen könnte man durchaus auch eine gewisse Überregulierung kritisieren. Herr Kollege Dupper, Sie wissen, was ich damit meine. Ich weiß auch, wenn ich an die Pressegespräche von Herrn Ude oder Herrn Maget denke, dass Jammern zum Handwerk gehört. Aber hinsichtlich der Finanzsituation der Kommunen sollte man „die Kirche im Dorf lassen“. So haben die Kommunen schon zwei Jahre hintereinander einen positiven Finanzierungssaldo: in 2004 89 Millionen Euro, in 2005 sogar knapp 600 Millionen. Auch bei den Investitionen sind die bayerischen Kommunen mit einer Investitionsquote von 16,1 % im Jahr 2005 an der Spitze im Vergleich mit den übrigen westlichen Flächenländern. Zudem ist im Jahr 2005 die Verschuldung der bayerischen Kommunen gegenüber dem Jahr 2004 um 1,7 % zurückgegangen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen zugeben, dass das nicht von der Hand zu weisende Erfolgsmeldungen sind, die eher das Gegenteil als eine Unterfinanzierung belegen. Insofern gestatten Sie mir die Kritik an Ihren Behauptungen und Äußerungen in der Öffentlichkeit und im Ausschuss. Damit liegen Sie falsch.

Auch im kommunalen Finanzausgleich 2007 haben die kommunalen Spitzenverbände und die Staatsregierung in ihrer Einigung einen klaren Schwerpunkt bei den Investitionen gesetzt. Es ist immer unser Ziel, die Investitionen zu erhöhen – aus den bekannten Gründen. So werden hier die Haushaltsansätze im Vorjahresvergleich um 132 Millionen Euro angehoben, was unter anderem dem Ausbau und Unterhalt des kommunalen Straßennetzes – wir

haben die Pauschalzuschüsse erhöht – und dem ÖPNV zugute kommt.

(Beifall bei der CSU)

Auch das möchte ich heute deutlich sagen, weil das immer anders dargestellt wird. Weitere Details zum kommunalen Finanzausgleich will ich aus zeitlichen Gründen den Ausführungen des Herrn Finanzministers vorbehalten lassen.

Eine Steigerung um 55 Millionen Euro auf dann insgesamt 189,4 Millionen Euro erfahren die Mittel für den kommunalen Hochbau nach Artikel 10 des Finanzausgleichsgesetzes. 30 Millionen Euro davon kommen aus dem Einnahmewachstum beim allgemeinen Steuerverbund und werden im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden dafür verwendet – ein Thema, das in den letzten Tagen ebenfalls hier diskutiert worden ist –, um Kommunen, die bislang im Rahmen des sogenannten IZBB-Programms des Bundes nicht zum Zuge gekommen waren, gesondert zu berücksichtigen. Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ich bitte dies positiv zur Kenntnis zu nehmen. Wie mein Kollege Bernd Sibler in seiner Rede zum Einzelplan 05 bereits ausgeführt hat, sind die Mittel aus dem „Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung – IZBB“ des Bundes bereits vor dem Ende der offiziellen Antragsfrist am 30. April 2007 restlos aufgebraucht. Ich möchte nochmals betonen, dass es – ich bitte, aufmerksam zuzuhören – dem Freistaat Bayern grundsätzlich nicht möglich ist, aus Landesmitteln Folgeprogramme für ausgelaufene Förderprogramme aufzulegen oder Kürzungen auf EU- oder Bundesebene voll auszugleichen. Dies ist nicht möglich. Allerdings betrifft es nicht nur den Bildungsbereich, sondern insbesondere auch die Landwirtschaft.

Damit betreiben wir keinen Etikettenschwindel wie unsere Kollegen in Baden-Württemberg, die sich dafür rühmen, ein IZBB-Folgeprogramm mit einem Volumen von 1 Milliarde Euro aufzulegen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich dieses Investitionsvolumen auf neun Jahre verteilt. 550 Millionen Euro davon tragen die antragstellenden Kommunen selbst, 300 Millionen Euro kommen aus dem kommunalen Finanzausgleich, und lediglich 150 Millionen Euro sind zusätzliche Mittel. So summieren sich die Mittel auf 1 Milliarde Euro, wovon bei uns immer so positiv geredet wird. Ich bitte deshalb, mit den sogenannten positiven Erfahrungen aus Baden-Württemberg etwas zurückhaltender zu sein.

Ich begrüße es sehr, dass wir über die Förderung nach Artikel 10 des Finanzausgleichsgesetzes einen Weg gefunden haben, auch diejenigen Kommunen zu fördern, deren Anträge bisher wegen fehlender Mittel abgelehnt werden mussten. Die Einzelheiten dazu brauche ich nicht zu wiederholen, sie wurden bereits im Rahmen der Aussprache zum Einzelplan 05 erörtert.

Dass von der Thematik auch die Privatschulen betroffen sind, ist uns sehr wohl bewusst. Wir sind dabei, eine Regelung zu finden. Ich bin davon überzeugt, dass wir im Nachtragshaushalt 2008 eine gute Lösung vorlegen werden.

Nun noch einige Worte zum Doppelhaushalt 2007/2008.

Lassen Sie mich einzelne wesentliche Punkte ansprechen und darauf eingehen.

Erstens. Den Bereich Landwirtschaft habe ich schon kurz erwähnt. Aufgrund der Kürzungen der EU in der zweiten Säule der Agrarförderung ist die Situation für viele Landwirte sicherlich schwieriger geworden. Wie schon gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt aber auch hier die Aussage, dass aus Landesmitteln derartige Kürzungen, die von anderen verursacht sind, nicht ausgeglichen werden können. Allerdings meine ich, Herr Kollege Brunner, dass wir große Anstrengungen unternommen haben, um die Auswirkungen der Kürzungen deutlich abzufedern,

(Beifall bei der CSU)

indem wir die bisher zur Kofinanzierung der EU-Förderung eingesetzten Landesmittel auf dem bisherigen Niveau von über 100 Millionen Euro erhalten, zusätzlich insgesamt 50 Millionen Euro für Dorferneuerung und einzelbetriebliche Investitionsförderung zur Verfügung stellen und aus überschüssigen Gewinnablieferungen der Staatsforsten einmalig – ich betone: einmalig – insgesamt 19,5 Millionen Euro einsetzen, um speziell beim KULAP – ein Thema, das Sie, wie ich meine, mit Recht auch immer sehr bewegt –, bei der Ausgleichszulage und bei waldbaulichen Maßnahmen abzufedern.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Zusammenhang ist auch die Mittelaufstockung um insgesamt 3,6 Millionen Euro beim Vertragsnaturschutz erwähnenswert, der auch von den EU-Kürzungen betroffen ist, für die wir nichts können.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin überzeugt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass damit CSU-Fraktion und Staatsregierung klar unter Beweis stellen, welche Bedeutung die Landwirtschaft für den Erhalt unserer Kulturlandschaft in Bayern hat, wovon schließlich alle Bürgerinnen und Bürger, ob Stadt oder Land, erheblich profitieren.

(Beifall bei der CSU)

Ich meine aber auch – das sage ich auch bewusst –, dass sich die Landwirte auf die geänderten Rahmenbedingungen speziell bei der EU-Förderung einstellen müssen und hierfür gemeinsam zukunftsfähige Konzepte entwickelt werden müssen.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, ein zweiter Punkt, der noch nicht oder nur am Rande bei der Beratung des Justizhaushaltes angesprochen worden ist: Im Bereich der Justiz möchte ich kurz die Auflösung amtsgerichtlicher Zweigstellen ansprechen. Aufgrund der Beschlüsse des Bayerischen Landtages, der Fraktion und der Staatsregierung zur Verwaltungsreform 21 prüft der Arbeitskreis Staatshaushalt und Finanzfragen der CSU-Fraktion in

jedem Einzelfall, ob und in welcher Höhe Einsparungen mit der Auflösung der Zweigstelle verbunden sind. Außerdem prüfen wir vor einem Beschluss, ob die Nachnutzung der bestehenden Gebäude, sei es durch anderen Staatsbedarf oder durch Veräußerung, gesichert ist. Dies ist vor allem Thema bei Gebäuden, die unter Denkmalschutz stehen – leider Gottes haben wir gerade im Bereich der Justiz sehr viele Gebäude, die unter Denkmalschutz stehen und die sich natürlich wesentlich schwieriger veräußern lassen als ein normales Gebäude im Zentrum einer Millionenhauptstadt oder einer mittelgroßen Regierungshauptstadt.

Inzwischen sind – das sehe ich positiv – zehn Zweigstellen mit den Hauptgerichten vereinigt, zwei Auflösungen sind beschlossen, und einige weitere Fälle werden in Kürze abgeschlossen werden können. Die Umsetzung – das sage ich in aller Deutlichkeit und mit Überzeugung – dieser Verwaltungsreformmaßnahme ist damit auf einem guten Wege, und zwar – das ist mir besonders wichtig – bisher immer im Einvernehmen mit allen Beteiligten, insbesondere den vor Ort Betroffenen.

Der dritte Punkt, der in den letzten Tagen immer wieder diskutiert worden ist, ist der Stellenbereich. Zusammenfassend möchte ich darauf hinweisen, dass wir im Stellenbereich einiges bewegt haben. Mir ist dabei sehr wohl bewusst, dass wir nicht alle Wünsche, die von den Berufsvertretungen an uns herangetragen werden, erfüllen können. Mein Kollege Kupka hat dankenswerterweise während meiner Abwesenheit einige Gespräche geführt. Ich möchte an dieser Stelle aber betonen, dass wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Verwaltungen nicht aus dem Blick verlieren und deshalb – im Rahmen der gegebenen finanziellen Möglichkeiten – neue Stellen für die Justiz, für Lehrer und Hochschulen geschaffen sowie Stellenumschichtungen und Stellenhebungen vorgenommen haben.

Eine Anmerkung zu diesem Thema darf ich aufgrund meiner früheren Tätigkeit und auch aufgrund der Diskussion in den letzten Wochen und Monaten doch machen. Grundsätzlich möchte ich anmerken, dass allen Beamtinnen und Beamten bewusst sein muss, dass nicht allein das Verstreichen der Mindestwartezeit automatisch zu einer Beförderung führen kann. Nicht nur bei der Bezahlung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern auch bei der Beförderung muss der Leistungsaspekt maßgebliche Berücksichtigung finden; denn sonst würden wir das gesamte System über den Haufen werfen müssen. Ich bitte auch darüber nachzudenken, wenn gesagt wird: Die Wartezeiten sind erfüllt, der betroffene Beamte wird aber nicht sofort befördert. Als ich 1957 begonnen habe, sind die Inspektoren noch als Inspektoren ausgeschieden, Oberinspektor bedeutete schon eine herausgehobene Funktion, während es heute, wenn jemand nicht mindestens als Oberamtsrat oder als Ministerialrat ausscheidet, schon keine gute Laufbahn gewesen ist. Ich glaube, wir müssen wieder ein bisschen dorthin zurückkommen, wo wir früher gestanden sind.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben ein sehr hohes Niveau erreicht. Darüber sollte man auch einmal nachdenken. Andere Themen will ich nicht näher erwähnen.

Ein weiteres Thema für uns und für mich ist die Diskussion um die weitere Privatisierung von Aufgaben der Staatsverwaltung. Gestern waren im Bereich der Justiz die Gerichtsvollzieher Thema. Ich kann Ihnen versichern, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass eine Privatisierung von echten hoheitlichen Aufgaben nicht beabsichtigt ist. Bei allen Überlegungen zu Privatisierungen staatlicher Aufgaben muss gelten: Hoheitliche Aufgaben müssen im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger in den Händen des Staates verbleiben. Das gilt für die Justiz, das gilt für die Polizei, das gilt für die Lehrer. Es gibt hierfür also durchaus einige Beispiele. Wir verteidigen im Gegensatz zu anderen Ländern den Beamtenstatus mit Vehemenz. Die momentan laufenden Gespräche zwischen der Staatsregierung, dem Finanzminister und den Verbänden sind auf einem sehr guten, positiven Weg, was die Weiterentwicklung des Laufbahnrechtes und des Beamtenbesoldungsrechtes betrifft.

Ich komme zum ORH-Bericht und weiß natürlich auch, dass sich die sogenannten PPP-Projekte, Public-Private-Partnerships, oder, wie es neuerdings heißt, ÖPP-Projekte, Öffentlich-Private-Partnerschaften, auch bei vielen Fraktionskollegen, manchen Kommunen und auch außerhalb der CSU großer Beliebtheit erfreuen. Allerdings meine ich – auch hier wäre zuviel Euphorie fehl am Platz –, dass wir uns überlegen müssen, welche Art von Projekten für diese Modelle geeignet ist. Insofern halte ich es für gut, dass der Bayerische Oberste Rechnungshof in seinem Jahresbericht die beiden Pilotvorhaben im Staatsstraßenbau angesprochen hat. Wir können darüber sehr intensiv und ausführlich bei der Diskussion des ORH-Berichts sprechen.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Schieder (SPD))

– Ich habe gesagt „angesprochen“, damit habe ich aber noch keine abschließende Beurteilung festgelegt, Herr Kollege Schieder.

Wie mit allen anderen Prüfungsergebnissen des ORH wird sich der Haushaltsausschuss auch mit diesem Thema – ich habe es erwähnt – intensiv auseinandersetzen. Wir müssen uns überlegen, wie wir derartige Projekte in Zukunft angehen wollen. Das ist natürlich die Gretchenfrage; wir werden sicherlich auch eine vernünftige Lösung finden.

Allgemein meine ich, dass der ORH einige bemerkenswerte Feststellungen gemacht hat, unter anderem hinsichtlich der Altersermäßigungen für Lehrkräfte oder der Mittelverwendung durch den Bayerischen Landessportverband. Damit werden wir uns bei den Beratungen im Haushaltsausschuss im Februar 2007 eingehend beschäftigen müssen. Ich sage schon heute zu: Bei berechtigten Kritikpunkten werden wir Maßnahmen zur Abhilfe einleiten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Sie haben heute noch zwei Änderungsanträge vorliegen, zu denen ich Sie um Zustimmung bitte.

Der erste Änderungsantrag betrifft das Finanzausgleichsgesetz und ist rein redaktioneller Art, um die Änderung vom AGSGB zum AGSG auch bei den Verweisungen im FAG nachzuvollziehen. Das ist eine rein redaktionelle Änderung. Ich glaube, darüber wird es keine großen Diskussionen geben.

Der zweite Änderungsantrag betrifft das Haushaltsgesetz und setzt die nun zwischen der CSU-Fraktion und den beteiligten Ministerien des Innern, der Justiz und der Finanzen erzielte Einigung zum Schichtdienst um. Ich freue mich sehr – ich glaube, die gesamte CSU-Fraktion und vielleicht auch das gesamte Haus freuen sich sehr –, dass wir nun einen einvernehmlichen Weg gefunden haben, um den Schichtdienst leistenden Beamten bei Polizei und Justizvollzug zwei Zusatzurlaubstage zu den bereits bestehenden vier, je einen in 2007 und 2008, zu gewähren. Dabei entspricht die Umsetzung – auch das möchte ich betonen – den Vorstellungen der jeweiligen Berufsvertretungen. Man darf nicht so tun, als ob die Staatsregierung oder die CSU-Fraktion diese Regelung gewünscht hätten. – Nein, Sie wurde in voller Absprache mit den betroffenen Berufsverbänden getroffen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, zusammenfassend stelle ich fest: Der Doppelhaushalt 2007/2008 wird erneut die haushalts- und finanzpolitische Spitzenstellung Bayerns bestätigen.

(Beifall bei der CSU)

Alle wichtigen Haushaltsdaten für das Jahr 2007 sind in Bayern jeweils besser als im Länderdurchschnitt. Dies kann man nicht oft genug sagen; vielleicht sehen es dann auch die Kolleginnen und Kollegen der Opposition genauso.

Wir haben die niedrigste Zinslastquote aller Länder. Im Jahr 2007 wird sie bei 2,9 % und im Jahr 2008 bei 2,8 % liegen. Der Durchschnitt der Flächenländer West liegt bei 7,7 %.

Unsere Investitionsquote beträgt 12,7 %. Ich habe es erläutert. Der Durchschnitt der Flächenländer West liegt bei 10,1 %.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): In München liegt die Investitionsquote bei 17 %, damit diese Zahl heute auch noch einmal genannt wird!)

– Herr Kollege Dr. Beyer, wir haben gestern darüber diskutiert. Sie haben gestern bereits das Beispiel München gebracht. Darauf haben Sie entsprechende Reaktionen von noch kompetenteren Kolleginnen und Kollegen, als ich es bin, bekommen.

Mit 1853 Euro hat Bayern die niedrigste Pro-Kopf-Veranschuldung aller Flächenländer in Deutschland. Der Durchschnitt der Flächenländer West liegt hier bei 4792 Euro.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich habe versprochen, dass ich früher fertig werde, wenn Sie mich nicht stören. Ich bin fast so weit. Zum Abschluss möchte ich dem Staatsminister der Finanzen und seinen Mitarbeitern, insbesondere in der Haushaltsabteilung, für ihre gute und zuverlässige Arbeit bei der schwierigen Haushaltsaufstellung und den Beratungen im Haushaltsausschuss herzlich danken.

(Beifall bei der CSU)

Herzlichen Dank auch den Damen meines Büros, die die Vor- und Nacharbeiten trotz der Vielzahl der Anträge und des oft herrschenden Zeitdrucks einmal mehr in zuverlässiger Weise gemeistert haben, sowie dem Stenografischen Dienst. Insgesamt mussten knapp 30 Stunden der Beratungszeit in 14 Sitzungen des Haushaltsausschusses stenographisch verarbeitet werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, das ist einen Beifall und ein Lob wert.

(Allgemeiner Beifall)

Einen besonderen Dank möchte ich den Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen des Haushaltsausschusses aussprechen: Trotz der Differenzen in der fachlichen und politischen Auseinandersetzung waren die Haushaltsberatungen von konstruktiver Zusammenarbeit geprägt. Dank der konzentrierten und sachorientierten Atmosphäre konnten wir die Beratungen zügig abschließen.

Überhaupt nicht nachvollziehen kann ich allerdings die Bemerkung des Herrn Kollegen Sprinkart, die Beratungen im Haushaltsausschuss seien „erbärmlich“ gewesen.

(Eike Hallitzky (GRÜNE): Da ging es um einen einzigen Tagesordnungspunkt!)

Herr Kollege Hallitzky, Sie können nachher reden. Ich verteidige hier alle meine Kolleginnen und Kollegen, auch Sie. Herr Kollege Hallitzky, im Grunde genommen müssten Sie sich angesprochen fühlen. Herr Sprinkart hat auf diese Weise seine eigenen Fraktionskollegen als „erbärmlich“ bezeichnet.

Herr Kollege Sprinkart, Sie haben in Ihrer Aufregung scheinbar nicht gemerkt, dass Sie damit auch Ihre eigenen Fraktionskollegen gemeint haben. Ich empfehle Herrn Kollegen Sprinkart – schade, dass er nicht da ist –, die Protokolle der bisherigen 150 Sitzungen des Haushaltsausschusses in der sitzungsfreien Weihnachtszeit nachzulesen, damit er guten Gewissens diese unsinnige und verletzte Aussage korrigieren kann.

(Beifall bei der CSU)

Namentlich nennen möchte ich meinen stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Jürgen Dupper, der während meiner Abwesenheit die Sitzungen – wie mir berichtet wurde – problemlos geleitet hat.

(Allgemeiner Beifall)

Ein besonderer Dank gilt auch meinem Stellvertreter im Arbeitskreis, Herrn Engelbert Kupka, der die nicht immer einfache Vorbereitung der Ausschussberatungen in der Fraktion und im Arbeitskreis mit großem Engagement und Erfolg übernommen hat.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, von dieser Stelle aus möchte ich einer Kollegin des Haushaltsausschusses, die seit vielen Monaten schwer erkrankt ist und deshalb ihre Sachkunde nicht in die Arbeit des Haushaltsausschusses einbringen konnte, einen herzlichen Weihnachtsgruß übermitteln.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kollegin Monica Lochner-Fischer, Ihre Kolleginnen und Kollegen aus dem Haushaltsausschuss wünschen Ihnen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und hoffentlich eine sehr baldige nachhaltige Genesung. Wir freuen uns aufrichtig, wenn Sie wieder Ihre Arbeit im Ausschuss aufnehmen können. Wir brauchen Sie.

(Allgemeiner Beifall)

Lassen Sie mich noch eine letzte Bemerkung zum diesjährigen Verfahren der Haushaltsberatungen machen: Ich persönlich und – wie ich aus Gesprächen weiß – viele Kollegen begrüßen es sehr, dass es gelungen ist, den Doppelhaushalt, wie dies auch in früheren Jahren der Fall war, im Herbst durchzuberaten und vor Jahresende abzuschließen. Eine deutliche Verbesserung sehe ich auch im mehrtägigen und zusammenhängenden Haushaltsplenum. Ich will aber nicht verschweigen, dass das eine oder andere noch zu korrigieren ist. Wir haben jetzt erst einmal einen Versuch gemacht.

Ich glaube, diese Neuerung hat sich bereits beim ersten Mal bewährt und sollte künftig beibehalten werden, obwohl ich beim nächsten Doppelhaushalt nicht mehr dabei sein werde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Ach, ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie am Schluss Ihrer Rede einer kranken Kollegin Ihres Ausschusses gedacht haben. Wir freuen uns, dass Ihre Gesundheit wieder so hergestellt ist, dass Sie heute diese Rede halten konnten.

(Allgemeiner Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor wir mit der Tagesordnung fortfahren, möchte ich noch herzlich eine Delegation aus der Tschechischen Republik begrüßen. Ich begrüße ganz herzlich Frau Vizepräsidentin Bartoňová. Sie sind in Ihrem Land für die Bildung zuständig.

Ich finde es großartig, dass der Bayerische Jugendring Sie eingeladen hat. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir wünschen Ihnen einen guten Aufenthalt und gute Gespräche. Der Gang über den Christkindlmarkt ist nach der Arbeit natürlich erlaubt. Ich wünsche Ihnen und Ihrer Delegation für das bevorstehende Weihnachtsfest viel Freude und für das nächste Jahr alles Gute und vor allem viel Erfolg bei Ihrer Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Der nächste Redner ist Herr Kollege Dupper.

Jürgen Dupper (SPD): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Staatsminister, Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen, meine sehr verehrten Herren! In den zurückliegenden acht Wochen hat sich der Haushaltsausschuss in zwölf Sitzungen mit den Einzelplänen des Doppelhaushaltes beschäftigt. Das Plenum hat dies in kompensierter Form nachgeholt. Die heutige Beratung des Einzelplans 13 bietet die Möglichkeit, gleichsam ein Fazit der Beratungen und des Haushalts zu ziehen. Der Einzelplan 13 bildet nämlich das Substrat des Haushalts; er ist der Haushalt.

Im Einzelplan 13 finden sich die wichtigsten Einnahmen, der Stand des Vermögens, des Grundstocks, der wirtschaftlichen Beteiligungen, des Kapitals und der Schulden. Hier erfahren wir Detailliertes über etwaige Handlungsspielräume. Hier werden aber auch die strukturellen Probleme offenkundig. Die Einnahmen spiegeln die bundesrepublikanische Situation am Jahresende 2006 gut wider. Steuereinnahmen in Höhe von 28,8 Milliarden Euro bedeuten einen Anstieg um fast drei Milliarden Euro gegenüber dem laufenden Jahr und sind Ausfluss – wir hörten es – der konjunkturellen Belebung. Diese Konjunktur wird von vielen Fachleuten als robust eingeschätzt und wird wohl noch einige Jahre tragen.

Nahezu alle Indikatoren zeigen nach oben. Selbst der private Konsum – das Sorgenkind der vergangenen Jahre – zieht an. Dies ist nicht nur, aber auch das Verdienst der Bundesregierungen, wobei als einzige Konstante die SPD genannt werden darf.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich wird die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Beginn des Jahres eine dämpfende Wirkung haben. Dies wird aber nicht von Dauer sein, glaubt man den Experten. Vielmehr wird das robuste Wachstum auch und endlich entspannende Effekte auf dem Arbeitsmarkt haben, was bei den öffentlichen Haushalten zur Aufhellung führen wird. Die Steuerschätzung im November ergab erneute Verbesserungen für das Jahr 2006.

Es darf mit einer satten Milliarde Euro mehr für Bayern gerechnet werden, was zum kompletten Verzicht auf die rückzahlbare Ablieferung des Grundstocks führt und obendrein eine kleine, feine Haushaltsrücklage ermög-

licht. Für 2007 ergab die Schätzung noch einmal eine halbe Milliarde Euro mehr. Dies ermöglicht wiederum den Verzicht auf den Einsatz von Privatisierungserlösen und erlaubt die Bildung der Rücklage. Bei all diesen Rechnungen sind die Auswirkungen der diversen Reformen – Unternehmensnachfolge, Steuerrechtsänderungsgesetz – eingerechnet.

Die guten deutschen Rahmenbedingungen haben auch einen sehr sachlichen Verlauf der Haushaltsberatungen ermöglicht, für den ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken möchte, insbesondere aber bei den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, die mit gut begründeten Anträgen neue Akzente setzen wollten. Diese neuen Akzente wären bitter notwendig. Unsere Sache ist nicht das krampfhaft Schlechtreden dieses Haushalts, sondern wir wollten andere Schwerpunkte, andere Inhalte.

Trotz der guten Rahmenbedingungen verharrt die Investitionsquote auf einem viel zu niedrigen Niveau. Zentrale Zukunftsfragen bleiben unterfinanziert. Die Personalausstattung in wichtigen Ministerien und bei nachgeordneten Behörden bleibt zu dünn und beim Unterhalt staatlicher Gebäude wird geknausert. Die komfortable Einnahmesituation bleibt in vieler Hinsicht leider folgenlos. Dabei käme es in dieser Phase doch besonders darauf an, Finanzpolitik nicht auf die fiskalische Sicht allein zu verkürzen. Wir benötigen vielmehr eine gestaltende Haushaltspolitik. Wir brauchen, auch um die gesellschaftlichen Errungenschaften zu sichern, einen dauerhaft hohen Wachstumspfad. Hierzu ist eine Verklammerung der Politiken nötig, wobei auf verschiedenen Feldern Maßnahmen nötig sind. Das gilt für Bildung, Forschung und Entwicklung. Das sind die wichtigen Bereiche, in denen Wachstumspotenziale erreicht werden. Nehmen Sie sich doch an der Bundesregierung ein Beispiel. Diese hat für das Jahr 2006 konjunkturelle Impulse gesetzt und konnte heuer bereits die ersten Ergebnisse einfahren.

Der Freistaat muss auch die Zahl der Beschäftigten im Auge behalten. Zu sehr sind unsere zentralen Systeme auf diesen Faktor ausgerichtet als dass wir ihn vernachlässigen dürften. Die Antworten, die das Haushaltsgesetz anbietet – Personalreduzierung, Wiederbesetzungssperre – sind zu dürftig, denn die Antworten sind nicht nur unter arbeitsmarktpolitischen, und somit unter nachfragestützenden Gesichtspunkten falsch. Sie sind auch falsch, weil damit in absehbarer Zeit absehbare Probleme produziert werden. Das Gejammer der Wirtschaft, die über Jahre nicht ausgebildet hat, aber jetzt über den Fachkräftemangel in manchen Bereichen klagt, sollte uns Mahnung sein. Wollen wir den hohen Standard der bayerischen Staatsverwaltung halten, dann sollten wir eine vernünftige Personalentwicklung betreiben. 75 % aller Beschäftigten des Freistaats sind über 35 Jahre alt. Im Jahr 2015 trifft den bayerischen Personalkörper die Pensionierungswelle. Der Staat muss als Arbeitgeber deshalb attraktiv werden und mit vorausschauender Personalpolitik die Qualität staatlichen Handelns sichern.

Bayern braucht Impulse, Bayerns Wirtschaft braucht eine anständige Investitionsquote. Die öffentlichen Haushalte werden nicht nur durch Maßnahmen auf der Ausgaben-seite gesunden können, sondern sie benötigen vielmehr

eine solide Einnahmenbasis. Deshalb müssen wir die Investitionsrate heben, denn die Investitionen von heute sind die Steuereinnahmen von morgen. Die SPD-Fraktion hat hier klare Aussagen gemacht und konsequent versucht, neue Schwerpunkte zu setzen. Das waren auch haushaltswirksame Anträge, doch sie waren – bitte schön – alle Punkt für Punkt gegenfinanziert. So haben wir für das Jahr 2007 circa 470 Millionen Euro für die Bereiche Wirtschaft, Forschung, Bildung, Familie und Kinder sowie für eine verstärkte Förderung des ländlichen Raums gefordert. In den zurückliegenden Tagen haben meine Kolleginnen und Kollegen deutlich gemacht, warum diese Forderungen notwendig waren. Sie haben deutlich gemacht, dass diese Ausgaben sinnvoll sind, weil sie Bayern zukunftsfest machen. Nehmen Sie beispielsweise die Situation an den Hochschulen oder die in den Grenzregionen. Nehmen Sie die Probleme der jungen Familien. Es besteht Handlungsdruck, es besteht Problemdruck, ohne Bayern in toto schlechtzureden; das liegt uns ganz fern. Die SPD-Fraktion hatte deshalb recht, und die kommenden Jahre werden uns bestätigen.

Für diese Anträge haben wir eine solide Gegenfinanzierung vorgeschlagen mit einer globalen Minderausgabe in Höhe von 0,5 % für alle Einzelpläne mit Ausnahme der Einzelpläne 11 und 13 sowie mit Ausnahme der Hauptgruppen 7 und 8, weil wir die Investitionskraft steigern wollten. Des Weiteren wollten wir eine Entnahme aus der Sonderrücklage und letztlich die Rückforderung der restlichen Gesellschafterdarlehen von der Flughafen München GmbH, weil in diesen Zeiten ein zinsloses Darlehen für alle Opfer der jüngsten bayerischen Haushaltspolitik eine Zumutung bedeutet.

(Beifall bei der SPD)

Der Vorwurf unverantwortlicher Finanzpolitik ist angestaubt und sollte allmählich aus Ihren Redebausteinen entfernt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wären Sie unseren Vorschlägen gefolgt, dann würde schon im Jahr 2007 die Investitionsquote um ein halbes Prozent ansteigen. Wären Sie unseren Vorschlägen gefolgt, dann würde sich die Haushaltsstruktur zugunsten von Investitionen, Bildung und Wissenschaft verschieben. Wir hätten ein gutes Stück Zukunft gewonnen. Genau vor diesem Hintergrund erscheinen mir die Tiraden des Herrn Ministerpräsidenten, mit denen er am Dienstag glaubte, diese Haushaltswoche eröffnen zu müssen, schon sehr gewagt. Er behauptete doch glatt, die SPD-Forderungen würden die Haushalte 2006 und 2007 mit zusätzlichen 5 Milliarden Euro Schulden belasten.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Der Mann hat keine Ahnung!)

Ich dachte, ich habe mich verhört. Die Zahl ist so unglaublich, dass sie nie und nimmer aus dem Finanzministerium stammen kann. Diese Zahl muss direkt aus dem Schnellen Brüder Staatskanzlei kommen. 5 Milliarden neue Schulden, das ist eine monströse Unterstellung. Dabei sollte sich der Ministerpräsident nicht mit diesem,

von ihm selbst erfundenen Schauermärchen beschäftigen, sondern lieber mit den Folgen seiner amateurhaften, aber realen Verschwendungssucht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Seine Regierungszeit ist nämlich bisher geprägt von 7 Milliarden Euro neuen Schulden und dem Ausverkauf des Tafelsilbers. Jede, aber wirklich jede, seriöse volkswirtschaftliche Rechnung subsumiert die Privatisierungserlöse bei der Neuverschuldung. Allein in den Jahren 2004 und 2005 stieg die Neuverschuldung um 2,6 Milliarden Euro oder um über 13 %. Welchem Zinsrisiko wir dadurch ausgesetzt sind, wird die Zukunft weisen. Die Europäische Zentralbank – EZB – hat die ersten Schritte gemacht. Die derzeitigen Aktivitäten an den internationalen Finanzmärkten lassen nichts Gutes erwarten.

Noch eines zu der kuriosen Rede des Herrn Ministerpräsidenten. Er lässt sich vernehmen, dass seine Haushaltspolitik „unbequem, mutig und ehrlich“ gewesen sei. Was daran mutig war, den Blinden das Geld zu streichen, oder was daran ehrlich war, den Polizisten vor der Wahl etwas anderes zu sagen, als dann nach der Wahl getan wurde, das entzieht sich meiner Kenntnis.

(Beifall bei der SPD)

Mutig wäre es gewesen, vor der Wahl die Wahrheit zu sagen. Aber dazu fehlte der Mut.

(Beifall bei der SPD)

Der Ministerpräsident macht es sich im Wahljahr 2008 ganz bequem. Da setzt er mit seiner mutigen und ehrlichen Politik umständehalber lieber aus, da soll nämlich das Füllhorn ausgeschüttet werden. Die Beste-Köpfe-Kommission soll ihm helfen, Geld hinauszuerwerfen. Mit Hilfe einer Multi-Promi-Truppe soll das Geld, das man den Familien und den Schülern nicht geben will, ausgegeben werden. Das ist die Politik der ganz besonderen Art. Die jüngsten Querrechnungen zeigen die Richtung an. Hamstergleich wird das Geld auf die Seite geschafft, um damit im Jahr 2008 wieder die Kulissen zu schieben. Zum einen sind da die Überschüsse bei den Steuern. Sie erlauben für das Jahr 2008 großzügige Rückgriffe auf die Privatisierungserlöse, denn dank der Steuereinnahmen 2006 und 2007 steht eine Milliarde Euro zur Verfügung, die eigentlich schon verplant war.

Zum Zweiten wird eine ganz reguläre Haushaltsrücklage gebildet, die wir begrüßen. In ihr werden sich zu Jahresbeginn 2008 knapp 400 Millionen Euro befinden. Zu guter Letzt schlummern da noch Rücklagen der bekannten Art. Aus dem Haushaltjahr 2005 wurden 1,5 Milliarden Euro Kreditermächtigungen in das Jahr 2006 übertragen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da schau her!)

Mal sehen, ob diese Kredite den neuverschuldungsfreien Haushalt 2006 finanzieren oder sogar erst im Jahr 2007 zur Schaffung von Spielräumen eingesetzt werden. Alles

zusammen stehen damit für den Wahlkampf des Ministerpräsidenten mindestens rund 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung.

Da wäre es doch gelacht, wenn damit keine mutige Politik möglich wäre.

(Lachen und Beifall bei der SPD)

Das Erstaunliche an dieser ehrlichen Politik ist, dass der negative Finanzierungssaldo, der sowohl 2006 als auch 2007 im Gesamtplan deutlich wird, offensichtlich die Verantwortlichen nicht interessiert. Überstiegen im Jahr 2006 die ordentlichen Einnahmen die ordentlichen Ausgaben noch um circa 1 Milliarde Euro, so sind es 2007 immerhin noch 500 Millionen Euro. Eine halbe Milliarde Euro wird nächstes Jahr mehr ausgegeben, als durch Einnahmen gedeckt ist. Natürlich ist mir bewusst, dass die vorgeschlagene Deckung – nämlich Entnahme aus Privatisierungserlösen – haushaltsordnungskonform ist. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Probleme, die angeblich zur ehrlichen und mutigen Haushaltspolitik führten, damit nicht gelöst sind. Sie sind vielleicht näher dran als andere Bundesländer, aber Sie haben es eben noch nicht geschafft.

Lassen Sie mich noch einige wichtige Einzelthemen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den heutigen Beratungsthemen stehen, ansprechen. Zunächst den Steuervollzug: Hierzu hat Kollege Schieder in treffender und unnachahmlicher Weise das Nötigste gesagt. Gleichwohl registriere ich mit wachsender Begeisterung, dass Sie, Herr Finanzminister, gewillt sind, an der Seite von Peer Steinbrück gegen die Blockierer in der EU-Kommission anzutreten und eine Änderung bei der Umsatzbesteuerung zu ermöglichen. Ich weiß ja nicht, was die Eurokraten reitet, aber der größten Wirtschaftsunion der EU, die mit ihren Steuergeldern einen Gutteil eben dieser EU finanziert, sollte doch wohl zugestanden werden, ihre Steuerbasis zu verbessern und dabei den Betrügnern das Handwerk zu erschweren. Die Kommission muss aufpassen, dass sie nicht zum Büttel von Lobbyisten verkommt.

Zur Unternehmenssteuerreform: Ich vernehme sehr wohl die hehren Motive für diese Reform. Ich habe aufmerksam die Papiere und Vorlagen studiert. Es kann Sinn haben, dafür zu sorgen, bei der Gewerbesteuer die Bemessungsgrundlage durch Hinzurechnungen zu verbreitern. Es mag Sinn haben, sich nicht an der virtuellen Höhe virtueller Körperschaftsteuersätze zu erfreuen, sondern stattdessen mit niedrigeren Sätzen reale Steuereinnahmen zu generieren. Die Entlastungseffekte summieren sich aber vorderhand auf knapp 30 Milliarden Euro. Deswegen appelliere ich, wie im Ausschuss, an Sie: Die geplanten Gegenfinanzierungen müssen kommen. Die angedachten 30 Milliarden Euro wären nicht zu verkraften. Es wäre fiskalischer Pfuscher und politisch nicht vermittelbar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun zum Thema Sparkassen und Landesbanken: Auch hier befinden wir uns im Dauerabwehrkampf – zunächst die Gewährsträgerhaftung, dann das Namensrecht und jetzt wohl die freie Handelbarkeit von Anteilen. Die ver-

steckten und ganz offenen Angriffe der Geschäftsbanken auf den Marktführer Sparkassen müssen uns noch mehr beschäftigen als bisher. Das dreigliedrige Bankensystem ist Teil der bundesrepublikanischen Erfolgsgeschichte. Gerade wer es ernst nimmt mit der Förderung des ländlichen Raumes, darf hier nicht wackeln. Gerade im ländlichen Raum brauchen wir Sparkassen oder Raiffeisenbanken. Ihre Rolle ist nicht antiquiert, sondern hochmodern und unverzichtbar für die Privathaushalte und mittelständischen Unternehmen. Das sollten auch die Kommunen berücksichtigen, die jetzt über höhere Gewinnausschüttungen räsonieren. Nur eigenkapitalstarke Banken werden den Wettbewerb überstehen, und die Sparkassen mussten sich ihr Kapital schon immer selbst verdienen; das sei diesen Kommunen ins Stammbuch geschrieben.

Erfreulich ist, dass die Landesbank den Freistaat gut behandelt; formulieren wir das so. Wir hoffen, dass etwaige Aktivitäten jenseits der Landesgrenzen wohlüberlegt, kaufmännisch verantwortbar und eingedenk aller schlummernden Risiken erfolgen. Um uns herum ist mächtig Bewegung. Die West-LB flirtet mit Sachsen. Die Landesbanken von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben zueinandergefunden. Ich hoffe, dass die Beste aller Landesbanken hier nicht den Anschluss verpasst. Allerdings sehe ich mit Sorge, dass die Landesbank immer mehr ins Geschäft der Sparkassen geht. Hier sollten schleunigst die Claims abgesteckt werden.

Zum Thema Sportwetten und Lotto, zu einem GRÜNEN-Spezialthema:

(Lachen der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Wir sind hier einer Meinung mit der Staatsregierung. Ich habe oft genug betont, dass es einen Versuch wert ist, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts mit dem staatlichen Monopol in Einklang zu bringen. Zu viel steht ordnungspolitisch, ethisch, aber auch fiskalisch auf dem Spiel, als dass man voreilig dem freien Spiel Tür und Tor öffnen sollte.

(Beifall bei der SPD)

Zu eindeutig sind hier die Interessen der privaten Anbieter. Mit dem Staatsvertrag wurde der erste richtige Schritt getan. Die Klientelpolitik Schleswig-Holsteins ist zwar nicht schön, aber verständlich, wenn man den Einsatz unseres Ministerpräsidenten für die privaten Versicherungskonzerne bedenkt.

Zum Finanzausgleichsgesetz wird Kollegin Schmitt-Bussinger ausführlich Stellung nehmen. Ich sage nur so viel: Der Freistaat ist ein sehr säumiger Zahler. Ich habe dies schon bei der Einbringung des Haushalts moniert, und es wird nicht besser. So klagt beispielsweise ein Sportverein im schönsten aller Wälder, nämlich im Bayerischen Wald, es sei problematisch, dass bewilligte Fördergelder seitens des Staates für die Sportplatzsanierung seit über fünf Jahren ausstünden und damit eine Doppelbelastung gegeben sei. Das ist nichts, worauf man stolz sein könnte. Es gibt einen weiteren, sehr aktuellen Fall; der Kollege Staatssekretär kennt ihn sehr gut. Der Caritas-Verband in

Passau muss jetzt an seinen Behindertenschulen Schulgeld einführen. Laut Verbandsdirektor Kuppler zwingt die schleppende Auszahlung der Fördermittel durch den Freistaat Bayern zu diesem Schritt.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Das ist wahrlich kein Ruhmesblatt ehrlicher Politik.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Aber mutig!)

Ich habe bereits bei der Haushaltseinbringung umfangreich zum Thema Public Private Partnership – PPP – Stellung genommen. Ich möchte auch heute nicht schon den ganzen ORH-Bericht kommentieren. Wir sollten uns im neuen Jahr dafür Zeit nehmen.

Zum Haushaltsgesetz noch zwei kleine Anmerkungen: Den beiden Änderungen werden wir zustimmen. Im einen Fall ist es der richtige Schritt in die richtige Richtung. Zum Haushaltsgesetz wollte ich noch die unmögliche Verankerung der Änderung des Jagdgesetzes kritisieren. Es sollte kein gemeinsamer Weg von uns sein, via Haushaltsgesetz ausführliche Beratungen zu ersparen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Abschließend darf ich mich bei allen Bediensteten des Freistaats bedanken, bei den Mitarbeitern des Finanzministeriums für die objektive Beratung und insbesondere bei den Mitarbeitern des Landtags, vor allem beim Haushaltsausschussdienst – Perlen in der Landschaft!

Nicht zuletzt möchte ich mich beim Haushaltsausschuss selbst und dessen Vorsitzendem bedanken. Von „erbärmlicher Beratung“ kann nun wirklich überhaupt keine Rede sein.

(Beifall bei der CSU)

Bisweilen waren die Beratungen hart, aber sie waren immer sachlich. Das ist auch richtig so. Ich wünsche Ihnen alles Gute. Vielleicht können wir noch ein paar Haushaltsberatungen zusammen führen.

Dem Finanzplan 13 und dem Haushaltsgesetz werden wir natürlich aus guten Gründen nicht zustimmen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Dupper. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Mütze. Bitte.

Thomas Mütze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine konzentrierte Beratung des Haushalts 2007/2008 liegt hinter uns. Nicht alles an diesem Verfahren, das für alle Kolleginnen und Kollegen neu war, kann uns gefallen. Gerade für die kleinste Oppositionspartei sind die Beratungszeiten, die zusammengestrichen wurden, doch relativ kurz.

Unter dem Eindruck, dass die Haushalte für Landwirtschaft und Forsten zusammengelegt wurden, mussten sich Kollegen die Redezeit teilen. Das hat mehr oder weniger geklappt; Herr Kollege Magerl weiß davon ein Lied zu singen.

Was die mediale Aufmerksamkeit angeht, wird sich zeigen, ob das neue Verfahren zu höherer Aufmerksamkeit führen wird. Ich habe eher, wenn man die mediale Aufmerksamkeit am ersten Tag und heute, am letzten Tag, betrachtet, den Eindruck gewonnen,

(Manfred Ach (CSU): Denken Sie an die Ausschussberatung!)

– auch die Ausschussberatung, vielen Dank, Herr Vorsitzender –, dass die Medien eher an den Großkopferten als an der Kärnerarbeit, die wir in diesem Haus tagtäglich zu leisten haben, interessiert sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotz der Kürze der Beratungen hat sich seit der Einbringung des Haushalts im Oktober einiges getan. Die November-Steuerschätzung hat alle Erwartungen übertroffen. Neben den Maßnahmen, die die neue Bundesregierung getroffen hat, zeigt sich, dass auch Vorhaben, die zum Schluss der rot-grünen Regierung durchgeführt worden sind, jetzt ihre volle Wirksamkeit entfalten. Ich erwähne nur – ich weiß, Sie wollen das nicht hören – die Streichung der Mehrmütterorganschaft oder die Abschaffung der Vereinfachungsregelung bei der Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter; diese wirken jetzt und führen auch zu höheren Steuereinnahmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Einnahmensituation hat sich verbessert. Das heißt aber nicht, dass sie nicht besser sein könnte. Die Schwierigkeiten, die wir gerade bei der Steuereintreibung haben, wurden von den Kollegen Schieder und Hallitzky heute Morgen zur Genüge kommentiert. Sich auf die Fehler und Versäumnisse von anderen zurückzuziehen, Herr Finanzminister, halte ich für zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allerdings möchte ich auch Herrn Kollegen Dupper recht geben, wenn er sagt, dass Sie hinsichtlich der Umsatzsteuern tätig geworden sind. Neben dem Verzicht auf den Einsatz von Privatisierungserlösen schon in diesem Jahr in Höhe von 700 Millionen Euro können Sie im nächsten Jahr auf die Entnahme aus dem Grundstock im Umfang von 300 Millionen Euro durch die höheren Steuermehreinnahmen verzichten. Das ist eine Milliarde, auf die ich später noch einmal zurückkommen möchte.

Übertüncht werden damit die strukturellen Defizite unseres Haushalts nicht; diese gibt es immer noch. Es gelingt Ihnen nicht – auch in diesem Doppelhaushalt –, Herr Minister, die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen. Die „Süddeutsche“ titelte zu Recht „Die verdrängten Risiken“. Diese gibt es. Ich möchte sie nennen – Sie selbst haben auf einige Risiken im Doppelhaushalt hingewiesen –: Unternehmenssteuerreform –

wie geht diese aus; Kollege Dupper hat es schon gesagt – oder Erbschaftssteuerreform, ich möchte das Lottonomopol hinzusetzen. Welche Auswirkungen das haben wird, wissen wir noch nicht. Ob die Mehrwertsteuererhöhung positive Auswirkungen haben wird, muss noch offen bleiben. Auch das wird das nächste Jahr zeigen.

Kommen wir zu den anderen Risiken. Da sind zum einen die Pensionslasten zu nennen. Jedes Jahr wachsen diese um 150 Millionen Euro. Sie haben sich dazu durchgerungen, nach Ihrer Amtszeit einen Pensionsfonds ins Leben zu rufen, Herr Minister. Der Ministerpräsident meinte dazu, Bayern ginge neue Wege. Dass dem nicht so ist, können wir bestätigen, denn andere Bundesländer machen das schon längere Zeit so. Es ist also nichts neu daran. Zudem gehen Sie diesen Weg inkonsequent, denn mit dem offenen Teildeckungsmodell werden Sie, wie der Name schon sagt, nur eine Teildeckung erreichen. Sie werden die Pensionslasten gerade einmal auf 13 % des Gesamtetats begrenzen können. Es muss gefragt werden, ob nicht mehr möglich wäre, und zwar um auch – auch darüber wurde schon geredet – mehr Investitionsspielräume zu erhalten.

Wir kommen damit zur Investitionsquote. Lieber Herr Vorsitzender Ach, so gern ich Sie mag, aber ich muss Ihnen sagen: 15 % sind ein Traum, den Sie träumen. Die Realität ist doch anders. Ich gebe zu: Die Investitionsquote ist immer noch so hoch wie nirgendwo in den alten Bundesländern. Aber noch vor fünf Jahren, Herr Minister, Herr Ach, waren wir meilenweit von den anderen Ländern entfernt. Inzwischen trennt uns bei der Investitionsquote noch ein mageres Prozent vom Durchschnitt der anderen Bundesländer im Westen, und das trotz Ihrer so angeblichen fantastischen Finanzpolitik. Zudem haben Sie seit 1994 sieben Milliarden Euro zusätzlich an Privatisierungserlösen investiert, und zwar gerade auch, um diese Quote zu erhöhen. Davon ist nichts zu sehen; diese Gelder sind weg und die Investitionsquote sinkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Entweder läuft bei uns etwas schief oder die anderen machen inzwischen etwas richtig. Diese Frage wäre zu klären.

Zur Null-Nettoneuverschuldung ist in den letzten Monaten schon genug gesagt worden. Schulden haben wir trotzdem. Davon, auch diese einmal tilgen zu wollen, ist bislang nicht die Rede. Dass man so auch Zinszahlungen reduzieren würde, ist offensichtlich, aber anscheinend nicht gewollt.

Der dritte große Risikobereich sind die unterlassenen Investitionen in Straßen, Brücken und Gebäude. Der ORH – das wurde heute schon mehrfach erwähnt – sagt, es müssten jedes Jahr bis zu 400 Millionen Euro nur für den Erhalt – nicht den Neubau – des Bestehenden ausgegeben werden. Sie lassen sich aber weiter für Neubauten feiern, die wieder neue Kosten produzieren, obwohl Sie genau wissen, dass die Substanz leidet.

(Beifall bei den GRÜNEN – Engelbert Kupka (CSU): Die Lösung, Herr Mützel!)

– Die Lösung, lieber Herr Kollege Kupka ist, dass man an anderen Projekten spart. Das ist ganz einfach.

(Thomas Kreuzer (CSU): Vorschläge!)

– Die Vorschläge kennen Sie.

(Engelbert Kupka (CSU): Also Forschungsrektor?)

– Zum Beispiel. Frau Paulig würde sich freuen.

Das Problem liegt darin, dass der Sanierungsstau immer größer wird.

(Engelbert Kupka (CSU): Da ist etwas Wahres dran!)

Wenn Sie von uns die Lösung anfordern, dann bieten wir Ihnen gern die Lösung an, wenn Sie uns an die Regierung lassen. Solange Sie an der Regierung sind, müssen Sie die Lösung präsentieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin gespannt, wie oft der ORH in seinem Bericht noch auf diese Tatsachen hinweisen muss, bis Sie endlich reagieren wollen. Darauf freue ich mich. Aber, nun kommt eine neue Lösung auf Sie zu, die massiv ausgebaut wird, nämlich ÖPP oder PPP, also öffentlich private Partnerschaft – eine Möglichkeit zur Finanzierung von weiteren Neubauten oder bei den Brücken zu notwendigsten Sanierungen. Herr Minister, Sie haben uns im Ausschuss gesagt, die Flughafentagente Ost und die Umgehung Miltenberg wären für Sie keine Pilotprojekte gewesen. Man müsse eine gewisse Grundzahl von PPP-Modellen betreiben. Das klingt bei den Kollegen aus dem Haushaltsausschuss und bei den Verantwortlichen der Staatsregierung ganz anders. Kollege Bernhard hat zu uns im Haushaltsausschuss gesagt, er wundere sich darüber, dass wir nicht einmal Modellprojekten zustimmen wollten. Kollege Strehle wies darauf hin, dass beide Modelle erprobt werden sollten. Staatssekretär Schmid sagte vor dem ADAC-Südbayern, man wolle PPP bei den Staatsstraßen erproben. Also doch Pilotprojekte zum Erproben und dann erst darauf festlegen oder doch keine Pilotprojekte? – Man müsste sich schon festlegen.

Sie selbst haben dieses Jahr festgestellt, dass sich PPP-Maßnahmen selbstverständlich dem wirtschaftlichen Vergleich stellen müssten – so in Ihrer Pressemitteilung 183 vom Juli dieses Jahres. Jetzt wird dieser Vergleich vom ORH angestellt und was kommt dabei heraus? Ich zitiere: Ein realistischer Kostenvergleich lässt keine Vorteile der ÖPP-Lösung gegenüber einer herkömmlichen Verwirklichung erkennen. – Weiter heißt es: Jedes ÖPP-Vorhaben begründet langfristige Belastungen für die Zukunft und engt den künftigen Handlungsspielraum ein. – Was heißt das also? Obwohl Sie das wissen, überlassen Sie Ihrem Nachfolger oder Ihrer Nachfolgerin im Finanzministerium nach Pensionslasten und Sanierungsstau einen dritten Klotz am Bein, der dann von dieser oder diesem mitge-

schleppt werden muss. Uns nehmen Sie gleichzeitig die Chance, wichtige Investitionen in der Zukunft zu tätigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch ich will einige Stichpunkte aus den Diskussionen der vergangenen Tage aufgreifen: Vom Ministerpräsidenten wurde in seiner ersten Rede viel von Solidarität gesprochen und gleichzeitig gesagt, man wolle nicht mehr so viel für den Finanzausgleich zahlen. Bei dem Vergleich von erhaltenen zu gezahlten Geldern hat man aber geflissentlich übersehen, dass in den vergangenen 40 Jahren eine Teuerung stattgefunden hat und die D-Mark, die 1950 gegolten hat, mit den Verhältnissen im Jahr 2000 nicht mehr zu vergleichen ist. Wenn man ehrlich ist, dann hat Bayern vielleicht gerade einmal das Doppelte von dem in den Ausgleich bezahlt, was es erhalten hat. Das war – ich denke, darüber sind wir alle in diesem Hause einer Meinung – bei den gravierenden Problemen, die sich in Deutschland nach der Wiedervereinigung gestellt hatten und immer noch stellen, sicher von einem Land, das wirtschaftliche Stärken hat, nicht zuviel verlangt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht – aber das ist nur eine Vermutung von mir – hat es den Ministerpräsidenten nur gestört, dass er nicht so sexy ist, wie der Kollege Wowereit in Berlin. Das ist aber eine andere Sache.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jedenfalls will man die Finanzbeziehungen auf neue Beine stellen. Im Vorfeld hieß es aber schon, dass sich nichts ändern darf, dass keiner weniger bekommen darf und dass keiner mehr bezahlen muss. Worauf hat man sich also geeinigt? Auf eine Kommission. Das ist nie schlecht. Wie immer geht diese Kommission aber über unsere Köpfe hinweg, denn die Länderparlamente bleiben außen vor. Der Bundestag und der Bundesrat werden entscheiden, obwohl wir doch die Finanzhoheit haben. Da muss noch einiges geändert werden. Wir werden uns mit Anträgen dazu auch noch äußern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zudem sage ich Ihnen jetzt schon, dass bei dieser Kommission nichts herauskommen wird, weil keiner irgendetwas geändert haben will.

Dann möchte ich noch auf die Worte des Ministerpräsidenten zu seinen Schwerpunkten für die nächste Zeit eingehen. Drei Schwerpunkte hat er genannt: Kinder, Bildung und Arbeitsplätze. Der Ministerpräsident hat die Angewohnheit, sich kurz und knapp zu äußern.

Investitionen für Kinder, Bildung und Arbeitsplätze sind in diesem Land hoch notwendig. Warum? Schon in der Einbringungsrede habe ich Ihnen, Herr Finanzminister, die Zahlen genannt. An denen hat sich in den vergangenen zwei Monaten nichts geändert. 8,2 % aller bayerischen Kinder leben in Armut. 157 000 Kinder leben in Bayern in

Armut. Daran hat auch die Politik der CSU nichts geändert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Bildung: 8 % der Schülerinnen und Schüler gehen ohne Schulabschluss von der Schule. Denen und vielen, die einen Hauptschulabschluss oder einen Qualifizierten Hauptschulabschluss haben, bieten Sie keine Zukunft, sondern speisen sie mit Maßnahmen oder Appellen ab. Deshalb besteht auch hier hoher Investitionsbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Arbeitsplätze sind das nächste Thema. Sie lassen sich natürlich feiern, wenn die Linde AG ihren Stammsitz von Wiesbaden nach München verlegt. Dass damit kein Arbeitsplatz mehr in Gesamtdeutschland geschaffen wird, ist Ihnen völlig egal; Hauptsache, Sie können sich damit brüsten, wieder eine DAX-Firma in München zu haben. Sie lassen sogar, wie in unserem Ausschuss deutlich wurde, die Vernichtung von Arbeitsplätzen – das ist vielleicht nur ein unterfränkisches Problem – finanziell unterstützen, wenn ein Betrieb nach Thüringen verlegt wird und dafür eine EU-Förderung bekommt. Das vergessen Sie gerne, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sich für eine ureigene Aufgabe feiern zu lassen, schafft nur die Staatsregierung und der Finanzminister macht dazu ein freundliches Gesicht, obwohl er es als Herr der Finanzen am besten wissen müsste.

Kommen wir zu unseren Anträgen. Natürlich haben Sie alle wider besseres Wissen abgelehnt. Nur einen Antrag haben Sie sofort aufgegriffen und damit wenigstens die Zukunft der bayerischen Musikfestivals für das nächste Jahr gesichert. Der Dank war Ihnen sicher.

Wir haben mit unseren Anträgen zum ersten Mal, seitdem Kollege Hallitzky und ich die Verantwortung für den Haushalt tragen, Mehrausgaben in Höhe von 1,3 Milliarden Euro für diesen Doppelhaushalt eingefordert. Dazu stehen wir auch, Herr Finanzminister. Diese Mehrausgaben sind nach unseren Meinungen durch die Mehreinnahmen, die die höheren Steuereinnahmen gebracht haben, auch gerechtfertigt und gedeckt. Wir wollen diese Mittel jetzt nutzen. Wir brauchen sie jetzt und nicht erst, wenn der Ministerpräsident wieder eine Landtagswahl gewinnen will.

Wir haben mit unseren Vorschlägen auf den Gebieten Bildung, Soziales und nachhaltige Entwicklung Schwerpunkte gesetzt. Wir gehen mit unseren Anträgen auf die Anforderungen ein, die Sie uns unter anderem gestellt haben. Wir gehen mit unseren Anträgen darauf ein, dass die Studierendenzahlen in naher Zukunft auf das Doppelte steigen werden, dass die Schülerzahlen an Gymnasien und Realschulen steigen, dass es mehr schwierige Schüler in den Hauptschulen gibt und dass die Armut in Bayern steigt. Darauf reagieren wir. Sie ignorieren diese vor uns stehenden Aufgaben und verweisen vor allem auf etwaige Nachtragshaushalte. Also verstehe ich es richtig,

es wird wieder Geld geben, aber erst, wenn es dem Ministerpräsidenten passt und nicht, wenn wir es brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wenn wieder eine Wahl gewonnen werden muss!)

Ich wiederhole mich: Das ist für uns keine nachhaltige Finanzpolitik. Das ist Prassen, wenn es notwendig ist. Erst sparen Sie massiv ein, und wenn die nächste Wahl vor der Tür steht, prassen sie. So kann es nicht gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Genauso ist es!)

Kommen wir zum Finanzausgleichsgesetz. Das Eigenlob beim Finanzausgleich konnte man so erwarten. Herr Ach, wenn Sie jemand füttern, wird er Sie natürlich dafür loben, dass sie ihn füttern.

(Manfred Ach (CSU): Wenn Sie mir das Gegenteil beweisen, habe ich nichts dagegen!)

– Ich würde es gern tun, aber Sie werden niemanden dazu zwingen können, sich gegen den Fütterer zu wenden. Das wäre ja krank und verrückt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Lieber der Spatz in der Hand – –! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wes Brot ich ess', des Lied ich sing!)

Dass die Erhöhung der FAG-Mittel nicht unbedingt auf Ihre Leistungen zurückgeht, steht wieder auf einem anderen Blatt.

(Manfred Ach (CSU): Gewerbeumsatzsteuer!)

Diese Erhöhungen sind eher der Ausgleich für Kürzungen in den vergangenen Jahren. Das gilt vor allen Dingen für den Kfz-Steuerverbund. Das wird gern vergessen. Die Erhöhungen sind natürlich auch den höheren Steuereinnahmen geschuldet. Ich erinnere auch die Kollegen der SPD an die Mehrwertsteuererhöhung.

Zum Haushaltsgesetz nur so viel: Kollege Dupper hat es gesagt. Es kann doch nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ein Gesetz, das nicht den normalen Beratungsgang in diesem Hause genommen hat und das auch keinerlei finanzpolitische Konsequenzen hat, einfach so ins Haushaltsgesetz gesteckt wird, damit es durchgezogen werden kann. Wenn das Jagdgesetz einer regulären Beratung unterliegt, man dafür aber keine Zeit hatte, muss man es später einbringen. Wir lehnen es ab, dieses Gesetz im Haushaltsgesetz zu verstecken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Erfahrungen der Haushaltsberatungen haben auch gezeigt, dass man für die CSU-Kollegen im Haushaltsausschuss ein kleines Bergwerk in Höhe von 20 Millionen Euro geschaffen hat.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ein Schaubergwerk!)

Damit konnte am Ende der Beratungen jeder Kollege einen kleinen Showantrag stellen. Damit wurden kleine Härten geglättet, wobei wir natürlich jedes Mal zugestimmt haben, damit wenigstens ein bisschen was statt gar nichts geht. Das war aber auch in die Rubrik Kleinigkeiten einzustellen.

Beim Ausschussvorsitzenden Ach und natürlich auch bei allen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss möchte ich mich sehr herzlich bedanken. Die Ausschussberatungen waren sehr langwierig, aber immer fair. Herr Ach, ich konnte bei Ihrer Rede leider nicht klatschen, weil sie inhaltlich so viele Macken hatte. Ich klatsche Ihnen aber gerne persönlich Beifall.

(Manfred Ach (CSU): Ich habe Ihren glänzenden Augen angesehen, dass wir gar nicht so weit auseinander sind!)

Beim Finanzministerium bedanke ich mich für die gute Zusammenarbeit.

Zusammenfassend ist zu sagen, Sie hätten die Mittel, um die aktuellen Probleme in Bayern zu lindern. Sie weigern sich aber, um 2008 dem Ministerpräsidenten den Wahlsieg erkaufen zu können. Diese Art von Politik, diesen Doppelhaushalt 2007/2008 lehnen wir ab.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Schmitt-Bussinger.

Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nun die Ehre, zum Finanzausgleichsgesetz Ihnen ein paar Gedanken vorzutragen und darf auf Ihre Aussagen und Ihre Erfolgsmeldungen eingehen, Herr Kollege Ach.

(Manfred Ach (CSU): Damit habe ich Ihnen eine schöne Vorlage gemacht!)

Ihre Erfolgsmeldungen bezüglich der kommunalen Finanzsituation in allen Ehren, die Realität sieht in vielen bayerischen Kommunen anders aus. Die radikalen Einschnitte der letzten Jahre sind noch nicht verkraftet, wie Sie hier glauben machen wollen.

Neben den Adjektiven „mutig“ und „ehrlich“ gebraucht Ministerpräsident Stoiber sehr gern das Wörtchen „verlässlich“. Sie rühmen sich gerne damit, ein verlässlicher Partner der bayerischen Kommunen zu sein.

(Herbert Fischer (CSU): Das ist auch so!)

Das werde ich Ihnen heute wieder einmal widerlegen. Unter verlässlich verstehen wir etwas völlig anderes. Ich frage Sie: Ist es etwa verlässlich, wenn über Jahre hinweg beim kommunalen Finanzausgleich geknausert und gespart wird, so wie Sie es in den letzten Jahren getan haben, um sich dann für 2007 und vor allem für 2008

endlich wieder Ihrer Verantwortung für die Kommunen zu besinnen?

(Herbert Fischer (CSU): Ländervergleich!)

Man könnte auf die Idee kommen – das ist in den letzten Tagen auch schon mehrfach angesprochen worden –, im Wahljahr würden immer Wünsche erfüllt. Insofern sind Sie verlässlich, aber diese Verlässlichkeit ist nicht das, was wir wollen.

(Beifall bei der SPD)

Ist es etwa verlässlich, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn mit hehren Worten das Konnexitätsprinzip eingeführt wird und sich die Staatsregierung rühmt, das beste Konnexitätsprinzip aller Bundesländer zu haben – wie kann es auch anders sein –,

wenn im Ernstfall, wie es bei den Kosten für das achtstufige Gymnasium leider der Fall ist, Konnexität plötzlich ein unbekanntes Fremdwort ist und die Kommunen gegen den Staat klagen müssen?

(Manfred Ach (CSU): Ist geklagt worden?)

Unser Verständnis von Verlässlichkeit ist allerdings ein anderes.

Vonseiten der SPD-Fraktion – das will ich nicht verschweigen – begrüßen wir selbstverständlich die Erhöhungen der Finanzausgleichsleistungen. Wir begrüßen selbstverständlich, dass das Gesamtvolumen des kommunalen Finanzausgleichs über 6 Milliarden Euro beträgt und damit eine Steigerung erfahren hat. Wir stellen fest, dass der Finanzausgleich um 6,3 % angehoben wurde und die Steuereinnahmen des Freistaates nach der Steuerschätzung vom November um 10 % gewachsen sind.

Wir begrüßen die Erhöhung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund von 11,6 auf 11,7 % als den richtigen Schritt in die richtige Richtung. Wir sind damit allerdings nicht zufrieden. Unsere Forderung, die von den kommunalen Spitzenverbänden geteilt wird, ist auch nach den Gesprächen, die Sie mit den kommunalen Spitzenverbänden geführt haben, vorhanden. Eine Erhöhung des Anteils am allgemeinen Steuerverbund auf 15 % ist unsere Forderung. Da werden wir nicht locker lassen.

(Beifall bei der SPD)

Ein 15 %iger Anteil ist – das wissen auch Sie – dringend notwendig, damit unsere Kommunen in eigener Verantwortung die ihnen auferlegten kommunalen Aufgaben erledigen können.

Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, sind mit den Vorträgen der Staatsregierung offensichtlich zufrieden gestellt. Herr Kollege Ach hat das gerade deutlich gemacht.

Wir vonseiten der SPD-Fraktion sind nicht zufrieden. Wir wollen erstens eine deutlichere Steigerung der kommun-

nalen Investitionen, als Sie sie ermöglichen wollen. Wir haben Anträge zum Investitionssonderprogramm, zur Schulhaussanierung und zu Ganztagschulen gestellt. Sie haben ihnen mehr oder weniger zugestimmt, bzw. es wurde daraus ein gemeinsamer Antrag. Mit unserem Antrag zur Sanierung kommunaler Bäder fordern wir zusätzliche Investitionen in einer nicht zu vernachlässigenden Höhe von 114 Millionen Euro. Wir wissen alle, in welchem Zustand Schulhäuser und auch kommunale Bäder sind.

Wir wollen zweitens diejenigen Kommunen stärken, die von Einwohnerverlusten betroffen sind. Sie werden entgegen: Dafür haben wir den Demografiefaktor eingeführt. Das ist bekannt. Ihnen dürfte aber auch bekannt sein, dass der Demografiefaktor die versprochene bzw. erwartete Ausgleichswirkung nicht hat. Warum sonst wollen wir vier oberfränkische Kommunen von Bayern weg? Warum sonst wollen diese vier Kommunen lieber zum Bundesland Thüringen? Doch wohl nur aus einem Grund: Ihnen steht das Wasser bis zum Hals, und sie erwarten sich in Thüringen eine bessere Finanzausstattung. Das sollte Ihnen doch zu denken geben.

Nach Auffassung der SPD-Fraktion sind zwei Maßnahmen dringend erforderlich, um den Kommunen in den ländlich peripheren Bereichen Bayerns zu helfen. Zum einen muss den betroffenen Kommunen kurzfristig zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt werden. Dafür haben wir beantragt, in den beiden Haushaltsjahren 2007/08 jeweils 20 Millionen Euro an Bedarfszuweisungen gerade denjenigen Kommunen zu gewähren, die unter Bevölkerungsabwanderung leiden.

Darüber hinaus müssen wir allerdings dringend die Struktur des kommunalen Finanzausgleichs überprüfen und gegebenenfalls ändern. Es darf nicht sein, dass ländliche Regionen im nordöstlichen Bereich Bayerns, die mit Abwanderung zu kämpfen haben, auch noch beim kommunalen Finanzausgleich Nachteile erfahren. Aber das tun sie. Dass die Struktur des kommunalen Finanzausgleichs zum Nachteil für die besagten Kommunen führt, liegt auf der Hand. Wir wissen alle, dass die Mittel der Schlüsselmasse systembedingt, nämlich wegen der ausgeprägt extremen Orientierung an der Einwohnerzahl, zum überwiegenden Teil in Regionen mit Einwohnergewinnen fließen. Die ausblutenden, ländlich peripheren Regionen haben das Nachsehen, und zwar schon seit Jahren.

Zusammenfassend und abschließend darf ich feststellen: Das vorliegende Finanzausgleichsgesetz zeigt das Bemühen der Staatsregierung und der CSU-Fraktion um Wiedergutmachung gegenüber den Kommunen. Dieses Bemühen ist anerkennenswert. Ein ruhiges Gewissen können Sie in Anbetracht der aufgezeigten Probleme dennoch nicht haben.

Wegen der von mir angesprochenen Defizite im vorliegenden Finanzausgleichsgesetz und vor allem wegen der überwiegend ablehnenden Haltung zu unseren Anträgen lehnen wir das Finanzausgleichsgesetz ab.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich darf Frau Kollegin Görlitz das Wort erteilen.

Erika Görlitz (CSU) (von der Rednerin nicht autorisiert): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus! So unwiderrspochen kann ich es nicht stehen lassen, dass Sie sagen, der Freistaat Bayern sei kein verlässlicher Partner der Kommunen.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben selber gesagt, dass die Ausgaben für die Kommunen erstmals immerhin über 6 Milliarden Euro liegen. Das bedeutet eine Steigerung um 6,3 %. Dies zeigt doch, dass da ein vernünftiges Verhältnis herrscht.

Ich möchte auf eines verweisen. Der Freistaat Bayern ist das einzige Bundesland, das – dafür danke ich dem Finanzminister ganz besonders – die Ausgaben nicht festlegt, sondern mit den Kommunen darüber verhandelt, wo die Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Das ist doch die Stärke des Freistaates Bayern, dass er gemeinsam mit den Kommunen die besten Voraussetzungen schafft. Sie werden nie hören, dass die Kommunen dieses System anzweifeln; denn sie wissen sehr wohl, dass man im Austausch wichtige Schwerpunkte setzen kann.

Sie haben die Investitionen in den Kommunen angesprochen. Natürlich werden die Kommunen dadurch gestärkt. Es werden 130 Millionen Euro mehr ausgegeben, damit die Kommunen investieren können. Das tut uns gut. Wir merken schon jetzt, dass die ansteigende Bautätigkeit zusätzliche Einnahmen bringt. Unsere Kommunen wissen, dass sie hiermit rechnen und wichtige Maßnahmen voranbringen können.

Wir investieren in Schulen und Bildung. Dafür geben wir 189,4 Millionen Euro aus. Wir investieren in die Infrastruktur und in den Straßenbau. Ein ganz wichtiger Punkt ist, dass auch die Investitionspauschale erhöht wird. Damit kriegt die kleinste Gemeinde mindestens 20 000 Euro, um ihre Investitionen tätigen zu können.

Mit meinen Ausführungen wollte ich aufzeigen, dass der Freistaat Bayern ein verlässlicher Partner der Kommunen ist. Er hat die Ausgaben für die Kommunen immer stärker erhöht, als der Staatshaushalt in den letzten Jahren gestiegen ist. Ich weiß, dass das auch unsere vielen Kommunalpolitiker so sehen. Deshalb können wir diesem Haushalt so zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Das Wort darf ich jetzt dem Herrn Staatsminister der Finanzen, Herrn Prof. Dr. Faltlhauser, geben.

Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (Finanzministerium): Frau Präsidentin! Es ist mir eine besondere Ehre, unter Ihnen sprechen zu dürfen. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Am Schluss dieser Haushaltsberatungen, die wir, wie ich meine, richtigerweise im Plenum in einer Woche zusammenführen – ich kenne das aus dem Bundestag, ich glaube, das ist die beste Methode, und dadurch kann man auch stärker den Blick auf den Haushalt, diese zentrale Funktion parlamentarischer Arbeit, lenken –, möchte ich zunächst meinen Dank an den Haushaltsausschuss richten, der diesen Haushalt in unermüdlicher und sehr detaillierter Arbeit durchgepflegt und Punkt für Punkt aufgegriffen hat. Ich bedanke mich insbesondere beim Vorsitzenden Manfred Ach und beim stellvertretenden Vorsitzenden Dupper.

Herr Dupper, wenn man die Haushaltsdebatte im Plenum verfolgt, fällt auf, dass Sie nicht mit Schaum vor dem Mund, sondern ruhig und sachlich argumentieren. Sie haben zwar nicht rundum recht, aber es ist in anderen Fachbereichen doch anders.

(Heiterkeit bei der CSU – Dr. Thomas Beyer (SPD): Das war jetzt rundum sachlich, Herr Minister, oder?)

Hier herrscht nicht Polemik vor. Sie legen in aller Ruhe Ihre sachorientierten Fragen vor.

Aber, Herr Dupper – –

(Manfred Ach (CSU) unterhält sich mit Jürgen Dupper (SPD))

– Herr Vorsitzender Ach, ich wollte Herrn Dupper eigentlich etwas fragen. Lass ihn los. –

(Manfred Ach (CSU): Ich bin freier Abgeordneter! Ich kann machen, was ich will! – Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Herr Dupper, Sie müssen sich bei Ihrer Argumentation – das ist mir wieder einmal hier aufgefallen – selbst die Frage stellen, welche Grundrichtung in der Haushaltspolitik Sie eigentlich einnehmen wollen. Sie sagen auf der einen Seite – ich habe es mir notiert –: „Das Problem unseres Haushaltes ist, dass wir ein Ausgabendefizit haben.“ Das heißt, wir geben zu wenig aus.

(Werner Schieder (SPD): Weil wir ein Einnahmendefizit haben!)

Wir müssen mehr in Investitionen stecken, in Personal. Ihre Kollegen differenzieren das noch ein bisschen. In den Pressemitteilungen unterm Jahr liest man dann so markige Worte wie: „da 1000 mehr und da 1000 mehr an zusätzlichem Personal“.

Auf der anderen Seite haben Sie noch nie gesagt, Herr Kollege Dupper, dass Sie den ausgeglichenen Haushalt nicht wollen. Sie können aber einen ausgeglichenen Haushalt nicht erreichen und halten, wenn Sie relativ wahllos Investitionen und Personal fordern. Sie müssen sich entscheiden. Politik ist ein schwieriges Geschäft der Gewichtung, der Hierarchisierung der Ziele. Sie müssen sich entscheiden, was Sie eigentlich wollen, und das habe

ich aus Ihrer Rede nicht erkannt. Ich habe nicht erkannt, ob Sie wirklich eine sparsame und ordentliche, auf den ausgeglichenen Haushalt gerichtete Politik betreiben wollen oder ob Sie das machen wollen, was sich andere Länderparlamente und auch die Bundesregierung in früheren Zeiten zur Maxime gemacht haben: möglichst viel Geld rauszuschmeißen. Das sollten Sie einmal klar beantworten, zunächst für sich.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich habe also beim Sprecher der SPD und auch bei den anderen Kollegen keine klare Grundrichtung der Haushaltspolitik festgestellt. Es mag sein, dass man sich im Lauf der Debatte im Haushaltsausschuss oder auch hier einmal sagt: Da hat er eigentlich recht. Aber diese Frage ist meines Erachtens von entscheidender Bedeutung, und hier ist Ihre Linie nicht konsequent.

Lassen Sie mich etwas sagen, was hier immer eine Rolle spielt, nämlich die Privatisierung und die Privatisierungserlöse. Sie handeln das ab unter der Überschrift: Tafelsilber. Meine Damen und Herren, Tafelsilber hat man möglicherweise zu Hause in der Vitrine.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Domschatz! Bamberg zum Beispiel!)

Uns geht es darum, dass wir mit dem Vermögen, das wir haben, zukunftsorientierte Investitionen tätigen. Genau das ist die Politik von Edmund Stoiber seit 1993 gewesen. Wir haben mehr als 5 Milliarden Euro Privatisierungserlöse in Zukunftsprojekte gesteckt. Sie werden doch nicht glauben, dass das, was wir heute an positiven wirtschaftlichen Ergebnissen feststellen können, dass das, was den Vorsprung Bayerns gegenüber anderen Ländern ausmacht, was die Spitzenstellung Bayerns in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt ausmacht, so deutlich wäre, wenn wir nicht zusätzlich diese Privatisierungserlöse in dieses Land gesteckt hätten. Der wirtschaftliche Erfolg, der technologische Vorsprung, der innovative Vorsprung sind auch ein Ergebnis zielgerichteter Privatisierung und zielgerichteter Wiederanlage, meine Damen und Herren. Das ist nachweisbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ohne diese Maßnahmen hätten wir diesen Erfolg nicht.

Denken Sie zurück. Wir waren bis weit in die Achtzigerjahre noch ein Nehmerland, wenn auch in geringem Umfang. Wir sind in den Neunzigerjahren nicht zuletzt durch die Politik dieses Ministerpräsidenten zu einem Geberland geworden. Das hat als Grundvoraussetzung wirtschaftliche Prosperität, Dynamik und Innovationskraft, die wir zusätzlich mit Privatisierungserlösen angeschoben haben.

Dann muss ich Ihnen noch etwas zum Tafelsilber sagen, das man nicht verkauft. Es wird immer gesagt: Eigentlich verkauft man Tafelsilber nicht. Es gibt aber keinerlei Grund – das habe ich in den Einleitungen unseres Beteiligungsberichts immer ausführlich geschrieben –, dass der Staat ein im Wettbewerb stehendes Unternehmen besitzt. Das

ist ordnungspolitisch nicht richtig. Wir müssen es aus ordnungspolitischen Gründen verkaufen, unabhängig von Haushalten. Und wenn wir das tun, müssen wir es sehr geschickt machen, damit wir möglichst viel dafür kriegen. Das ist der Anspruch, den die Bürger an uns haben können.

Da gibt es eine seltsame Debatte, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, in München. Da sagt der dortige Oberbürgermeister Ude: Dieses Land Bayern verscherbelt sein Tafelsilber – er meint damit im Wesentlichen unsere Energieversorgungsunternehmen, die wir nun wirklich nicht in unseren Händen brauchen –, aber wir verscherbeln nichts. Was kann denn die Landeshauptstadt München verscherbeln? Ihre Verkehrsbetriebe, recht viel mehr eigentlich nicht. Da würde ich doch erwarten, dass die Verkehrsbetriebe in der Hand der Stadt bleiben. Das ist nichts anderes als eine Auslagerung städtischer Tätigkeit. Diesen Vergleich anzustellen ist also so abenteuerlich, dass ich nur sagen kann: Das ist des Präsidenten des Städtetags eigentlich nicht würdig.

Aber weil ich schon bei ihm bin, will ich seine weiteren Darlegungen, die er mit dem Fraktionsvorsitzenden Maget der Presse verkündet hat, noch einmal aufgreifen – ich habe das in einer Zwischenfrage schon am Dienstag gemacht. Die Stadt München sagt ja: Wir sind die eigentlichen Großen. Wir sparen und zahlen zurück usw. Ich will noch einmal die tatsächliche Statistik einer Landeshauptstadt darlegen in Kontrast zu dem, was wir in Bayern haben. Dabei muss ich hinzufügen: Einen kommunalen Haushalt zu vergleichen mit einem Verwaltungshaushalt auf Landesebene ist eigentlich nicht erlaubt. Insofern ist der Zwischenruf zur Investitionsquote, den ich von einem Kollegen der SPD gehört habe, wirklich entlarvend. Die Kommunen haben üblicherweise eine sehr hohe Investitionsquote, und wenn die Stadt München 17 % hat, dann ist das, verglichen mit den eigentlichen Standards für Kommunen, eine ziemlich erbärmliche Investitionsquote.

(Rainer Volkmann (SPD): So ein Schmarren!)

– Ich glaube nicht, dass diese Zahlen ein Schmarren sind, sondern Fakten.

Meine Damen und Herren, die Schuldenentwicklung dieser großen Stadt unter diesem großen Präsidenten des Städtetags ist seit 1994 wie folgt verlaufen: Sie ist bis zum Jahr 2004 um 146 % gestiegen. Wir haben das nun verglichen – diese Arbeit haben wir uns gemacht – mit den anderen Großstädten, als da sind: Köln, Frankfurt, Essen, Dortmund, Düsseldorf, Stuttgart, Duisburg, Hannover, Nürnberg, also alle anderen in der Bundesrepublik, die man damit wirklich vergleichen kann.

(Günter Gabsteiger (CSU): Hört, hört!)

Im Schnitt ist die Verschuldung in diesen Städten in der gleichen Zeit um 33 % zurückgegangen. Es besteht also eine fast 180 %ige Schere zwischen der Haushaltsverhaltenweise dieser Großstädte und der Stadt München, die hier so großartig gelobt wird.

Lassen Sie mich die Personalausgaben vergleichen. München hatte in der gleichen Zeit eine Steigerung der Personalausgaben um 21,2 %. Diese ganzen Referate sind völlig überbesetzt. Es gab in der Stadt in den letzten Jahren noch keine einzige Verwaltungsreform. Aber uns bezichtigt man, wir würden mit unserer Verwaltungsreform jeweils harte Einschnitte vornehmen. – Die übrigen Großstädte haben in der gleichen Zeit das Personal um acht Prozent abgebaut. Hier besteht also eine fast 30%ige Lücke zwischen dem, was die anderen Großstädte machen, und dem, was diese großartige Landeshauptstadt München macht.

Ich könnte diese Ausführungen noch weiterführen. Aber es ist mir allmählich zu blöd, liebe Kollegen, ständig zu hören: Da ist eine Landeshauptstadt, die ist großartig im Vergleich mit dem Freistaat Bayern. Dabei sage ich, dass diese Stadt einerseits unglaublich viel Geld hat durch Gewerbesteuern und unanständige zusätzliche Steuern – wenn ich an die Zweitwohnungssteuer denke, die in einer Großstadt nun wirklich nicht angebracht ist – und auf der anderen Seite trotzdem eine miserable Haushaltspolitik betreibt. Wenn man sich dann in einer Pressekonferenz lobt im Vergleich mit dem Freistaat Bayern, dann wird die Pressekonferenz lächerlich.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch etwas zu dem sagen, was wirklich langfristig problematisch ist.

Wir reden immer nur vom Abbau der Nettoneuverschuldung; wir haben dies nun mit diesem Doppelhaushalt im dritten Jahr erreicht. Ganz Deutschland schaut auf uns; übrigens auch das Ausland, das sagt: Donnerwetter, die haben das geschafft. Die Bürger draußen fragen uns, wann wir, jetzt, da die Neuverschuldung auf Null begrenzt ist, bestehende Schulden zurückzahlen. Ich meine, dass wir uns in einer Frist von etwa drei Jahren, also etwa ab 2009, 2010, mit dieser Frage zumindest beschäftigen müssen. Wenn wir dann das vierte, fünfte Jahr hintereinander einen ausgeglichenen Haushalt und gleichzeitig bei den Investitionen die notwendigen Nachholeffekte hinter uns haben, muss sich dieses Haus, muss sich die Bayerische Staatsregierung auch die Frage stellen, in welchem Ausmaß und mit welchem Plan man bestehende Schulden, die auch bei uns in Bayern über 20 Milliarden Euro betragen, zurückbezahlen kann. Diese Aufgabe steht zwar jetzt nicht an, wir müssen sie uns aber zukünftig stellen.

Am 1. Dezember dieses Jahres feierten wir auch in diesem Haus den 60. Geburtstag der Bayerischen Verfassung. Nun sagt Bundespräsident Köhler, eine Verfassung haben und in Verfassung sein, sei zweierlei. Damit hat er recht; denn das, was auf dem Papier steht, ist das eine, und das, was man lebt, ist das andere. Wir sind im Freistaat Bayern nach diesen 60 Jahren – wir haben bekanntlich noch drei Jahre mehr an Bayerischer Verfassung – in sehr guter Verfassung. Das zeigt nach einem Urteil, das uns alle nachdenklich machen sollte, insbesondere der Vergleich mit anderen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu der Klage Berlins auf Sonderergänzungszuweisungen wegen extremer Haushaltsnotlage vom 19.10.2006 zeigt:

Jedes Land trägt für seine Finanzpolitik vorrangig selbst die Verantwortung.

Wir haben die Verantwortung schon in den vergangenen Jahrzehnten ernst genommen. Wir waren in den Fünfzigerjahren ein starkes Nehmerland und sind nun das einzige Land, das vom Nehmerland dauerhaft zum Geberland wurde.

(Zuruf von der SPD)

Denn 3,4 Milliarden Euro haben wir bekommen und 20,5 Milliarden Euro haben wir mittlerweile zurückbezahlt; der Ministerpräsident hat die Zahlen genannt. Aber dass die Situation umgekehrt worden ist, ist das Entscheidende. In den Fünfzigerjahren war Niedersachsen ein Nehmerland in gleicher Größenordnung. Da ist nichts passiert. Niedersachsen ist immer noch ein Nehmerland. Das ist der eigentliche Punkt. Dieses Urteil unterstreicht von den Fakten her die besondere Verantwortung jedes Landes für seine Finanzpolitik. Wir müssen nach diesem Urteil das Verhältnis zwischen Solidarität und Eigenverantwortung auf Bundesebene und Länderebene neu justieren. Deshalb lehne ich einen nationalen Entschuldungsfonds radikal ab, mittels dessen einzelne Länder ihre Schulden einfach auf die Ländergemeinschaft abwälzen.

(Beifall bei der CSU)

Solches Gebaren entspricht weder der Eigenstaatlichkeit noch dieser vom Verfassungsgerichtshof besonders betonten Verantwortung der Länder. Wir haben für das Jahr 2004 ohne Umsatzsteuervorwegenausgleich 2,3 Milliarden Euro und für das Jahr 2005 2,2 Milliarden Euro bezahlt, und es sieht nicht so aus, als würden wir deutlich weniger bezahlen, sondern es ist eher mehr.

Eines finde ich doch seltsam: Herr Ude – – Herr Maget, weil Sie beide eine Pressekonferenz gemacht haben, habe ich mir gerade diesen freudschen Versprecher geleistet. – Herr Maget schreibt in seiner Broschüre, „mit Menschen rechnen, nicht mit Zahlen“.

(Franz Maget (SPD): Es verbreitet sich erfreulich schnell!)

– Ja, es ist immer gut, das zu lesen, was Sie fordern und schreiben. Damit kann man nachweisen, was das für ein Unsinn ist. Ich mache das gerade anhand eines Punktes.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Die SPD fordert in diesem Blatt, jährlich 500 Millionen Euro weniger in den Länderfinanzausgleich zu zahlen. Erstens tun damit die SPD und ihr Fraktionsvorsitzender so, als wäre das eine freiwillige Leistung des Freistaats Bayern, man könnte mehr oder weniger einbezahlen. Wunderbar, das ist natürlich nicht der Fall.

(Franz Maget (SPD): Das ist Verhandlungssache!)

Zweitens. Da sitzt ein großer und starker Verhandler namens Maget; alle fürchten ihn, wenn er kommt.

(Franz Maget (SPD): Föderalismusreform III!)

Aber da sitzen auch die anderen, die Leichtgewichte, diese 15 Ministerpräsidenten, mit denen er verhandeln muss.

(Franz Maget (SPD): 16, Sie auch!)

Und die haben ihrerseits, Herr Maget, bis auf zwei Länder gegenwärtig nichts anderes vor, als aus dem Länderfinanzausgleich mehr als bisher zu bekommen. Das ist die Realität.

(Franz Maget (SPD): Und Sie finden sich damit ab!)

– Beruhigen Sie sich doch einmal, lassen Sie mich doch einmal meine Gedanken aussprechen. Sie kommen frisch herein und sind schon wieder voll geladen. Denken Sie doch einmal über das, was ich sage, nach.

(Franz Maget (SPD): Aber wenn Sie das ansprechen!)

– Dann gehen Sie doch hinterher noch einmal heraus und sagen Sie zu dem etwas, was ich sage. Dann müssen Sie dazu einmal drei Sätze im Zusammenhang formulieren, ohne dazwischenzubrüllen.

(Zurufe von der SPD)

Wenn Sie also meinen, dass Sie da über einen Durchbruch verhandeln können, müssen Sie eine Mehrheit bekommen; dann muss Ihnen das SPD- bzw. rot-rot-regierte Berlin zustimmen; dann muss Ihnen auch Nordrhein-Westfalen zustimmen, das gegenwärtig bei plus/minus null liegt; dann müssen Ihnen auch Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und alle östlichen Länder zustimmen. Dann sind Sie derjenige, der fordern kann: 500 Millionen weniger!

Ich darf Ihnen nochmals sagen: Wir haben in schwierigen Nachtverhandlungen bis in der Früh um 4.00 Uhr bei diesem Länderfinanzausgleich ein Ergebnis erzielt, das in diesem Jahr eine geringere Bezahlung von 280 Millionen Euro vorsieht. Ich glaube, das ist ein guter Schritt nach vorne gewesen.

(Beifall des Abgeordneten Engelbert Kupka (CSU))

Und weil dieser Schritt so gut war, haben wir uns mit diesem neuen Finanzausgleich einverstanden erklärt. Weil es darüber so viele Debatten gibt, füge ich hinzu: Es hat keinen Wert, gegenwärtig am bestehenden Finanzausgleich herumzumäkeln, denn dann werden wir überall im Land nicht als seriöse Verhandlungspartner angesehen. Wir haben diesem Vertrag, auch dem Solidarpakt II, zugestimmt.

Was wir nicht wollen, ist ein Oben-drauf-Pappen von zusätzlichem Finanzausgleich unter dem Deckmantel des neuen Starts, der Unterteilung von Primärhaushalt und Sekundärhaushalt. Primärhaushalt ist derjenige Haushalt, der im Grunde ohne Schuldendienst die laufenden Ausgaben deckt, so wie etwa Berlin rechnet. Sie meinen, wir gehen vom Primärhaushalt ab. Aber dann müssen wir bei alten Lasten entlastet werden. Bitte schön, helft uns doch alle miteinander – Bund und übrige Länder –, von diesen alten Lasten befreit zu werden. Wenn dies kommt – wir haben es errechnet –, haben wir, gemessen am Haushaltsvolumen, eine Vorbelastung durch Länderfinanzausgleichsleistungen nicht von 11,4 % wie gegenwärtig, sondern dann haben wir eine Vorbelastung von fast 20 %. Dann gehen Sie hinaus und sagen Sie den bayerischen Bürgern, von 100 Euro, die ihr als Steuern bezahlt, sind von vornherein schon einmal 20 % weg; die können wir nicht verwenden, die gehen nach Berlin, die dafür einen kostenfreien Kita-Platz bezahlen. Das ist Ihre Auffassung.

Herr Maget, aber wenn Sie im Jahr 2008 in diesem Land ernsthaft als Oppositionsführer antreten wollen, müssen Sie auch ernsthafte Vorschläge machen. Ein Vorschlag, dass man im Länderfinanzausgleich einfach einmal 500 Millionen Euro weniger bezahlen will, ist populistisch, aber nicht seriös. Damit können Sie, meine Damen und Herren, in diesem Land nicht antreten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE)
– Beifall bei der CSU)

Ich habe hier noch eine Reihe anderer Stichpunkte vorliegen, die in diesem Papier ziemlich falsch und unsinnig sind. Aber ich will nicht darauf eingehen, sondern wieder auf den Haushalt zurückkommen. Wer über Stabilitätspolitik redet, muss auch die gegenwärtige Debatte zur Stabilitätskultur auf deutschem Boden insgesamt aufgreifen, das heißt, auf den nationalen Stabilitätspakt zu sprechen kommen. Die Debatte ist bekanntlich 15 Jahre alt. Sie ist zwar eingeschlafen, aber nach dem Berliner Urteil wieder aufgeflammt, und dies mit Recht. Die Bayerische Staatsregierung hat die Vorstellung, dass wir den nationalen Stabilitätspakt dadurch gestalten sollten, indem wir erstens für die Länder klare Verschuldungsgrenzen normieren. Das kann auch, untersucht man es genauer, in die Gegebenheiten eine gewisse Beweglichkeit bringen.

Das Zweite ist: Wir brauchen dringend harte Sanktionen.

Es bringt nichts, irgendwelche vagen Grenzen zu ziehen und gelbe Lichter aufzustellen. Das ist der Fehler in der Praxis des Artikels 115 des Grundgesetzes, der, verbunden mit dem Urteil von 1987 nichts bewirkt. Es stehen da nur gelbe Warnleuchten und jeder fährt trotzdem über die Straße. Ich glaube, das ist nicht das richtige Mittel. Wir brauchen einen nationalen Stabilitätspakt mit Biss, und wir brauchen ein effektives Frühwarnsystem mit entsprechenden Gremien, klar und präzise festgelegten Diskussionsforen und Ritualen. Artikel 115 muss aus diesem Grunde selbstverständlich geändert werden. Wir in Bayern haben bereits im Sinne dieser noch zu gestaltenden Philosophie eines nationalen Stabilitätspaktes

gehandelt. Unser Haushalt wird im Jahre 2008 das dritte Mal keine neuen Schulden mehr ausweisen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Auf dem Papier!)

– Herr Kollege, ein Haushaltsbuch ist genau und präzise. Es steht auf dem Papier genau nachlesbar. Das ist so. Niemand, der seriös ist, wird das irgendwie bezweifeln, ausgenommen vielleicht Sie, aber Sie können es hier am Pult auch nicht begründen, sondern Sie meinen das mit Zwischenrufen tun zu sollen. Das ist nachlesbar und beweisbar und es ist keine Schimäre.

Die Konsolidierung ist uns gelungen, obwohl in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1998 und 2005 nach den bundesweiten Steuerschätzungen konjunkturelle Steuerausfälle in Höhe von 440 Milliarden Euro zu verzeichnen waren. Das müssen Sie sich einmal vorstellen. Das ist soviel wie die Summe der Steuereinnahmen aller Gebietskörperschaften von Bund, Ländern und Kommunen in einem Jahr. Diese Summe ist innerhalb von fünf Jahren weg gewesen. Wir waren mit dabei. Trotzdem haben wir es hinbekommen. Das ist das Eigentliche, was die Besonderheit des Jahres 2006 ausmacht.

Im Jahre 2007, dem ersten Jahr unseres Doppelhaushalts, haben wir eine entsprechend bessere Steuerschätzung vom November. Die Mehreinnahmen betragen bundesweit 20 Milliarden Euro; für die Länder sind es insgesamt 7,9 Milliarden Euro. Was bedeutet das nun für uns hier in Bayern? Im Vergleich zur Mai-Steuerschätzung liegen die für Bayern für das Jahr 2007 prognostizierten Steuereinnahmen nach dem Länderfinanzausgleich um 913 Millionen Euro höher. Dabei muss man jedoch mit in Rechnung stellen, dass wir schon 310 Millionen Euro über die Mai-Steuerschätzung hinaus angesetzt haben. Wir haben das Wachstum also in unserem Haushalt schon vorweggenommen.

Zuzurechnen ist dann noch ein Abschlag aufgrund der Steuerreformmaßnahmen wie beispielsweise der Erbschaftssteuer von 100 Millionen. Cum grano salis komme ich damit auf einen Mehrbetrag von 500 Millionen Euro. Davon gehen 70 Millionen in den kommunalen Finanzausgleich, bleiben also 430 Millionen Euro Verbesserung.

Bei dieser Größenordnung kann ich das machen, was ich an diesem Pult schon wiederholt als Ziel dargelegt habe. Es ist der Ehrgeiz des bayerischen Finanzministers, den Umfang der Privatisierungserlöse in der Haushaltsaufstellung und im weiteren Verfahren des Haushalts in möglichst geringem Maße in Anspruch zu nehmen. Das ist immer mein erklärtes Ziel gewesen, und heute kann ich sagen, dass wir im Jahr 2006 die 760 Millionen Euro, die da als Ablieferung vom Grundstock veranschlagt sind, nicht in Anspruch nehmen müssen und dass wir im Jahr 2007 130 Millionen Euro als Rücklage hinüberschieben. Das ist eine Cash-Rücklage, würde ich jetzt erklären müssen, wenn Frau Kellner noch dasäße. Es ist keine virtuelle Rücklage. Es ist Cash money, das wir hinübergeben in das Jahr 2007. Wir werden im Jahr 2007 keine Privatisierungserlöse brauchen.

Was mich jedoch besorgt – da blicke ich jetzt nicht nur auf die Opposition, weiß Gott nicht – ist, dass diese Steuermehreinnahmen, die uns eine Normalisierung der Finanzierung des Haushalts ermöglichen, offenbar der Startpunkt für alle möglichen tollen Ideen sind, was man in Zukunft machen könnte. Dies ist die Sorge nicht nur des Kollegen Steinbrück, sondern auch meiner anderen Länderfinanzministerkollegen sowie auch die meinige. Bei uns schaut es so aus – das ist die Realität –, dass wir im Jahr 2000 eine Steuerdeckungsquote von 82,3 % hatten. Diese Quote ist im Jahr 2003 heruntergegangen bis auf 71,9 %. Jetzt erst sind wir wieder etwas über 80 %. Wir haben damit eine Steuerdeckungsquote, die in der Bundesrepublik Deutschland mit Abstand die höchste ist. Der Durchschnitt der Länder West hat eine entsprechende Quote von knapp über 70 %; wir sind auch in dieser Kennzahl ganz weit vorn. Aber wir haben immer noch nicht die Quote des Jahres 2000 erreicht.

Das Jahr 2000, das ich als das normale Haushaltsjahr bezeichnen würde, ist immer noch nicht erreicht. Deshalb warne ich vor allen möglichen Ideen, langfristig irgendwelche Haushaltsblöcke festzulegen.

Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Doppelhaushalt auch Unwägbarkeiten zu beachten. Zum Ende dieses Jahres, also in einer Zeit, in der alle sagten, die Steuereinnahmen sind aber stark gestiegen – der Fraktionsvorsitzende fragte jeden Tag: Wieviel Geld hast Du denn heute mehr? –

(Joachim Herrmann (CSU): Ja!)

darf nicht übersehen werden, dass wir im November ein Minus von 0,9 % hatten. Das sind Volatilitäten in den Steuereinnahmen, die wir in den letzten Jahren permanent zu beobachten hatten. Ein Finanzminister, der diese Volatilitäten der Steuereinnahmen nicht beachtet, handelt nicht verantwortungsbewusst. Ich bin nicht bereit, aufgrund der Entwicklungen in einigen Monaten zu sagen: Das rechne ich jetzt in die Zukunft hinauf und damit können wir uns viel leisten. Das können wir nicht. Wir müssen auf Sicht fliegen und das werden wir im Nachtragshaushalt tun. Wir werden erst, wenn wir wissen, wie die Mehrwertsteuererhöhung konjunkturell wirkt, im Frühjahr des nächsten Jahres besser wissen, wie das Jahr 2007 tatsächlich läuft.

Ich warne und mahne also zur Vorsicht. Fliegen wir auf Sicht!

Der Ihnen vorliegende Doppelhaushalt ist geprägt von vier besonderen Punkten, die beachtenswert sind. Er ist erstens ausgeglichen. Er hat zweitens eine konsequente Prioritätensetzung in Bildung und Hochschulen. Er beinhaltet drittens eine weitere Stärkung der Schwerpunkte innere Sicherheit und ländlicher Raum und hat viertens einen Schwerpunkt bei den Kommunen.

Diese Schwerpunktsetzung entspricht den Anforderungen der heutigen Zeit. Lassen Sie mich nun ein paar Worte zum Schwerpunkt Bildung sagen.

Ich habe die Debatte über den Einzelplan des Kollegen Schneider beobachtet. Ich kann nur noch einmal betonen: Wir schaffen in diesem Doppelhaushalt sage und schreibe 784 neue Lehrerstellen. Wir haben nach meiner Statistik insgesamt seit 2001/2002 bis heute zu diesem Doppelhaushalt eine zusätzliche Lehrerkapazität im Schulbereich von über 6000 Stellen. Das heißt, diejenigen, die sagen, wir hätten zuwenig Lehrer und täten nichts, sollten einmal überlegen, was 6000 zusätzliche Lehrerstellen in einer Zeit bedeuten, in der wir kaum Steuereinnahmen hatten, sondern einen Rückgang der Steuereinnahmen verzeichnen mussten. Ich glaube, das ist eine große Leistung, die dokumentiert, dass wir es mit dem Schwerpunkt Bildung ernst meinen.

Wir werden in besonderer Weise auch beim Schwerpunkt Forschung und Lehre aktiv werden. Sie wissen, über ein Drittel der Gesamtsumme der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern geht nach Bayern. Das Betreuungsverhältnis zwischen wissenschaftlichem Personal und Studenten ist mit 1 zu 15,4 in Bayern eines der besten.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das sollte man sehen. Auch hier belegen die Daten und Zahlen, dass wir eine zielgerichtete Schwerpunktpolitik betreiben.

Lassen Sie mich nun noch einige Anmerkungen zum kommunalen Finanzausgleich machen, der die Überschrift für die Debatte des heutigen Nachmittags darstellt. Frau Schmitt-Bussinger, Sie haben gemeint, behaupten zu müssen, wir hätten jetzt die erste Steigerung im Finanzausgleich seit vier Jahren. Ich darf Ihnen entgegenhalten, dass wir bereits im Jahre 2005 eine Steigerung von 3,3 % hatten. Im Jahre 2006 waren es 1,1 % und im Jahre 2007 werden es 6,3 % sein. Wir haben also bereits im dritten Jahr eine Steigerung beim kommunalen Finanzausgleich.

(Zurufe von der SPD)

Ich füge hinzu, Frau Schmitt-Bussinger: Die kommunalen Spitzenverbände bekommen das Geld nicht wie in anderen Ländern zugeteilt. Ich verhandle mit ihnen, und sie sind immer mit dem Ergebnis einverstanden.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Weil sie keine andere Wahl haben!)

– Nein, nein. Wenn Sie sich die Presseerklärungen der Herren Präsidenten ansehen, werden Sie feststellen, sie äußern sich in Kenntnis der Realitäten regelmäßig sehr lobend.

Dass wir das erste Mal über 6 Milliarden Finanzausgleich haben und eine Steigerung bei den reinen Landesleistungen um 7,6 %, wurde hier schon gesagt. Ich will noch etwas bemerken zur Aussage von Frau Schmitt-Bussinger zum Anteil der Deckungsmittel. Wir haben die Mittel im Steuerverbund von 11,6 % auf 11,7 % leicht angehoben. Die Steigerung um 0,1 % entspricht 21 Millionen Euro. Wenn man das dauerhaft erhält, ist es ein Haufen Geld. Ich war erstaunt, als Sie von diesem Pult

aus 15 % gefordert haben. Haben Sie einmal ausgerechnet, was das ausmacht? – Das sind 690 Millionen Euro zusätzlich. Sie werden doch nicht meinen, dass das ein ernst zu nehmender Vorschlag ist. Meine Damen und Herren, 15 %, also 690 Millionen Euro, in einem oder zwei Schritten nach oben, das überfordert den bayerischen Staatshaushalt.

Ich kann es auch anders sagen: Das nimmt Ihnen und uns in diesem Hause das Geld für die Gestaltung. Ich bitte doch, die Kirche im Dorf zu lassen. Ich weiß, dass die Herren Präsidenten diesen Punkt immer wieder aufgreifen und die Forderung immer weiter nach oben schrauben werden, aber ein Sprung nach oben ist nicht möglich.

Entscheidend ist, dass die Kommunen gewissermaßen die vitale Kraft von unten in diesem Lande sind, und zwar insbesondere aufgrund ihrer Investitionen. Vereinfacht gesagt: Kommunale Haushalte sind Investitionshaushalte; Länderhaushalte sind Verwaltungshaushalte. Also müssen wir immer besonders auf die Investitionsquote und die Investitionsprogramme sehen.

Ich weise darauf hin, dass wir in den letzten Monaten dieses Jahres etwas getan haben, was bemerkenswert ist. Wir haben eine Schlussabrechnung für den kommunalen Finanzausgleich – rund 40 Millionen Euro zusätzlich im allgemeinen Steuerverbund für die Kommunen – gemacht, und ich habe mich mit den Kommunen darauf geeinigt, dass wir 30 Millionen Euro von diesem Geld für den Schulhausbau verwenden. Die Kommunen, die beim IZBB-Programm nicht berücksichtigt werden konnten, erhalten zusätzliche Mittel. Wir können das IZBB-Programm zwar nicht fortführen, aber wir können einen Akzent setzen in der Art, dass diejenigen, die beim „Windhundverfahren“ nicht zum Zuge kamen, doch noch etwas erhalten.

Bei den Investitionen muss man sehen, dass es für den Schulhausbau im Rahmen des Finanzausgleichs schon 55 Millionen Euro mehr gab, für Straßenbau- und -unterhalt 32 Millionen Euro mehr, für zusätzliche Investitionen in den ÖPNV 23 Millionen Euro mehr und als zusätzliche Investitionspauschale 20 Millionen Euro. Wenn ich abwäge, was das Wichtigste am kommunalen Finanzausgleich ist, dann komme ich zu dem Ergebnis: Das Wichtigste sind die Investitionen unserer Kommunen. Die Qualität des Geldes, das sie hierfür bekommen, ist besonders hoch.

Ich will auch darauf hinweisen, dass wir weitere Strukturveränderungen beschlossen haben, die erst jetzt richtig wirken. Die Tatsache, dass wir die Solidarumlage schrittweise bei den Kommunen zurückführen und unsererseits übernehmen – also die Grenzziehung bei der Finanzierung zwischen Land und Kommunen verändern –, wirkt sich schon im Jahr 2007 besonders positiv auf die Kommunen aus und wird im Jahr 2008 die volle Wirkung haben. Im Jahr 2007 steigt der vom Staat übernommene Anteil von 20 % auf 50 %. Im Jahr 2008 übernehmen wir die volle Last der Solidarumlage netto. Das ist eine dauerhafte Leistung für die Kommunen, die diejenigen, die das verstehen bei den Kommunen draußen im Lande, sehr wohl sehen und lobend hervorheben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt nicht noch über die Reformansätze unseres kommunalen Finanzausgleichs referieren. Das würde zu weit führen. Ich glaube, wir sollten die Detaildebatte jetzt abschließen. Lassen Sie mich zum Schluss nur noch eine grundsätzliche Bemerkung machen zum Haushalt, wie wir ihn in Bayern praktizieren, und zu dem, was insgesamt in unserem Land geschieht. Ich wiederhole, was ich heute früh schon gesagt habe: Dieser Doppelhaushalt ist wiederum ein Dokument dafür, dass der Freistaat Bayern in allen Belangen – ohne Ausnahme – des Haushalts in weitem Abstand vor allen Bundesländern liegt. Wir haben uns das selbst erarbeitet, wie ich glaube. Deshalb ist der bayerische Staatshaushalt ein besonders guter Maßstab für die Prüfung, was die Grundprobleme der Haushalte in unserem Land insgesamt sind.

Das erste Grundproblem ist, dass wir hohe Kosten für unser Personal haben. Das wollen und werden wir mit einem Pensionsfonds angehen. Die sogenannten impliziten Schulden, die wir haben, sind ein großes Problem, das quantitativ noch größer ist als das Problem der expliziten Schulden.

Das zweite Grundproblem ist die Investitionsquote. Wir in Bayern haben eine Investitionsquote, die weit höher ist als die anderer Länder. Schauen Sie sich die Investitionsquote von Baden-Württemberg an, die irgendwo zwischen 8 % und 9 % liegt. Die bayerische Quote muss wieder nach oben. Auf 15 % werden wir in der nächsten Zeit nicht kommen, aber wir müssen uns anstrengen, zunächst wenigstens 13 % zu erreichen. Die Richtung muss umgekehrt werden; das ist der Ehrgeiz der Bayerischen Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion in diesem Hause.

Meine Damen und Herren, dies sollte für alle Haushalte gelten. Wenn unser Land heute ein Problem hat, dann ist es das Problem, dass sich viele Bürger von der Politik und dem politischen Apparat abwenden. Es geht um die Nichtwähler, die möglicherweise irgendwann sogar extremen politischen Gruppierungen in die Arme getrieben werden. Meine Damen und Herren, so etwas geschieht, wenn in der Politik nicht mehr gehandelt werden kann. So etwas geschieht, wenn wir in diesem Raum oder in anderen Versammlungssälen sagen, wir müssen bestimmte Ziele erreichen, und Versprechungen machen und in der nächsten Woche feststellen, wir haben nicht die Mittel dazu, weil der Spielraum nicht mehr vorhanden ist.

Die Investitionsquote ist das beste Kennzeichen dafür, ob Spielräume vorhanden sind. Es ist eine nationale Aufgabe, die Investitionsquote zu steigern, weil wir dadurch Spielräume für unsere Haushalte gewinnen. Bayern ist hier am weitesten vorn, Gott sei Dank. Trotzdem müssen wir ehrgeizig sein und hart arbeiten, damit wir vorn bleiben.

Meine Damen und Herren, ich mache mir Sorgen aufgrund des Umstandes, dass derzeit, nachdem die Steuereinnahmen noch nicht einmal ein ganzes Jahr lang wieder steigen, nachdem sie jahrelang immer tiefer gefallen sind, auf allen Ebenen und in allen Landesparlamenten der Eindruck erweckt wird, als ob man in alte Verhaltensweisen zurückfallen könnte. Derartige Verhaltensweisen hatte ich

selbst im Bundestag mit zu verantworten. In dem einen oder anderen Fall haben wir durchaus Verteilungskonflikte zugeschüttet, indem wir die Nettoneuverschuldung angehoben haben. Auch heute habe ich von der Opposition schon wieder gehört, wir müssen mehr ausgeben, damit der Staat die Konjunktur anschiebt und der Aufschwung an Tempo gewinnt. Das sind alte Rezepte. Meine Sorge ist, dass wir in den ersten Monaten, in denen wir Steuermehreinnahmen haben, wieder auf alte Rezepte zurückgreifen. Das ist meine Mahnung in diesem Hause.

Trotzdem: Ich glaube, wir können gemeinsam stolz auf den vorliegenden Doppelhaushalt sein. Er ist beispielgebend in der Bundesrepublik Deutschland.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU – Joachim Herrmann (CSU): Schon zum zweiten Mal heute eine fulminante Rede! – Zurufe von der CSU: Zugabe!)

Präsident Alois Glück: Nächster Redner: Herr Kollege Maget, dann Frau Kollegin Kamm.

Franz Maget (SPD): Nachdem der Herr Finanzminister eine kurze Stellungnahme zu seiner Vorlesung gefordert hat, kann ich die hier gern abgeben. Vier Minuten reichen dafür. – Natürlich, Herr Finanzminister, so gescheit sind wir auch. Wir wissen, dass der Länderfinanzausgleich auf einer ausgehandelten vertraglichen Grundlage steht, an die man sich zu halten hat. Wir fanden damals das ausgehandelte Ergebnis sogar akzeptabel. Sie werden von uns dazu Pressemeldungen finden, in denen wir sagen: Das ist weitgehend in Ordnung. Die entscheidende Frage ist aber, ob es so bleiben soll, oder ob sich die Dinge derart verändert haben, dass es dringend zu einer Neuverhandlung des Länderfinanzausgleiches kommen muss.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen, es habe keinen Sinn, den jetzt gültigen Länderfinanzausgleich anzuzweifeln. Was hat denn der Herr Ministerpräsident vorgestern getan?

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie die heutigen Zeitungen lesen, werden Sie dort lesen, dass es eine Übereinstimmung zwischen Herrn Dr. Stoiber und mir exakt in dieser Frage gibt, nämlich dass man den Länderfinanzausgleich neu verhandeln muss. Das fordern wir. Dass Sie das nicht möchten, Herr Faltlhauser, wundert mich sehr. Dass Sie sich vielleicht zu schwach fühlen, um das neu zu verhandeln, wundert einen auch, nachdem, wie Sie hier auftreten und sich vor dieses Haus stellen.

(Beifall bei der SPD)

Was hat sich denn verändert, liebe Kolleginnen und Kollegen? Was gebietet denn eine Neuverhandlung? – Ich habe vorgestern in aller Kürze versucht, das am Beispiel des Freistaates Sachsen aufzuzeigen. Ich habe nichts gegen Sachsen; es ist schließlich erfreulich und in unser aller Sinn, wenn sich dort die Dinge zum Besseren ent-

wickeln. Schauen wir uns aber das Haushaltsjahr 2006 im Freistaat Sachsen beispielhaft an: Sachsen hatte in diesem Haushaltsjahr bei einem Haushaltsvolumen von rund 15 Milliarden Euro 900 Millionen Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen. Dies führte dazu, dass sie keine Nettokredite aufnehmen mussten. Zusätzlich kann Sachsen den Pensionsfonds, in den Sie, Herr Faltlhauser, keinen Cent stecken, mit 316 Millionen Euro speisen. Sie geben 23 Millionen Euro als Reserve für ALG II, Sie geben 60 Millionen Euro an Aufstockung des Eigenkapitals für die sächsische Wirtschaftsförderung usw. Dieses Land erhält aus dem Länderfinanzausgleich im gleichen Jahr 2006 1 Milliarde Euro.

Sie sagen, das ist in Ordnung. Ich hätte gerne von Ihnen gehört, dass Sie sagen: Das finden wir auch nicht in Ordnung. Stattdessen hacken Sie auf uns herum.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen Ihnen doch nur, wo dringender Handlungsbedarf besteht. Ich stelle fest: Sie verschlafen das und sagen hier: Das ist nicht notwendig, wovon redet die Opposition?

(Beifall bei der SPD)

Genau davon reden wir, Herr Faltlhauser. Entweder wollen Sie nicht, oder Sie sind schon viel zu schwach, um solche Fehlentwicklungen in Deutschland anzugehen.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CSU)

Wenn ich Ihnen das in drei zusammenhängenden Sätzen, die Sie von mir verlangt haben, nahe bringen konnte, dann bin ich dafür dankbar.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn ein Unternehmensinhaber zwar keine neuen Kredite aufnimmt, die alten aber nicht zurückzahlt, zu wenig für Aus- und Fortbildung und die Bestandserhaltung seiner Gebäude tut, seine alte Funkanlage nicht erneuert, sich dafür aber einen neuen Porsche kauft, wird er dafür wohl kaum einen Managementpreis bekommen. Herr Minister, Sie sind Meister im Beschönigen. Frau Görlitz wiederholte vorher ihre Behauptung, der Staat sei ein verlässlicher Partner der Kommunen und meinte, dass in den letzten Jahren beispielsweise der Finanzausgleich stärker gewachsen sei als der Landeshaushalt. Sie haben diese Behauptung nicht korrigiert, obwohl im letzten Jahr die Mittel des Landes für den Finanzausgleich gesunken sind und gleichzeitig der Landeshaushalt gestiegen ist.

(Manfred Ach (CSU): Das hat mit dem Gesamthaushalt nichts zu tun!)

Sehr geehrter Herr Finanzminister, Sie loben das Konnexitätsprinzip. Gleichzeitig verschweigen Sie, dass Sie, um es nicht zum Tragen kommen zu lassen, alle möglichen Aufgaben, die eigentlich landesweit geregelt werden müssten, zu freiwilligen Aufgaben der Kommunen umdefinieren, um den Staat vor Ausgaben zu schützen. Ich nenne nur die Beispiele Ganztagschulen oder bestimmte Ausgaben wie Digitalfunk für das Rettungswesen.

Wie wenig der Freistaat Bayern ein verlässlicher Partner der Kommunen ist, zeigt sich auch daran, dass die Nachteile der Kommunen aus der Änderung des Sozialgesetzbuches im Zusammenhang mit „Hartz IV“ und der Wohngeldreform erst in zwei Jahren zeitversetzt ausgeglichen werden. Die Kommunen wissen heute noch nicht, wie die Mehrbelastungen des Jahres 2007 daraus 2009 ausgeglichen werden sollen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das ist ein Bundesgesetz von Rot-Grün!)

Der Ausgleich der zusätzlichen Belastungen der Landkreise durch das Land ist für 2005 und 2006 rückwirkend geregelt, aber nicht für 2007, –

(Thomas Kreuzer (CSU): Wer gleicht sonst etwas aus?)

obwohl, Herr Kollege Kreuzer, die Landkreise ihre Haushalte für 2007 aufstellen müssen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wird es irgendwo in Deutschland ausgeglichen? Dafür sind Sie mit Ihrem Gesetz verantwortlich!)

Die Situation der Kommunen – und da nutzen keine Durchschnittswerte, Herr Faltlhauser – ist extrem unterschiedlich. 2005 konnten 40 % der Kommunen keine ordnungsgemäße Zuführung zum Vermögenshaushalt erwirtschaften. Sie verweisen darauf, dass die Kommunen investieren sollen. Letztendlich brauchen die Kommunen dafür aber die nötigen Mittel. Es ist erforderlich, die Finanzkraft der Kommunen insgesamt zu stärken, anstelle auf einzelne Töpfe und Töpfchen zu verweisen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben gefordert, die Schlüsselmasse deutlich zu erhöhen, auch zulasten vieler Töpfe. Diese Forderung haben Sie nicht übernommen. Sie haben gesagt, Sie können über die Reformansätze zum Finanzausgleichsgesetz – FAG – heute nicht sehr viel sagen. Herr Finanzminister, ich möchte hinzufügen: Das ist auch nicht möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 14. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 15/6308, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6878 und 15/7079 sowie die Empfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/7051 zugrunde.

Vorweg lasse ich über den vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/6878 abstimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den ich bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Den Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss zur Annahme mit der Maßgabe von Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 15/7051.

Zwischenzeitlich wurde von Abgeordneten der CSU-Fraktion ein Änderungsantrag eingereicht, der verschiedene redaktionelle Änderungen zum Inhalt hat. Im Einzelnen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Drucksache 15/7079.

Ich stelle jetzt den Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses unter Berücksichtigung des Änderungsantrages auf Drucksache 15/7079 zur Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf mit den vorgeschlagenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dem Gesetzentwurf zugestimmt.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Wer dem Gesetzentwurf mit den vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel „Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007)“

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag auf Drucksache 15/7079 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 13, Tagesordnungspunkt 15. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans, Einzelplan 13, die dazu mit aufgerufenen Änderungsanträge sowie die Beschlussemp-

fehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 15/7047, zugrunde.

Der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss mit den in den Nummern 1 und 2 der Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/7047 aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan entsprechend dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmhaltungen? – Keine. Damit ist dem Einzelplan mit den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt.

Die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge haben damit gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung ihre Erledigung gefunden. Insoweit verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage 6)

In der Nummer 3 der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 13 schlägt der federführende Ausschuss noch verschiedene Ermächtigungen des Staatsministeriums der Finanzen vor. Im Einzelnen verweise ich auf Drucksache 15/7047. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Gegenstimmen? – Niemand. Stimmhaltungen? – Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist so beschlossen.

Mit der Annahme des Einzelplans 13 in der Fassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen haben die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6816, 15/6880, 15/6881 und 15/6919 ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon zustimmend Kenntnis. Die Beratung des Einzelplans 13 ist damit abgeschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes – das ist Tagesordnungspunkt 16. Der Abstimmung liegen die Regierungsvorlage auf Drucksache 15/6309, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6879, 15/6929 und 15/7056 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/7052 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge abstimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/6879 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmhaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 15/6929 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion

des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Die CSU-Fraktion. Stimmhaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag ebenfalls abgelehnt.

Zum Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmt bei seiner Endberatung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu, allerdings mit einer weiteren Maßgabe. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 15/7052. Nach der Endberatung wurde von Abgeordneten der CSU-Fraktion ein Änderungsantrag eingereicht, der Änderungen der Urlaubsverordnung zum Inhalt hat. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 15/7056.

Ich stelle jetzt den Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen unter Berücksichtigung des Änderungsantrags auf Drucksache 15/7056 zur Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf in dieser Fassung zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmhaltungen? – Keine. Damit ist dem Gesetzentwurf zugestimmt.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form vorzunehmen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in dieser Fassung zustimmen möchte, bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Danke. Gegenstimmen? – Die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmhaltungen? – Niemand. Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 (Haushaltsgesetz – HG – 2007/2008)“.

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag auf Drucksache 15/7056 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Die Haushaltsberatungen sind damit abgeschlossen. Ich danke dem Herrn Finanzminister und den Ministerinnen und Ministern. Ich danke vor allen Dingen den Mitgliedern des Haushaltsausschusses und der Fachausschüsse für die sehr konzentrierte Debatte. Ich glaube, wir dürfen jetzt schon feststellen, dass sich der neue Modus bewährt hat.

(Beifall bei der CSU)

– Es scheint eine unterschiedliche Bewertung zu geben, wie ich gerade feststelle. Dann werden wir sehen. Wir schließen dies damit ab.

Meine Damen und Herren, damit sind wir bei der traditionellen Form des Abschlusses der Plenarsitzung zu Weihnachten und damit am Ende dieses Jahres.

Dies ist das erste Jahr im neuen Plenarsaal. Ich glaube, wir haben insgesamt mit ihm gute Erfahrungen gemacht; einige Kinderkrankheiten wurden behoben. Insgesamt ist ein bemerkenswertes Arbeitspensum erledigt worden. Wir sitzen hier sehr viel besser. Es gibt allerdings keine Statistik darüber, ob sich damit die Verweildauer im Plenum erheblich verändert hat. Ich gehe aber davon aus, dass es schon ein Gewinn ist, unter angenehmeren Bedingungen arbeiten zu können.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das vermutlich doch bedeutsamste Ereignis für das Parlament war in diesem Jahr die Föderalismusreform, die zum 1. Juli in Kraft getreten ist. Wir werden daraus manche Konsequenzen, nicht immer auch angenehme, im Hinblick auf unsere Gestaltungsmöglichkeiten, aber natürlich auch im Hinblick auf die damit verbundene Verantwortung zu ziehen haben.

In dieser Woche hat man sich nach vielen mühsamen Verhandlungen und einigen Telefonaten, auch Hin und Her, auf die Besetzung der Kommission Föderalismusreform II verständigt, die die Finanzbeziehungen betrifft. Ich bin sehr froh, dass es mit vereinten Kräften gelungen ist, die Bundestagsfraktionen davon zu überzeugen, dass die Länderparlamente mit vier Vertretern in dieser Kommission sind, was zunächst nicht unbedingt so gewollt war. Wir brauchen aber nicht nachzutarocken. Ich meine, es war ein selbstverständlicher Anspruch der Länderparlamente, dass sie wie bei der anderen Föderalismusreform vertreten sind.

Die Vertreter werden nicht stimmberechtigt sein; so war es auch in der Föderalismuskommission 1. Das lässt sich damit begründen, dass – soweit es um Grundgesetzänderungen geht – am Schluss Bundestag und Bundesrat abstimmen müssen. Es ist aber wichtig, dass die Landesparlamente vertreten sind. Die überfraktionelle und interfraktionelle Zusammenarbeit der Ländervertreter gegenüber den Bundestagsfraktionen hat gut funktioniert. Dafür möchte ich danken.

Wir haben einen neuen Sitzungsrhythmus beschlossen, der unsere Arbeit im Parlament im nächsten Jahr stark prägen wird. Wir werden zunächst Erfahrungen sammeln. Wenn es Korrekturbedarf gibt, wird dem Rechnung getragen.

Ein bedeutsames Ereignis in diesem Jahr waren die Jubiläen „60 Jahre Bayerischer Landtag“ und „60 Jahre Bayerische Verfassung“. Diese und andere wichtige Ereignisse des vergangenen Jahres bedürfen jetzt keiner besonderen weiteren Erwähnung oder gar Bewertung.

Lassen Sie mich ein paar wenige Bemerkungen zu der Situation machen, wie sie sich für mich am Ende dieses Jahres darstellt. Wir haben – gemessen an den Erwartungen oder Befürchtungen zu Beginn des Jahres – eine sehr positive Haushaltsentwicklung und eine sehr positive Wirtschaftsentwicklung, vor allem in Deutschland und in besonderer Weise in Bayern. Das kann und soll uns Selbstvertrauen geben. Wir haben aber außerdem eine zu hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland und in Bayern.

Deshalb haben wir sehr darauf zu achten, dass sich nicht die Einschätzung breit macht, alles laufe wieder besser, deshalb seien weitere Veränderungen nicht notwendig. Der strukturelle Reformbedarf in unserem Land – welche unterschiedlichen politischen Antworten man darauf auch immer geben will – ist nicht aufgearbeitet, weil die Konjunktur besser läuft. Wir haben dadurch etwas mehr Handlungsspielräume. Wir dürfen aber nicht der Bevölkerung suggerieren, dass damit die Veränderungen im Wesentlichen bereits bewältigt wären.

Ich habe bei der vorweihnachtlichen Feier schon erwähnt, dass es viele Anzeichen dafür gibt, dass das Land hinsichtlich der sozialen Gegebenheiten und der inneren Festigkeit auseinanderdriftet. Dies ist auch auf einen kulturellen Prozess der inneren Differenzierung zurückzuführen, der sich gegenwärtig in vielen Ländern bei den Wahlergebnissen widerspiegelt. Teilweise bedeuten diese Wahlergebnisse eine Zersplitterung der politischen Landschaft, was diese Länder politisch nicht handlungsfähiger macht. Damit hängt auch ein eher wachsender Entfremdungsprozess zwischen der Politik einerseits und den Bürgerinnen und Bürgern andererseits zusammen. Trotz aller Beschwörungen haben wir darauf noch keine weiterführenden Antworten gefunden. Diese wachsende Vertrauenskrise ist eine latente, aber erhebliche Gefährdung für unsere Demokratie und unsere Handlungsfähigkeit.

Ich wehre mich aber dagegen, die Schuld daran nur bei der Politik abzuladen und ausschließlich die Politiker dafür verantwortlich zu machen. Diese Entwicklung hat verschiedene Ursachen. Es gilt jedoch, wachsam zu sein. Die Wahlbeteiligungen sind dafür ein Alarmsignal. Ein weiteres Alarmsignal ist die Tatsache, dass wieder verstärkt rechtsextreme Strömungen in den Wahlergebnissen sichtbar werden. Das gilt zwar nicht so sehr für die alten Bundesländer, aber für die neuen Bundesländer. Ähnliche Strömungen sind auch in anderen europäischen Ländern feststellbar. Hier liegt eine latente Gefährdung.

Wir täten deshalb über alle Parteigrenzen hinweg gut daran, uns mit den Ursachen für diese Entwicklung auseinanderzusetzen. Nach meiner Überzeugung hat sie nicht nur soziale Ursachen. Es spielt auch herein, dass es bei uns eine Konfrontation von Kulturen gibt. Wir müssen auch das Lebensgefühl der Menschen, die ihr Heil in fundamentalistisch einfachen Antworten suchen, ernst nehmen, selbst wenn wir keine einfachen Antworten geben können. Wenn sich diese Menschen von den Parteien des demokratischen Parteienspektrums nicht mehr angesprochen fühlen, wird die Gefahr immer größer, dass die „Rattenfänger“ eine größere Resonanz bekommen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich denke, dass wir bei allem politischen Wettbewerb und trotz leidenschaftlicher Auseinandersetzungen in diesem Hause insgesamt ein gutes und konstruktives Klima haben. Nach außen wird primär der Konflikt transportiert. Dieser Konflikt gehört zur Demokratie. In Sachfragen gibt es jedoch eine große konstruktive Zusammenarbeit. Ich mache häufig die Erfahrung, dass Besuchergruppen erstaunt sind, wenn ihnen von dieser konstruktiven Zusammenarbeit berichtet wird. Aufgrund der Berichterstattung in den Medien verbinden sie mit uns häufig nur ein Kon-

fliktszenario im Sinne eines Streits. Ich halte es für einen Verfall der Medienkultur, dass jede Sachdebatte als Streit dargestellt wird. Der Begriff „Streit“ ist bei den Menschen negativ besetzt.

(Allgemeiner Beifall)

Ich weiß, dass Journalistinnen und Journalisten unter Druck geraten, wenn sie nicht in einer dramatischen Weise berichten. In den Redaktionen ist häufig zu hören: Im Parlament hat es einen fürchterlichen Streit gegeben. Wenn die Redakteure dann bei den Korrespondenten anrufen, erfahren sie, dass eine normale Debatte geführt worden ist. Hier kommt häufig eine Steigerung zur anderen.

Ich danke herzlich für das Engagement in den Arbeitskreisen, den Ausschüssen und den Gremien des Parlaments. Ich danke der Regierung, dem Herrn Ministerpräsidenten, seinen Stellvertretern und dem ganzen Kabinett für die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament. Natürlich gibt es häufig andere Blickwinkel und ein unterschiedliches Maß an Zufriedenheit. Ich bedanke mich bei den Vizepräsidenten, Frau Kollegin Stamm und Herrn Kollegen Prof. Dr. Gantzer, für die kollegiale Zusammenarbeit, ebenso bei den Mitgliedern des Präsidiums und des Ältestenrats.

Ich danke denjenigen, die in den Fraktionen die Arbeit tragen und prägen. Im Einzelnen sind dies die Vorsitzenden, die Fraktionsvorstände und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Geschäftsstellen. Sie alle leisten unverzichtbare Beiträge, ohne die die parlamentarische Arbeit – und damit ein Kernbestand der Demokratie – nicht gelingen könnte. Ich danke herzlich den Bediensteten des Landtagsamts unter der Leitung des Amtschefs. Ich habe mich sehr gefreut, dass bei den Beratungen im Haushaltsausschuss über den Etat des Landtags dieser Dank an die Bediensteten des Landtagsamts von den Fraktionsvertretern ausgesprochen wurde. Ich habe diesen Dank an das Personal im Hause bei der vorweihnachtlichen Feier weitergegeben. Im Namen des Personals danke ich Ihnen für diese Anerkennung.

(Allgemeiner Beifall)

Im Namen des gesamten Bayerischen Landtags danke ich den Damen und Herren von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Durch Ihre Berichterstattung erfahren die Menschen im Lande von unserer Arbeit. Meine Damen und Herren, Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für unsere Demokratie.

Ich möchte nicht vergessen, auch den Beamtinnen und Beamten der Polizei herzlich zu danken, die durch die gewissenhafte Ausübung ihres Dienstes für unsere Sicherheit sorgen. Dafür herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort hat Frau Kollegin Werner-Muggendorfer.

Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, Herr stellvertretender Ministerpräsident! Ich habe die Ehre, für die Oppositionsparteien die so genannte Weihnachtsrede zu halten. Ich tue das gerne. Gestern wurde bereits mehrmals davon gesprochen, wie man Menschen charmant auf die Weihnachtsferien einstimmen kann. Ich hoffe, dass ich diesem Anspruch gerecht werden kann.

Wir hatten jetzt drei Tage lang Haushaltsauseinandersetzungen und hatten diesmal keinen „Weihnachtskrach“. Ich habe schon einige Weihnachtssitzungen erlebt. Zu einem „Weihnachtskrach“ haben wir es diesmal nicht gebracht. Ganz im Gegenteil: Der Weihnachtsfriede ist bei uns bereits eingekehrt. Ich möchte ausdrücklich Herrn Kollegen Ach erwähnen, der einer erkrankten Kollegin der SPD-Fraktion so lieb gedacht hat. Ich finde das sehr bemerkenswert. Von daher möchte ich dazu beitragen, dass es bei uns noch friedlicher wird. Ich hoffe, dass ich das kann.

(Joachim Herrmann (CSU): Wir wissen noch nicht, was der Innenminister sagen wird!)

– Das ist das Problem. Ich möchte vorbeugend tätig sein, damit es auch bei der Rede des Stellvertretenden Ministerpräsidenten friedlich weitergeht.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Präventiv!)

– Ich mache es so, dass er sich gar nicht mehr anders traut. Herr Präsident, Sie haben mit einem Dank geendet. Ich möchte mit einem Dank beginnen.

Ich will damit beginnen, dass ich am Ende dieses Jahres und in diesem schönen neuen Plenarsaal – hierüber kann man sicher unterschiedlicher Meinung sein, wir haben es aber auf jeden Fall wesentlich bequemer – ganz herzlich all denen danke, die unsere Arbeit unterstützen. Das sind die Medienvertreter; denn würden sie nicht über unsere Arbeit berichten, würde niemand von ihr wissen. Ich bedanke mich bei der Unterstützung in unseren Fraktionsgeschäftsstellen und ich danke allen hier im Haus, beim Reinigungspersonal, bei den Offizianten, der Polizei und den Stenografen. Ich bedanke mich bei allen Beschäftigten des Landtagsamts. Ich denke, ich darf mich auch ganz herzlich in Ihrer aller Namen bedanken. Heute möchte ich mich aber bei einer Abteilung des Hauses ganz besonders bedanken, das ist mir ein Anliegen. Wenn man hier vorne sitzt und für den Plenumsablauf zuständig ist, dann ist man wirklich dankbar, wenn man Unterstützung bekommt. Das wissen die Mitarbeiter des Landtagsamts. Ich möchte die hierfür Verantwortlichen deshalb heute namentlich erwähnen. Ich möchte mich ganz herzlich bedanken – und das ist auch so gemeint, wie ich es sage – bei Herrn Worm, Herrn Ludwig, Herrn Stuhlmüller, Frau Limmer, Frau Marquardt und bei Frau Ofner.

(Allgemeiner anhaltender Beifall)

Dass hier alles immer so geräuschlos und reibungslos funktioniert, dass niemand merkt, dass nicht immer alles

reibungslos und glatt verläuft, das haben wir Ihnen zu verdanken. Hierfür herzlichen Dank.

Mit den neuen Regelungen im nächsten Jahr, der Herr Präsident hat sie bereits angesprochen, kommen neue Herausforderungen auf uns zu. Das wird für uns nicht einfach, aber auch nicht für das Landtagsamt. Es wird ein lebendigeres Parlament. Ich habe immer gesagt, lebendig sind wir schon, aber wir wollen etwas lebendiger werden. Ich denke, wir werden auch in der Form lebendiger werden, dass wir manchmal gar nicht mehr wissen werden, wie die Abfolge ist, weil sie so neu ist. Von daher wird es sicher interessant, die wöchentlich stattfindenden Plenarsitzungen auszuprobieren. Wir wollen dann ganz ehrlich hinterfragen, ob uns dieser neue Sitzungsrhythmus wirklich etwas bringt. In dieser Frage sind wir uns alle einig. Ob es wirklich eine Verbesserung bringt, werden wir sehen. An dieser Stelle möchte ich auch sagen, dass wir alle selbst mit schuld sind, wenn wir den Plenarsitzungen nicht genug Aufmerksamkeit und Bedeutung beimessen. Wir alle müssen uns selbst an die Nase fassen, denn unsere An- bzw. Abwesenheit macht auch etwas deutlich. Deshalb müssen wir an uns arbeiten. Vielleicht ist die wöchentliche Sitzung eine Möglichkeit hierfür.

Zur Bedeutung des Parlaments gehören nicht nur An- und Abwesenheit, sondern dazu gehören auch die Inhalte. Hier hat uns der Föderalismus etwas beschert – das passt gut zu Weihnachten –, denn wir haben etwas dazubekommen. Ein Kollege hat gestern gesagt, die Landtage haben eine neu gewonnene Freiheit. Wir haben jedenfalls neue Aufgaben bekommen. Das ist uns ganz recht, nicht dass irgendjemand einmal sagt, uns braucht es nicht mehr. Von daher ist es ganz richtig, dass unsere Bedeutung zugenommen hat und wir eine neue Legitimation bekommen haben. Diese Aufgaben müssen wir allerdings auch offensiv annehmen. Wir dürfen sie nicht wegdücken. In der Beziehung sage ich nur: Rauchverbot. Da wird noch einiges zur Erledigung auf uns zukommen.

Ich möchte das Jahr 2006 nicht an uns vorbeigehen lassen, ohne daran zu erinnern, was sonst noch alles in diesem Jahr geschah. Ich kann nicht alles aufzählen, keine Angst. Da war die Fußballweltmeisterschaft, die uns alle, so glaube ich, sehr fröhlich gestimmt hat. Sie war ein fröhliches, großes Fest. Der Papst war in seiner bayerischen Heimat, das hat uns auch gefreut. Ich möchte an dieser Stelle Dank sagen für die Leistung der Sicherheitskräfte, die für die logistische Herausforderung dieser beiden großen Ereignisse zuständig waren. Wenn ich daran denke, welche Diskussionen wir in diesem Haus geführt haben, als es darum ging, ob wir die Bundeswehr einsetzen müssen. Ich denke, es war besser, dass die Polizei das gemacht hat, und sie hat es gut gemacht. Danke schön.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Ich möchte noch ein paar Geschehnisse aufgreifen, die mir persönlich sehr am Herzen liegen. Ich denke, die Kindesmisshandlungen müssen uns nachdenklich stimmen und zum politischen Handeln zwingen. Wir erfahren immer häufiger davon. Vielleicht hat es sie schon immer

gegeben, und wir erfahren jetzt nur öfter davon. Auch der Armutsbericht und das Auseinanderdriften der Gesellschaft – der Herr Präsident hat das auch schon angesprochen – sind wichtige Aspekte. Was mir in diesem Jahr auch aufgefallen ist, war das Managergehabe. Lohnabbau wird bei steigenden Aktienkursen betrieben, es gibt hohe Gewinne und exorbitante Gehälter. Das passt nicht zusammen. Auch dieser Teil Wirtschaft ist schuld, wenn die Menschen Vertrauen in die Wirtschaft und in die wirtschaftliche Führungselite verlieren. Auch dieses Thema ist für uns ein Arbeitsfeld.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber auch das Vertrauen, das die Menschen nicht mehr in uns haben, in die Politik, müssen wir wieder verdienen. Auch daran müssen wir arbeiten. Sie kennen alle den Spruch: „Die da oben machen sowieso, was sie wollen.“ Wir müssen daran arbeiten, dass sich das verbessert.

2006 war auch ein Jahr des Gedenkens. Wir konnten 60 Jahre Bayerischer Landtag feiern und 60 Jahre Bayerische Verfassung. Es lohnt sich immer, in der Bayerischen Verfassung zu blättern und das eine oder andere nachzulesen, dabei kann man feststellen, wo die Wirklichkeit mit der Verfassung zusammenpasst und wo nicht. Ich möchte ein paar Spannungsfelder aufzeigen, wie beispielsweise den Anspruch auf Ausbildung in Artikel 128. Das ist etwas, was man nachlesen muss, und wir sollten überlegen, wie wir diesen Anspruch einlösen können, weil viele junge Menschen bei uns keine Perspektive haben. Oder denken wir an die Forderung der Verfassung, dass jeder Bewohner Bayerns einen Anspruch auf eine angemessene Wohnung hat. Wir werden noch viel daran arbeiten müssen, um die Vorgaben der Bayerischen Verfassung zu verwirklichen. Wenn man allerdings auch liest, dass der Bayerische Landtag einmal im Jahr, im Herbst zusammentritt, dann möchte ich davor warnen, dass es soweit kommt.

(Joachim Herrmann (CSU): Da steht nicht drin, wann wir auseinandergelassen!)

– Das Auseinandergelassen steht nicht drin, da haben Sie recht. Ich denke, ich kann für uns in Anspruch nehmen, dass uns Gedenktage und Feierstunden verbinden. Ich glaube, wir sind alle gemeinsam darauf stolz, was unsere Vorgänger für diesen Freistaat geschaffen haben.

Weil heute die Weihnachtssitzung ist, möchte ich gerne das Verbindende herausarbeiten. Der Herr Präsident hat dazu schon einiges geäußert, wie ich überhaupt feststellen muss, dass wir einige gemeinsame Gedanken für unsere Ansprache hatten. Wir haben uns nicht abgesprochen. In diesem Haus geschieht also vieles gemeinsam, viel mehr als nach außen dringt. Ich habe die Verwaltung gebeten, herauszufinden, wie viel wir im Landtag einstimmig beschließen. Das war für die Verwaltung eine zusätzliche Belastung. Dabei hat sich herausgestellt, dass von allen eingebrachten Gesetzentwürfen die in diesem Hause Zustimmung fanden – es waren bisher 97 - 40 % einstimmig verabschiedet wurden. Es ist also

nicht so, dass kein gemeinsamer Wille erkennbar wäre oder dass nur die Mehrheitsfraktion ihren Willen durchsetzt. Bei den Anträgen ist die Zahl sogar noch höher. Von den angenommenen Anträgen wurden 71 % einstimmig verabschiedet. Das ist sicher ein Schlaglicht, das man einmal betrachten muss. Der Bayerische Landtag ist also nicht so zerstritten, wie vermutet, und wie draußen immer berichtet wird. Für die Opposition darf ich sagen, wenn die Mehrheitsfraktion etwas Gutes vorschlägt, warum sollen wir dann nicht mitstimmen? – Wir werden mitstimmen, wenn es uns auch gefällt.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Oder andersherum! – Gegenruf des Abgeordneten Joachim Herrmann (CSU): Wir erkennen nicht immer, wie gut Ihre Anträge sind!)

Wir würden uns hier und da auch wünschen, dass es auch andersherum ist, dass wir unsere Gedanken nicht erst in Form eines CSU-Antrags wiederfinden. Auch das würde uns gut gefallen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Uns eint, was Bayern dient, ich glaube, so kann ich es sagen.

Weil gerade Weihnachten ist, wünsche ich mir jetzt noch etwas. Ich habe einen Weihnachtswunsch als niederbayerische Abgeordnete, die zu ihrem Dialekt steht und die den Dialekt auch noch kann. Ich gebe zu, wenn man so oft in München ist, vergisst man hie und da etwas. Aber ich pflege meinen Dialekt noch und ich wünsche mir, dass wir mehr Selbstbewusstsein mit unserer Sprache pflegen.

(Allgemeiner Beifall – Simone Tolle (GRÜNE): Sehr schön, ja! – Joachim Herrmann (CSU): Das setzt der Herr Innenminister dann um!)

– Ich bin gespannt, wie er das auf fränkisch macht, denn ich habe auch Fränkisch gemeint, wenn ich von Bayerisch gesprochen habe. Das ist so wie bei den Geschlechtern: Dort, wo Männer stehen, sind auch Frauen gemeint. So ist das auch mit dem Dialekt: Wenn ich Bayerisch sage, dann ist auch Fränkisch gemeint. Ich habe die letzten Tage aufgepasst, wie viele englische Worte in dieser Haushaltsberatung verwandt wurden, obwohl sie wirklich nicht notwendig gewesen wären.

Es wurden sehr viele englische Begriffe gebraucht, obwohl das nicht notwendig gewesen wäre. Da wurde gesagt Cluster, Newsletter, Poleposition, Boom, E-Government, Task Force und Cyber Cops. „Roundabout“ hat heute sogar ein Kollege meiner Fraktion gesagt. Das möchte man ja nicht glauben!

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich finde, es ist nicht notwendig, dass man so viele Anglizismen verwendet. Es gibt in der deutschen Sprache sehr treffende Worte, und im Bayerischen sowieso; das

könnte sogar fränkisch sein, Herr Stellvertretender Ministerpräsident.

(Allgemeine Heiterkeit – Manfred Ach (CSU): Langsam, langsam!)

Ich kann nur sagen: Ma redt ja ned, ma sogt ja bloß! In diesem Sinne – schöne Weihnachtstage!

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Präsident Alois Glück: Frau Kollegin, vielen herzlichen Dank für die persönlichen Worte und die guten Wünsche für alle. – Das Wort hat der Stellvertreter des Herrn Ministerpräsidenten, Herr Staatsminister Dr. Beckstein.

(Günter Gabsteiger (CSU): Jetzt wird es fränkisch! – Zurufe von der CSU und von der SPD: Allmächt!)

Stellvertretender Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst darf ich Ihnen allen die besten Weihnachts- und Neujahrsgrüße der gesamten Staatsregierung, des Ministerpräsidenten und aller Kolleginnen und Kollegen, überbringen. Ministerpräsident Stoiber musste sich für heute entschuldigen, weil er zu dieser Stunde an einer Sitzung der Europäischen Volkspartei in Brüssel teilnimmt, die den Europäischen Rat mit vorbereitet. Themen sind die generelle Ausrichtung der Erweiterungspolitik, die EU-Zuwanderungspolitik und Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft. Das alles sind wichtige Themen auch für Bayern. Ich denke, dass wir alle Verständnis dafür haben, dass Edmund Stoiber bei dieser Sitzung dabei ist und deswegen heute nicht an dieser Sitzung des Landtags teilnehmen kann.

(Zurufe von der SPD: Oh, wie schade!)

Das Jahr 2006 war ein Jahr mit vielen Höhepunkten. Dazu gehört zweifellos der Besuch des Papstes in unserer und seiner bayerischen Heimat. Eine Woge von Begeisterung hat ihn durch die bayerischen Lande getragen. Ich sage auch als evangelischer Christ, dass es aus meiner Sicht ein ganz wichtiges geistiges und geistliches Ereignis für uns alle war und damit auch eine gute Ergänzung zum deutschen Sommermärchen, der Fußball-Weltmeisterschaft, das gewiss sehr viel oberflächlicher war. Wir hatten allerdings im Zusammenhang mit der Weltmeisterschaft einen tollen, weltweiten Patriotismus in Deutschland, auf den wir durchaus stolz sein können. Das war übrigens völlig anders als bei der ersten Weltmeisterschaft vor etwa 30 Jahren. Ich glaube, daran sieht man, wie sich Deutschland weiterentwickelt hat.

Auch wenn Frau Kollegin Werner-Muggendorfer schon darauf hingewiesen hat, bitte ich um Verständnis dafür, dass auch ich ein herzliches Dankeschön an die Polizei richte. Es war wirklich großartig, wie das Ganze geleistet worden ist. Sie war so gut vorbereitet, wie ich das noch bei keiner einzigen Veranstaltung zuvor erlebt hatte. Gott sei Dank ist alles friedlich abgelaufen.

Gerade an den – Gott sei Dank – fehlgeschlagenen Koferbomben-Anschlägen auf Züge ist deutlich geworden, dass die hohe Polizeipräsenz notwendig war. Einer der Attentäter hat ausgesagt, sie hätten geplant, das Attentat während der Weltmeisterschaft zu machen, aber wegen der hohen Polizeipräsenz hätten sie diesen Plan aufgegeben. Ich sage der bayerischen Polizei einen herzlichen Dank für den ebenso vorbildlichen wie erfolgreichen Dauereinsatz in diesem Jahr.

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Auch politisch war das Jahr durchaus reich an Höhepunkten. Seit dem 1. September ist die Föderalismusreform in Kraft. Mancher merkt erst jetzt, welche Bedeutung sie hat, auch in Berlin, wobei ich das nicht weiter spezifizieren will. Der Landtag hat dadurch erheblich an Kompetenzen gewonnen. Ich sage ausdrücklich, es ist auch aus der Sicht der Staatsregierung ein Vorzug der Föderalismusreform, dass dadurch das Parlament und nicht in erster Linie die Regierung an Kompetenzen gewonnen hat; denn auf diese Weise wird insgesamt die Eigenstaatlichkeit der Länder gewährleistet. Zur Eigenstaatlichkeit bekennen wir uns in Bayern in besonderer Weise. Auf den Wettbewerbsföderalismus sind wir stolz.

Wir konnten in diesem Jahr auf 200 Jahre neues und modernes Bayern zurückblicken. Ich bitte um Verständnis, wenn ich sage, dass auch das Innenministerium als das beste und wichtigste Ministerium, Herr Finanzminister, auf 200 Jahre zurückblicken kann, als ein Ministerium, das auch auf Montgelas zurückgeht. Herr Finanzminister nimmt Montgelas natürlich auch für sein Haus in Anspruch, was an einem Denkmal deutlich wird, das ich gerne in seiner Verantwortung belasse.

(Allgemeine Heiterkeit)

Die Verfassung wurde vor 60 Jahren von der bayerischen Bevölkerung angenommen. Die erste demokratische Wahl des Bayerischen Landtags nach dem Zweiten Weltkrieg fand vor 60 Jahren statt. Seit 60 Jahren arbeitet dieses Hohe Haus dafür, dass die Menschen in Bayern gut und sicher leben. Seit 60 Jahren arbeitet dieses Haus daran, dass die Menschen in Bayern Chancen auf Arbeit, auf Bildung, auf Teilhabe an kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen haben. Aus dem Trümmerfeld von 1945 und 1946, aus einer Situation, in der wir im Länder-Ranking im unteren Bereich waren, ist ein Land entstanden, das heute zu den demokratisch stabilsten, wirtschaftlich stärksten, technologisch innovativsten Regionen der Welt zählt, ein Sozialstaat, der auch hier Spitzenleistungen erbringt.

Wir alle können stolz darauf sein, dass wir ein kleines bisschen an dieser großen Aufgabe mitwirken dürfen. Davon profitieren alle Menschen in unserem Land.

Wir dürfen auch mit dem zufrieden sein, was wir im zurückliegenden Jahr geleistet haben. Nicht zufrieden machen darf uns, dass das Ansehen der Politik und der Politiker in der Öffentlichkeit so gering ist. Wir alle sind dazu aufgerufen, das Vertrauen in Staat und Politik bei den Bürgern zu stärken, das Vertrauen dort, wo es verloren gegangen

ist, wieder zurückzugewinnen. Daran zu arbeiten, ist unsere gemeinsame Aufgabe. Ich kann ganz persönlich, auch an meine eigene Adresse gerichtet, sagen, dass wir bei allem politischen Streit, auch bei hartem Streit, immer wieder erkennen lassen sollen, dass wir vor der Person des anderen Respekt haben. Ich weiß, dass ich da auch nicht fehlerlos bin. Wenn wir uns alle vornehmen, das etwas deutlicher erkennen zu lassen, wenn wir selbst voreinander bei unterschiedlichen Meinungen Respekt haben, dann wird auch der Bürger wieder mehr Respekt vor uns insgesamt bekommen.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der SPD)

Persönlich und im Namen der Staatsregierung sage ich allen hier im Hause Tätigen herzlichen Dank, dem Landtagspräsidenten, der Landtagsvizepräsidentin und dem Vizepräsidenten sowie dem Präsidium für die souveräne Leitung. Ich sage allen, die im Landtagsamt arbeiten und damit für die technische Abwicklung und die Vorbereitung Verantwortung tragen, herzlichen Dank. Ich sage ein herzliches Dankeschön an die Journalisten. Man freut sich zwar nicht über jeden Bericht, aber ohne die Öffentlichkeit kann Demokratie nicht funktionieren. Deswegen haben die Journalisten und die Medien eine ganz besonders wichtige Aufgabe.

Ich bedanke mich bei der Mehrheitsfraktion in besonderer Weise für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ich sage auch Dank für eine kritische und konstruktive Begleitung der Politik der Staatsregierung durch die Opposition. Es ist notwendig, dass eine kritische Opposition dafür sorgt, dass die anderen Argumente ebenfalls auf den Tisch gelegt werden. Nur dadurch ist die Abwägung in einer qualifizierten Weise möglich, und nur dadurch wird für die Menschen im Lande das Beste erreicht.

Nun wünsche ich Ihnen und uns allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und erholsame Tage fern vom politischen Alltag im Kreise der Familie. Ich wünsche alles erdenklich Gute für 2007, Gesundheit, Glück, Zufriedenheit und weiteren Erfolg. Alles fasse ich zusammen in dem Wunsch: Ein gesegnetes 2007!

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Präsident Alois Glück: Vielen Dank, Herr Staatsminister, für die guten Wünsche. Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen allen, dass es Ihnen gelingt, in der Weihnachtszeit persönliche Pausen zu finden und sich gut zu erholen. Ich wünsche Ihnen ein besinnliches und gesegnetes Weihnachtsfest. Ich wünsche Ihnen allen alles Gute für das neue Jahr und dass wir uns gesund und mit Freude an der Arbeit wieder sehen.

Damit ist die Sitzung geschlossen.

(Allgemeiner Beifall)

(Schluss: 17.30 Uhr)

Zu Tagesordnungspunkt 11

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 06:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Werner Schieder u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier:
Stellenhebungen bei den Finanzämtern
(Kap. 06 05 Stellenplan)
(Drs. 15/6466)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Werner Schieder u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier:
Verbesserte Personalausstattung der Finanzämter
(Kap. 06 05 Stellenplan)
(Drs. 15/6467)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier:
Aufstockung der Einstellungszahlen für Anwärtinnen und Anwärter in der Finanzverwaltung
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
(Drs. 15/6479)

Zu Tagesordnungspunkt 12

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 12:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Kürzung der Mittel für Sachverständige
(Kap. 12 01 TG 99 Tit. 526 99)
(Drs. 15/6867)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Kürzung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 12 03 TG 52 Tit. 531 52)
(Drs. 15/6868)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für Managementpläne für Natura 2000 Gebiete
(Kap. 12 04 TG 72 Tit. 547 72)
(Drs. 15/6869)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Altlastensanierungen beschleunigen
(Kap. 12 04 TG 79 Tit. 547 79)
(Drs. 15/6870)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Abbau der Finanzierung zentraler Wasserversorgungsanlagen
(Kap. 12 77 TG 97 Tit. 883 97)
(Drs. 15/6871)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für Umweltstationen
(Kap. 12 02 TG 74)
(Drs. 15/6886)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für Vertragsnaturschutz und Landschaftspflege
(Kap. 12 04 TG 72)
(Drs. 15/6887)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogen-therapie, insbesondere Betreuung von Suchtkranken und Abhängigen in den bayerischen Justizvollzugsanstalten
(Kap. 12 08 TG 92)
(Drs. 15/6888)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: 30 zusätzliche Stellen für die staatliche Veterinärverwaltung bei den Landratsämtern
(Kap. 12 41 Stellenplan)
(Drs. 15/6889)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Johanna Werner-Muggendorfer, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für die Beschleunigung des Hochwasser-Aktionsprogramms 2020
(Kap. 12 77 Tit. 780 00)
(Drs. 15/6890)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für die Förderung von Kleinkläranlagen
(Kap. 12 77 Tit. 893 98)
(Drs. 15/6891)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.12.2006 zum Änderungsantrag auf Drs. 15/6714 zum Einzelplan 10
(Tagesordnungspunkt 13)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Ackermann Renate	X		
Babel Günther			
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar			
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Bocklet Reinhold			
Boutter Rainer	X		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred		X	
Deml Marianne			
Dodell Renate			
Dr. Döhler Karl		X	
Donhauser Heinz			
Dr. Dürr Sepp	X		
Dupper Jürgen	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Ettengruber Herbert		X	
Prof. Dr. Eykman Walter			
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt		X	
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl			
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Glück Alois		X	
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	
Götz Christa		X	
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike	X		
Guckert Helmut		X	
Guttenberger Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Haderthauer Christine			
Haedke Joachim		X	
Hallitzky Eike	X		
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Herrmann Joachim		X	
Hintersberger Johannes		X	
Hoderlein Wolfgang			
Hohlmeier Monika		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Hufe Peter	X		
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Dr. Kaiser Heinz			
Kamm Christine	X		
Kaul Henning		X	
Kern Anton		X	
Kiesel Robert		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kränzle Bernd			
Dr. Kreidl Jakob			
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Kupka Engelbert		X	
Kustner Franz			
Leichtle Willi			
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lochner-Fischer Monica			
Lück Heidi	X		
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann	X		
Meyer Franz		X	
Miller Josef			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert	X		
Mütze Thomas	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter			
Narnhammer Bärbel			
Neumeier Johann		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Plattner Edeltraud			
Pongratz Ingeborg		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Rambold Hans		X	
Ranner Sepp		X	
Richter Roland		X	
Ritter Florian	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard			
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara	X		
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sailer Martin		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf-Gerlspeck Ulrike		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz			
Schmid Berta		X	
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Dr. Schnappauf Werner			
Schneider Siegfried			
Schorer Angelika		X	
Schramm Henry			
Schuster Stefan	X		
Schwimmer Jakob		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa	X		
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Stöttner Klaus		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strehle Max		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone			
Thätter Blasius		X	
Tolle Simone	X		
Traublinger Heinrich			
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang			
Volkman Rainer	X		
Wägemann Gerhard		X	
Wahnschaffe Joachim	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weichenrieder Max		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Weinberger Helga		X	
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus			
Zeitler Otto			
Zeller Alfons			
Zellmeier Josef		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	43	85	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.12.2006 zum Änderungsantrag auf Drs. 15/6719 zum Einzelplan 10
(Tagesordnungspunkt 13)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Ackermann Renate	X		
Babel Günther			
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar			
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Bocklet Reinhold			
Boutter Rainer	X		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred		X	
Deml Marianne			
Dodell Renate			
Dr. Döhler Karl		X	
Donhauser Heinz			
Dr. Dürr Sepp	X		
Dupper Jürgen	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Ettengruber Herbert		X	
Prof. Dr. Eykmann Walter			
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt		X	
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl			
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Glück Alois		X	
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	
Götz Christa		X	
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike	X		
Guckert Helmut		X	
Guttenberger Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Haderthauer Christine			
Haedke Joachim		X	
Hallitzky Eike	X		
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans			
Herrmann Joachim		X	
Hintersberger Johannes		X	
Hoderlein Wolfgang			
Hohlmeier Monika		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Hufe Peter	X		
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Dr. Kaiser Heinz	X		
Kamm Christine	X		
Kaul Henning		X	
Kern Anton		X	
Kiesel Robert		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kränzle Bernd			
Dr. Kreidl Jakob			
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Kupka Engelbert		X	
Kustner Franz			
Leichtle Willi			
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lochner-Fischer Monica			
Lück Heidi	X		
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann	X		
Meyer Franz		X	
Miller Josef			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert	X		
Mütze Thomas	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter			
Narnhammer Bärbel			
Neumeier Johann		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Plattner Edeltraud			
Pongratz Ingeborg		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Rambold Hans		X	
Ranner Sepp		X	
Richter Roland		X	
Ritter Florian	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard			
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara	X		
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sailer Martin		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf-Gerlspeck Ulrike		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz			
Schmid Berta		X	
Schmid Georg			
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Dr. Schnappauf Werner			
Schneider Siegfried			
Schorer Angelika		X	
Schramm Henry			
Schuster Stefan	X		
Schwimmer Jakob		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa	X		
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Stöttner Klaus		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strehle Max		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone			
Thätter Blasius		X	
Tolle Simone	X		
Traublinger Heinrich			
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang			
Volkman Rainer	X		
Wägemann Gerhard		X	
Wahnschaffe Joachim	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weichenrieder Max		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Weinberger Helga		X	
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig			
Wolfrum Klaus			
Zeitler Otto			
Zeller Alfons			
Zellmeier Josef		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	43	83	0

Zu Tagesordnungspunkt 13

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 10:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten (Kap. 10 03 TG 72)
(Drs. 15/6649)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Maßnahmen zur Durchführung der Insolvenzordnung (Kap. 10 03 TG 73)
(Drs. 15/6650)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Landessozialbericht (Kap. 10 03 neue TG)
(Drs. 15/6651)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
Landesplan für Menschen mit Behinderung
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation (Kap. 10 05 TG 78)
(Drs. 15/6652)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen zur Versorgung psychisch kranker und psychisch behinderter Menschen; psychosoziale Prävention (Kap. 10 05 TG 82)
(Drs. 15/6653)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Christa Naaß, Dr. Linus Förster u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinne des § 96 BVFG (Kap. 10 06 Tit. 686 01)
(Drs. 15/6654)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Landesplan für Altenhilfe (Kap. 10 07 TG 71)
(Drs. 15/6655)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie (Kap. 10 07 TG 73)
(Drs. 15/6656)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe (Kap. 10 07 TG 74)
(Drs. 15/6657)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Landesmittel für Familien erhalten und Verwendung optimieren (Kap. 10 07 TG 80)
(Drs. 15/6658)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege (Kap. 10 07 TG 89)
(Drs. 15/6659)

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Tagespflege
(Kap. 10 07 neue TG)
(Drs. 15/6660)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Christa Steiger, Joachim Wahnschaffe u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung
(Kap. 10 05 TG 74)
(Drs. 15/6679)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Landessozialbericht erstellen
(Kap. 10 03 Tit. 526 21)
(Drs. 15/6712)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Blindengeld erhöhen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
(Drs. 15/6713)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Insolvenzberatung in Bayern
(Kap. 10 03 Tit. 684 73)
(Drs. 15/6714)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Rechtsextremismus bekämpfen - Aktive Demokratieerziehung leisten - Programme finanzieren
(Kap. 10 03 neue TG 75 „Förderung von Maßnahmen des Kampfes gegen den Rechtsextremismus“)
(Drs. 15/6715)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Behindertenhilfe: Investitionsrückstau auflösen
(Kap. 10 05 Tit. 893 78)
(Drs. 15/6716)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Mehr Qualität in Kindertagesstätten
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
(Drs. 15/6717)
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Schneller Ausbau der Bildung, Erziehung und Betreuung für Kinder unter 3 Jahren - für ein kinder- und familienfreundliches Bayern
(Kap. 10 07 TG 80, TG 89)
(Drs. 15/6718)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Unterstützung der Altenhilfe
(Kap. 10 07 TG 71)
(Drs. 15/6719)
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Zentrale Aufgabe: Integration
(Kap. 10 50 Tit. 687 52)
(Drs. 15/6720)
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Menschenwürdiges Wohnen
(Kap. 10 53 Tit. 517 01, Tit. 518 01, Tit. 519 01 und Tit. 633 01)
(Drs. 15/6721)
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Asylsozialberatung verbessern
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
(Drs. 15/6722)

Zu Tagesordnungspunkt 15

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 13:

<p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stärkung der von Einwohnerverlusten betroffenen Kommunen in ländlich-peripheren Regionen (Kap. 13 10 Tit. 613 31)
(Drs. 15/6815)</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Investitionssonderprogramm Schulhaussanierung (Kap. 13 10 neuer Titel)
(Drs. 15/6817)</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Willi Leichtle, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Sanierung kommunaler Bäder (Kap. 13 10 neuer Titel)
(Drs. 15/6818)</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Energieeinsparung bei staatlichen Gebäuden (Kap. 13 03 TG 74)
(Drs. 15/6872)</p> <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Schlüsselzuweisungen (Kap. 13 10 Tit. 613 01)
(Drs. 15/6873)</p> <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;</p> | <p>hier: Sicherstellung des Belastungsausgleichs für die Kommunen durch Hartz IV (Kap. 13 10 Tit. 613 41)
(Drs. 15/6874)</p> <p>7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Pauschalzuweisungen zur Schülerbeförderung (Kap. 13 10 Tit. 633 01)
(Drs. 15/6875)</p> <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Umwidmung der Ausgabereste für die geplanten Ausgaben für den Nahluftverkehr (Kap. 13 12 Tit. 891 97 und Kap. 13 14 Tit. 891 81)
(Drs. 15/6876)</p> <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Susann Biedefeld, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Bereitstellung von Mitteln in der TG 74 „(Zusätzliche) bauliche Maßnahmen zum Zwecke der Energieeinsparung bei staatlichen Gebäuden“ (Kap. 13 03 TG 74)
(Drs. 15/6927)</p> <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Haushaltsausgleich in den Jahren 2007 und 2008 (Kap. 13 01, 13 03 und 13 06)
(Drs. 15/6928)</p> <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Investitionsmittel für Ganztagschulen (Kap. 13 10 neuer Titel)
(Drs. 15/6930)</p> |
|--|---|

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 28.12.2006

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)